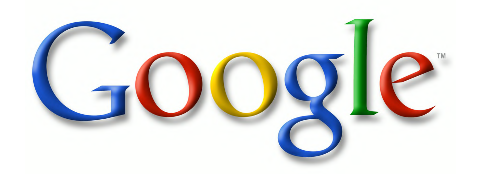
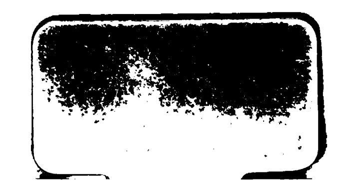




Austria
510
H348



ÖSTERREICHISCHES

LANDESRECHT

IM

13. UND 14. JAHRHUNDERT.

EIN BEITRAG

ZUR

DEUTSCHEN RECHTSGESCHICHTE

VON

DR. VICTOR HASENÖHRL.

WIEN, 1867.

WILHELM BRAUMÜLLER

K. K. HOF- UND UNIVERSITÄTSBUCHHÄNDLER.

verglichen und nach Möglichkeit in ein System gebracht worden sind. In dieser Abtheilung meiner Arbeit war ich genöthigt, manches Bekannte aus der allgemeinen deutschen Rechtsgeschichte zu wiederholen, von dem es vielleicht scheinen könnte, dass es als überflüssig besser weggeblieben wäre. Ich habe es jedoch vorgezogen, in dieser Beziehung eher zu viel als zu wenig zu thun, weil es an Darstellungen der österreichischen Rechtsgeschichte, auf die ich mich hätte berufen können, vollkommen mangelt, und weil es mir darum zu thun war, im Einzelnen die innige Verbindung des österreichischen Provincialrechts mit dem gemeinen deutschen Rechte nachzuweisen. Anderseits musste ich jedoch, um dem Zwecke der Darstellung getreu zu bleiben, mich strenge daran halten, nur jene Rechtsinstitute zu besprechen, von welchen das Landesrecht handelt, wodurch dann freilich die Gleichmässigkeit der einzelnen Abschnitte des Systems leiden musste.

Schliesslich sei mir gestattet meinen Dank den Herren Bibliotheks-Vorständen auszusprechen, welche mir die Benützung der einzelnen Handschriften verstatteten. Ich nenne hier vorzugsweise den Professor und Stadtbibliothekar in Lübeck, Herrn Wilhelm Mantels, von dem die Mittheilungen über die Lübecker Handschrift herrühren und Herrn P. Benedikt Holzbauer, Bibliothekar des Stiftes Hohenfurt, welcher mir die seiner Obhut anvertraute Handschrift mit anerkennenswerther Liberalität zur freien Benützung nach Wien einsendete.

Wien, am 31. December 1866.

INHALT.

I. ABSCHNITT.

Einleitung.

II. ABSCHNITT.

Systematische Darstellung des im Landesrechte enthaltenen Rechtsstoffes.

I. Abtheilung. Oeffentliches Recht.

II. Abtheilung. Standesverhältnisse.

I. ABSCHNITT.

Einleitung.

§. 1. Die Handschriften.

Von dem Rechtsbuche des österreichischen Landesrechts sind bisher sechs Handschriften bekannt geworden [1]). Es sind dies entweder solche, welche die wahrscheinlich ursprüngliche Gestalt der Rechtsquelle enthalten, oder solche, in welchen das Werk einer Umgestaltung unterzogen ist. Zu den ersteren gehört die Hohenfurter, die Linzer, die Lübecker und die dem Ludewig'schen Drucke zu Grunde gelegte Handschrift. Von der zweiten Gattung kennen wir nur zwei, die Pesther und die Linzer Handschrift.

1. Die Handschrift in der Bibliothek des Stiftes Hohenfurt (in der Folge mit *H* bezeichnet) ist eine der wichtigsten, indem sie sich an den meisten Stellen durch besondere Reinheit des Textes auszeichnet. Der Codex enthält auf 18 Papierblättern (8″ 4‴ hoch und 6″ breit) den Text des Landesrechts in schöner und deutlicher Mönchsschrift aus dem 15. Jahrhunderte. Die Anfangsbuchstaben eines jeden Absatzes sind roth, die Initialen im Contexte gleich den übrigen Buchstaben schwarz, jedoch mit rother Füllung versehen. Abkürzungen kommen selten vor. Der Umschlag von Pergament hat auf der ersten Seite von

[1]) Meiller, Ueber eine Hypothese in Betreff der Entstehungszeit des sogenannten ältesten österreichischen Landrechts, Sitzungsber. d. A. 21, 138 vergl. mit Siegel, Die beiden Denkmäler des österreichischen Landesrechts und ihre Entstehung, Sitzungsber. d. A. 35, 128 n. 2.

derselben Handschrift wie der Text des LR. die Ueberschrift: „*Die Lanndſrecht.*“ Auf der dritten Seite des Umschlagblattes befindet sich in älterer, ziemlich undeutlicher Handschrift ein Stück aus einem Verzeichnisse von Kleinodien, von welchem jedoch nur der Anfang einer jeden Zeile vorhanden ist, während die Zeilenenden bei dem Beschneiden des Pergamentes weggeschnitten worden sind. Dies sowohl, als die Schriftart beweiset, dass dieses Verzeichniss älteren Datums ist, als die Handschrift des LR., und dass es sich auf dem Pergamentblatte bereits befunden haben muss, als letzteres zum Umschlage des LR. verwendet wurde. Das Kleinodienverzeichniss bezieht sich auf Eibenstein und dürfte wahrscheinlich aus den Jahren 1318 bis 1326 herrühren, während welcher Zeit dieses Dorf dem Kloster Hohenfurt angehörte [2]).

Der Text selbst ist einspaltig und beginnt mit den bekannten Worten: *Das sind die Recht nach gewonhait des lanndes* u. s. w., woran sich der erste Artikel unmittelbar anschliesst. Die freien Stellen des Codex sind zu verschiedenen Notizen und Randglossen benützt worden, welche von einer Hand des 17., oder höchstens 16. Jahrhunderts herrühren und daher nicht weiter berücksichtigt worden sind.

2. Die Handschrift des Linzer Museum Francisco-Carolinum (in der Folge mit *L* bezeichnet), von welcher Meiller im Archive für Kunde österreichischer Geschichtsquellen 10, 148—159 einen mehrfach emendirten Abdruck veröffentlicht hat. Der Codex (Bibliotheksbezeichnung: Inv. Nov. 9872) ist ein mit Leder überzogener Holzband mit 148 Papierblättern (Höhe 10″ 7‴, Breite 7″ 6‴). Auf der Aussenseite des vorderen Deckels ist ein Papierstreifen geklebt mit der Ueberschrift: *Das Allt Lanndts vnnd Lehen recht püech 1415.*

Von den Besitzern des Buches ist Folgendes bekannt. Die auf Fol. 9^b, 10^a und 10^b enthaltenen Notizen von Joachim Marschalch zu Reichenau zeigen, dass das Manuscript Eigenthum desselben gewesen ist. Dies wird auch bestätigt durch die auf Fol. 1 geschriebene Notiz: *Frawen Sophia von Altthan Ir Praübt guet.* Diese Sophia war eine Tochter Joachim's und Gemahlin

2) D. et A. 23, 384 not. 11.

Christoph's von Altthan[3]) und scheint also das Buch von ihrem Vater als Brautgut erhalten zu haben. Als weiterer Besitzer kommt vor auf einem auf die innere Seite des vorderen Deckels geklebten, gedruckten Zettel: Joannes Christophorus Liber Baro de Abele. Später wurde die Handschrift Eigenthum des Grafen Karl von Inzaghi, der sie dem Linzer Museum schenkte.

Der in zwei Columnen geschriebene Text ist von einer Hand aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts; Ueberschriften und Initialen roth oder schwarz mit rothen Strichen; Abkürzungen nur die ganz gewöhnlichen (*er* und *en*); als Unterscheidungszeichen kommt mitunter der Punkt vor. Hievon machen jedoch Fol. 9^b, 10^a und 10^b eine Ausnahme, auf welchen die bereits erwähnten Notizen des Joachim Marschalch von Reichenau in Schriftzügen des 16. Jahrhunderts geschrieben sind.

Inhalt:

1. Innere Seite des Deckblattes und Fol. 1^a—9^a. Ueberschrift: *Hie sind vermerkcht alle capitel vnd materi des lantrecht puchs vnd lehenrecht.* Hierauf folgen die Ueberschriften der Capitel des schwäbischen Landrechts mit den Zahlen (1—89) der Blätter, auf welchen sie zu finden sind. Auf Fol. 6 kommt dann die Ueberschrift: *Hie sind vermerkcht alle capitel des lehen recht puchs,* und darauf in gleicher Weise die Ueberschriften der Capitel des schwäbischen Lehenrechts mit den Folio-Bezeichnungen 90—119. Den Schluss bilden die Eingangsworte des österreichischen Landesrechts: *Das sind die recht nach gewanhait des landes* u. s. w.

2. Fol. 9^b, 10^a und 10^b enthalten die erwähnten Notizen von Joachim Marschalch zu Reichenau aus dem 16. Jahrhunderte.

3. Fol. 11^a—135^a. Das Land- und Lehenrecht des Schwabenspiegels ohne Nummerirung der Capitel. Dieser Theil der Handschrift hat auf jeder ersten Blattseite fortlaufende römische Zahlen von 1—119 (einige doppelt) in rother Farbe[4]).

[3]) Hoheneck, Stände des Erzherzogthums Oesterreich ob der Enns 3, 407. Mit ihrem unverheiratheten Bruder starb der männliche Stamm der Marschalche zu Reichenau aus (1551).

[4]) Dieser Schwabenspiegel wäre in Homeyer's Verzeichniss (in Rechtsbücher des M. A.) nach Nr. 412 einzureihen. Ausserdem befindet sich im Linzer Museum noch ein Landrecht des Schwabenspiegels a. 1420, das wahrscheinlich mit Homeyer's Nr. 412 identisch ist, obwohl nicht alle von Homeyer angegebenen Merkmale darauf passen.

4. Fol. 135^b—144^a. Das österreichische Landesrecht, an welches als Schluss in rother Farbe beigesetzt ist: *das püch ist geschriben wardñ Anno MCCCCXV.*

5. Fol. 144^b—148^b leer.

3. Die Handschrift der Lübecker Stadtbibliothek [5]). Der Codex, welcher diese HS. enthält, ist ein neu überzogener Holzband, klein Folio, mit 60 paginirten Papierblättern. Die Paginirung ist noch in mittlerer Zeit gemacht; die Ziffern derselben haben theils noch die ältere Form, wie Z und 3, theils aber auch schon die neuere, wie 4 und 7 (nicht mehr 8 und Λ). Die Schrift ist aus dem 15. Jahrhunderte, die Initialen bei den Anfängen der Abschnitte roth. Auf der inneren Seite des Einbandes findet sich (wie auch wiederholt an andern Stellen des Buches): „18Λ8 (1474) *Anno domini iorg Karlhoffer*" und darunter die Namen späterer Besitzer des Buches mit den Ankaufsjahren.

Der Inhalt des Codex ist folgender:

1. Fol. 1 leer.

2. Fol. 2^a—10^a. Stadtrecht Herzogs Albrecht für Wien a. 1340. (Gedruckt bei Rauch 3, 37—60.)

3. Fol. 10^a—14^b. Stadtrecht Herzogs Albrecht für Wien a. 1296. (Gedr. u. a. bei Hormayr, Wien 2, XL Nr. 55.)

4. Fol. 14^b—39^a. Wiener Weichbildrecht. (Gedr. bei Rauch 3, 144 flg.)

5. Fol. 39^a—42^b. *Privilegium Rudolfi regis Romanorum de et super statuta civitatis Wyenn cum suis clausulis particulariter distinctis nec non divisis*, ist das von Lambacher 158 Nr. 91 abgedruckte Wiener Stadtrechts-Privilegium [6]).

6. Fol. 42^b—46^b. Privilegium K. Rudolf's I. für Wien a. 1278. (Gedr. bei Lambacher 146 Nr. 90.)

7. Fol. 46^b—47^b. Mehrere Wiener Stadtzoll-Bestimmungen.

8. Fol. 47^b—50^a. Rudolf's I. Freiheitsbrief für die Hausgenossen a. 1277. (Gedr. bei Chmel, Geschichtsf. 1, 467 Nr. 56 aus dem Münzbuche Albrecht's von Eberstorf.)

9. Fol. 50^a—50^b. *Hic notantur correctoria fabrice.*

---

[5]) Die Mittheilungen über diese Handschrift verdanke ich der Güte des Herrn Stadtbibliothekars und Professors Wilhelm Mantels.

[6]) Ueber dasselbe s. Böhmer, Reg. Rudolfi Nr. 451.

10. Fol. 51^a—53^a. Herzogs Rudolf IV. Umgeld-Patent a. 1359. (Mehrmals gedr., u. a. bei Kurz, Rudolf IV., 321 flg.)

11. Fol. 53^a—58^b. Das Landesrecht.

12. Fol. 58^b—59^a. Formel eines Judeneides.

13. Fol. 59^b. Formel für den Richter: *Her Richter seit jr gesessen ze Recht, so mugt jr fragen ob Rechtens und taidings Zeit sey* u. s. w.

15. Fol. 60 leer.

Von diesen Stücken sind 2, 3, 4, 10—14 deutsch, 5—9 lateinisch.

Der ganze Codex scheint von derselben Handschrift zu sein, nur Nr. 14 ist von einer späteren Hand geschrieben. Das Landesrecht selbst hat als Ueberschrift in rother Farbe: *Das sind die rechten nach gewonhait des landes in Osterreich etc.* Hierauf werden dieselben Worte als Eingang des Textes wiederholt und daran knüpft sich unmittelbar der erste Artikel. In der Folge wird diese HS. mit *S* bezeichnet.

4. Die dem Ludewig'schen Drucke zu Grunde gelegte Handschrift (*D*). Ludewig hat seinem Abdrucke des Landesrechts in seinem Buche: Reliquiae Manuscriptorum omnis aevi 4, 1—23 keine Beschreibung der von ihm benützten Handschrift beigegeben, der Text des Abdruckes stimmt aber in den meisten Punkten mit *H* überein. Insbesondere ist es charakteristisch, dass einige offenbar corrumpirte Stellen des Textes in beiden gleichmässig vorkommen. So z. B. enthalten *H* und *D* Lücken an der Stelle der Worte „*purg vert*" in Art. 35 [7]) und „*lat er*" in Art. 63 [8]); auch fehlt bei beiden das Wort „*kemphlich*" in Art. 53 [9]), welches alle übrigen Handschriften gleichmässig haben. Es ist daher immerhin möglich, dass keine andere Handschrift als eben *H* von Ludewig benützt worden ist. Mit Gewissheit lässt sich dies jedoch nicht behaupten, da sich hauptsächlich in der Orthographie doch noch manche Disparitäten finden, und die zahlreichen falschen Lesarten, von denen es in Ludewig's Druck wimmelt, es wahrscheinlich machen, dass demselben nicht die sehr deutliche Handschrift *H*, sondern eine ältere, schwer lesbare HS. vorgelegen sei. Gewiss ist es, dass zwischen

7) Vergl. not. 7 zu d. Art. — 8) Vergl. not. 34 zu d. Art. — 9) Vergl. not. 3 zu d. Art.

dem Ludewig'schen Drucke und *H* eine sehr nahe Verwandtschaft besteht, die vielleicht darin ihre Erklärung findet, dass beide Copien ein und derselben älteren HS. sind.

5. Die Handschrift des Pesther National-Museums. Diese HS. (*P*) enthält eine Umarbeitung, oder richtiger eine Umstellung des in den früher besprochenen HSS. enthaltenen landesrechtlichen Textes. Es wird nämlich darin der erste Versuch einer systematischen Anordnung des Rechtsstoffes gemacht, indem die landrechtlichen Artikel von den lehenrechtlichen getrennt, und erstere wieder unter einige gemeinsame Ueberschriften gebracht werden. Die landrechtlichen Artikel werden dann dem Landrechtsbuche des Schwabenspiegels und die lehenrechtlichen dem Lehenrechte des Schwabenspiegels beigegeben.

Der Codex selbst ist ein Holzband mit 68 Papierblättern (Höhe 10″ 4‴, Breite 7″ 6‴). Auf dem Rücken findet sich aus neuerer Zeit herrührend der Titel: „Landrechtsbuch oder Schwabenspiegel." Auf den inneren Seiten der Deckblätter sind in einer Handschrift des 14. oder 15. Jahrhunderts Rechnungen geschrieben worden, die wahrscheinlich aus Wien herrühren, wenigstens kommen Wiener Bezeichnungen, wie die Scheffstrasse u. dgl. häufig vor. Paginirung war früher keine vorhanden, erst eine moderne Hand hat die Seitenzahlen mit Bleistift beigesetzt. Die Schrift ist von Anfang bis zu Ende von derselben Hand und gehört in das 15. oder in den Anfang des 16. Jahrhunderts. Ueberschriften, Zahlen und Anfangsbuchstaben der Artikel sind roth, die übrige Schrift zeigt eine tiefschwarze Farbe.

Das Buch befand sich früher in der Jankovich'schen Bibliothek, wie dies der auf der inneren Seite des vorderen Deckblattes geschriebene Name „Jankovich Miklos" beweist. Seine jetzige Bibliotheksbezeichnung ist Fol. Germ. 541.

Der Inhalt ist folgender:

1. Pag. 1—46 enthält in 102 Artikeln das Landrecht des Schwabenspiegels in verkürzter Form. Der letzte Art. 102 entspricht c. 101 bei Lassberg [10]).

---

[10]) Zu einer näheren Untersuchung dieser HS. des Sch. Sp. fehlte mir bei meinem Aufenthalte in Pesth leider die Zeit. Das Vorhandensein dieser

2. Dann folgt auf pag. 47 die Ueberschrift: *Hienach ist geschriben landrecht ze Osterreich nach alter gewonhait,* worauf auf pag. 47—63 die landrechtlichen Artikel des österreichischen Landesrechts als Art. 102—152 folgen. Hiebei steht pag. 59 vor Art. 136 die Ueberschrift: *Von Chemphen,* und pag. 63 vor Art. 151 die Ueberschrift: *Leibgedings recht.*

3. Pag. 64—89 enthält das Lehenrecht des Schwabenspiegels mit der Ueberschrift: *Hienach stendt geschriben Chaiserliche recht. Wer lechenrecht lernen vnd chunnen wel, der volg disem puech und seiner lere des hat er ymmer wirt vnd ere vnd aller edelleut gunst.* Dieses Lehenrecht bildet Art. 153—224.

4. Auf pag. 89 folgt die Ueberschrift: *Lechenrecht des landes ze osterreich ist hienach geschriben,* und hierauf auf pag. 89—94 als Art. 225—244 die lehenrechtlichen Artikel des österreichischen Landesrechts. Von hier an hört die Nummerirung der Artikel auf und es folgt

5. auf pag. 95—128 eine deutsche Uebersetzung der goldenen Bulle Karl's IV.

6. Auf pag. 129 eine Eidesformel, worin Kaiser Friedrich Treue geschworen wird, am Schlusse die Jahreszahl 1473.

7. Pag. 130—135. *Hye nach ist v'schriben der durchleuchten Vnd hochgeporen fursten der hertzogen In Oesterreich ir geslächt herchomen Vnd begrebnuss.* Dieses Stück enthält kurze Notizen über die Geburt, Regierung und den Tod Rudolf's von Habsburg und seiner Nachkommen und schliesst mit der Nachricht, dass Erzherzog Ernst von Oesterreich am 10. Juni 1424 gestorben sei und dass seine und der Cimburgis von Polen sechs Kinder im Kloster Reun begraben liegen.

Sch. Sp. HS. ist bisher nicht bekannt gewesen. Sowohl Lassberg (Sch. Sp. pag. LXXIV und LXXV) als Homeyer (Rechtsbücher des M. A. pag. 136) kennen nur zwei HSS. des Sch. Sp. in Pesth. Es befinden sich daselbst jedoch drei, nämlich Homeyer Nr. 530 und 531 und diese neu aufgefundene, welche im Homeyer'schen Verzeichnisse nach 531 einzureihen wäre. Wattenbach scheint diesen Codex gekannt zu haben, bezeichnet ihn aber (Iter Austriacum a. 1853 im A. f. K. ö. G. 14) wohl ungenau als Codex des österr. Landrechts, und kennt neben ihm nur zwei in Pesth vorhandene Schwabenspiegel. Uebrigens sind alle drei Codices aus dem 15. Jahrhunderte. Die Ansicht Hormayr's und Jankovich's (Lassberg a. a. O. XVII und LXXV), dass Nr. 530 in das 12. Jahrhundert gehöre, wird durch das Ansehen des Codex in keiner Weise bestätigt.

6. Die Handschrift der Wiener Hofbibliothek (*W*), bereits zweimal, zuerst in Senkenberg's Visiones diversae, pag. 213—266, dann von Meiller im Archiv f. K. österr. Geschichtsquellen 10, 159—172 als Nr. II abgedruckt, enthält eine erweiterte und mit zahlreichen Zusätzen versehene Recension des Rechtsbuches. Der Codex[11]) gehörte früher in die Bibliothek des Grafen Ferdinand v. Harrach und befindet sich seit 1849 in der Hofbibliothek unter der Bezeichnung Suppl. 404. Er ist ein Lederband mit einer am Rücken befindlichen, aus moderner Zeit herstammenden Ueberschrift „*Lannd und Schran Recht*", und enthält XXIV und 307 Papierblätter (Höhe 9″ 8‴, Breite 7″ 5‴) mit einer aus neuer Zeit herrührenden Bleistift-Paginirung. Ueberschriften, Nummern und Anfangsbuchstaben der Paragraphe roth. Bis Fol. 267ª scheint das Buch von derselben Hand des 15. Jahrhunderts geschrieben zu sein, die Ziffern der Paragraphen zeigen noch die ältere Form 8, ч und Λ statt 4, 5 und 7. Von Fol. 267ᵇ wechseln die Handschriften. Fol. 271ª—281ᵇ und 290ᵇ bis zum Ende sind von verschiedenen, beiläufig aus derselben Zeit (15. Jahrh.) stammenden Handschriften geschrieben. Auf Fol. 267ᵇ —270ᵇ und 282ª—290ª hat eine bedeutend jüngere Hand die leer gebliebenen Blätter zu verschiedenen Eintragungen benützt.

Der Inhalt des Codex lässt sich in drei Abtheilungen bringen: I. Schwabenspiegel, II. Wiener Rechte, III. Rechte und Privilegien von Wiener-Neustadt.

	Folium.	§.	Inhalt.
	Iª—IVª		*Die gegenwurtig Tauel lautet über kaiserliche, lehens, landes, vnd auch Stat vnd Schrann Rechten hie zu wienn vnd weiſet aus wo man yeds Cappitel vinden sol nach aufczaigen der ciffern hernach vermerkt. Vonerst...* Hierauf folgen die Ueberschriften der ersten 176 Paragraphe.
	IVᵇ—XXIª		Ueberschrift: *Von kaiserlichen Rechten*, worauf die Ueberschriften der §§. 177—974 kommen.
	XXIᵇ—XXIVᵇ		leer.

11) Bei Homeyer, Rechtsbücher Nr. 310; vergl. die Notiz in der Zeitschrift f. [illegible] 245.

	Folium.	§.	Inhalt.
			I. Schwabenspiegel.
	1^a—41^a	1—175	*Lehen Rechten.* *Wer lehenrecht kunnen wil der volg disem püch und seiner lere des hat er ymmer wird vnd ere vnd aller edln leut Gunst.* Hierauf folgt das Lehenrecht des Schwabenspiegels [12].
	41^b		leer.
	42^a—46^a	176	Würzburger Landfrieden Rudolf's I. a. 1287. (Gedr. in M. G. 4, 448.)
	46^b—48^b		leer.
	49^a—138^b	177—629	*Caiserliche Recht.* Nach dieser Aufschrift folgt ein Schwabenspiegel, dessen letzter Paragraph dem Art. 367 des Ebner'schen Codex [13]) entspricht.
	139^a—139^b		leer.
			II. Wiener Rechte.
1	140^a—196^a	630—784	*Stadt rechten ze Wienn*, ist das bei Rauch 3, 144—248 gedruckte Wiener Weichbildrecht. Der letzte Paragraph entspricht der bei Rauch pag. 248 vorkommenden Rubrik: *Von kamer guet* u. s. w.
	196^b		leer.
2	197^a—210^b	785—873	Wiener Stadtrecht Herzogs Albrecht II. a. 1340. (Gedr. bei Rauch 3, 37—60.)
3	211^a—211^b	874	*Ain hantuest vber Erbrecht zu Wien auch nach dem landfrechte zu Osterreich*, a. 1381. (Gedr. bei Rauch 3, 256—258.)
4	213^a [14])	875	Wiener Rathsbeschluss über die Heimsteuer a. 1351. (Gedr. bei Rauch 3, 72 Nr. 10.)
5	213^a—213^b	876	Wiener Rathsbeschluss über die Sonntagsknechte a. 1353. (Gedr. bei Rauch 3, 77 Nr. 14.)

[12]) In §. 2 ist die interessante Notiz enthalten: Nach Christi Geburt ist die gewisse Zahl „*Tausent Jar zwaihundert Jar vnd zwai vnd achzig Jar das dicz puch geschriben wurd.*“ Vergl. hierüber die Bemerkungen Reyscher's in Lassberg's Ausgabe des Sch. Sp. pag. XVIII flg.

[13]) Lassberg, Sch. Sp. pag. 162 not. x).

[14]) Kommt in Folge eines Versehens bei der Paginirung unmittelbar nach Fol. 211^b.

	Folium.	§.	Inhalt.
6	213b	877	*Von dem Stand des Glafwerchs* a. 1354. (Gedr. bei Hormayr, Wien 5, CXLII Nr. 162.)
7	213b—214a	878	*Von dem Stand des wachs* a. 1360. (Gedr. a. a. O. CXLIII Nr. 163.)
8	214a	879	*Von dem Stand der Tuchberaiter vnd Lodwurcher* a. 1357. (Gedr. bei Rauch 3, 82 Nr. 17.)
9	214b	880	*Das kain burger oder burgerin dem andern sein diener oder dienerin über sein willen aufenthalten soll* a. 1356. (Gedr. a. a. O. 81 Nr. 16.)
10	215a—222b	881—916	Wiener Stadtrecht a. 1296. Die Handschrift unterscheidet sich von den bisher gedruckten Handschriften (bei Hormayr, Wien 2, XL Nr. 55 und bei Senkenberg, Visiones p. 283) hauptsächlich darin, dass sie das Stadtrecht in Paragraphe getheilt und diese mit Ueberschriften versehen hat, welche in den bisherigen Drucken nicht vorkommen.
11	223a—225a	917—925	*Ain hantvest von kaiser Fridreichen das er die Stat in des Reichs gewalt nymbt*, a. 1247. (Gedr. bei Hormayr, Wien 2, XXX.)
12	225a—230a	926—958	Handfeste Rudolf's I. für Wien. (Gedr. bei Rauch 3, 3—14.)
13	230a—230b	959	*Welich vngessen leut haissent vnd wie offt man In furpieten sol.* (Ungedr.)
14	230b	959	*Das ist gruntrecht* a. 1360. Ist ein Auszug aus der Urkunde Herzogs Rudolf IV. über das Grundrecht, welche bei Hormayr, Wien 5, XXXIV Nr. 142 abgedruckt ist.
15	231a—231b	960	*Hantvest vber der kaufleut Recht vnd Ir wag*, a. 1312. (Ungedr.?)
16	231b	961	*Hantuest über der kaufleut gewondliche strass* a. 1369. (Gedr. bei Rauch 3, 110 Nr. 31.)
17	231b—232a	961	*Von purkrecht ablosung* a. 1360. Ein Auszug aus der bei Rauch 3, 86 abgedruckten Urkunde Rudolf's IV. über diesen Gegenstand.
18	232a—234a	962	*Ain Gemechtbrief vn dem kaiser vnd dem künig zu Behem ains tails vnd den von Österreich des andern vmb lande* a. 1364. (Gedr. bei Steyrer 382 und öfter. S. Lichnowsky, Reg. 628 Nr. 549.)
19	234a	962	*Von der Tafern zu Wien* a. 1360. Auszug aus der bei Rauch 3, 113 Nr. 33 abgedruckten Urkunde.

	Folium.	§.	Inhalt.
20	234b—235b	963	*Von der Niderleg der kaufleüt zu Wien*, 1281. (Gedr. bei Hormayr, Wien 5, XIV Nr. 133.)
21	235b	963	*Von frömbdn wein*, 1369. Auszug der Urk. bei Rauch 3, 111 Nr. 32.
22	236a—238a	964	*Von dem Vngelt ain Hantuest* Rudolf's IV. a. 1359. (Gedr. bei Kurz, Rudolf IV. 321.)
23	238a—238b		*Von der fütrer Recht* a. 1368. Auszug der beiden bei Rauch 3, 105 und 108 (Nr. 29 und 30) abgedr. Urkunden.
24	239a—241a	965	*Ain hantuest das all ainigung vnd gesellschaft vnd auch ir auffetz so sy vnd In gemacht haben ab sullen sein vnd von den fleischakern die Recht*, von Rudolf IV. a. 1364. (Gedr. bei Hormayr, Wien 5, XLII Nr. 145.)
25	241b—242b	966	*Ain Hantuest vber die Recht in der Schefftrafs* a. 1379. (Gedr. bei Senkenberg, Selecta 4, 475.)
26	243a—243b	966	*Von den vnder keuffeln* a. 1348. (Gedr. bei Rauch 3, 68—70.)
27	244a—247b	(967)	*Von Sippschaft der heyrath*. (Gedr. bei Rauch 3, 248—256.)
	248a—249a		leer.
28	249b	(968)	*Arbor consangwinitatis*.
29	250a—251a	969—971	*Auflegung Arboris consangwinitatis*. (28 und 29 ungedr.)
	251b		leer.
30	252a—254a	972 [15])	*Bestetbrief vber hausgenossschaft*. (Gedr. bei Herrgott, Numotheca II, 1, 255.)
31	254b—255a		Ohne Ueberschrift: Bemerkung, wie die Misshellung zwischen Stadtrichter und Münzmeister in Wien von Herzog Albrecht entschieden worden sei. (Herrgott a. a. O. 261.)
32	255b—256a		*Von dem wegn des prots vorerst wan der Mutt ain halb phund gelt vnd furbas*.
33	256b		*Von holz vnd flossen*.
34	256b—257b		*Hie hebt sich an die recht die der Rat zu wienn mit den pekchn hat getan Anno 1392*.
35	258a		*Nota des Gerichts zuuall*. (32—35 ungedr.)
36	258b—266b		Das österreichische Landesrecht, ohne Ueberschrift.

[15]) Hier schliesst die Zählung nach Paragraphen; im Index kommen noch die §§. 973 und 974 vor.

	Folium.	§.	Inhalt.
37	266b—267a		*Von den vafziehern* a. 1412. (Ungedr.)
38	267a		*Von Maurern* a. 1412; ein Auszug aus der bei Hormayr, Wien 5, CXVII Nr. 153 abgedruckten Maurerordnung.
	III. Rechte von Wiener-Neustadt.		
1	267b		*Ein brieff das nyemand fürkauffen Vnd die frömden strassn farren soll* von Kaiser Friedrich III. a. 1403.
2	268a—269b		*Hie ist Vermerkt was man Zerecht Nemen sol Zemawt an Vngrischen mawt by Vngerthor.*
3	270a—270b		*Brief der freyung zu dem Jarmarcht.* (1—3 ungedr.)
4	271a—272a		König Ottokar's Privilegium für Wiener-Neustadt a. 1253. (Gedr. in Hormayr Archiv 1838, 321.)
5	273a—274a		*Ain brieff tayllung der furstentumb* a. 1379. (Gedr. bei Rauch 3, 395.)
6	275a—278a		*Copi der Gulden Bull der Niderlegung.*
7	278b—281b		*Copi der Gulden Bull der Statfreyhayt.* Beide Urkunden, von K. Friedrich III. zu Rom am Montag nach Lätare 1452 ausgestellt, dürften identisch sein mit Nr. 33 und 35 des von Meiller im Notizenblatt 1853, 169 flg. beschriebenen Neustädter Stadtbuches. Ungedr.
8	282a—288a		*Item Zewissn die gute ordnung Welche koment Von etlichen Stete die vil Widerwertigkait haben vnd sich besorgen mussen von iren lanndtlewttn vnd inwonern verreterej vnd partey halbn.*
9	288a—290a		*Item hie ist zewissen von Rewterey Im Veld vnd Anflegen auch fursichtigkait der Sy bedurffen.* (8 und 9 ohne Jahresangabe und ungedr.)
	290b—301a		leer.
10	301b		Ordnung der Zimmerleute, aufgesetzt vom Rathe der Neustadt a. 1436. Schluss: *Also stet in dem stadtpüch der Stat In der Newnstat geschriben.* (Ungedr.)
	302a—302b		leer.
11	303a—306b		*Vermerkt die Register der Ordnung, so yez in dy Zwilewffs sind, das geordent hat der hochgeborn fürst margraff Albrecht zu Brandenburch . . . an treffend die Newnstat.* (Ungedr.)

§. 2. Charakter des Rechtsbuches[1]).

Wie bei der Beschreibung der vorhandenen HSS. im Allgemeinen hervorgehoben worden ist, lassen sich drei verschiedene Formen oder Bearbeitungen des Landesrechts unterscheiden, die in den HSS. *HLSD* vorkommende, und die beiden hievon und unter einander abweichenden in *P* und *W*.

1. Der Charakter des Rechtsdenkmales, wie es in *HLSD* vorliegt, ist der einer Rechtsaufzeichnung[2]). Es werden in demselben keine neuen Anordnungen getroffen, sondern es will damit nur bereits bestehendes Recht fixirt werden. Darauf weisen die Ueberschriften hin: „*Das sind die recht nach gewonhait des lanndes*," ebenso auch die Betrachtung, dass in den einzelnen Artikeln des Denkmales die Rechtssätze als bestehendes Recht hingestellt und mit den Worten eingeleitet werden: „es solle dieses oder jenes Rechtens sein"[3]), oder: „es ist Recht nach Gewohnheit des Landes, dass" u. s. w.[4]). Nirgends erscheint ein Gesetzgeber, der neue, bisher noch nicht zu Recht bestehende Anordnungen zu Recht erhebt.

Das Gesagte findet auch darin seine Bestätigung, dass sich im Einzelnen die Quellen nachweisen lassen, aus welchen das Landesrecht geschöpft hat, und dass somit das vom LR. Vorgetragene wirklich zur damaligen Zeit bereits bestehendes Recht war. Zieglauer[5]) war der Erste, welcher darauf aufmerksam gemacht hat, dass mehrere Bestimmungen des LR. aus Landfriedensgesetzen des 13. Jahrhunderts wörtlich abgeschrieben sind, und es ist nicht unmöglich, dass auch noch manche andere landesrechtliche Artikel wörtlich abgeschriebene Bestimmungen kaiserlicher oder herzoglicher Verordnungen sind, von welchen wir dies jedoch nicht nachweisen können, weil die Quellen, aus

---

1) Siegel a. a. O. 110, Hasenöhrl, Ueber den Charakter und die Entstehungszeit des ältesten österr. Landrechtes im 36. Bande des A. f. K. ö. G.

2) Siegel a. a. O. — A. M. Rössler (Sitzungsber. d. A. 11, 549), welcher darin weder ein Gesetz, noch ein Rechtsbuch, sondern den Entwurf einer Rechtsurkunde sieht.

3) Z. B. Art. 1, 2, 3, 9, 15, 16, 17, 18, 19, 22, 33, 35, 41, 42, 56, 57, 58, 60, 68.

4) Z. B. Art. 40, 50, 60, 63, 65.

5) L.R. 99.

denen geschöpft wurde, verloren gegangen sind oder in irgend einem Archive noch unbenützt schlummern. Andere Stellen des LR. entsprechen, wenn auch nicht gerade wörtlich, so doch dem Inhalte nach, verschiedenen Gesetzen damaliger Zeit [6]). Die wenigen landesrechtlichen Bestimmungen hingegen, von welchen sich eine solche Uebereinstimmung mit Verfügungen der gesetzgebenden Gewalt nicht nachweisen lässt, scheinen das gewohnheitsrechtliche Element des LR. zu bilden, welches übrigens durchaus nicht so stark vertreten ist, als es dem Wortlaute nach scheinen könnte. Es wird manches im LR. als Recht nach Gewohnheit des Landes hingestellt, das nachweisbar nicht dem Gewohnheitsrechte, sondern Verfügungen der gesetzgebenden Gewalt seinen Ursprung verdankt. So finden sich mehrere Artikel, deren Redaction auf die Weise erfolgt ist, dass man die Worte: „Es ist Recht nach Gewohnheit des Landes“ vorsetzte und dann eine Stelle aus einem bestehenden Gesetze wörtlich aufnahm. Dies ist der Fall bei Artt. 60 und 63 [7]), welche aus dem Landfrieden Ottokar's für Oesterreich c. 1251 entnommen worden sind, und bei Art. 65, in welchem der dritte Artikel des fridericianischen Landfriedens von 1235 aufgenommen worden ist. Diese Artikel zeigen übrigens, wie flüchtig bei Verfassung des LR. verfahren wurde. Obwohl bemüht, den Inhalt dieser Artikel als gewohnheitsrechtliche Normen darzustellen, vergass der Verfasser doch, in 60 und 63 die befehlende Redeweise des ihm vorgelegenen Landfriedens in eine objective Darstellung des Rechts umzuwandeln, so dass darin trotz der einleitenden Worte: „Es ist Recht nach Gewohnheit des Landes“ im Verfolge der Gesetzgeber als in der ersten Person sprechend erscheint. Gerade dieser Umstand spricht mehr als jeder andere dafür, dass das Landesrecht eine Aufzeichnung des bestehenden Rechts sein wollte, und nicht ein Gesetz oder ein Gesetzentwurf.

2. Die Handschrift *P* enthält, wie bereits mitgetheilt worden ist, eine Ueberarbeitung des Landesrechts, in welcher der Versuch einer systematischen Anordnung des Stoffes gemacht, und das landrechtliche von dem lehenrechtlichen Elemente geschieden

---

6) Die Nachweise im Einzelnen bei der systematischen Darstellung des Rechtsstoffes.

7) Bereits von Siegel a. a. O. 111 hervorgehoben.

wird. Der Charakter des Denkmales ist dabei unverändert geblieben, da die Bearbeitung einzig und allein in einer Umsetzung der Artikel und in ganz unbedeutenden Abänderungen des Textes (z. B. *landsfurst* statt *landes herre* u. dgl.) besteht. Auch die Einreihung der Artikel des LR. in den Schwabenspiegel, sowie die Ueberschrift des landrechtlichen Theiles sprechen für die vollkommene Beibehaltung des ursprünglichen Charakters.

Es lässt sich übrigens nicht bezweifeln, dass *P* eine spätere Ueberarbeitung des Landesrechts enthalte und dass der Landesrechtsausgabe, wie sie in den HSS. *HLSD* vorliegt (wenn auch nicht gerade diesen HSS. selbst), die Priorität vor der Recension *P* gebühre; denn, so begreiflich es ist, dass ein späterer Bearbeiter die systemlos auf einander folgenden Artikel eines Rechtsbuches in eine gewisse stoffliche Ordnung bringt, so undenkbar ist es, dass die einmal systematisch aneinander gereihten Artikel wieder in volle Systemlosigkeit auseinander gerissen werden.

3. Bedeutender und wichtiger sind die in *W* vorkommenden Abweichungen. Es lassen sich dieselben unter drei Kathegorien bringen:

a) Veränderungen des Textes oder Zusätze zu den Artikeln der älteren Recension. Diese beginnen mit ganz unwichtigen Abänderungen der Textirung, welche zum Theil füglich auf Rechnung der Abschreiber gesetzt werden können, und steigen auf bis zu Umformungen der ganzen Satzfügung [8]). Zusätze zu den Artikeln der älteren Recension sind nur in einigen wenigen Fällen beigesetzt worden [9]).

b) Kürzungen, bestehend in der Auslassung ganzer Sätze aus einzelnen Artikeln [10]), sowie in der Auslassung der ganzen Artt. 31, 32, 35, 36, 46 und 49 der ursprünglichen Recension.

c) Endlich enthält *W* eine Reihe ganz neuer Artikel, die in den anderen Recensionen gar nicht vorkommen. Es sind dies §§. 8, 36—63 und 90.

---

8) Vergl. hauptsächlich Artt. 3 n. 14 und 18, 4 n. 14, 7 n. 24, 52 n. 16; dann Art. 22 mit §. 20, Art. 48 mit §. 64 und Art. 70 mit §§. 91 und 92.

9) Die hauptsächlichsten s. bei Artt. 2 n. 18, 7 n. 10, 56 n. 13 und in §. 91 vergl. mit Art. 70.

10) Artt. 10 n. 6, 18 n. 13, 21 n. 4, 26 n. 29, 67 n. 62.

Die Frage entsteht nun, ob und inwieweit durch diese Abänderungen der formelle Charakter der Rechtsurkunde eine Veränderung erlitten hat. Es müssen hiebei die älteren Bestandtheile (a) von den neu hinzugekommenen Absätzen (c) unterschieden werden.

Die älteren Bestandtheile sind nun einer Veränderung ihrer Textirung in formeller Hinsicht durchaus nicht unterworfen worden. Das Formelle der Redeweise: „Es soll“ und „Es ist Recht nach Gewohnheit des Landes“ ist wörtlich unverändert geblieben, ja selbst bei Stellen, wie die oben hervorgehobenen Artt. 60, 63 und 65 hat *W* in den correspondirenden §§. 79, 82 und 84 die von dem ersten Redactor beigefügten Einleitungsworte: „Es ist Recht nach Gewohnheit des Landes“ beibehalten. Nur an zwei Stellen kommt eine formelle Aenderung der Redeweise vor. Der Eingang der älteren Recension: *(Das sind die recht nach gewonhait des lanndes bei herczog Lewpolten von Osterreich)* ist weggeblieben [11]), und statt dessen sind die Worte: „*Wir seczen vnd gepieten*“ vor den ersten Artikel gesetzt worden. Weiters sind die Eingangsworte des stark veränderten Art. 48 in §. 64 in: „*Wir seczen vnd gepieten*“ umgewandelt worden. Diese Aenderungen sind aber nicht wichtig und zahlreich genug, um daraus eine formelle Umarbeitung des Textes der älteren Bestandtheile ableiten zu können.

Etwas Anderes ist es mit den neu hinzugekommenen Paragraphen. Diese unterscheiden sich durchgehends ganz charakteristisch von den älteren Bestandtheilen der Urkunde. Die überwiegende Mehrzahl dieser Paragraphe (alle, mit Ausnahme von 8, 56 und 90) beginnt mit den Worten: „*Wir seczen und gepieten*“ oder „*Wir wellen und gepieten*“, und enthält meist nur ganz kurze Anordnungen polizeilichen Inhalts. Würden diese Artikel den ganzen Inhalt des LR. ausmachen, so könnte man allerdings im Zweifel sein, ob sie nicht ein Gesetz oder einen

---

[11]) Alle in *W* enthaltenen Stücke bis zu den Neustädter Rechtsurkunden sind mit Ueberschriften in rothen Buchstaben versehen, welche, wie der Augenschein zeigt, in die Handschrift hineingeschrieben worden sind, als der schwarz geschriebene Text bereits dastand. Das einzige LR. ermangelt jeder Ueberschrift, und es ist daher nicht unmöglich, dass der Abschreiber nur vergessen hat, die Ueberschrift in rother Farbe nachzutragen, und dass somit das Wegbleiben der Eingangsworte in *W* nur in einem Zufalle seinen Grund hat.

Gesetzentwurf bilden; denn, wenn auch die meisten der darin vorkommenden Rechtssätze nur damals bereits bestandenes Recht enthalten, und sich in ähnlicher Weise in Gesetzen vorfinden, welchen eine unzweifelhafte Priorität vor dem LR. zukommt, so könnte dies doch nicht als Gegenargument aufgeführt werden, da im Mittelalter häufige Republicationen derselben Gesetze bekanntlich an der Tagesordnung waren. Ich erinnere an die zahlreichen Republicationen des Landfriedens von 1235. In die ältere Recension eingeschaltet, können diese neuen Zuthaten aber nur als eine Erweiterung des Inhalts der früheren Redaction angesehen werden. Die stereotype Formel: „Wir setzen und gebieten" beweist nur, dass der neue Redactor es mit der Stylisirung eben nicht genau nahm, und die Rechtssätze in der Form niederschrieb, in welcher er sie in seinen Quellen vorfand, ohne sich die Mühe zu nehmen, sie formell als Gewohnheitsrecht hinzustellen. Alles spricht dafür, dass die Redaction, wie sie in *W* vorliegt, mit ausserordentlicher Flüchtigkeit vorgenommen worden ist. Die Kürze der einzelnen Bestimmungen macht es wahrscheinlich, dass der Verfasser manches aus den ihm vorgelegenen Quellen nur auszugsweise aufgenommen hat, sowie ja auch manche Kürzungen in den älteren Artikeln von ihm herrühren. Einige Bestimmungen kommen zweimal vor, oder wären doch bei einer sorgfältigeren Redaction in einen Artikel zu vereinigen gewesen. Dies gilt von §§. 36 und 74, 43 und 75, 14 und 50, 57 und 62 [12]). Endlich finden sich zwei Artikel, welche in einem Gesetze, das zu einer bestimmten Zeit erlassen wird, einen Sinn haben, die sich aber in einer Rechtsaufzeichnung allerdings sonderbar ausnehmen; es sind dies §. 56, in welchem von „*den nagsten Sumwenten, di nu koment*" gesprochen wird, und §. 58, worin geboten wird, dass die seit zwanzig Jahren gebauten Festen gebrochen werden sollen [13]). Diese Artikel haben viel dazu beigetragen, die Beurtheilung des Charakters der Urkunde zu verwirren; doch glaube ich, dass die sonderbare Fassung dieser Artikel viel richtiger der Unachtsamkeit des Verfassers zuzuschreiben ist, als dass daraus ein Schluss auf den formellen Charakter des ganzen Denkmales gezogen werden

[12]) Vergl. auch §§. 41 und 76, und dazu Siegel a. a. O. 129.

[13]) Dazu gehört auch das „*furbas*" in §. 50.

könnte. Die neuen Bestandtheile in *W* unterscheiden sich von den älteren in so charakteristischer Weise, dass selbst wenn die ältere Urkunde sich nicht erhalten hätte, eine doppelte Recension vermuthet werden müsste.

Siegel [14]) behauptet nun, dass zwischen der älteren Recension und *W* ein formeller Unterschied liege, dass erstere das, was Rechtens ist, berichtet, in *W* hingegen das, was in Zukunft Rechtens sein soll, geboten wird. Dies ist nur insofern richtig, als das erstere von der älteren Urkunde, sowie von den damit identischen Bestandtheilen der jüngeren Aufzeichnung, das letztere hingegen von den neuen Bestandtheilen der jüngeren Recension gilt. Die hervorgehobenen Unterschiede zwischen den beiden Bestandtheilen der jüngeren Recension beweisen eben, dass wir es mit einer neuen erweiterten Ausgabe des LR., nicht aber mit einer durchgreifend formellen Umarbeitung der älteren Urkunde zu thun haben. Letzteres darum nicht, weil die neuen Zuthaten zu wenig zahlreich sind, um gegenüber den aus der älteren Urkunde formell ganz unverändert herüber genommenen Artikeln eine Veränderung des ganzen Charakters der Urkunde erkennen zu lassen. Wir müssen daher aus denselben Gründen, aus welchen wir in Uebereinstimmung mit Siegel in dem älteren Denkmale eine Rechtsaufzeichnung sehen, auch die in *W* enthaltene Urkunde für eine zu Privatzwecken verfasste Rechtsaufzeichnung halten, und nicht etwa für ein Gesetz oder den Entwurf eines solchen.

Durch das Gesagte rechtfertigt es sich auch, wenn von *W* stets als der jüngeren, im Gegensatze zu der älteren Recension in *HLSD* gesprochen wurde. Eben der Umstand, dass sich in der jüngeren Recension zwei charakteristisch verschiedene Bestandtheile unterscheiden lassen, und dass einer dieser Bestandtheile mit dem Inhalte der älteren Urkunde beinahe vollkommen identisch ist, beweist, dass *W* wirklich die jüngere, und die übrigen HSS. die ältere Ausgabe enthalten, und macht es ganz unglaublich, dass letztere etwa nur ein Auszug aus der grösseren Urkunde *W* sei.

---

[14]) A. a. O. 110.

§. 3. Grundsätze bei der Herausgabe.

Die Beschaffenheit der HSS. und der dargestellte Charakter der einzelnen Recensionen liessen keinen Zweifel über die Grundsätze, nach denen bei der Herausgabe vorzugehen war. Zuerst musste der nach Möglichkeit gereinigte Text des ursprünglichen Rechtsbuches geliefert werden. Als Grundlage wurden hiebei die HSS. *H* und *L* genommen, welche, den reinsten Text enthaltend und am sorgfältigsten geschrieben, nur hie und da eine Berichtigung aus andern HSS. bedurften.

Neben dem auf diese Weise hergestellten Texte werden die Varianten der sämmtlichen HSS. geliefert, so dass Text und Varianten jeden Forscher in Stand setzen, sich ein genaues Bild der einzelnen HSS. zu verschaffen. Bei der geringen Zahl der vorhandenen HSS. war es möglich, die Varianten vollständig zu geben, und ich habe vorgezogen hier eher zu viel als zu wenig zu thun und die Varianten selbst in Fällen beigesetzt, wo ihr Inhalt gleichgiltig scheinen konnte. Nur von *D* wurden die Varianten dort überall nicht beigegeben, wo sie auf offenbaren Versehen des Herausgebers beruhen. Es schien dies nothwendig, um die Varianten nicht durch die vielen Schreib- oder Druckfehler des Ludewig'schen Abdruckes überflüssiger Weise zu vermehren.

In der Bezeichnung der Varianten bin ich dem Vorgange Homeyer's in seiner Ausgabe des Sachsenspiegels gefolgt:

1. Die einzelnen Texte sind mit Buchstaben bezeichnet, deren Bedeutung bei der Beschreibung der HSS. angegeben wurde.

2. Folgt die Variante gleich auf die Zahl der Note, so bezieht sie sich auf das im Texte unmittelbar vor der Notenzahl stehende Wort; soll sie sich hingegen auf mehrere Worte des Textes beziehen, so stehen diese vor der Variante mit einer] eingeklammert. Im Falle mehrere auf verschiedene Abtheilungen des Textes Bezug nehmende Varianten beizusetzen waren, werden sie mit dem Zeichen || abgesondert.

3. Ein *f.* vor dem die HS. bezeichnenden Buchstaben bedeutet, dass der Inhalt der Variante in der verglichenen HS. fehlt. *fh.* nach dem Buchstaben der HS. bedeutet, dass dieselbe

den Inhalt der Variante hinzusetzt. Folgt die Variante ohne weiteres Zeichen nach dem Buchstaben der HS., so setzt der Text die Variante an die Stelle des entsprechenden Theiles der Ausgabe.

Varianten, welche nur die Orthographie betreffen, wurden in der Regel nicht aufgenommen, und hievon nur dann eine Ausnahme gemacht, wenn aus ihnen ein Schluss auf die Verwandtschaft der einzelnen HSS. zu ziehen ist, oder wenn sie für den Sprachforscher oder sonst aus irgend einem Grunde von besonderer Wichtigkeit schienen.

Bei der schwierigen Frage der Orthographie war ich bemüht, mich an die bewährtesten Texte zu halten. Im einzelnen wurden die trefflichen Regeln Homeyer's [1]) beobachtet. Dem entsprechend habe ich die durchaus vermischt gebrauchten Buchstaben *v* und *u* gesetzt, je nachdem ein Vocal oder ein Consonant nachfolgt. *i* wurde überall dem mitunter statt desselben vorkommenden *y* substituirt. Die Umlaute des *u* und *o* sind durchgehends mit *ü* und *ö* bezeichnet; die HSS. selbst haben ganz willkürlich bald *ü, ö*, bald *ů, o̊*. *ů* wurde beibehalten; es muss jedoch bemerkt werden, dass in den HSS. häufig schwer zu unterscheiden ist, ob *ů* oder *ů* gelesen werden müsse.

Die Unterscheidungszeichen, welche sämmtlichen HSS. fehlen, sind von mir beigesetzt worden. Dasselbe gilt von den grossen Anfangsbuchstaben, da die HSS. sie ganz regellos und oft widersinnig anwenden und daher keine Grundlage bieten konnten. Bei der Abtheilung in Artikel habe ich mich grösstentheils an die HSS., und wo diese differiren, an den Sinn gehalten.

Durch die Ausgabe wird ein vollständiges Bild des Landesrechts in seiner ursprünglichen Form geliefert. Dieselbe genügt aber auch für die HS. *P*, welche sich nur durch die verschiedene Anordnung der Artikel unterscheidet, da die abweichende Artikelfolge aus der beigegebenen synoptischen Tabelle A ersichtlich ist.

Für *W* hingegen konnte die Ausgabe wegen der zahlreichen neuen Zuthaten nicht genügen. Ich habe es daher für nöthig erachtet, einen vollständigen, diplomatisch getreuen Abdruck dieser HS. beizugeben. Ein einfacher Abdruck wurde hier einem

---

[1]) Homeyer, S. Sp. 1, 99.

emendirten Texte vorgezogen, weil in den neuen Zuthaten dieser Recension keine besonderen Fehler vorkommen und für die älteren Bestandtheile die Ausgabe der älteren Bearbeitung vorliegt, und weil wir bereits im Meiller'schen Abdrucke dieser HS. eine freilich nicht immer ganz richtig emendirte Ausgabe besitzen.

Die Unterabtheilung der HS. *W* in Paragraphe rührt durchgehends von mir her, da die HS. selbst in dieser Beziehung ganz willkürlich vorgeht, wenn sie den Text des Landesrechts theils durch neue Zeilenabsätze, theils durch das in rother Farbe beigesetzte Zeichen [in Abtheilungen bringt.

Zur Unterscheidung von der Ausgabe des ursprünglichen Textes sind die Unterabtheilungen der Handschrift *W* mit dem §.-Zeichen versehen worden, und werden im Verfolge mit LR. §. . . citirt, während die Ausgabe als LR. Art. . . oder als LR. unter einfacher Hinzufügung der Zahl des Artikels bezeichnet wird.

§. 4. Synoptische Tabellen.

Von den folgenden synoptischen Tabellen dient A zur Vergleichung der Artikel der Landesrechtsausgabe mit den einzelnen Absätzen der HSS. Derselben wurden auch die Unterabtheilungen der bisherigen Drucke beigesetzt, um die Benützung der gegenwärtigen Ausgabe bei der Lecture von Schriftstellern zu erleichtern, welche das österreichische Landesrecht nach den älteren Textabdrücken citiren.

Die Tabelle B vergleicht die Paragraphe des Abdruckes von *W* mit den früheren Abdrücken dieser HS.

A.

Art.	*H* (Hohenfurt.)	*L* (Linz.)	*S* (Lüb.)	*D* (Lud.)	*P* (Pesth.)	*W* (Wien.)	Senkenberg.	Meiller I.	Meiller II.
1	1	hat keine Unterabtheilungen.	1	1	103	1	1	1. 2	1. 2
2	2		2	2	104	2	2	3	3
3	3		3	3	105	3	3		
4	4			4	106		4	4	4
5	5		4	5	107	4	5		
6	6		5		108	5	6	5	5
7	7		6	6	109	6	7	6	6
8	8		7	7	110	7	8	7	7
9	9		8	8	136	9	10	8	9
10					137	10			
11	10		9		138	11			
12	11				139	12	11		
13	12			9	140			9	
14	13				141				
15	14		10	10	111. 112	69	62	10	64
16	15[1]			11	113	70	63	11	65.
17	15[2]. 16				114	71		12	66
18	17		11	12	143	13	12	13	10
19	18		12		144	14		14	11
20	19			13	145	15	13	15	12
21	20			14	146	16	14	16	13
22	21			15	147	20	18	17	17
23	22		13	16	148	19	17	18	16
24	23		14	17	151	22	20	19	19
25			15		152	21	19	20	18
26	24. 25			18	149	17	15	21	14
27	26			19	150	18	16	22	15
28	27		16	20	225	23	21	23	20
29	28. 29		17	21[1]	226	24	22	24	21
30	30			21[2]. 22	227				
31	31		18		228	f.	f.	25	f.
32	32		19	23	229	f.	f.	26	f.
33	33		20	24	230	29	26	27	26
34	34		21	25	231	31	28	28	28
35	35			26	232	f.	f.	29	f.
36	36			27	233	f.	f.	30	f.
37	37		22	28	234	28	25	31	25
38	38			29	235	33	30	32	30
39	39		23	30	236	34	31	33	
40	40			31	237	35	32	34	

Art.	*H*	*L*	*S*	*D*	*P*	*W*	Senkenberg.	Meiller I.	Meiller II.
41	41		24	32	238	27	24^2	35	24
42	42. 43			33	239. 240	88	78	36	82
43	44		25		241	26	24^1	37	23
44	45			34	242	25	23	38	22
45	46. 47		26	35	243. 244	30	27	39	27
46	48			36	115	f.	f.	40	f.
47	49		27	37	116	32	29	41	29
48			28	38	117	64	57	42	59
49	50			39	118	f.	f.	43	f.
50	51. 52		29	40	119	65	58	44	60
51	53			41		66	59	45	61
52	54		30	42	120	77	69	46	71
53	55		f.	43	142	67	60	47	62
54	56		31	44	121	68	61	48	63
55					122	72	64	49	67
56	57		32	45	123	73	65. 66	50	68
57	58		33	46	124	75	67	51	69
58	59		34	47	125	76	68	52	70
59	60		35	48	126	78	70	53	72
60	61. 62			49	127	79	71	54	73
61	63				128	80		55	74
62	64				129	81		56	75
63	65. 66			50		82	72	57	76
64	67			51	130	83	73	58	77
65	68		36	52	131	84	74^1	59	78^1
66	69		37	53	132	85	74^2. 75	60. 61. 62	78^2. 79
67	70		38	54	133	86	76. 77	63	80
68	71		f.	55	134	87	78	64	81
69	72		39	56	135	89	80	65	83
70				57		91. 92	82. 83	66	85. 86

B.

§.	Senkenberg.	Meiller II.	§.	Senkenberg.	Meiller II.	§.	Senkenberg.	Meiller II.
1	1	1. 2	32	29	29	63	56	58
2	2	3	33	30		64	57	59
3	3. 4	4	34	31	30	65	58	60
4	5		35	32		66	59	61
5	6	5	36	33	31	67	60	62
6	7	6	37	34	32	68	61	63
7	8	7	38	35	33	69	62	64
8	9	8	39	36	34	70	63	65
9			40	37	35	71		66
10	10	9	41		36	72	64	67
11			42	38	37	73	65	68
12	11		43	39	38	74	66	
13	12	10	44	40	39	75	67	69
14		11	45	41	40	76	68	70
15	13	12	46	42	41	77	69	71
16	14	13	47	43	42	78	70	72
17	15	14	48	44	43	79		73
18	16	15	49	45	44	80	71	74
19	17	16	50	46	45	81		75
20	18	17	51		46	82	72	76
21	19	18	52	47	47	83	73	77
22	20	19	53	48	48	84	74	78
23	21	20	54	49	49	85	75	79
24	22	21	55	50	50	86	76. 77	80
25	23	22	56		51	87	78	81
26	24	23	57	51	52	88	79	82
27		24	58		53	89	80	83
28	25	25	59	52	54	90	81	84
29	26	26	60	53	55	91	82	85
30	27	27	61	54	56	92	83	86
31	28	28	62	55	57			

§. 5. Entstehungszeit des Landesrechts.

Die Bestimmungen des LR. haben grosse Aehnlichkeit mit vielen Gesetzen des 13. und 14. Jahrhunderts. Trotzdem ist es schwer, daraus vom blossen Standpunkte der äusseren Rechts-

geschichte aus auf die Entstehungszeit des LR. zu schliessen, und in diesen Gesetzen Quellen des LR., oder umgekehrt im LR. eine Quelle dieser Gesetze zu finden. Siegel [1]) bemerkt treffend, dass man bei derlei Filiationen von Rechtsdenkmälern sehr vorsichtig sein müsse, weil häufig dasselbe Bedürfniss zu gleicher Zeit an verschiedenen Orten die Aussprechung derselben Rechtsgrundsätze veranlasse, ohne dass deswegen an eine quellenmässige Verbindung der einzelnen übereinstimmenden Rechtsquellen zu denken sei. Um zu sicheren Resultaten zu gelangen, muss sich daher darauf beschränkt werden, das LR. nur mit solchen Rechtsquellen zu vergleichen, in welchen Stellen vorkommen, welche mit einzelnen Sätzen des LR. wörtlich übereinstimmen, weil dann und nur dann mit Sicherheit auf ein Quellenverhältniss zwischen beiden geschlossen werden kann.

Es findet sich nämlich, dass einige Artikel des LR. mit Stellen aus Gesetzen des 13. Jahrhunderts wörtlich übereinstimmen. Eine solche Uebereinstimmung besteht zwischen LR. 23 und dem österreichischen Landfrieden Rudolf's I. a. 1276 [2]), zwischen LR. §. 39 und demselben Landfrieden [3]), zwischen LR. 48 und demselben Landfrieden [4]), ferner zwischen LR. 60, dem Landfrieden Kaisers Friedrich II. a. 1235 §. 11 [5]) und dem Landfrieden Ottokar's c. 1251 Abs. 13 [6]), dann zwischen LR. 63, dem Landfrieden a. 1235 §. 3 [7]) und dem Landfrieden c. 1251 Abs. 6 [8]), endlich zwischen LR. 65 und 66 und dem Landfrieden von 1235 §. 1 [9]).

Es ist nun zu erörtern, ob diese Landfriedensgesetze dem Verfasser des LR. als Quelle vorgelegen sind, oder ob das umgekehrte Verhältniss stattgefunden habe.

1. Dass dem Landfrieden vom Jahre 1235 die Priorität vor dem LR. gebühre, ist noch von Niemandem bestritten worden, denn es lässt sich durchaus nicht annehmen, dass Kaiser Friedrich II. bei Erlassung seines Landfriedens auf dem Reichstage zu Mainz sich das österreichische LR. als Vorbild genom-

---

[1]) A. a. O. 126. — [2]) M. G. 4, 411 Z. 13—24; s. §. 22 bei not. 11. — [3]) M. G. 4, 411 Z. 36—38. — [4]) M. G. 4, 411 Z. 24—27. — [5]) M. G. 4, 579. — [6]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 57 Z. 21 ff. — [7]) M. G. 4, 575. — [8]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 56, Z. 18 ff. — [9]) M. G. 4, 572.

men und darin enthaltene Satzungen wörtlich abgeschrieben habe [10]).

2. Zweifelhafter ist die Sache rücksichtlich des Ottokar'schen Landfriedens, da es allerdings denkbar wäre, dass Ottokar bei Erlassung dieses Gesetzes auf eine ihm, dem Fremden, vorgelegte Aufzeichnung österreichischer Rechtsgewohnheiten Rücksicht genommen habe. Trotzdem muss auch diesem Landfrieden die Priorität vor dem LR. gewahrt werden.

Siegel [11]) spricht sich für die Priorität des LR. aus, weil der dem §. 11 des Landfriedens von 1235 beigefügte Zusatz: „*wann wer sein vogtei selb berawbet* u. s. w.“, welcher sowohl in LR. 60 als im Ottokar'schen Landfrieden vorkommt, sich an den Gedankengang des unmittelbar vorhergegangenen Satzes nicht genau anschliesst. Diese ganz richtige Bemerkung findet aber ihre ausreichende Erklärung darin, dass dieser Absatz dem Paragraphe des Landfriedens a. 1235 nachträglich von dritter Seite beigesetzt worden ist. Diese Anfügung eines mit dem Vorhergegangenen logisch nicht ganz zusammenpassenden Rechtssatzes kann ebenso gut dem Verfasser des Ottokar'schen Landfriedens als dem Compilator des LR. zugeschrieben werden; für ersteres spricht überdies der Wahrscheinlichkeitsgrund, dass dies der einzige Fall wäre, in welchem das LR. an eine wortgetreue Ausschreibung einer Gesetzesstelle einen selbständigen Zusatz gemacht hätte.

Uebrigens haben wir auch einen directen Beweis für die Priorität des Landfriedens. In §. 3 des Landfriedens a. 1235 heisst es: *Wil aber im der den hantfrid gemachet oder enphangen hat, niht gesten des rehtes, daz er an im gebrochen si, dem sol der rihter daz gebieten bi des keisers hulden, daz er im sins rehtes helfe, oder zen heiligen swere, daz er niht darumbe enwizze. Lat er daz durh manschaft (magschaft) oder durh deheiner slahte dinch, er ist dem keiser und dem rihter siner hant schuldech.* Der Landfrieden Ottokar's sagt dagegen an der betreffenden Stelle: *Wil aber u. s. w. dem sol der rihter gebieten bei unsern hulden;* und: *Lat er daz.... er ist uns und dem rihter siner hant schuldich.* In gleicher Weise heisst es LR. Art. 63: *dem sol der*

[10]) Zieglauer L.R. 99.

[11]) A. a. O. 127.

richter gepieten bei unsern hulden, und: *er ist uns und dem richter seiner hannt schuldig.* Wäre nun dieser Art. 63 aus dem fridericianischen Landfrieden abgeschrieben worden, so bliebe es ganz unerklärt, wie der Verfasser des LR., der ja nach den Eingangsworten eben dieses Art. bestehendes Gewohnheitsrecht darstellen wollte, die Worte „*des keisers*“ und „*dem keiser*“ in die erste Person „uns“ umwandeln konnte, anstatt dieselben unverändert zu lassen, wie dies der Redeweise in LR. Art. 2 entsprechen würde, oder „*des landesherren*“ an die Stelle zu setzen. Der Gebrauch der ersten Person in diesem Landesrechts-Artikel erklärt sich eben nur daraus, dass in dem bei Abfassung des LR. vorgelegenen Gesetze dieses „uns“ bereits gestanden hat, und gedankenlos nachgeschrieben worden ist. Dem Verfasser des LR. muss demnach bei dem Ausschreiben dieses Artikels der betreffende Absatz des Ottokar'schen Friedensgesetzes, in welchem der Ausdruck: „uns“ bereits vorkommt, vorgelegen sein. Dass das Ottokar'sche Gesetz hingegen die in seiner Vorlage, dem Landfrieden a. 1235 vorkommenden Worte „*des keisers*“ u. s. w. in „*uns*“ verwandelt hat, ist ganz erklärlich, weil Ottokar in diesem Gesetze stets in der ersten Person sprechend erscheint, und es in seiner politischen Stellung lag, seine Person an die Stelle der kaiserlichen Autorität zu setzen.

3. Schwieriger ist es, die Priorität des Landfriedens a. 1276 vor dem LR. festzustellen.

Hiefür spricht im Allgemeinen schon der Charakter des LR. als einer Compilation bestehender Gesetze, in welcher nachweisbar mehrfach Stellen aus bestehenden Gesetzen ausgeschrieben worden sind, während es ganz unwahrscheinlich ist, dass gerade in diesem Landfriedensgesetze Aufnahmen aus andern Gesetzen enthalten sind, da es sonst durchgehends selbständige Anordnungen enthält und auch die zahlreich und ganz zerstreut darin vorkommenden Anklänge an den soeben geendeten Kampf mit dem böhmischen Könige die Ursprünglichkeit seiner Normen verbürgen.

Der Landfrieden ist übrigens lateinisch, das LR. deutsch geschrieben. Es muss also eine Uebertragung aus einer Sprache in die andere erfolgt sein. Einer jeden Uebersetzung hängt es aber an, dass um einen Gedanken auszudrücken, welcher in der Ursprache oft nur mit einem einzigen oder mit wenigen treffen-

den Worten ausgesprochen wird, ein bedeutend grösserer Aufwand an Worten und Umschreibungen nöthig werden, um den Sinn der Ursprache zu geben. Man vergleiche nun folgende Ausdrücke der lateinischen mit den entsprechenden der deutschen Urkunde (LR. 23 und die correspondirende Stelle des Landfriedens a. 1276): *conquirente domino,* und: *des herren der nach im claget; receptor,* und: *iener, der in gevestent hat; causa pendente,* und: *denn noch nicht vertaidingt ist noch verrichtet umb in.* Wie ganz am Platze, wie prägnant ist die lateinische Ausdrucksweise, wie schwerfällig hingegen, wie mühsam zusammengesucht erscheinen die vielen Worte des LR. Es ist beinahe nicht zu bezweifeln, dass der Verfasser des LR. diesen Artikel aus einer ihm vorgelegenen lateinischen Urkunde, nämlich eben aus dem Landfrieden a. 1276 übersetzt habe [12]).

Das Ergebniss der Untersuchung besteht somit darin, dass das LR. nach dem 3. December 1276, dem Tage der Erlassung des Rudolfinischen Landfriedens für Oesterreich, entstanden ist. Es handelt sich nun darum, einen zweiten Zeitpunct aufzufinden, vor welchem das LR. verfasst worden sein musste. Doch geht es jetzt nicht mehr an, auf die bisherige Weise vorzugehen, und etwa Gesetze aufzusuchen, welchen das LR. als Vorlage gedient hat, da solche, bis jetzt wenigstens, noch nicht aufgefunden worden sind. Wir müssen daher auf einem andern Wege zu dem erwünschten Resultate zu gelangen suchen.

Es ist keinem Zweifel unterworfen, dass es im 13. und 14. Jahrhunderte Niemandem beifiel, rechtshistorische Abhandlungen zu verfassen [13]), dass also auch das LR. nur das bestehende Recht fixiren wollte. Der Inhalt des LR. passt auch vollkommen auf die Zeit nach dem Jahre 1276. Es wird sich bei der Betrachtung des damaligen Rechtszustandes, wie er sich aus andern Quellen ergibt, eine vollkommene Uebereinstimmung mit den Rechtssätzen des LR. herausstellen. Wenn wir nun im Verlaufe der rechtshistorischen Entwicklung auf einen Zeitpunkt kommen, in welchem Veränderungen im Rechtszu-

---

[12]) Einzelne technische Ausdrücke wusste der Uebersetzer, wie es scheint, gar nicht zu verdeutschen und zog es vor, sie ganz zu übergehen, so: *alio iusto titulo attinentes.*

[13]) Zieglauer L.R. 108.

stande eingetreten sind, welche mit den landesrechtlichen Bestimmungen im Widerspruche stehen, so werden wir berechtigt sein, zu schliessen, dass das LR. darnach nicht mehr entstanden sein kann, sondern dass seine Entstehung aus einer früheren Zeit her datiren müsse.

Ein solcher Zeitpunct findet sich nun einige Decennien nach dem Jahre 1276. Es wird weiter unten nachzuweisen sein, dass die Gerichtsverfassung, wie sie in Unterösterreich zur Zeit der ersten Habsburger bestand, genau dieselbe war, welche im LR. als bestehendes Recht vorgetragen wird. Nach und nach bereitete sich jedoch eine Veränderung vor, die in dem Hervortreten des herzoglichen Hofgerichts in Wien um 1330 ihren Abschluss fand. Die Einrichtung dieses Hofgerichts zeigt in der Besetzung, dem Sitze, der Competenz und dem Namen so bedeutende und durchgreifende Unterschiede von den früheren, noch im LR. vorkommenden Landtaidingen, dass das LR. nicht aus der Zeit des Bestandes dieses Hofgerichts herrühren kann, sondern vor Einführung desselben verfasst worden sein musste. [14])

Darnach ist also die Entstehungszeit des LR. in den Zeitraum von 1276 bis c. 1330 zu setzen [15]).

Ueber die Veranlassung und den Zweck der Rechtsaufzeichnung lassen sich nur Vermuthungen aufstellen, da die vorhandenen Quellen hierüber keine genügenden Anhaltspunkte bieten.

---

[14]) Das Nähere über alle diese Verhältnisse in §. 43. Die im Texte ausgesprochene Ansicht wird durch die Auseinandersetzungen Meiller's (Ueber eine Hypothese, S. 140 ff.) nicht widerlegt. Meiller's Gründe beziehen sich theils auf die Zeit vor Einführung des Hofgerichts, als noch die alten Landtaidinge fortbestanden; theils, insofern Meiller Daten aus der Zeit nach Einführung des Hofgerichts bringt, liegt ihnen eine Verwechslung des herzoglichen oberen Landgerichts mit den niederen Landgerichten zu Grunde, welche letzteren allerdings noch neben dem Hofgerichte fortbestanden und dasselbe sogar überdauerten.

[15]) Die Entstehungszeit des LR. ist bekanntlich eine viel besprochene Streitfrage. Die verschiedenen Ansichten, welche vom Jahre 1190 bis zum Ende des 14. Jahrhunderts schwanken, sind von Zieglauer L.R. einer gründlichen Besprechung unterzogen worden; ebenso wurde eine Widerlegung der Ansicht Siegel's, welcher das LR. im Jahre 1247 bei einer speciellen Veranlassung entstehen lässt, von mir in der §. 2 not. 1 citirten Abhandlung versucht. Um nicht Bekanntes zu wiederholen, wird sich hier darauf beschränkt, auf diese Abhandlungen hinzuweisen.

Unter den Habsburgern war zu wiederholten Malen von einer Bestätigung der Rechte des Landes Oesterreich die Rede, und es bildete dies den steten Hintergrund der Verhandlungen zwischen den Landherren und ihren Herrschern. Hiebei hatte man vielleicht unter Anderem auch eine Bestätigung der Urkunde im Auge, welche nach Angabe des Reimchronisten Ottokar von Horneck von Kaiser Friedrich II. bei seiner Anwesenheit in Oesterreich (1247) dem Lande ertheilt worden sein soll [16]), eine Urkunde, von der sonst nichts Weiteres bekannt geworden ist.

Diese Verhandlungen mögen nun den Anlass dazu gegeben haben, die Landesrechte aufzuzeichnen, sei es zu reinen Privatzwecken, sei es vielleicht auch, um einem zu erlassenden Gesetze oder einem Gesetzentwurfe als Grundlage zu dienen. Positive Anhaltspunkte, welche diese Vermuthung unterstützen würden, mangeln jedoch. In eingehender Weise werden die stattgefundenen Verhandlungen nämlich nur von Ottokar von Horneck in seiner Reimchronik besprochen [17]); nach dessen Erzählung aber drehten sich die Verhandlungen um ganz andere Punkte, als um

---

[16]) Reimchronik cap. 621 (Pez Scr. 3, 573):
Ains dawcht sew so gut,
Daz man durich Beschaidenhait
Dem Fursten vnverczait
Herczog Albrecht
Päte dez Lanndes Recht
Vnd Gewonhait behalten,
Die jn die Alten
Vnd der Kayser Fridreich
Heten gelassen ze Oesterreich
Vnd dem Lannd gegeben.

Hier wird von dem Lande Oesterreich bereits ertheilten Rechten, also von einer vollständig ausgefertigten Urkunde gesprochen; die Stelle kann daher nicht mit Siegel a. a. O. 131 auf das LR. bezogen werden, welches selbst nach dessen Anschauungsweise doch höchstens nur ein Gesetzentwurf, gewiss aber kein aus der Kanzlei Kaisers Friedrich II. hervorgegangenes Gesetz gewesen sein kann.

[17]) Die Reimchronik ist allerdings in vielen Punkten nicht ganz glaubwürdig und nur als secundäre Quelle zu betrachten, gerade aber in inneren politischen Tagesfragen und in den Verhältnissen des Adels von Oesterreich und Steiermark zeigt sich Ottokar von Horneck sehr bewandert und kann in dieser Hinsicht als glaubwürdiger Gewährsmann gelten. (Lorenz D. G. 2, 278 n. 2.)

die im Landesrechte festgestellten Rechtssätze. Zum Nachweise dessen sollen die Stellen der Reimchronik aufgeführt werden, in welchen von österreichischen Landesrechten und deren Bestätigung die Rede ist.

Den Reigen eröffnen die Erzählungen der Reimchronik c. 200 [18]) über die Vorfälle auf dem Reichstage zu Augsburg (1282). Der Chronist erzählt hier, dass König Rudolf I. die Landherren Oesterreichs und Steiermarks auf den Reichstag berief, und fährt fort:

Da sagt man: Sy sind chomen her
Von Steyr und von Oesterreich,
Vnd muetent an daz Reich,
Daz in der Kunig ruecht zu behalten
Die Recht, dew die alten
Fursten habent nicht verczigen,
Dew man jn sach bestetigen
Den Kaiser Fridreichen.

Die Landherren erscheinen dann vor dem Könige und dieser macht ihnen die Mittheilung, er habe beschlossen, seine Söhne Albrecht und Rudolf mit den österreichischen Ländern zu belehnen. Nach kurzer Besprechung unter einander erwidern darauf die Landherren:

Herr, seit gemant,
Daz Ewr Chunigleich Hant
Vns hat geraicht die genad,
Daz vns dhain schad
An vnsern alten Rechten,
Die vns mit guten und mit slechten
Hantvesten sind pestetigt:
Wo jr dez verczigt,
Daz stund vngenädichleich,
Als vil als wir dem Reich
Vnd Euch gedint haben.
Die Recht sy furgaben,
Es wer also chomen her,
Vnd wer auch noch jr Ger
Daz Oesterreich und Steyrlannd

[18]) Pez, Scr. 3, 181.

Wann ain Herr wurd benant,
Dem sy wolden vndertenig wesen
(Ain Hantvest ward da gelesen,
Dew jn die Recht pewärt)
Daz Ir Vns daran peswärt,
Herr, dez getraw wir Euch nicht.

Hierauf die Antwort des Königs:

Ir schult Mich recht versten,
Ich han der Sune zwen,
Wann dew tailent jrew Lannt,
Chrain, Chernden[19]*, und Steyrlannt,*
Da sol ainer Herr werden:
So sol von Swewischer Erden
Der ander Furst haissen,
Von dez selben Lanndes Chraissen
Mag er ane scham
Wol gehaben Fursten Nam.
Wie lang der Chrieg wert.

Auf dies fügen sich die Landherren:

Wez der Kunig gert,
Dawider Niempt lang strait,

und die Belehnung der Söhne des Königs erfolgt:

Die Grafscheft und die Lannt,
Die Ich vor han genant,
Die enphiengen sy mit Vanen.

Nach diesen Stellen protestirten die Landherren hauptsächlich gegen die Verfügung, dass Oesterreich und Steiermark zwei Herren bekommen sollte, und erklärten dies als eine Verletzung der anerkannten Rechte des Landes. Von einem solchen Rechte des Landes ist aber im LR. auch nicht einmal andeutungsweise eine Erwähnung gethan, während eine Rechtsaufzeichnung, welche speciell für diese Verhandlungen verfasst worden wäre, wohl auch eine Bestimmung über diesen Hauptstreitpunkt zwischen König und Landherren hätte enthalten müssen. Es wird daher auch nicht angehen, das LR. mit diesen Verhand-

[19]) Die Erwähnung Kärnthens an dieser Stelle ist irrig; vergl. Stögmann in Sitzungsber. d. A. 19, 187 und Lorenz, D. G. 2, 275 n. 1.

lungen auf dem Reichstage zu Augsburg in allzunahe Verbindung zu bringen[20]).

Auch in den Nachrichten der Reimchronik über den Aufstand der österreichischen Ministerialen gegen Herzog Albrecht I. werden die Landesrechte betont. Es ist wiederholt die Rede davon, dass die Landherren eine Bestätigung der Rechte des Landes von Seite des Herzogs anstrebten, so c. 621 (s. die Stelle oben n. 16), dann c. 622[21]) (aus der Rede der Gesandten des Adels zu Albrecht):

Wir sein erchorn
Ze Poten von der Gemain,
Si sein groz oder chlain.
Die Herren hie ze Oesterreich
Die enpietent Ew allgeleich,
Si haben Ew dikch gemant,
Daz Ir vns und daz Lant
Hiet geeret damit,
Daz Ir nach dem alten Sit
Und nach der Gewonhait,
Dew Ew dikch ist vorgesait,
Der alten Fursten ye,
Die vor Ewr warn hie
Vnd daz Lant innen heten,
Dikch seit Ir gepeten,
Daz Ir vns wäret slecht
An dez Lanndes Recht.

---

20) Es lässt sich daher auch nicht mit Lorenz D. G. 2, 271 n. 2, 278 n. 2 und 279 in cap. 200 eine Bestätigung der Siegel'schen Ansicht über die Entstehungszeit des LR. im Jahre 1247 finden. Wenn übrigens Lorenz erzählt, die Landherren hätten am Reichstage zu Augsburg von Rudolf I. eine Bestätigung ihm vorgelegter Landesrechtssatzungen gefordert, dieser aber habe sie an seine Söhne als Herzoge gewiesen, so ist dies eine Behauptung, von der, wie ich gestehen muss, es mir nicht gelungen ist, eine quellenmässige Bestätigung zu finden. In der Reimchronik wird mit keiner Silbe gesagt, dass die Landherren eine Bestätigung von Rechtssätzen forderten, sie wollten nur das bestehende Recht nicht verletzt wissen, und eben so wenig findet sich hievon etwas in den von diesen Verhandlungen Zeugniss gebenden Urkunden. (Lambacher 196 flg. Nr. 106, 107, 108.)

21) Pez Scr. 3, 574.

Endlich c. 624[22]:

Si (die Landherren) *fragten fleissichleich*
Die Herren all vir,
Waz in der Furst Zir
Herczog Albrecht
Umb dez Lanndes Recht
Ze Antwurt het gegeben.

Welcher Art die Forderungen der Landherren in dieser Beziehung waren, erfahren wir am genauesten aus c. 625, in welchem die Urkunde, welche die Landherren darüber entwarfen, beschrieben wird[23].

Do wurden angeschriben
Dew Pet vnd dew Recht,
Dew jn der Herczog Albrecht
Pehalden und laisten scholde,
Ob er jr Herr wesen wolde.
Waz hulf, ob Ich ez alles zalt?
Daz muten waz so mannigvalt,
Daz si da teten,
Heten si gepeten,
Den alten Herczog Fridreich,
Dem Steyr und Oesterreich
Von Eribschaft waz vndertan,
Si wern sein von ynn vndertan,
Si wern sein von ym erlan,
Vnder manigen Sachen
Wil Ich Ew chunt machen
Ain Tail jr Vodrung.
Si muten, daz der Furst jung
Furbaz von dem Lant
Dhain varund Gut sant
Hincz Swaben, noch an dhain stat,
Es geschäch dann nach jrn Rat.
Darnach si ym furgaben,
Daz er hiefur dhainen Swaben
In dem Lannd behielt,
Welher dhains Guts wielt

[22]) Pez Scr. 3, 575. — [23]) Pez Scr. 3, 576.

In dem Lannd von Heyrat,
Den schold er dester drat
Beheren und bestrawffen,
Und mit Phening aberchauffen,
Daz ot jr dhainer
Weder groz noch chlainer
Pelib dacz Oesterreich,
Dez geiten si fleissigleich.
Der ander Sach waz so vil,
Schol Ich Ew an disem Zil
Sunderleich sagen,
Dez must Ew betragen,
Ez ward da manigs gegert,
Daz dez nicht waz wert,
Daz ez waz angeschriben.

Die wenigen Punkte, welche hier aus dieser Urkunde speciell angeführt werden, genügen, um jeden Gedanken an das LR. fern zu halten, in welchem weder von einem Verbote der Verwendung der Landeseinkünfte ausser Land, noch von Mitteln gegen die Bevorzugung der Schwaben irgend etwas vorkommt.

Zieglauer vertritt die Ansicht, dass das LR. diesen Verhältnissen seinen Ursprung verdanke, indem „die unzufriedenen Edlen und Ministerialen zur Zeit, als in Albrecht das monarchische Princip ihrer bevorzugten Stellung entgegen trat, die alten Rechte und Gewohnheiten sammelten und aufzeichneten". Er hat jedoch hiebei dieses wichtige cap. 625 gar nicht berücksichtigt. Seine Ansicht wird hauptsächlich, oder vielmehr allein damit begründet, dass aus den Normen des LR. eine unverkennbare Opposition des Adels und der Ministerialen gegen den Landesfürsten hervortrete, welche eben gerade für die Zeit der Gährung und des Aufstandes gegen Albrecht (1287—1295) ganz charakteristisch passe. Diese Behauptung hat bereits ihre gründliche Widerlegung gefunden [24]). Ein solcher oppositioneller Geist ist in den Landesrechts-Bestimmungen nicht im Geringsten zu finden. Die weiter unten folgende Darstellung des im LR. enthaltenen Rechtsstoffes wird im Gegentheile zeigen, dass die Bestimmungen dieses Rechtsbuches der damaligen Zeit ganz

[24]) Von Meiller a. a. O.

entsprechen und nur Rechtssätze enthalten, welche zu wiederholten Malen auch in anderen Gesetzen und Normen ausgesprochen werden, und dass insbesondere alle die von Zieglauer als oppositionell angesehenen Rechtssätze schon lange vor, und ebenso auch nach dem Aufstande gegen Albrecht unzweifelhaft Geltung hatten und wohl auch von Herzog Albrecht nicht angetastet wurden.

In den Verhandlungen des Jahres 1295 fehlt also auch jede nähere Beziehung zum LR. und unsere Nachrichten über die inneren Verhältnisse Oesterreichs bieten sonach keinen Anhaltspunkt zur genaueren Bestimmung des Zeitpunktes, wann das LR. innerhalb des Zeitraumes von 1276— c. 1330 entstanden ist, ebenso wenig als darüber, in welchen Zwischenräumen die einzelnen Recensionen des Rechtsbuches verfasst worden sind.

II. ABSCHNITT.

Systematische Darstellung des im Landesrechte enthaltenen Rechtsstoffes.

I. ABTHEILUNG.

OEFFENTLICHES RECHT.

§. 6. Einleitung.

Ueber die staatsrechtliche Stellung des österreichischen Herzogs enthält das LR. nur sehr Weniges, doch genug, um daraus die Hauptgrundzüge derselben entnehmen zu können. Gegenüber dem deutschen Reiche erscheint der Herzog als Vasall des Kaisers, in seinem Lande hat er bereits die Rechte, welche die sogenannte Landeshoheit, das Fürstenthum im neueren Sinne [1]) bilden, nemlich den Gerichtsbann und den Heerbann. Sowie nach aussen durch sein Verhältniss zum Kaiser, so ist er jedoch auch nach Innen dadurch beschränkt, dass er in manchen Angelegenheiten an die Zustimmung oder den Rath seiner Landherren gebunden ist.

Daraus ergeben sich folgende Hauptgesichtspunkte, nach welchen der staatsrechtliche Inhalt des Landesrechts besprochen werden soll: 1. Verhältniss zum deutschen Reiche, 2. Gerichtsbarkeit, 3. Heerbann, 4. Rechte der Landherren. Ausserdem sollen noch 5. einige Bestimmungen national-ökonomischen Inhalts, und 6. die nur theilweise dem öffentlichen Rechte angehörigen Vogteiverhältnisse besprochen werden.

---

[1]) Zöpfl RG. 486.

§. 7. 1) Verhältniss zum deutschen Reiche.

Oesterreich erscheint im LR. als ein Lehen des deutschen Reiches, denn es heisst LR. 2., dass die Vasallen des Landesherrn Afterlehensleute des Reiches sind. Dabei sind die Verhältnisse Oesterreichs als einer Mark des deutschen Reiches durch die Erhebung zum Herzogthum (1156) unberührt geblieben, LR. §. 45. Die Unterordnung unter das deutsche Reich tritt insbesondere in der Bestimmung hervor, dass die Appellation vom Landesherrn an Kaiser und Reich zulässig ist (LR. 1. und 2.), worüber das Nähere im Gerichtsverfahren zu erörtern sein wird.

Uebrigens hatte sich Oesterreich bereits als festes Territorium gestaltet. Schon seit der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts [1]) wird der Fürst hier als Landesherr bezeichnet; ein auch im LR. gewöhnlich vorkommender Ausdruck, welcher für diejenigen gebraucht wird, die insbesondere nach der const. Friedrich's II. a. 1232 [2]) die landesherrliche Gerichtsbarkeit in patrimonialer Weise inne hatten [3]). Die österreichischen Vasallen werden daher auch schon Vasallen des Landes genannt, so z. B. LR §. 54: Ritter und Knappen, *die zu dem land gehoren.*

§. 8. 2) Gerichtsbarkeit.

Die Gerichtshoheit des österreichischen Herzogs gründet sich auf die Bestimmung des privilegium minus a. 1156: *ut nulla magna vel parva persona in eiusdem ducatus regimine sine ducis consensu vel permissione aliquam iusticiam presumat exercere* [1]). Ueber die Bedeutung dieser Worte herrscht eine Verschiedenheit der Ansichten. Während Berchtold [2]) darin eine Uebertragung des früher dem Könige zustehend gewesenen Königsbannes an den Herzog sieht, wird dies von Brunner [3]) widersprochen. Diese

---

1) Ficker, Vom Reichsfürstenstande, §. 32. — 2) M. G. 4, 291. — 3) Zöpfl RG. 489, VII.

1) A. f. K. ö. G. 8, 111.

2) Landesh. 158 ff.

3) Exemt. 331 ff. Brunner vergisst hiebei, den Hauptstützpunkt seiner Ansicht nachzuweisen, nämlich, dass in der Mark Oesterreich überhaupt unter Königsbann gedingt wurde.

Frage, und damit zusammenhängend die Frage, inwiefern Oesterreich als Mark eine der sächsischen gleiche oder doch ähnliche Markverfassung hatte, ist jedoch ohne genaues Eingehen in die Gerichtsverhältnisse vor 1156 wohl nicht mit Gründlichkeit zu beantworten. Hier würde dies zu weit führen, denn zur Zeit des LR. war von einer Bestätigung des Blutrichters durch Verleihung des Bannes von Seite des Königs keine Rede mehr, und das bildet eben den Kernpunkt der Frage, ob nebst der nach dem privilegium minus zweifellos nothwendigen Einwilligung des Herzogs noch überdies eine besondere Ertheilung des Bannes durch den König erforderlich war. König Ottokar liess seine Richter gewiss nicht den Bann vom deutschen Könige einholen; die Verhältnisse unter der unmittelbaren Regierung Rudolf's I. können nicht als massgebend angesehen werden, weil da deutscher König und Landesherr in einer Person vereinigt waren, und wenn Rudolf den Königsbann ertheilte [4]), er dies ebensogut als deutscher König, als in Stellvertretung des nicht existirenden Landesherrn gethan haben kann. Als endlich die Habsburger mit Oesterreich belehnt wurden (1282), war das Einholen des Bannes vom deutschen Könige schon längst antiquirt und Niemand kümmerte sich mehr darum [5]), so dass also zur Zeit des Landesrechts die Blutrichter nur vom Herzoge den Bann einzuholen hatten [6]). Dies galt auch von den zur Ausübung des Blutbannes berechtigten Stadtrichtern. Stadtrecht v. Neust. §. 90: *Statuimus, ut de cetero nec a nobis, nec a nostro officiali aliquis judex Novae civitatis instituatur, nisi ecc.* In Wiener-Neustadt auch nach dem Privilegium K. Friedrich's II. a. 1237 [7]),

---

[4]) Urk. a. 1277 (Meichelbeck 2, 2, 102 Nr. 169), worin Rudolf I. das Recht des Bischofs von Freisingen auf das *judicium provinciale super predium in Enzinstorf* anerkennt, und sagt: dem judex des Bischofs *nos bannum manu nostra regia duximus concedendum.*

[5]) Berchtold Landesh. 161, Stobbe Gerichtsverfassung des Sachsenspiegels in Z. f. d. R. 15, 90.

[6]) Urk. f. Neustadt a. 1277 s. §. 44 bei n. 21. Urk. a. 1346 für Gaming (Steyrer 54): *Judex provincialis, quem Prior et fratres predicti Monasterii elegerint, qui etiam Banno a nobis* (Herzog Albrecht) *utitur.* Unterwerfungsurkunde der Grafen von Schaumberg a. 1361 (Kurz Rudolf IV. 354 Nr. 11), in welcher sie dem österreichischen Herzoge u. a. *den Pan der grozzen Gerichten vber den tod* übergeben.

[7]) Hormayr Archiv 1828, 313.

in Wien nach dem Albertinischen Stadtrechte a. 1296 [8]**) und in Steyer nach dem Privilegium Herzogs Albrecht a. 1287 §. 2** [9]**):** ***Item quod nullus eisdem civibus praeficiatur in judicem, nisi talis, quem de suo consortio juxta beneplacitum nostrum seu principis terrae duxerint assumendum*** [10]).

§. 9. 3) Heerbann.

Im Heerwesen erscheinen Oesterreichs Herzoge als oberste Kriegsherren des Landes. Sie haben in dieser Beziehung, wie alle mit Landeshoheit begabten Fürsten, zweierlei Rechte [1]).

1. Sie sind berechtigt ihre Lehens- und Dienstleute zum Heeresdienst aufzufordern. Dies war hauptsächlich der Fall, wenn Reichsdienste zu leisten waren [2]), unter welchen wieder der Reichsdienst zur Römerfahrt besonders begünstigt war und besonderen Bestimmungen unterlag. Dabei konnten sie aber auch in ihren eigenen Kriegen ihre Leute benützen. LR. §. 45 enthält hiezu die Bestimmung, dass wegen der Eigenschaft Oesterreichs als rechte Mark der Landesherr seine Landherren nicht nöthigen könne, über die Grenze des Landes hinauszuziehen. Diese Anordnung scheint sich jedoch nur auf Privatkriege des Herzogs und nicht auf den eigentlichen Reichsdienst zu beziehen, da nach dem privilegium minus der Herzog Oesterreichs in den benachbarten Provinzen Reichsdienste zu leisten hatte [3]), und

---

8) Hormayr Wien 2, XL Nr. 55. Anders die Privilegien Kaisers Friedrich II. a. 1237 (A. f. K. ö. G. 10, 125) und Rudolf's I. a. 1278 (Rauch 3, 4), wornach in Consequenz mit der Erklärung Wiens als freie Reichsstadt die Richterernennung vom Kaiser oder Könige erfolgen soll.

9) Gengler St. R. 466 (und darnach Bischoff Stadtr.) hat diesen Freiheitsbrief unter der Jahrzahl 1278; ein offenbarer Schreib- oder Druckfehler, denn 1278 war Albrecht noch gar nicht Herzog. Das richtige Jahr in Lichnowsky Reg. 118 Nr. 963.

10) S. darüber Würth, Stadtrecht von Wiener-Neustadt 97. Ueber das dem Herzoge Oesterreichs in Folge seiner Gerichtshoheit zustehende Exemtionsrecht s. Brunner Exemt.

1) Eichhorn 2, 449.

2) Homeyer S. Sp. 2, 2, 377.

3) Berchtold Landesh. 121. Noch nach der Wormser Matrikel (1521) haben die Herzoge Oesterreichs Reichsdienst zu leisten (120 Reiter und 600 Fussgänger).

also wohl auch eine entsprechende Verpflichtung seiner Vasallen zu solchen Kriegsdiensten vorhanden sein musste [4]). Aehnliche Beschränkungen des Heeresdienstes enthält auch Richtst. Leh. R. 13. 5 und das Privilegium für Wien a. 1237 [5]), dessen Bestimmung im Privilegium für Wien a. 1247 [6]) wiederholt wird. In Letzterem heisst es: *Dar vber so gepieten wir von vberfluzzigen gnaden daz niemant erlaubt sey dye vorgenanten Purger ze notten ze dhainen dienst auz ze varen fürbaz denne des tages vnd seu pei liechtem Tag von iren haeusern auzvarent. Daz sie denne pey dem Svnne schein wider gelazzen werden haym ze varen.* Daraus ist diese Bestimmung in die Rechtsurkunde Rudolf's I. für Wien von 1278 [7]) übergegangen. In gleicher Weise verfügt die goldene Bulle K. Friedrich's II. für Wiener-Neustadt a. 1237 [8]): *Praeterea ex abundanti gratia quod seruicium vltra indulgemus, ut nemini liceat praenotatos ciues ad aliquod seruicium vltra progredi cohibere, quod ut eo die quo clara luce de domibus suis exierint, in splendore solis regredi permittantur.*

2. Der Landesherr war aber auch berechtigt bei allgemeiner Landesnoth die Heerfolge von allen Einwohnern des Landes zu begehren [9]), LR. Art. 45, und als solche allgemeine Landesnoth wurde auch eine innere Empörung gegen den Herzog angesehen, LR. 55.

Für diesen Fall enthält LR. §. 54 ausführliche Bestimmungen über die Waffen, die Jeder mit haben soll [10]). Von dem Adel, d. h. den Landherren, Rittern und Knappen sollen die, welche 20 Pfund Gülten haben, ein gepanzertes Ross und eine vollständige Rüstung haben; die, welche 15 Pfund Gülten oder weniger haben, sollen ein *darf geschire* und einen ledigen Hengst, die Aermeren endlich wenigstens einen Speer mitbringen. Diese Anordnung des LR. scheint einem Gesetze entnommen zu sein,

---

[4]) A. M. Berchtold Landesh. 203 n. 11.

[5]) A. f. K. ö. G. 10, 126.

[6]) Hormayr Wien 2, XXIV Nr. 50.

[7]) Rauch 3, 5. Ueber die muthmassliche Fälschung dieser Urk. s. Lorenz, Ueber die beiden Wiener Stadtrechtsprivilegien König Rudolf's I. (Sitzungsber. d. A. 46, 72 ff.)

[8]) Hormayr Archiv 1828, 313.

[9]) Walter 277.

[10]) Aehnlich der constitutio de expeditione romana, M. G. 4, pars 2, 3.

das uns sonst verloren gegangen ist. Es ergibt sich dies aus der in LR. §. 56 enthaltenen, dazu gehörigen Verfügung, worin für die nächste Sonnenwende eine Musterung angeordnet wird, um sich zu überzeugen, ob alle Einwohner mit der vorgeschriebenen Bewaffnung versehen sind.

Eine weitere Verfügung enthält LR. §. 55, dass Jeder, welcher bei Landesnoth sich zum Sammelplatze begibt, berechtigt ist, Futter für sein Ross und Nahrungsmittel für sich zu fordern, dabei aber die Verpflichtung hat, jeden Tag wenigstens 4 Meilen zurückzulegen. Uebrigens ist er nur dann berechtigt, alles dieses sich selbst zu nehmen, wenn man ihm das Erforderliche nicht freiwillig gibt, und nimmt er dann mehr, als das unumgänglich Nothwendige, so wird er vom Marschalle als Räuber bestraft.

Regelmässig ist jeder Mann verpflichtet, die Heerfahrt selbst zu fahren; ist er jedoch durch Krankheit verhindert, so kann er einen Stellvertreter für sich schicken, LR. §. 54. Die Strafe des Ausbleibens ist der Verlust jeder Rechtshilfe und 15 Talente [11].

In LR. Art. 45 wird eine Bestimmung über die hostenditiae, d. h. über diejenigen Beträge getroffen, welche die Heimbleibenden zu zahlen hatten. Doch lag es wohl nicht im freien Willen des Einzelnen, sich durch diese Zahlung von der Pflicht zum Ausmarsche zu befreien. Nach den deutschen Rechtsbüchern war dies nur gestattet [12] bei der Römerfahrt [13], wenn Jemand Vasall mehrerer Herren war rücksichtlich der ihn später aufbietenden Lehensherren [14] und bei dem belehnten Frauenzimmer [15]. Dasselbe oder Aehnliches mag auch in Oesterreich gegolten haben. Häufig wurde jedoch, wie es scheint, von den Hintersassen statt des Mitziehens der Erlag einer Steuer direct gefordert, wenigstens sagen dies mehrere Urkunden von Vogtei-

---

[11]) Das österreichische LR. ist hier weniger strenge, als andere Gesetze, welche auf das Ausbleiben den Verlust der Lehen setzen, wie const. a. 1154, a. 1158 und const. de expeditione romana (M. G. 4, 96, 113 und pars 2, 3.)

[12]) Homeyer S. Sp. 2, 2, 381.

[13]) S. Sp. Leh. R. 4. 3.

[14]) S. Sp. Leh. R. 46. 2, Richtst. Leh. R. 13. 5, Sch. Sp. Leh. R. 83.

[15]) S. Sp. Leh. R. 34, Sch. Sp. Leh. R. 63.

Hintersassen. Urk. a. 1268 [16]), worin Dietrich von Hohenberg, Vogt des Stiftes Göttweih, als zu seinen Rechten gehörig erklärt: *si pro generali terre necessitati in ciuitatibus Austrie fuerit expedicio proclamata, Stevram ab eisdem hominibus* (der Kirche) *debeo recipere competentem.* Ebenso Urk. a. 1281 [17]) des Chalhochus von Hohenberg, Vogtes derselben Kirche: *si uero pro generali terre necessitate in civitatibus et locis publicis fuerit expedicio proclamata, steuram in aduocatione mea recipere debeo ab hominibus competentem.*

Die Grösse der Hostenditien betrug für Sendmässige $^1/_2$ des Jahreszinses, den das Gut trug, für Mitglieder der unteren Classen den ganzen Jahreszins ihres Gutes; vorausgesetzt, dass der Herr selbst die Heerfahrt mitmachte, denn nur für diesen Fall war er berechtigt eine Forderung zu stellen, LR. 45 [18]).

§. 10. Burgenbau.

Ein Hauptvertheidigungsmittel des Landes waren die vielen Burgen des Adels. Dieselben wurden jedoch bei dem unbotmässigen und fehdelustigen Sinne ihrer Besitzer dem Landesherrn selbst gefährlich, da sie den Rückhalt des Adels gegen die immer mehr sich consolidirende und nach vollkommener Landeshoheit strebende Fürstenmacht bildeten. Der Burgenbau war daher auch im ganzen Mittelalter mannigfachen Beschränkungen unterworfen, welche aber nie vollkommen beobachtet wurden, indem der Adel jede Gelegenheit benützte, um durch Uebertretung dieser Gebote seine Macht zu befestigen.

In Oesterreich, wo der Adel schon sehr früh zu grösserem Ansehen gelangte, war dies mehr als irgendwo anders der Fall. Die Zahl der Burgen vermehrte sich besonders zur Zeit des Interregnums nach dem Aussterben der Babenberger in sehr bedeutender Weise, begünstigt theils durch die Herrenlosigkeit des Landes, theils durch die Unsicherheit der Zeiten, welche dem Adel aus Gründen der Selbsterhaltung die Wehr-

[16]) D. et A. 1, 93 Nr. 83.

[17]) D. et A. 8, 330.

[18]) Die Höhe der Hostenditien war sehr verschieden. Vergl. S. Sp. Leh. R. 4. 3, 46. 2, Sch. Sp. Leh. R. 83, V. Auct. 1. 13, const. Friderici I. de feudis a. 1158, c. de exped. rom. (M. G. 4, 113 und 4, pars 2, 3).

haftmachung seiner Wohnsitze zur Nothwendigkeit machte. Sobald daher Ottokar sich Oesterreichs bemächtigt hatte, musste er einsehen, dass er vor Allem viele dieser Burgen brechen müsse, wenn er das Land sein Eigen nennen wolle; er erliess denn in seinem Landfrieden c. 1251 mehrere strenge Verordnungen gegen die adeligen Burgen, welche im Einzelnen weiter unten besprochen werden sollen, und, als blosse Verordnungen nichts fruchteten, erzwang er seine Befehle durch Gewaltmassregeln und Zerstörung der gegen seine Verordnungen bestehenden Burgen [1]). Rudolf von Habsburg wäre eigentlich schon vom Anfange an, um seine und des zukünftigen Landesherrn Macht fest zu begründen, ganz auf dieselbe Politik hingewiesen gewesen; seine Handlungsweise war jedoch auch noch durch andere Erwägungen beeinflusst, da eben der Adel Oesterreichs es war, welcher seine Hauptstütze gegen Ottokar bildete, und ihm die Eroberung und Erhaltung Oesterreichs ermöglicht hatte. Solange daher Ottokar's Macht noch bestand und Rudolf bei zu grosser Strenge einen Umschwung der Sympathien befürchten musste, war er genöthigt milder aufzutreten. Er hob daher in seinem Landfrieden a. 1276 [2]) manche Beschränkungen des Burgenbaues auf: *Item imperiali munificentia indulgemus, ut reedificandi et muniendi habeant liberam facultatem omnes, qui preter (al. propter) juris ordinem et sine causa legitima destructionem castrorum et municionum per dominum regem Boemie vel quoscumque alios sunt perpessi; et nichilominus inhibitiones factas per dictum regem vel quoscumque alios de non muniendis castris vel municipiis, finaliter revocamus. Castra vero et municiones que per sententiam et juris ordinem sunt destructa, reedificari nullatenus permittimus sine nostra licentia speciali* [3]); *et si constructa sunt, precipimus per nostros judices*

[1]) Ueber diese Verhältnisse s. jetzt Lorenz, D. G. 1, 252 ff.

[2]) Hierüber Lorenz D. G. 2, 163.

[3]) Ein Beispiel einer solchen Specialerlaubniss enthält eine Urk. a. 1282. Ortolf von Volchenstorf, österreichischer Ministerial, hatte einen herzoglichen Schreiber getödtet. Er entfloh mit seinen Mitschuldigen und sein Schloss wurde dem Erdboden gleich gemacht (Cont. Garst. in M. G. 11, 600 ad a. 1256). Im Jahre 1282 wird nun dem Heinrich von Volchenstorf vom Grafen Albrecht von Habsburg in einer Urk. vom 24. Mai, also noch zur Zeit, als er Verweser Oesterreichs im Namen des Reiches war, gestattet, die Burg wieder aufzubauen: *Michi duxit indulgendum, quod Castrum meum Volchenstorf, quod destructum fuerat, reedificem* (Kurz Ottokar 2, 198 Nr. 14).

demoliri [4]). Eine Ausnahme machte er nur rücksichtlich des Verbotes der Erbauung einer Burg innerhalb einer Rast von einer andern. Sobald sich die Verhältnisse dann consolidirt hatten und Böhmens Macht nach Ottokar's Tode (1278) nicht mehr zu fürchten war, mag Rudolf wohl auch auf die naturgemässe Politik der Fürsten zurückgeleitet worden sein [5]) und keine weiteren Erleichterungen des Burgenbaues zugestanden haben. Ein Beweis dafür ist der in Wien ergangene Urtheilsspruch des Reichsgerichtes a. 1279 [6]). In demselben Sinne wirkten auch seine Nachfolger in der Regierung Oesterreichs, insbesondere sein Sohn Albrecht I. [7]).

Es sollen nun die einzelnen gesetzlichen Beschränkungen des Burgenbaues durchgenommen werden, wie sie sich im österreichischen LR. vorfinden.

1. In erste Linie gehört die Bestimmung, dass zum Baue eines festen Hauses eine besondere Erlaubniss erforderlich ist. Ursprünglich war zur Anlegung einer befestigten Stadt oder Burg ein kaiserliches Privilegium nothwendig [8]), später erhielten die Landesfürsten hiezu eine generelle Ermächtigung durch die const. a. 1231 [9]); für die Landsassen blieb aber noch immer eine besondere Erlaubniss erforderlich. Die Spiegel fordern die Bewilligung des Landrichters, so S. Sp. 3. 66. 2, Sch. Sp. 143, Sch. Sp. Leh. R. 150b. Dasselbe verordnet auch Rudolf's I. sententia a. 1279 [10]): *per communem omnium astantium sentenciam est obtentum, quod nullus homo qualiscumque condicionis fuerit, in alicuius comitis comicia, castrum vel municionem aliam qualemcunque erigere sive construere debeat, nisi prius ipsius comitis super eo requisito beneplacito et obtento.* In LR. Art. 58 wird die Bewilligung des Landesherrn, nach LR. §. 41 die Bewilligung des Herzogs und die Einwilligung der Landherren gefordert [11]). Man wäre

4) M. G. 4, 411.

5) Lichnowsky Gesch. 1, 224.

6) S. unten n. 10.

7) Lichnowsky Gesch. 2, 66.

8) Hüllmann Stände 286, Walter 327, Eichhorn 2, 454.

9) M. G. 4, 283.

10) M. G. 4, 422.

11) Ebenso in Kärnthen; Urk. a. 1265, worin Herzog Ulrich von Kärnthen dem Bischof von Freisingen gestattet, auf seinen Gütern *castrum sive munitionem* zu erbauen (Meichelbeck 2, 2, 45 Nr. 72).

geneigt zu glauben, dass durch die oben abgedruckte Stelle des Landfriedens a. 1276 diese Beschränkung weggefallen sei; unter den *inhibitiones de non muniendis castris* dürften jedoch nur die anderweitigen Beschränkungen, welche hauptsächlich durch Ottokar's Landfrieden eingeführt worden waren, zu verstehen sein, so dass die landesfürstliche Bewilligung zum Baue einer Burg noch immer nothwendig blieb. Dies geht daraus hervor, dass der Aufbau der durch Ottokar widerrechtlich zerstörten Burgen im Landfrieden ausdrücklich gestattet wird; denn wenn nun ganz allgemeine Freiheit im Burgenbaue eingeführt worden wäre, so würde die Ertheilung einer solchen speciellen Erlaubniss ganz überflüssig gewesen sein. Dem entsprechend wird zur Erbauung einer in Folge Urtheilspruches zerstörten Burg eine *licentia specialis* begehrt. Es kommen daher auch in späterer Zeit besondere Bewilligungen zur Erbauung fester Häuser vor. So ertheilte König Rudolf I. 10 Tage nach Erlassung des Landfriedens vom 3. December 1276 in einer vom 13. December a. eod. datirten Urkunde [12]) dem Bischof von Freisingen die Erlaubniss: *ob probata fidei sue merita, quibus erga nos et Imperium claruit evidenter, favore prosequi benevolentie singularis, eidem suisque successoribus de benignitate regia liberaliter duximus indulgendum, ut villas suas, scilicet S. Ypolitum, Everdinge, Amsteten et Mautarn muris, fossatis, turribus et ceteris congruis edificiorum structuris firmare valeat et munire, et nihilominus alias in suo ac Ecclesie sue fundo edificia sive structuras erigere.* Diese Erlaubniss wäre wohl ganz überflüssig und auch keine so besondere Gnade gewesen, wenn der Burgenbau durch den Landfrieden ganz freigegeben worden wäre. A. 1283 bestätigt Herzog Albrecht dem Kloster Admont die von König Rudolf ertheilte Bewilligung auf dem Klostergrunde eine Festung zu erbauen [13]). A. 1330 erlaubt Herzog Albrecht II. dem Kloster Lilienfeld den

---

[12]) M. Bo. 28, 2, 405 Nr. 131 und Urkb. o. Enns 3, 453 Nr. 490.

[13]) Herrgott Mon. 1, 217. Vergl. auch die Urk. a. 1295 (Kurz Ottokar 2, 211 Nr. 26), worin König Adolf dem Erzbischof von Salzburg gestattet: *vt in feudo tuo proprio — vnam Municionem, siue fortalicium, edificare possis, pro ecclesie tue vtilitate, commodo et honore. Non obstante statuto, aut consuetudine indulgencia seu confirmacione nostra vel cuiuscumque de Castris vel municionibus nouis minime erigendis.* S. auch Lichnowsky Reg. 177 Nr. 490b.

Markt Wilhelmsburg mit Mauer und Graben zu versehen[14]). Noch 1408 kommt es vor, dass der Bischof von Freisingen von Herzog Leopold IV. die Erlaubniss einholt, seine Feste Berchtoldstein an der Donau aufzubauen[15]).

2. Eine alte österreichische Verordnung ist es, dass innerhalb einer Rast von einer befestigten Stadt oder Burg keine neue Befestigung erbaut werden dürfe. Diese Verordnung findet sich wiederholt in österreichischen Gesetzen aus der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts. Schon Ottokar verordnet in seinem Freiheitsbriefe für Wiener-Neustadt a. 1253[16]): *nec ab aliquo infra terminos Judicii Ciuitatis municionem aliquam erigi permittemus et que erecta est infra rastam a tempore uite clare memorie Ducis Friderici II. decessoris nostri dirui faciemus.* Ebenso im Rechtsbriefe für Wien a. 1278[17]): *Wir verpieten auch noch dem alten pot der fursten ze Osterreich. Daz dhain person hohe oder nider oder ainuoltig. Geistleich oder wertleich. dhain haws oder vest sul oder geturr pawen oder aufmachen in dem Purchfriden oder ziln der Stat in einer Rast lanch. Wer dicz vnsers potes widrer oder vbergeer ist. des selben paw schol man auz Reutten. gar auz dem grunt. vnd schol gepuezzet werden mit pilleicher puezz als ein vbergeer vnsers gepotes.* Darnach im Albertinischen Stadtrechte für Wien a. 1296[18]) wiederholt. Diese Verordnung wird auch in dem für die Burgen sonst günstigen Landfrieden a. 1276 eingeschärft[19]): *Item imperiali providentia strictissime inhibemus, ne quisquam in preiuditium alterius infra leucam castrum edificet vel munitionem; et si factum fuerit, per ipsos iudices precipimus demoliri.* Ebenso LR. §. 39.

Die Grösse der Entfernung, welche durch „Rast" bezeichnet wird, ist ein bis zwei Meilen. Du Fresne sagt in seinem Glossare *Rasta = Milliare Germanicum.* Vetus Agrimensor[20]) dagegen: *Milliarium et dimidium apud Gallos leuvam facit, habentem passus 1500; duae leuvae sive milliarii tres apud Germanos unam*

14) Hanthaler Recensus genealog. diplom. 1, 213.
15) Urk. in Meichelbeck 2, 2, 218 Nr. 309.
16) Hormayr Archiv 1828, 321.
17) Rauch 3, 10.
18) Hormayr Wien 2, XLVII.
19) M. G. 4, 411.
20) S. die Stelle bei Kurz Oesterreichische Militär-Verfassung 268 not.

Rastam efficiunt. Im Widerspruche mit dieser Erklärung werden in den oben abgedruckten österreichischen Urkunden die Ausdrücke leuca und Rast als ganz gleichbedeutend gebraucht.

3. Eine weitere Beschränkung besteht in der Bestimmung des LR. §. 40, dass der Erbauer einer Burg 30 Pfund Gülten haben, und dass der Bau ohne Schaden der Landleute geschehen müsse. Dies ist eine Verordnung, welche sich in den Reichsgesetzen sehr häufig findet. Landfrieden a. 1235 §. 8 [21]). *Er* (der Kaiser) *gebiut och swelch herre sine stat oder sine burch bowen wil, oder dehein bov, der sol bowen von seinem gute, und niht von der lant liute gute.* Dasselbe wird in den meisten späteren Reichs-Landfrieden a. 1281, 1287, 1291, 1292 und 1303 [22]) wiederholt. Die Anzahl von 30 Pfund Gülten wird übrigens auch im benachbarten Baiern im Landfrieden a. 1244 und im Straubinger Landfrieden [23]) gefordert. Für Oesterreich finden sich die beiden Verordnungen des LR. noch im Ottokar'schen Landfrieden: *Wir setzen auch und gebiten swelch herre sin stat oder sin burch bauwen welle, oder dehaein ander bowe tuen wil, der sol daz tuen mit sinem gute oder mit siner leute gute niht von der lantleute gute.* Ferner: *Jz sol auch nieman dehaein veste bowen, der niht hat drizzech phunt geltes umb di selben veste. Ist aber deheinniu dar uber gebawen, di sol man brechen* [24]).

4. Im Ottokar'schen Landfrieden kommt ferner die Verordnung vor: *Man sol auch alle schedelich veste brechen di in dem urleuge* [25]) *gebawen sint, und di veste di gemachet sint auz den chirchen* [26]). Von diesen Verordnungen wird nur die über die Kirchen im LR. §. 49 wiederholt.

5. Wie wenig übrigens die den Burgenbau beschränkenden Anordnungen befolgt wurden, beweist am Besten das häufig vorkommende Erlassen von Generalmandaten, worin anbefohlen

---

21) M. G. 4, 578.

22) M. G. 4, 428, 434, 438, 450, 456, 459 und 482.

23) A. f. K. ö. G. 1, 1, 50 und 66.

24) A. f. K. ö. G. 1, 1, 57 und 60.

25) Urleug ist so viel wie Streit, Kampf; vergl. Sch. Sp. 201 o, nach Lassberg's Uebersetzung. Noch heut zu Tage heisst im Holländischen Orlog = Krieg, und selbst im Deutschen findet sich noch dieser Ausdruck in der Zusammensetzung: Orlogschiff = Kriegsschiff.

26) A. f. K. ö. G. 1, 1, 59.

wurde, alle im Verlaufe einer bestimmten Zeit ohne Erlaubniss erbauten Burgen zu brechen [27]). Eine solche Bestimmung findet sich auch in LR. §. 58, wornach alle seit 20 Jahren (wohl: ohne Erlaubniss) erbauten Burgen zerstört werden sollten, also beiläufig alle Burgen, welche seit der grossen Burgenzerstörung durch Ottokar wieder aufgebaut worden waren. Auch den Wienern wird wiederholt das Privilegium ertheilt, dass die in der Nähe ihres Burgfriedens gebauten Burgen niederzureissen seien. Rechtsbrief a. 1278 [28]): *Und daz wir genczleich der Stat hantfest behalten. So gepieten wir alle die vesten nider ze brechen, die nach herczog Fridreichs Tod selig in den selben gemerchten gepawt sind.* Stadtrecht f. Wien a. 1296 [29]): *Dannoch mere, daz wir der stat behalten ir Hantveste, so gebieten wir vestichlich alle di veste ze stören vnd zebrechen, die in einer raste vmb di stat erbowen sint, nach Hertzog Friderichs tode* [30]).

§. 11. 4) Rechte der Landherren.

Wir wollen hier ebenfalls das Jahr 1156 als Ausgangspunkt nehmen, da erst von da an die etwas häufiger fliessenden urkundlichen Nachrichten eine wenigstens theilweise zusammenhängende Darstellung möglich machen.

Die gesetzliche Grundlage der Regierungsrechte der Landsassen bilden bekanntlich Reichsgesetze aus dem 11. Jahrhunderte. Das erste derselben [1]) ist das Gesetz Königs Philipp a. 1205, wornach die Fürsten nur *communicante sibi meliorum terrae baronum et ministerialium consilio* Verfügungen treffen sollen. Späterhin verordnete Heinrich V. a. 1231 in der sententia de jure statuum terrae [2]): *Super qua re, requisito consensu principum, fuit taliter diffinitum, ut neque principes neque alii quilibet constitutiones vel nova iura facere possint, nisi meliorum et maiorum terre*

[27]) Vergl. Urk. a. 1311 bei Kurz Friedrich der Schöne 428 Nr. 12.

[28]) Rauch 3, 11.

[29]) Hormayr Wien 2, XLVII.

[30]) Hieher gehört auch die oben bei n. 16 abgedruckte Stelle des Wiener-Neustädter Privilegs a. 1253.

[1]) Göhrum Eb. 1, 177, Fürth Min. 160.

[2]) M. G. 4, 283.

consensus primitus habeatur. Ferner Rudolf I. a. 1287 §. 44 [3]): *Swaz ouch die furste oder die lantherren in irme lande mit der herren rate sezzent und machent disem lantfriden zu bezzerunge und zu vestenunge, daz mugen si wol tun, und damitte brechen si des lantfridis niht.* Durch diese Gesetze wurde nur bereits bestehendes Gewohnheitsrecht sanctionirt und wir finden daher auch schon früher, wie in den übrigen deutschen Territorien so auch in Oesterreich, eine Mitwirkung des Adels bei der Regierung des Landes [4]), ohne dass es jedoch ganz klar würde, wie weit sich diese Mitwirkung erstreckt habe.

Die Ausübung der dem österreichischen Adel zustehenden politischen Rechte erfolgte auf den zur Babenberger Zeit so häufig erwähnten *„placita provincialia“*, auf welchen nicht nur gerichtliche, sondern auch Regierungshandlungen vorgenommen wurden. Die auf die Mitwirkung des Adels bei diesen Versammlungen Bezug nehmenden Ausdrücke sind: *consilium, ammonitio, consensus, conniventia.* So ertheilt Herzog Friedrich I. in einer Urk. a. 1196 [5]) dem Kloster Osterhofen die Mauthfreiheit *consilio et conniuentia fidelium ministerialium nostrorum.* A. 1202 [6]) erlässt Leopold VI. (VII.) dem Kloster St. Florian das Marchfutter *consensu ministerialium et fidelium nostrorum.* A. 1212 wird das Ennser Stadtrecht und a. 1221 das Wiener Stadtrecht ertheilt *juxta consilium et ammonitionem fidelium ac ministerialium* [7]). Unter den in allen diesen Urkunden neben den Ministerialen erscheinenden *fideles* sind diejenigen zu verstehen, welche im Lehensverbande unter dem Herzoge stehen, also der Lehensadel im Gegensatze zum Dienstadel. Fraglich ist es jedoch, ob in diesem Ausdrucke nur der Grafen- und Freiherren-Stand, oder auch schon der spätere Ritterstand inbegriffen sei. Bei der Darstellung der Gerichtsverfassung wird es sich zeigen, dass erst in der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts die Mitwirkung des

---

[3]) M. G. 4, 452.

[4]) Unger Landstände 1, 115 ff.

[5]) Meiller Reg. 78 Nr. 5.

[6]) Urk. b. Meiller Reg. 88 Nr. 33.

[7]) A. f. K. ö. G. 10, 96 und 100. Vergl. auch Meiller Reg. 113 Nr. 115 und 131 Nr. 180. Mitunter heisst es blos, dass die betreffende Handlung in Gegenwart der Ministerialen und Getreuen geschehen sei; Meiller Reg. 97 Nr. 66, 101 Nr. 75.

Ritterstandes im Herzogsgerichte üblich wurde, während in früherer Zeit stets nur der spätere höhere Adel in diesem Gerichte das Richteramt ausübte. Da nun die administrativen und richterlichen Functionen im Mittelalter nicht so scharf getrennt waren, wie dies heut zu Tage der Fall ist, so kann wohl nur angenommen werden, dass zur Zeit der Babenberger der Ritterstand noch keinen Einfluss auf die Entscheidung ausübte, wenn er auch wohl, theils für sich, theils in Begleitung der Landherren, denen er diente, auf den Landtagen erschienen sein mag. Daher auch der häufig vorkommende Ausdruck, dass die *magni* ihre Beistimmung erklären [8]).

Uebrigens ist zu beachten, dass die hervorgehobenen, eine Mitwirkung des Adels andeutenden Formeln sich in Urkunden Herzogs Friedrich II. nicht mehr finden, ausser höchstens in den Wiederholungen des Wiener Stadtrechtes vom Jahre 1221, nämlich im Stadtrechte für Wien a. 1244 und für Haimburg a. 1244 [9]), wohin sie sich in Folge eines gedankenlosen Nachschreibens der Vorlage verirrt haben mögen. Es ist daher nicht unmöglich, dass Herzog Friedrich II. bei seiner gewaltthätigen Regierungsweise es überhaupt unterlassen hat, sich um die Zustimmung seines Landadels zu bewerben, und vielleicht war dies auch einer der Gründe, aus welchen der Adel sich gegen ihn empörte (1237).

Nach dem Aussterben der Babenberger hatten die Landherren auch einen gewissen Einfluss auf die Wiederbesetzung des herzoglichen Stuhles; es kommt wenigstens vor, dass Kaiser Friedrich II. sie an sein Hoflager berief, um über die Ernennung des neuen Herzogs mit ihnen zu unterhandeln [10]). Ebenso hatten die Landherren auch bei der Erwerbung Oesterreichs

---

[8]) Urk. a. 1222 in Meiller Reg. 131 Nr. 180. Damit übereinstimmend das Privilegium Rudolf's I. für Steiermark, wornach eine Münzerneuerung nicht geschehen soll *sine consilio communi Ministerialium Majorum styrie* (Schrötter Abhdlgn. 3, 19).

[9]) A. f. K. ö. G. 10, 131 und 138.

[10]) Johannes Victoriensis ad a. 1246 (Böhmer, Fontes rerum Germanicarum 1, 282): *Porro nobiles Austrie ad imperatorem sollempnes nuncios direxerunt, ut eis de principe provideret. Qui Veronam venientes procedere non valebant, sed ei propositum suum mandaverunt.* Cont. Garst. ad a. 1248 (M. G. 11, 598): *Ministeriales et omnes maiores Austrie et Styrie ab imperatore usque Veronam invitantur.*

durch Ottokar die Hand im Spiele, obwohl es nicht ganz klar ist, wie weit sich dieser Einfluss erstreckte [11]). Später, als Ottokar seine Macht im Lande befestigt sah, scheint er sich freilich um die Zustimmung des Adels nicht mehr viel gekümmert zu haben.

Rudolf I. hingegen fand es ebenso wie Kaiser Friedrich II., nach Friedrich des Streitbaren Tode, nöthig, vor Erhebung seiner Söhne zu Herzogen Oesterreichs, sich mit den Landherren zu berathen, und sich ihrer Geneigtheit, die neuen Herzoge anzuerkennen, zu versichern [12]). Dabei wurden nicht nur die Landherren, sondern auch die niederen Stände, insbesondere der Ritterstand berücksichtigt. In der Urkunde a. 1283, in welcher Rudolf I. verfügt, dass sein Sohn Albrecht alleiniger Herzog Oesterreichs sein, der zweite Sohn Rudolf hingegen für seine Ansprüche mit einem Fürstenthume oder einer Geldsumme entschädigt werden solle [13]), heisst es, dass dies geschehe auf Bitten der *nobiles mediocres et minores ac communitas ipsarum terrarum*, und *attendentes quoque commune terrarum ipsarum votum et concors in hac parte desiderium.* Darin kann jedoch kaum mehr, als eine freiwillige Berücksichtigung des Wunsches der unteren Stände in diesem einzelnen Falle gesehen werden, denn auch noch späterhin erscheinen immer nur die Landherren [14]) als diejenigen, deren Zustimmung zu gewissen Regierungshandlungen gefordert wird. So auch in LR. [15]), wo nach §. 41 zum Baue einer Festung, nach Art. 15 zur Einleitung des Frageverfahrens und nach §. 91 zur Errichtung eines Landgerichts der Rath [16]) der Landherren erforderlich ist [17]).

---

[11]) Kurz Ottokar 1, 10, Palacky Gesch. Böhmens 2, 1, 139 ff., Lorenz D. G. 1, 84 und 89.

[12]) S. die Stellen aus Horneck's Reimchronik c. 200 oben §. 5.

[13]) Lambacher 200 Nr. 108.

[14]) Die Bedeutung dieses Ausdruckes s. unten §. 18.

[15]) Damit übereinstimmend Sch. Sp. 139, der hier vorzugsweise baierische und österreichische Verhältnisse berücksichtigt (Unger Landstände 1, 178): Die Laienfürsten haben das Recht Hof zu gebieten *ouch vmbe grauen, vnde vmbe vrien, vnde vmbe dienest man.*

[16]) Worunter nichts Anderes als eine eigentliche Zustimmung zu verstehen ist, Berchtold Landesh. 199.

[17]) Der Entwicklungsgang, welchen Unger Landstände 1, 193 ff. schildert, ist für Oesterreich wenigstens nicht nachweisbar; eher dürfte durch

Herzog Albrecht I. kümmerte sich bei seinen Regierungsmassregeln ebensowenig als der letzte Babenberger um seine Landherren. Eine Bestätigung ihrer Rechte hatten sie nicht erlangt, und so konnte er um so willkürlicher verfahren. Darum erhob sich auch gegen ihn der Aufstand, wie dies zur Zeit Friedrich des Streitbaren aus ähnlichen Gründen der Fall gewesen war. Erst unter Albrecht's Nachfolgern kommt wieder die Einholung des Rathes der Landherren vor, so z. B. erfolgte a. 1314 die Verpfändung des Schlosses Valkenstain durch Herzog Friedrich und seine Brüder: *mit zitigen rath unser Lantherren in Ostrich* [18]. 1338 wird das Beweismittel des Zweikampfes in Kärnthen aufgehoben, nachdem Albrecht *davon zu rath worden — mit den Landherren von Kärndten, von Steyr und von Osterreich* [19]. Späterhin wurden Ritterstand und Städte immer mehr und mehr berücksichtigt. Unter Rudolf IV. ist es gewöhnlich, dass auch ihre Einwilligung zu wichtigen Massregeln erwähnt wird. In dem bekannten Umgeld-Patente von 1359 [20] heisst es, der Herzog sei: *mit allen geistlichen vnd weltlichen fürsten, Prelaten, vnd Pharrern, Lantherren, Rittern, vnd chnechten, vnd mit allen andern vnsern getrewn gemainlich in vnserm Lande ze Oesterreich vberain chomen.* Und am Schlusse: *Ditz geschach in ainem gemainem vnd offenn gesprech mit allen Lantherren, Rittern, vnd chnechten ze Oesterreich, die dartzu gehörten, vnd ze rechten zeiten gerueft wurden.* Ebenso wurde die Stadtordnung für Wien von 1361 mit gutem Rath der Landherren, des Rathes und der Bürger erlassen [21].

Diese Entwicklung fand ihren Abschluss im Laufe des 15. Jahrhunderts mit der Bildung der vier Stände der Prälaten, Herren, Ritter und Städte, wovon noch weiter unten die Rede sein soll.

---

die Einführung der Hoftage und des Hofgerichts in Oesterreich der auf den Landtaidingen vielleicht schon zu einiger Geltung gelangte Einfluss der Ritterschaft sich vermindert haben, da im Anfange nur die Landherren und nicht auch der Ritterstand als Beisitzer des Hofgerichts fungirten. S. hierüber §. 47.

[18] Steyrer 3.

[19] Urk. b. Steyrer 122.

[20] Kurz Rudolf IV. 321 Nr. 1.

[21] Kurz Rudolf IV. 365 Nr. 12. S. über diese Verhältnisse: Alphons Huber, Gesch. Herzogs Rudolf IV. 115.

§. 12. 5) Volkswirthschaftliche Bestimmungen.

Hier sind nur zwei Bestimmungen des LR. hervorzuheben.

1. LR. §. 47 verordnet, dass es im Lande nur einen Metzen, einen Eimer, eine Elle und ein Gewichtsmass geben solle [1]).

2. LR. Art. 68 wiederholt die auch sonst häufig vorkommende Verfügung, dass Edelleute von Mauthen befreit sind. Unter Edelleuten sind hier wohl auch Rittermässige zu verstehen [2]), denn es ist ein allgemeiner, insbesondere auch in den Rechtsbüchern [3]) ausgesprochener Rechtsgrundsatz, dass Ritter von Zöllen befreit sind. Den Grund hievon, welchen auch das LR. andeutet, enthält die weltliche Reformation Kaisers Sigmund §. 4 [4]): *Item ein Priester, ein Ordenmann, ein Ritter, ein Knecht Adel sullen nit Zoll geben. Der Adel darumb, dass si das Recht beschirmen und verhüten, ihr Leib und auch ihr Leben darstrecken.* [5])

§. 13. 6) Vogteirecht.

Sobald einem geistlichen Gute Immunität verliehen wurde, erhielt es regelmässig zu seiner Vertretung nach Aussen in weltlicher Beziehung einen Vogt [1]), welcher gewöhnlich auch die weltlichen Angelegenheiten der geistlichen Corporation im Innern zu leiten hatte. Insbesondere war es Sache des Vogtes die dem Kloster oder der Kirche zustehende Gerichtsbarkeit auszuüben. Dies war entweder nur die niedere Gerichtsbarkeit [2]), oder, sobald dem Kloster auch der Blutbann zugestanden worden war, auch die höhere Gerichtsbarkeit. Letztere musste jedenfalls dem Vogte überlassen werden nach dem Grundsatze, dass

---

[1]) Vergl. damit die Festsetzung eines aufzubewahrenden Mustermasses a. 1212 in D. et A. 8, 287.

[2]) S. §. 19.

[3]) S. Sp. 2. 27. 2, Sch. Sp. 193.

[4]) S. Göhrum Eb. 1, 195 not.

[5]) Diesem Vorrechte des weltlichen Adels entsprechen die zahlreichen Privilegien, wodurch dem Klerus Mauthbefreiungen zugestanden wurden. S. insbes. Meiller Reg. und Berchtold Landesh. 195 ff.

[1]) Zöpfl RG. 441. — [2]) Brunner Exemt. 338.

der Pfaffe nicht Blutrichter sein könne [3]). Bei den Blutvögten kommt es dann späterhin gewöhnlich vor, dass sie nur diese höhere, eigentliche Grafengerichtsbarkeit im Immunitätsbezirke hatten, während die niedere Gerichtsbarkeit nicht von ihnen, sondern von Klosterbeamten ausgeübt wurde. A. 1225 schliesst der Abt von Niederaltaich mit Ortlieb von Winkel einen Vergleich über die Advocatie auf den Gütern Abstorf und Chirchhaim, wornach der Advocat nur das Gericht: *vmb todsleg, notnunft vnd deuf* hat, *vnd schol er sich dehains andern gerichts nicht vnderwinden, weder vmb vliezzent wunden, noch vmb chaines slaht ander sache,* da das Gericht hierüber dem Abte und seinem Schaffer zustehe [4]). Im Jahre 1243 entscheidet Herzog Friedrich II. einen Streit zwischen dem Abte von Niederaltaich und Herrmann von Chranichperch über die Advocatie in derselben *villa Abstorf* dahin, dass: *nichil prorsus habebit* (*advocatus*) *cum villa tota uel hominibus agere, nisi quod furta homicidia violentos coitus taliter iudicabit, quod in rebus reorum nullum dampnum ecclesia paciatur. cetera uero iudicia respicient solummodo ad ecclesie prouisores* [5]). In gleicher Weise heisst es in einem Vergleiche zwischen dem Kloster Tegernsee und Leutold von Kunring, *erib voget* des Klosters auf dem Gute *ze Livben pei Tyrnstain* a. 1299 [6]): *Dez ersten sol vnser — vogte, vnd sin richter di sachhe richten, di an daz leben gent, als totslege vnd tivfe vnd notnuft, swas aber tivfe geschiht, div hinder ainem halben pfunt ist, di svlen richten vnser amptläute oder vnsers goteshuses richter.* Banntaiding von Kottes a. 1322—40 §. 4 [6b]) *Is schol auch der vogt nuer auf den tod richten.*

Der Vogt erscheint aber auch an der Stelle des Grafen als militärischer Befehlshaber seines Districtes. Er hatte den Heerbann desselben zum Sammelplatze zu führen und auch die Heersteuer von den Hintersassen des Stiftes in Empfang zu nehmen, wenn eine allgemeine Landesnoth deren Erhebung veranlasste [7]).

Ueber den österreichischen Vögten übte der Herzog eine Art Schirmvogtei aus, was wohl auch eine Folge des privilegium minus gewesen sein mag [8]). So kommt es vor, dass herzog-

---

3) Zöpfl RG. 442. — 4) Urk. in M. Bo. 11, 260 Nr. 121. — 5) Urk. in A. f. K. ö. G. 1, 1, 30. — 6) D. et A. 1, 283 Nr. 117. — 6b) Kaltenbäck RB. 1, 3. — 7) S. §. 9 bei n. 16 und 17. — 8) Berchtold Landesh. 169.

liche Landrichter über Vogteistreitigkeiten richten [9]) und LR. 60 wird den Vögten aufgetragen, ihre Vogtei so zu bewahren, dass: *uns* (dem Herzoge) *dhain clag komme,* und *kumpt uns des clag, das well wir richten.* Auch bestätigen österreichische Herzoge Vergleiche über Vogteiverhältnisse [10]) und Schenkungen von Vogteien [11]).

1. Die Vögte wurden sehr häufig aus dem angesehenen Dienstadel genommen, und dies wird im LR. Art. 62 als Rechtsregel hingestellt. Die Bedeutung des Wortes „*unvermant*" in diesem Artikel ist nicht ganz klar. Wahrscheinlich dürfte jedoch darunter keine andere Eigenschaft zu verstehen sein, als die, für welche das LR. gewöhnlich den Ausdruck: „*unversprochen*" gebraucht [12]).

2. Das Vogteirecht unterschied sich, je nachdem es vererblich war oder nicht; ersteres war insbesondere dann der Fall, wenn die Vogtei Jemandem lehenweise zustand. Diese Gegensätze werden mit den Ausdrücken *advocatia feodalis* und *advocatia petitionaria* bezeichnet [13]). Der Besitzer einer erblichen Vogtei hiess dann Erbvogt [14]). Auch dort aber, wo die Vögte ursprünglich als nicht erblich bestellt waren, gelang es ihnen im Laufe der Zeit ihr Recht zu einem erblichen zu machen, so dass nur solche kirchliche Corporationen, die specielle, vor der Erblichkeit des Vogteirechts schützende Privilegien besassen, sich dieser allgemeinen Tendenz erwehren konnten. Solche Privilegien finden sich besonders dort, wo die österreichischen Herzoge die eigentlichen Vögte waren, und ihr Recht durch Untervögte ausüben liessen, denen dann die Erblichkeit ihres Amtes abgesprochen wurde. Urk. Herzogs Heinrich II. a. 1162 [15]), worin derselbe zur Hintanhaltung der Beeinträchtigungen des Stiftes Klosterneuburg durch die Untervögte unter Anderem verordnet, dass in Zukunft Niemand *subadvocatiam hereditario vel beneficiali jure optinere* soll [16]).

---

[9]) Urk. a. 1268 in D. et A. 1, 93 Nr. 83. — [10]) Meiller Reg. 136 Nr. 199 a. 1225. — [11]) Urk. a. 1215 in Urkb. Kremsm. 64 Nr. 54. — [12]) S. §. 55. — [13]) Urk. a. 1215, Urkb. Kremsm. 64 Nr. 54. — [14]) S. oben bei n. 6. — [15]) Fischer Klostern. 2, 148 Nr. 15.

[16]) Dasselbe verordnete Erzbischof Eberhardt von Salzburg a. 1160 rücksichtlich der Untervögte des baierischen Klosters Reichersperg (Urkb. o. Enns 2, 303 Nr. 205).

Einer Bedrückung der Kirche durch Theilung der Advocatie unter mehrere Erben wurde dadurch vorgebeugt, dass die Vogtei nur an einen, und zwar an den ältesten unter mehreren gleichberechtigten Erben überging. Dieser Satz, welchen LR. 59 ausspricht, wird durch zahlreiche urkundliche Nachrichten bestätigt, so dass er als allgemeines österreichisches Landrecht angesehen werden muss. In der bereits erwähnten Urk. a. 1243 [17]) heisst es: *Aduocatia etiam illius ville inter. fratres aut filios vel alios quoscumque nullatenus diuidetur. sed senior heres solus erit tantummodo aduocatus. et primogenitus illius post ipsum. et sic deinceps usque ad finem generationis. Et si primogenitus heredes non habuerit. mortuo eo. ius tale fratrem suum respiciet seniorem.* Ebenso auch in späteren Urkunden a. 1272 für das Kloster Millstat [18]) und a. 1288 für das Kloster Aspach [19]).

3. Zu den Einkünften des Vogtes gehörte auch ein Theil der im Vogteigerichte eingehenden Strafgelder und der Ersätze, welche für Beschädigungen des Vogteigutes zu leisten waren. Als Regel galt, dass hievon dem Vogte $1/3$ und der Kirche $2/3$ gebühren.

Hinsichtlich der Schadenersätze wird dies schon durch Reichsgesetze verordnet: Landfrieden a. 1235 §. 2 [20]): *inhibemus, ne quis propter quamcunque culpam, debitum vel guerram advocatorum, bona ecclesiarum invadat, vel pignoret, vel incendiis dampnificet aut rapinis. Quod si fecerit, convictus legitime coram suo judice, proscribatur; nec proscriptio relaxetur, nisi triplum dampni persolvatur illati, duplum ecclesie cuius bona sunt, et simplum advocato.* Ebenso im Nürnberger Landfrieden a. 1281 §. 11 [21]) und in den späteren Landfrieden a. 1281 §. 11, 1287 §. 31, 1291, 1292 und 1303 §. 22 [22]). Durch diese Verfügungen wurde zugleich dafür Vorsorge getroffen, dass die Vogteien durch die Streitigkeiten der Vögte nicht zu Schaden kamen [23]). Die reichs-

---

17) A. f. K. ö. G. 1, 1, 29, s. oben n. 5.
18) D. et A. 1, 133 Nr. 116.
19) M. Bo. 5, 175.
20) M. G. 4, 314.
21) M. G. 4, 434.
22) M. G. 4, 438, 450, 456, 459 und 482.
23) Confoederatio cum principibus ecclesiasticis a. 1220 §. 4, M. G. 4, 236.

gesetzlichen Verordnungen finden sich auch in österreichischen Provinzialgesetzen. Landfrieden Ottokar's [24]: *Wir verbiten vestechlich bi unsern hulden daz nieman durch deheins vogtes schulde noh im ze laide der goteshuser gut, daz sin vogtay ist weder brenne noh raube noh phfenden swer daz daruber tůt dem vogt ze laide wirt er des uberziuget als reht ist vor dem rihtaer den sol man ze aeht tůn. und sol in dar auz nimmer gelazzen er engelt den schaden drivalt, und suln diu zwei taeil dem goteshuse werden, des des uber (das urbar) ist dem vogt daz drittaeil.* Daraus ist die Bestimmung dann in das LR. 61 übergegangen, und ebenso sprechen auch die meisten Urkunden für einzelne Vogteien dem Vogte $^1/_3$ der *emenda* zu; Urkk. a. 1160 [25], 1162 [26], 1246 [27], 1268 [28], 1274 [29], 1281 [30], Banntaiding von Kottes a. 1322—40 §. 2 [30b].

Mitunter kommt es jedoch auch vor, dass dem Advocaten $^1/_2$ des Wandels zuzufallen hat, so in Urkk. a. 1225 [31], 1243 [32], 1299 [33], und zwar gebührte hauptsächlich dann, wenn das Delict von einem nicht in die Exemtion gehörigen Fremden begangen worden war, dem Vogte ein grösserer Antheil am Wandel, entweder die Hälfte, Urk. a. 1246 [34], Banntaiding von Kottes §. 3, oder der ganze Betrag, Urkk. a. 1268 [35], 1281 [36].

4. Es ist bekannt, welch eine schwere Last die Vogteiberechtigungen für die Kirchen im Laufe der Zeit wurden, und wie die Vögte ihre Amtssprengel auf jede Weise zu bedrücken und auszusaugen suchten. Reichs- und Landes-Gesetze waren vergebens bemüht diesem Treiben Einhalt zu thun [37]. Der Landfrieden a. 1156 Art. 16 [38] bestimmt schon: *Quicumque advocatiam suam vel aliud quodlibet beneficium inornate tractaverit, et a domino suo ammonitus fuerit, et non resipuerit, in sua perseverans insolentia, ordine iudiciario tam advocatia quam beneficio exutus, si postmodum ausu temerario advocatiam vel beneficium invaserit, pro violatore habeatur pacis.* Landfrieden a. 1235 §. 11 [39]: *Er gebiutet daz aller goteshuser vogiten, daz si den goteshusern vor sin, und beschirmen uf*

---

[24]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 57. — [25]) Urkb. o. Enns 2, 303 Nr. 205. — [26]) A. a. O. 2, 322 Nr. 220. — [27]) D. et A. 8, 311 Nr. 46. — [28]) D. et A. 1, 93 Nr. 83. — [29]) Pez Cod. 3, 16 Nr. 20. — [30]) D. et A. 8, 328 Nr. 61. — [30b]) Kaltenbäck RB. 2, 3. — [31]) M. Bo. 11, 260 Nr. 121. — [32]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 29. — [33]) D. et A. 1, 283 Nr. 117. — [34]) D. et A. 8, 311 Nr. 46. — [35]) D. et A. 1, 93 Nr. 83. — [36]) D. et A. 8, 328 Nr. 61. — [37]) Walter 288. — [38]) M. G. 4, 103. — [39]) M. G. 4, 579.

ir vogitei, als ez gegen gote wol geste, und och sine huld behalten, und sich an der gotes huser gûte und vogitei also behalten, daz dehein groz chlage von in chome. Swer des niht entut, chumet im daz ze chlage, daz wil er rihten als reht ist und also vestlichen, daz er dar an niemens schonen welle. Damit übereinstimmend die Landfrieden a. 1281 und 1287 und deren Republicationen [40]). Für Oesterreich wiederholt der Ottokar'schen Landfrieden [41]) die Bestimmung des Landfriedens a. 1235, setzt jedoch hinzu: *wan swer sin vogtay selbe raubet, di er billeich schermen sol, der hat billich die vogtay verlorn.* Die Anordnung dieses Ottokar'schen Landfriedens sammt dem Zusatze wird in LR. 60 wörtlich wiedergegeben. Ausserdem enthält noch LR. §. 51 eine ähnliche Bestimmung. Die österreichischen Provinzialgesetze stimmen also darin überein, dass Bedrückungen der Vogtei den Verlust derselben nach sich ziehen. Derselbe Rechtssatz wird auch in für einzelne österreichische Vogteien erlassenen Urkunden wiederholt. Urk. a. 1225 [42]): *oper daz er* (der Vogt) *so vngewaltik wurd, daz er daz vorgenant Gotshaus nicht beschermen, vnd an seinen rehten behalten meht, so scholt der apt, vnd sein Conuent des volligen vnd gentzen gewalt haben, daz si in vercherten, vnd di vogtai einen andern liezzen, der in darzu geviel.* Urk. Albero's von Kunring für Göttweih a. 1246 [43]): *Quodsi — homines ipsorum occasione aduocatie molestare attemptauerimus aut grauare, ex tunc prefatus dominus Abbas et conuentus habebunt liberam facultatem advocatum alium eligendi.* Ebenso Urkk. a. 1243, 1268, 1270, 1274, 1281 [44]).

---

[40]) M. G. 4; 434, 438, 450, 456, 459 und 481.

[41]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 57.

[42]) M. Bo. 11, 260 Nr. 121.

[43]) D. et A. 8, 311 Nr. 46.

[44]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 30, D. et A. 1, 93 Nr. 83, und 111 Nr. 97, Pez Cod. 3, 16 Nr. 20, D. et A. 8, 328 Nr. 61.

II. ABTHEILUNG.

STANDESVERHÄLTNISSE.

§. 14. Einleitung.

Im 13. Jahrhunderte bildete sich allmälig ein vollständiger Umschwung der Standesverhältnisse heraus, welcher sich darin charakterisirt, dass die Berufsstände als solche [1]) mehr hervortraten und gleichzeitig die alten Unterscheidungen von Freiheit und Unfreiheit sich abschliffen [2]). Die dem Waffenhandwerke ergebenen Freien und Unfreien schlossen sich auf der einen Seite als Adel und Rittermässige ab, während die Bürger zu einem besonderen Mittelstande wurden und die freien und unfreien Landleute zu dem einen Stande der Bauern verschmolzen.

Das LR. steht gerade am Wendepunkte dieser Entwicklung. Die alten Kategorien von Freiheit und Unfreiheit sind noch vollkommen ersichtlich, doch leuchtet zwischen ihnen bereits eine neue Sonderung nach Lebensweise und Berufsklassen hervor, und bei genauerem Eingehen finden wir, dass die alte Eintheilung nur mehr noch die Form [3]) bildet, unter der sich, als eigentliches Wesen der Sache, die neue Gliederung nach Berufsständen verbirgt. Bei der Darstellung der Standesverhältnisse zur Zeit des LR. müssen wir daher von der Freiheit als Haupteintheilungsgrund absehen und die verschiedenen Berufsklassen als Grundlage der ständischen Gliederung nehmen. Diese sind aber: 1. der Adel mit seinen drei Unterabtheilungen a) der Grafen und Freiherren, b) der Ministerialen und c) des Ritterstandes; 2. der Bürgerstand; 3. der Bauernstand.

---

[1]) Eichhorn 2, 546, Walter 499.

[2]) Beide Arten ständischer Gliederungen finden sich angedeutet von Otto Frisingensis im II. Buch c. 25 seiner Gesta Friderici I. (Urstisii SS. 1, 468): *Gallus ego natione sum, non Lombardus, ordine quamvis pauper eques, conditione liber, casu non industria his latronibus adiunctus, pro resarcienda familiaris rei penuria.*

[3]) Eichhorn 2, 586.

§. 15. 1) Adel. a) Grafen und Freiherren.

Ein bedeutendes Hilfsmittel zur Unterscheidung der einzelnen Stände bietet die zur Babenberger Zeit herrschend gewesene Gewohnheit, die Zeugen der Urkunden nach Ständen gereiht und mit ausdrücklicher Hervorhebung des Standes der Einzelnen aufzuführen [1]). Diese Uebung wird im 14. Jahrhunderte durch eine andere ersetzt, nach welcher in kaiserlichen und herzoglichen Verordnungen die einzelnen Ständeklassen aufgezählt werden, auf die sich die Verordnung bezieht und denen die Befolgung derselben zur Pflicht gemacht wird.

Es findet sich nun in den Urkunden zwischen den *duces*, welche dem Fürstenstande des Schwabenspiegels entsprechen und zu denen der österreichische Herzog gehört, einerseits, und dem unfreien Dienstadel anderseits [2]) eine Klasse eingeschoben, deren Mitglieder bald als *nobiles* [3]), bald als *liberi* bezeichnet werden. Urk. Herzogs Leopold V. (VI.) a. 1188 [4]), worin die weltlichen Zeugen in Zeugen *de ordine ducum, de ordine liberorum* und *de ordine ministerialium* unterschieden werden. Die Ausdrücke *nobiles* und *liberi* [5]) sind nun, in österreichischen [6]) Urkunden wenigstens, nur als verschiedene Bezeichnungen eines und desselben Standes anzusehen [7]). Dies ergibt sich aus Folgendem:

1. Die beiden Bezeichnungen kommen abwechselnd stets an derselben Stelle, vor den Ministerialen, vor: In einer Urk. a. 1158 [8]) kommen zuerst Zeugen *ex ordine nobilium,* dann Zeu-

---

1) Ficker Heerschild 141.

2) Fürth Min. 94.

3) Göhrum Eb. 1, 237 n. 5 und Unger Gvf. 346 sehen in diesen *nobiles* irriger Weise ritterbürtig Freie.

4) Meiller Reg. 64 Nr. 35.

5) Mitunter bezeichnet dieser Ausdruck jedoch nur Gemein-Freie (Zöpfl RA. 2, 133). So z. B. auch, wenn in einer Urk. a. 1263 (M. Bo. 11, 67 Nr. 56) von einem *judex liberorum* und einem zu Stein abgehaltenen *publicum placitum liberorum* die Rede ist.

6) Anders in anderen Theilen Deutschlands; Hüllmann Stände 444, Ficker Heerschild 167.

7) Eichhorn 559, Zöpfl. RA. 2, 132, Ficker Heerschild 142. Zahlreiche Beweisstellen aus verschiedenen Theilen Deutschlands bei Göhrum Eb. 1, 236 n. 4. S. jedoch auch oben n. 3.

8) Meiller Reg. 41 Nr. 46.

gen *de ordine ministerialium* vor. Ebenso Urk. a. 1192[9]). Zuerst *nobiles*, dann *ministeriales* werden als Zeugen aufgeführt in Urkk. aus den Jahren 1159[10]), 1190, 1227, 1241[11]), 1288[12]), 1299[13]). Dem entsprechend heisst es in einer Urk. a. 1171[14]), die Resignation eines *beneficium* sei geschehen *multis coram nobilibus et ipsius Ducis ministerialibus*. Im Jahre 1234[15]) gestattet Friedrich der Streitbare, dass sowohl *nobiles* als *ministeriales* dem Bisthume Seckau Schenkungen machen dürfen.

Hingegen werden Zeugen *de ordine liberorum* und *de ordine ministerialium* unterschieden in Urkk. a. 1180, 1181, 1188, 1202, 1203[16]). *Liberi* vor den *ministeriales* kommen vor in Urkk. a. 1154[17]), 1155[18]), 1161[19]), 1181[20]), 1204[21]). Urk. Herzogs Ottokar von Steiermark für Seitz a. 1182[22]): *Advocato loci, si liber vel ministerialis est 10 libras componat, si de ordine plebeio*[23]) *30 sol. persolvat.* In einer Urk. sec. 12[24]) sagt Herzog Leopold, er habe über eine Klage des Pfarrers zu Haimburg *tam a liberis, quam a ministerialibus nostris* erfahren u. s. w.

2. Die zu dieser Klasse gehörigen Personen werden daher oft geradezu als *nobiles et liberi* bezeichnet[25]). Urkk. a. 1116[26]), 1179[27]). Durch die gleiche Bedeutung der beiden Bezeichnun-

[9]) Meiller Reg. 71 Nr. 60.
[10]) Urkb. o. Enns 2, 292 Nr. 197.
[11]) Meiller Reg. 68 Nr. 49, 139 Nr. 216, 168 Nr. 90.
[12]) M. Bo. 5, 176.
[13]) D. et A. 18, 100 Nr. 83.
[14]) Meiller Reg. 50 Nr. 79.
[15]) Meiller Reg. 153 Nr. 21.
[16]) Meiller Reg. 58 Nr. 13, 59 Nr. 17, 64 Nr. 36, 89 Nr. 37, 91 Nr. 44.
[17]) Stülz Wilhering 470 Nr. 6.
[18]) Urkb. o. Enns 2, 275 Nr. 185.
[19]) Urkb. o. Enns 2, 312 Nr. 212.
[20]) D. et A. 18, 10 Nr. 7.
[21]) Meiller Reg. 93 Nr. 51.
[22]) Pez Cod. 2, 37 Nr. 56.
[23]) Diese Gegenüberstellung beweist auch, dass es damals einen Ritterstand im späteren Sinn noch nicht gab.
[24]) A. f. K. ö. G. 6, 312.
[25]) Vergl. die bei Göhrum Eb. 1, 236 n. 4 angeführten Stellen.
[26]) M. Bo. 29, 2, 32.
[27]) Meiller Reg. 58 Nr. 11. Hier werden einige Zeugen bezeichnet, als: *liberi homines et nobiles*. Ebenso Urk. f. Steyer a. 1136 (Ludewig Rel. Man. 4, 172).

gen erklärt sich der in einer Urk. a. 1150 [28]) vorkommende Ausdruck: *a progenitoribus suis nobilitate ingenuus*, gleichwie auch Rudolf I. in der Urk., worin er die Reichsministerialin Adelheid von Münzenberg von der Ministerialität befreit (1273) [29]), sich des Ausdrucks bedient: *te puerosque tuos — reddimus et donamus nobiles et ingenuos de utroque parente.*

3. Ein weiterer Beleg des aufgestellten Satzes liegt darin, dass nicht wenige österreichische Edle abwechselnd bald als *liberi*, bald als *nobiles* bezeichnet werden [30]). *Crafto de Amzinsbach* z. B. wird als *liber* bezeichnet in Urkk. a. 1180, 1181, 1188, 1200 und 1202, in anderen Urkk. aus den Jahren 1190 und 1192 hingegen als *nobilis* [31]). *Chunradus de Alta* wird in einer Urk. a. 1217 *Chunradus nobilis de Altach* genannt und in einer Urk. a. eod. als *vir nobilis* bezeichnet, kommt dagegen a. 1221 als Zeuge *de ordine liberorum* vor [32]). Von der Familie *Valchenberg* wird *Walchunus* a. 1190 als Zeuge *de nobilibus* bezeichnet, andere Mitglieder dieser Familie hingegen, so *Rapoto* a. 1202 und 1204, *Chunradus* a. 1200 und *Ulricus* a. 1221, werden zu den *liberi* gezählt [33]). *Wernherus de Griezpach* wird a. 1192 zu den *nobiles, Walchunus de Griezpach* a. 1202 zu den *liberi* gerechnet [34]). *Werigand de Rumtingen* erscheint in einer Urk. a. 1227 [35]) als *vir nobilis,* in einer Urk. a. 1240 [36]) hingegen als *homo liber et ingenuus.*

§. 16.

Eine besondere Beachtung verdient die Stellung der Grafen zu dieser Klasse der *nobiles* oder *liberi.* Häufig erscheinen sie als Mitglieder dieser Standesklasse. So kommen unter den

---

28) A. f. K. ö. G. 9, 259.

29) Lünig, Deutsches Reichsarchiv 11, 519.

30) Ficker Heerschild 142.

31) Meiller Reg. 58 Nr. 13, 59 Nr. 17, 64 Nr. 36, 83 Nr. 13, 89 Nr. 37 vergl. mit 68 Nr. 49 und 71 Nr. 60.

32) Meiller Reg. 121 Nr. 146, 122 Nr. 149, 128 Nr. 169.

33) Meiller Reg. 68 Nr. 49, 89 Nr. 37, 93 Nr. 51, 83 Nr. 13, 128 Nr. 169.

34) Meiller Reg. 71 Nr. 60 und 89 Nr. 37.

35) Meiller Reg. 139 Nr. 216.

36) M. Bo. 4, 339.

Zeugen, welche in der oben[1]) angeführten Urkunde a. 1181 als *tam liberi quam ministeriales* bezeichnet werden, mehrere Grafen, die von Rakez, Pilstein und Pleien vor. In zwei Urkk. a. 1188 [2]) sind beinahe alle darin als *de ordine liberorum* angeführten Zeugen Grafen. Unter den Zeugen *ex ordine nobilium* oder *de nobilibus* kommen Grafen vor in Urkk. aus den Jahren 1158, 1190, 1192, 1227, 1241 [3]).

Mitunter werden aber die Grafen als besonderer Stand dem Stande der *liberi* oder *nobiles* vorgesetzt[4]); dies wird insbesondere im 13. Jahrhunderte üblich, und bildet in der zweiten Hälfte des 13. und im 14. Jahrhunderte die Regel. In einer Urk. a. 1200[5]) findet sich eine Eintheilung der Zeugen *de ordine comitum — de ordine liberorum — de ordine ministerialium.* Das Wiener Stadtrecht a. 1221[6]) wird bezeugt von einem Herzoge, einem Markgrafen, drei Grafen, dann werden Zeugen *de ordine liberorum, de ordine ministerialium* u. s. w. aufgeführt. Im Privilegium Rudolf's I. für die Hausgenossen a. 1277 [7]) werden *Graffen, freien* und *dienstherren* unterschieden, in einer Urk. a. 1280[8]) Fürsten, Grafen, *nobiles* und *ministeriales.* Urk. Rudolf's I. a. 1282 [9]) gerichtet an alle *comites, nobiles, ministeriales, milites,*

---

1) §. 15 n. 20.

2) Meiller Reg. 64 Nr. 35 und 36.

3) Meiller Reg. 41 Nr. 46, 68 Nr. 49, 71 Nr. 60, 139 Nr. 216, 168 Nr. 90.

4) Vergl. die Bezeichnung der einzelnen Stände in einer Urkunde a. 1248 (Urkb. o. Enns 3, 146 Nr. 146): *dux, marchio, comes, baro, ministerialis* u. s. w. Der *baro* ist hier offenbar ein Mitglied des hier besprochenen Standes der *liberi* oder *nobiles* (Eichhorn 2, 560). Wenn hingegen Rudolf I. a. 1274 (M. Bo. 29, 2, 509 Nr. 115) mehrere Bischöfe beauftragt: *quatenus cum baronibus, comitibus, liberis, ministerialibus, militibus, civibus et communitatibus civium nostre provincie — conferatis, tractetis* u. s. w., und in einer Urk. a. 1277 (Meichelbeck 2, 2, 83) von *comites, barones, nobiles, ministeriales* u. s. w. spricht, so ist wohl nicht zu bezweifeln, dass, wie sich aus der ganzen Zusammenstellung ergibt, hier unter *baro* wohl nur ein Fürst verstanden werden könne. (Nach Göhrum Eb. 1, 241 wären unter den *nobiles* der letzten Stelle Ritterbürtige zu verstehen. Vergl. §. 15 n. 3.)

5) Meiller Reg. 83 Nr. 13.

6) A. f. K. ö. G. 10, 107.

7) Chmel Geschichtsf. 1, 467 Nr. 56.

8) Herrgott Mon. 1, 214 n. 12.

9) Rauch, Oesterr. Geschichte 3, Urk. S. 68 Nr. 24. Ebenso Reg. bei Lichnowsky 94 Nr. 762 und Urk. 1288 bei Kurz Ottokar 2, 206 Nr. 21.

clientes et vasalli Oesterreichs. Urtheilsbrief des kaiserlichen Hofgerichts unter Rudolf I. a. 1288 [10]): *quod nobis praesidentibus iudicio in terra Austrie sententia obtenta est et approbata fuerat per principes imperii, per comites, per liberos, per ministeriales et per provinciales Austrie et Stirie.* Die weltlichen Zeugen des grossen Wiener Stadtrechtsprivilegs a. 1296 [11]) werden bezeichnet als: *die edelen Grauen — di edelen — die werden Dienstman — die biderben Ritter.* In einer Urk. a. 1311 [12]) werden *Grafen, vreyen* und *dinstmanne* unterschieden; ebenso in Urkk. a. 1325 [13]) und 1357 [14]).

Dem entspricht auch die Terminologie des LR., welches den Stand des eigentlichen landsässigen Adels [15]) als „Grafen und Freie" bezeichnet und regelmässig den Dienstmannen vorsetzt, LR. Artt. 1, 46, 55; §§. 52, 91.

Diese österreichischen Grafen sind materiell den übrigen Mitgliedern der Standesklasse der *nobiles* oder *liberi* völlig gleichgesetzt und haben vor ihnen blosse Ehrenvorzüge und den Titel „Graf" voraus. Sie sind demnach als solche Grafen anzusehen, welchen es nicht gelang, ihre Stellung als unmittelbare Besitzer von Reichsämtern beizubehalten, sondern die zu Vasallen von Fürsten herabsanken [16]) und in Folge des Verlustes der Reichsunmittelbarkeit zu Mitgliedern der ersten Klasse des landsässigen Adels [17]) wurden; während man diejenigen Grafen, welche reichsunmittelbar geblieben waren, später zum Fürstenstande rechnete [18]).

---

10) M. G. 4, 453.

11) Hormayr Wien 2, XLVIII.

12) Kurz Friedrich d. Schöne 428 Nr. 12.

13) Kurz Friedrich d. Schöne 484 Nr. 26.

14) Herrgott Mon. 1, 227 Nr. 23.

15) Dieser Adel steht zum Landesherrn in demselben Verhältnisse wie der sogenannte hohe Adel s. s. zum deutschen Könige. Mittermaier 1, 203.

16) Eichhorn 2 §§. 234a und 290. Ein Beispiel der Unterwerfung früher reichsunmittelbarer Grafen unter die Herzoge Oesterreichs aus späterer Zeit liefern die Grafen von Schaumburg, s. ihre Unterwerfungsacte a. 1361 bei Kurz Rudolf IV. 354 Nr. 11.

17) Eichhorn 2, 539.

18) Eichhorn 2, 543, Zöpfl RG. 314 III.

Der österreichische Stand der Grafen und Freiherren entspricht den freien Herren des Schwabenspiegels [19]), die unmittelbar nach den Fürsten den vierten Heerschild heben [20]). Es wird zwar für die Zeit der Rechtsbücher dem Stande der Freiherren ziemlich allgemein [21]) Reichsunmittelbarkeit und (damit verbunden) der Gerichtsstand vor dem Kaiser zugeschrieben. Dies geht jedoch aus den zum Beweise dieses Satzes angeführten Stellen der Spiegel [22]) nicht hervor, da darin nur vom Fürstenstande die Rede ist. Es hatte vielmehr nur ein Theil der freien Herren [23]), nämlich die reichsunmittelbar gebliebenen freien Herren [24]) den Gerichtsstand vor dem Kaiser. Unter den *personae sublimes,* von welchen der Landfrieden Friedrich's II. a. 1235 [25]) spricht, können daher auch nur solche reichsunmittelbar gebliebene freie Herren verstanden werden: *Statuimus, — ut curia nostra justiciarium habeat — ius reddens omnibus querulantibus, preterquam de principibus et aliis personis sublimibus in causis que tangunt personas, ius, honorem, feoda, proprietatem vel hereditatem eorundem et nisi de causis maximis; praedictorum etenim discussionem et iudicium nostre celsitudini reservamus* [26]). Es wäre unrichtig, unter diesen *personae sublimes* alle Grafen und Frei-

---

19) Freier Herr wird Sch. Sp. 70 mit *ingenuus* übersetzt, was der §. 15 n. 28 und 29 vorgekommenen Bezeichnung entspricht.

20) Sch. Sp. 2, 142.

21) Walter 476, Zöpfl RG. 316, Göhrum Eb. 1, 213 ff.

22) S. Sp. 3. 55. 1: *Over der vorsten lif unde ir gesunt ne mut neman richtere sin, wan di koning.* Sch. Sp. 125: *Vber der fursten lip, vnd vber ir gesvnt sol nieman rihter sin, wan der kivnig.*

23) Mittermaier 1, 201 vergl. mit 203. Göhrum Eb. 1, 218.

24) Const. generalis a. 1234 (M. G. 4, 301): *promisimus, quod in quolibet mense, ubicumque in imperio fuerimus, quatuor diebus ad minus personaliter volumus iudicio publice presidere. Quod etiam a quolibet iudice fieri volumus, temporibus ad hoc secundum provinciarum consuetudinem constitutis. Quod si princeps facere neglexerit et de hoc convictus fuerit, ut exigit iuris ordo, domino regi centum libras auri in pondere Karoli persolvet. Comes vero vel alius nobilis iudicium habens, si non iudicaverit secundum provinciarum consuetudinem, domino regi, sicut predictum est, centum marcas argenti componet.*

25) M. G. 4, 317 c. 15.

26) Dasselbe wiederholen die Landfrieden Rudolf's I. a. 1281 c. 15 (M. G. 4, 435) und a. 1287 c. 37 (M. G. 4, 451), wo „*personae sublimes*" durch gegeben wird. Vergl. Eichhorn 2, 543 not. n.

herren[27]) zu verstehen, da im Laufe der Zeit in Folge der Ausdehnung der Landeshoheit[28]) ein Theil derselben in den landsässigen Adel zurückgefallen war[29]). Im Reichsabschiede vom Jahre 1438[30]) werden daher die reichsunmittelbaren Grafen und Herren von den mittelbaren ausdrücklich unterschieden: §. 3. *Obe ein Fürste, Grave oder Herre, der keinen oebern hat, dann das R. Riche, einen andern Fürsten, Graven oder Herren, der auch keinen herren über sich hette, dann das Rich, meinete anzusprechen, warumb es were, es treffe an Lib, Ere oder Gut — so soll der antwurter dem Cleger gerecht werden vor dem kunige.* §. 5. *Obe aber jeman zu eyme Graven, Herren, Ritter oder knechte, der einen andern Herren dann das Rich hette, zuspruche vermeinte zu haben, der sol innen für sinen nechsten Oberherren, darunter er wonhafftig ist, — zu Rechte forfordern.*

In Oesterreich waren zur Zeit des LR. die sämmtlichen Grafen- und Freiherren-Geschlechter landsässig, sei es, dass sie ihre ursprüngliche Reichsunmittelbarkeit im Laufe der Zeit (vielleicht auch in Folge des privilegium minus) verloren hatten, sei es, dass sie wegen der besonderen Organisation Oesterreichs als einer Mark, von jeher der Oberherrlichkeit des österreichischen Landesherrn unterworfen waren. Es wird ihnen daher auch in LR. 1 der ausnahmslose Gerichtsstand vor dem Landesherrn zugeschrieben.

§. 17. b) Ministerialen.

Nach den Freiherren kommen in den Zeugenreihen als nächste Klasse die Ministerialen oder Dienstmannen. Es sind dies ursprünglich Mitglieder unfreier[1]), waffen- und lehenfähiger

---

27) Mittermaier 1, 203, Göhrum Eb. 1, 220 n. 8.

28) Landsässige Freiherren in späterer Zeit sind daher nicht allein durch kaiserliche Verleihungen des Freiherrn-Standes an Ritterbürtige (Walter 200) zu erklären.

29) Eichhorn 2, 418 n. e und 3, 45.

30) Senkenberg Neue Sammlung 160.

1) Sch. Sp. 308: *alle dienest lvte heizzent mit rehte eigen lvte, wen eret si mit disem namen, dar vmbe daz si der fvrsten eigen sint.* Fürth Min. 52 ff., Göhrum Eb. 1, 167 ff. — A. M. Mittermaier 1, 206.

Geschlechter, welche von einem Herrn nach Hofrecht (*jus curiae*) abhängig geboren [2]), diesem Herrn zu besonderer Treue nach Hofrecht verpflichtet sind [3]).

Trotz der bedeutenden Stellung [4]), welche dieser Stand einnahm, ist doch selbst zur Zeit des LR. in Oesterreich die Erinnerung an seine Unfreiheit nicht verwischt. Noch bis tief in's 13. Jahrhundert hinein werden Ministerialen vertauscht [5]), tradirt [6]) und legirt [7]). Sie werden daher auch ausdrücklich den eigenen Leuten zugezählt, so in der Urk. Herzogs Leopold VI. (VII.) a. 1217, wodurch Kremsmünster von der weltlichen Gerichtsbarkeit befreit wurde [8]): *Nulli unquam secularium iudicum liceat alicuius placitationis formam in prediis ecclesie exercere: nec homines ipsius cenobii, siue colonos in prediis ecclesie, siue ministeriales, siue proprios, siue censuales ad standum suo juditio conpellere.* Saalbuch von Göttweih [9]): *Quedam mancipia — tradidit in manus Herimanni, uiri ingenui, delegande ad altare S. Marie, quedam pro censu V. denariorum quedam ministerialium iure.*

Die Kinder der Ministerialen verfielen derselben Unfreiheit, wie die Eltern. Falls diese verschiedenen Herren angehörten, wurden die Kinder meistens getheilt. Dies wird wenigstens im Schwabenspiegel [10]) als gute Gewohnheit für Reichsministerialen

---

2) Sch. Sp. Leh. R. 111a: *Nah hoverehte sol iegilih dienstman geborn trvhsaeze sin, oder marschalc, oder kameraer, oder schenke.* Kölnisches Dienstrecht (bei Fürth Min. 516) §. 10: *Item singuli et omnes ministeriales ad certa officia curiae nati et deputati sunt.*

3) Eichhorn 2, 579 f.

4) Walter 215, Fürth Min. 144 ff.

5) Urk. a. 1217 (Meiller Reg. 122 Nr. 152). Gütertausch zwischen den Diöcesen Passau und Regensburg a. 1241: *Ministerialis pro ministeriale, colonus pro colono* (M. Bo. 28, 2, 343 Nr. 99).

6) Saalbuch von Göttweih in D. et A. 8, 49 Nr. 198 (s. die Stelle unten bei n. 10), 80 Nr. 314, 88 Nr. 339. Ebend, 268 von c. 1140: *mulier quedam — tradita — super altare S. Marie in Kotwico pro alio eiusdem ministeriali occiso.* Urkk. a. 1206 (Urkb. Kremsm. 63 Nr. 50), a. 1251 (Urkb. o. Enns 3, 176 Nr. 182).

7) Meichelbeck 2, 2, 51 Nr. 80.

8) Urkb. Kremsm. 68 Nr. 55.

9) D. et A. 8, 49 Nr. 198 und ebenso 88 Nr. 339.

10) Sch. Sp. 158: *Der kvnc vnd die phaffenfvrsten hant ein reht genomen, vmb ir biderbe dienstman. Ob des riches dienstman eins phaffen fvrsten dienstwip nimt, ob kint da werdent, daz si div mit ein ander teilent, daz ist ein gvt gewon-*

und Ministerialen geistlicher Fürsten erklärt. Allgemein scheint jedoch dieses Gewohnheitsrecht nicht anerkannt worden zu sein, insbesondere nach obiger Stelle des Sch. Sp. nicht für Ministerialen der Laienfürsten. Man half sich daher damit, dass entweder ein Wechsel der Dienstmannen stattfand, oder dass man Theilungsverträge [11]) über die Kinder sich verheirathender Ministerialen verschiedener Herren schloss [12]).

---

heit die sol man wol behalten. Nimt oh der phaffen dienstman, des riches dienstwip, div hant daz selbe reht an ir kinden, div kint erbent ir vater vnd ir mvter eigen geliche, daz erste kint daz da wirt, ez si svn oder tohter, daz ist des gotshvses. der gewonhait enmac der kvnc nit gemachen, mit den leigen fvrsten, daz ist da von, daz si oh dienstman des riches sint, da von mac der kvng sine dienstman nit genidern, wan gêbe er si in der leigen fvrsten gewalt, so hete er si genidert. — Nach S. Sp. 3, 73 bestand eine ähnliche Bestimmung ursprünglich auch für die Magdeburger Dienstleute. Seit der Zeit des Bischofs Wichmann hingegen galt für diese Ministerialen, sobald ein Elterntheil deutsch war, dieselbe Rechtsregel, welche LR. 22 für die eigenen Leute ausspricht, dass nämlich die sämmtlichen Kinder dem Herrn der Mutter zufielen. S. Sp. 3. 73. 2: *Sint des biscop wichmannes tieden hevet aver dat recht gestan, dat beide sone unde dochtere horet na der düdischen muder deme, den sie bestat, die vader sie düdisch oder wendisch; unde der wendinne kindere horet na deme vadere, of he en went is; is he aver düdisch, so horet sie na der muder.*

11) Eichhorn 2, 581 f., Fürth Min. 320 f.

12) Urk. a. 1200 (M. Bo. 29, 2, 278 Nr. 2): *Ministerialis s. Marie in Patauia Tiemo de Cusperge contraxit cum quadam femina nomine Sophia que propria fuit nobilis viri domini Alberti de Kambe, quo pro facto Tiemo a familiaritate nostra exclusus fuit et merito alienus donec effecit, quod dominus Albertus collaudauit et concessit, vt proles quam Tiemo ex Sophia generaret s. Marie equa porcione diuideretur jus ministerialium habitura.* Aehnlich Urkk. a. 1207, 1208, 1216, 1217 (Meiller Reg. 95 Nr. 62, 98 Nr. 69, 118 Nr. 136, 122 Nr. 152). Vertrag zwischen Leopold VI. (VII.) und Gebhard Bischof von Passau über die wechselseitigen Ehen ihrer Ministerialen und die daraus erzeugten Kinder a. 1223 (M. Bo. 28, 2, 300 Nr. 71): *Quicunque ex ministerialibus siue ex hominibus nostris matrimonialiter in alterius potestatem transierint, siue iam transisse noscantur, illorum pueri per equam inter nos portionem equaliter diuidantur. Si vero tantum puer unus superstes fuerit siue propter imparitatem pueri equa diuidi non poterint portione, puer ille superstes ad illum cuius mater fuisse dinoscitur deuoluetur. Sed et ille puer tunc liberam facultatem habebit uel in episcopi uel in ducis potestatem per matrimonium transeundi, et illius inter nos pueri nichilominus quemadmodum premissum est diuidentur equaliter si etiam conditionis libere fuerit hec mulier quam duxerit idem postea in uxorem.* Ebenso Urkk. a. 1233 (Meiller Reg. 151 Nr. 15) und a. 1277 (Meichelbeck 2, 2, 80).

Der Rangordnung nach stehen die Ministerialen unter den Freiherren [13]. Urk. a. 1267 [14]: *Domina Alheidis Soror Domini Ch. Comitis de Niwenburch Mater Dominae O. de Potendorf renunciavit omni haereditati, quam adeptura fuisset de bonis paternis, sive maternis, cum nupserit inferiori, videlicet Ministeriali.* Urk. a. 1267 des Heinrich Grafen von Hardeck, *auditor datus a rege Bohemie* für den Streit zwischen Conrad Bischof von Freisingen und Offmia von Potendorf über das Gut Herrantstein [15]: *Episcopus allegauit et allegat pro se et ecclesia sua commune ius in Austria ab antiquis temporibus obseruatum, et quod adhuc, vt meliores Austrie concordant et affirmant, ibidem obseruatur, quod inquam ius tale est, quod cum filii et filie progeniti de stirpe nobilium et liberorum copulati fuerint aliquibus non pari condicionis, sed inferioris, vt puta ministerialium ecclesiarum uel domini terre videlicet ducis, filii sev filie progeniti de talibus copulatis, vtputa existentes deterioris condicionis etc.*

Nach den freien Herren bilden aber die Ministerialen zur Zeit des LR. den angesehensten Geburtsstand, und stehen, in Oesterreich wenigstens, höher als die blos Ritterbürtigen. In einem Formelbuche aus der Zeit der Könige Rudolf I. und Albrecht I. kommen zwei Formeln [16] vor über die Erhebung der Kinder eines ministerialen Vaters und einer ritterbürtigen Mutter in den Stand der Ministerialen: Nr. 56: — *nos devote fidei merita, quibus fideles nostri — legittimi filii talis Ministerialis talis Ecclesie et talis Mulieris condicionis et generis militaris eximimus de plenitude Regie potestatis et eosdem Ministerialis partus honore ac titulo perpetuo insignimus, volentes ipsos sicsemper in antea in Ministerialium sorte et numero recenseri, ac sic omnino de puro Ministerialium genere nati essent.* Nr. 57: — *juri et paternis natalibus restituimus — volentes quod non obstante humiliore suae matris condicione juribus libertatibus et honoribus Ministerialium predicte ecclesie fruatur et gaudeat.* In einem Spruchbriefe a. 1352 [17] wird das Zeugniss zweier ritter-

---

[13] Walter 489, Göhrum Eb. 1, 179.

[14] Meichelbeck 2, 2, 55 Nr. 88.

[15] A. f. K. ö. G. 27, 271.

[16] Mitgetheilt von Stobbe nach einer Handschrift aus dem 14. Jahrh. in A. f. K. ö. G. 14, 327.

[17] M. Bo. 30, 2, 204 Nr. 345. Diese letzteren Stellen beweisen auch, dass nicht blos die herzoglich-österreichischen Ministerialen, sondern auch die

mässiger Leute dem Zeugnisse e i n e s Passauer Ministerialen gleichgesetzt. Im Zwettler liber fundationum, Buch V, welches in den Jahren 1311—1325 geschrieben wurde, heisst es [18]): *Quintum librum ex hijs priuilegijs intendimus coadunare. quos ex quinque loculis burse zwetlensis monasterij potuerimus congregare videlicet ex loculo vbi reponuntur priuilegia abbatum et prelatorum ex loculis ministerialium ex loculo nobilium dominarum ex loculo mediocriter nobilium scilicet militum uel clientum ex loculo ciuium et aliorum proborum.* Die Ministerialen haben daher auch mit den freien Herren denselben höheren Gerichtsstand vor dem Landesherrn, LR. 1, während die blos Sendmässigen oder Ritterbürtigen in Capitalsachen vor den obersten Landrichter gehören, LR. §. 44.

Dem entspricht es, dass die Ministerialen in den Zeugenreihen den *milites* stets vorgesetzt werden. So werden z. B. als Zeugen aufgeführt *ministeriales* und dann *milites* in Urkk. aus den Jahren 1259, 1285, 1286, 1293, 1294, 1295, 1299 [19]). In anderen Urkk. kommen als Zeugen oder anderweitig erwähnt vor: a. 1261 [20]) *ministeriales, milites, servi* und *cives*; a. 1282, 1283 [21]) *ministeriales, milites, clientes*; a. 1293, 1294, 1312 [22]) Dienstherren, Ritter und Knappen; a. 1320 [23]) Dienstmannen, Ritter und Knappen.

Es lässt sich nicht rechtfertigen, wenn Fürth [24]) in solchen Stellen die Ausdrücke *ministeriales* und *milites* dahin erklärt, dass unter den Ersteren Dienstmannen zu verstehen seien, welche die Ritterwürde noch nicht empfangen haben, unter den Letzteren hingegen die zu Rittern geschlagenen Dienstmannen. Diese

---

Dienstleute geistlicher Fürsten in Oesterreich höher gestellt waren, als die Ritterbürtigen, was auch nicht zu verwundern ist, da die Dienstmannen geistlicher Fürsten im Allgemeinen höher geachtet wurden, als die weltlicher Landesherren (Fürth Min. 133 f.).

[18]) D. et A. 3, 317.

[19]) D. et A. 3, 125, Fischer Klostern. 2, 285 Nr. 107, D. et A. 6, 189; 3, 385; 6, 209; 6, 183 und 211.

[20]) Fischer Klostern. 2, 247 Nr. 80.

[21]) S. die Stellen §. 16 bei n. 9 und M. Bo. 5, 389. Ebendaselbst 190 Urk. a. 1298 kommen nur *ministeriales* und *clientes* vor.

[22]) D. et A. 3, 453; 6, 181 und 192.

[23]) D. et A. 3, 633.

[24]) Min. 87.

Erklärung ist selbst für jene Länder, wo eine Verschmelzung zwischen Dienstmannen und Rittermässigen stattfand (was in Oesterreich nicht der Fall war), nicht stichhältig, denn abgesehen von der Sonderbarkeit, dass dann die weniger Würdigen regelmässig den Würdigeren, den eigentlichen Rittern vorgesetzt würden, wäre es nach dieser Auslegung auch nicht zu erklären, wozu noch neben den *ministeriales* die *clientes* erwähnt werden [25], unter welchen eben nur die nicht mit dem *cingulum* bekleideten Ritterbürtigen zu verstehen sind [26].

Vergleicht man die geschilderte Stellung der Ministerialen in Oesterreich mit dem Zustande derselben in den übrigen deutschen Ländern, so finden sich bedeutende Verschiedenheiten. Nach dem Sch. Sp. stehen die Dienstmannen in einer niedereren Standesklasse als die den Rittermässigen entsprechenden Mittelfreien dieses Rechtsbuches; denn die Mittelfreien heben den 5., die Dienstleute den 6. Heerschild [27], erstere haben eine längere Vorbereitungsfrist zum Kampfe [28], und das Gewette des Mittelfreien ist 20, das des Dienstmannes 10 Pfund [29]. Ebenso setzt auch der fridericianische Landfrieden a. 1235 den *sentber friman* über den Dienstmann [30]. Späterhin schwangen sich dann die Dienstmannen zu Rittermässigen empor [31] und wurden ihnen gleichgestellt [32], daher es in einigen Theilen Deutschlands allerdings vorkommt, dass der Ausdruck *miles* später die allgemeine Benennung für den Ministerialen wurde [33].

---

25) S. auch die Stellen bei Fürth Min. 81.

26) Fürth Min. 80 f.

27) Sch. Sp. 2, Sch. Sp. Leh. R. 1.

28) Sch. Sp. 104.

29) Sch. Sp. 138.

30) M. G. 4, 573 c. 1.

31) Göhrum Eb. 1, 172.

32) Göhrum Eb. 1, 231 ff., Fürth Min. 472 ff.

33) Fürth Min. 87, Ficker Heerschild 141 u. s. w. Letzterer Schriftsteller scheint übrigens zu weit zu gehen, wenn er in den *milites* überall nur *nobiles* oder *ministeriales* erblickt und das Vorhandensein eines von diesen beiden Klassen verschiedenen Ritterstandes leugnet. In der von ihm p. 143 angeführten Stelle aus Neugart Cod. dipl. 2, 212 a. 1256 werden die Ritterbürtigen von den Ministerialen vielmehr genau unterschieden: *tam milites nostros, qui vulgo dicuntur ministeriales nostri* (dies sind die Ministerialen), *quam alios homines nomen et caracterem nobilitatis habentes, etsi non sunt militaribus insigniis decorati,*

Der hievon abweichende Entwicklungsgang in Oesterreich erklärt sich daraus, dass die österreichischen Ministerialen schon früher ein höheres Ansehen erlangt hatten [34]), so dass, als der Stand der Ritterbürtigen aufkam, die Stellung der Ministerialen eine so hohe war, dass der neue Stand nicht eine gleich hohe Stellung erlangen konnte, sondern den Ministerialen nachgesetzt wurde.

Es ist ganz natürlich, dass die österreichischen Ministerialen, wenn sie freigelassen wurden, nichts Anderes als Freiherren [35]) werden konnten, denn wären sie zu Rittermässigen geworden, so hätten sie ja dadurch eine Erniedrigung ihres Standes erlitten. Dasselbe scheint auch bei den Reichsdienstmannen der Fall gewesen zu sein [36]), während die Dienstmannen der Territorien, in welchen sie nicht dieselbe hohe Stellung wie in Oesterreich einnahmen, durch die Freilassung nur zu Ritterbürtigen wurden [37]).

Die Stellung der Ministerialen in Oesterreich charakterisirt sich darin, dass sie neben ihrer Lehenfähigkeit [38]) und Waffenfähigkeit [39]) auch in staatsrechtlicher Beziehung eine hohe Bedeutung [40]) haben. Sie sind nach LR. 46 gleich dem freien Adel im Besitze gutsherrlicher Rechte, vogteiberechtigt, LR. 62 [41]), und Urtheiler im Gerichte des Landesherrn, LR. 1 [42]); als be-

---

dummodo sint de militari prosapia civiliter sive legitime descendentes (dies sind, im Gegensatze zu den Ministerialen, die Ritterbürtigen, sie mögen das *cingulum militiae* haben oder nicht).

[34]) Fürth Min. 487.

[35]) S. Beispiele bei Ficker Heerschild 152.

[36]) Ficker Heerschild 151.

[37]) Sch. Sp. 156: *vnd lat ein leigen fvrste sinen dienstman vri, der von ritterlicher art geborn ist, die behaltent mitel vrien reht.* Ficker a. a. O. 152 ff. erklärt diese Verschiedenheiten dadurch, dass er das Vorhandensein einer von den Ritterbürtigen verschiedenen Klasse der *nobiles* leugnet.

[38]) LR. §. 48. *Infeudati ministeriales* erwähnt in einer Urk. a. 1251 in D. et A. 1, 29 Nr. 25. Urk. a. 1267 (A. f. K. ö. G. 27, 271): *Ministeriales Austrie habentes fevdum a — comite et existentes vasalli comitis.* Göhrum Eb. 1, 172.

[39]) Göhrum Eb. 1, 171.

[40]) S. oben §. 11.

[41]) Fürth Min. 89.

[42]) Hier haben sie eine ähnliche Stellung wie die Reichsdienstleute im Reichsgerichte. Göhrum Eb. 1, 177, Zöpfl RG. 391. Sch. Sp. 124: *vnde krieget*

sondere Personalinstanz in Capitalsachen haben sie, wie schon erwähnt, den Landesherrn, LR. 1; endlich steht ihnen auch das Recht der Appellation an das Reich zu, LR. 1 [43]).

§. 18.

Praktisch ist die Stellung der Dienstmannen demnach sehr wenig verschieden von der der freien Herren und es ist daher nicht zu verwundern, dass die Standesbezeichnung *nobilis* allmälig auch auf die Dienstmannen angewendet wurde. Während dies jedoch in anderen Ländern schon in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts [1]) der Fall war, wird diese Bezeichnung für die Ministerialen in Oesterreich erst gegen die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts [2]) allgemein. Urk. a. 1259 [3]): *den edlen herren Stephanen von Meissaowe, den marschalch in Oesterreich.* In einer Urk. a. 1233 [4]) wird ein Mitglied der Ministerialen-Familie [5]) der Volchinsdorfer *nobilis dictus de Volchenstorf* genannt. Unter den

---

er (der König) *mit ieman vmbe gůt, oder vmbe ander ding, daz dez riches ist, da svln vber sprechen fursten, vnde vrien, vnde graven, vnd dez riches dienest man.*

[43]) S. §. 53.

[1]) Hüllmann Stände 446 ff. Vergl. Zöpfl R.A. 2, 135. — Man muss hier sehr vorsichtig sein, da der Ausdruck *nobilis* häufig nur als ehrendes Beiwort und nicht als eigentliche Standesbezeichnung vorkommt (Mittermaier 1, 202). So in allen Urkk. vor dem 13. Jahrh. Fürth Min. 77 führt mehrere Stellen aus dem 12. Jahrh. an, in welchen Ministerialen als Edelleute bezeichnet sein sollen. Z. B. *Homo quidam nobilis regni scilicet ministerialis* (Urk. c. 1150, M. Bo. 3, 256); *quidam nobilis Ministerialis Salzpurgensis Ecclesiae* (Urk. c. 1170, M. Bo. 1, 178) u. dgl. m. Ich glaube jedoch, dass *nobilis* hier nicht als die Bezeichnung des Standes, sondern nur als ehrendes Beiwort im Sinne von „ausgezeichnet" oder „hervorragend" anzusehen ist. Als Standesbezeichnung kommt dieser Ausdruck erst in Urkk. aus dem 13. Jahrh. vor; vergl. Göhrum Eb. 1, 237 n. 6 und Fürth a. a. O. Z. B. Urk. a. 1287 (Schannat client. fuld. 354): *ministeriales seu nobiles homines nostros proprios*, und a. 1302 (Besold doc. rediviva): *homines nostros nobiles seu ministeriales.*

[2]) *Milites nobiliores* kommt schon in einer steiermärkischen Urk. a. 1202 (Ludewig Rel. Man. 4, 215) vor; doch ist *nobiliores* hier wohl nicht mit Hüllmann Stände 448 n. 17 als Bezeichnung des Standes anzusehen, und überdies bezieht sich dieser Ausdruck hier nicht auf Ministerialen, sondern auf Ritter.

[3]) D. et A. 3, 441.

[4]) Meiller Reg. 152 Nr. 18.

[5]) Meiller Reg. 110 Nr. 104, 119 Nr. 141.

als *nobiles* bezeichneten Zeugen kommen Ministerialen vor in Urkk. a. 1256, 1280, 1359[6]. A. 1263[7] spricht *Gundaker von Anshawn, ministerialis Austrie,* von seinen *nobiles parentes*; a. 1267[8] wird der Ministerial Seifried von Mehrenberg als *vir nobilis* aufgeführt. Urk. a. 1274[9]: *fratres de Prant nobiles et ministeriales.* Die aus Ministerialen-Familien stammenden Kunringer und Meissauer werden in späterer Zeit regelmässig als *nobiles* bezeichnet; so a. 1296[10]: *nobiles domini Leutold de Kunring et Stephanus de Missowe.* Ebenso a. 1303[11]; auch sind die im Zwettler Stiftungsbuche als *nobiles dominae* bezeichneten Frauen[12] zum grössten Theile aus der Familie Kunring. Stephan von Meissau wird als *nobilis vir* bezeichnet a. 1315[13]. Vom Ministerial von Sonnberg heisst es im Zwettler Diplomatare[14], dass er *generis nobilitate* hervorleuchte.

Die hohe Stellung, welche der unfreie Dienstadel in Oesterreich neben dem freien Adel einnahm, hatte zur Folge, dass für ersteren im 14. Jahrhunderte die Bezeichnung „Dienstherren"[15] üblich wurde[16], welche man also nicht etwa für eine höhere Art von Ministerialen ansehen darf[17]. Gegen die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts[18] ging dann eine gänzliche Verschmelzung der beiden Stände der freien Herren und der Dienst-

---

[6]) D. et A. 11, 133 Nr. 133, M. Bo. 28, 2, 415 Nr. 136, Meichelbeck 2, 2, 174 Nr. 271. — [7]) D. et A. 3, 398. — [8]) D. et A. 1, 81 Nr. 77. — [9]) D. et A. 3, 345. — [10]) D. et A. 3, 354. — [11]) D. et A. 3, 349 und 252. — [12]) D. et A. 3, 317. — [13]) D. et A. 6, 177.

[14]) D. et A. 3, 343.

[15]) Hüllmann Stände 424.

[16]) Urk. a. 1312 in D. et A. 6, 181: Graf Perchtold von Maidburg, Stephan von Meissau, Marschall in Oesterreich die Dienstherren. Weitere Urkk. bei Hüllmann a. a. O.

[17]) Fürth Min. 491. In einer Urk. Herzogs Rudolf IV. a. 1357 (Herrgott Mon. 1, 227 Nr. 23) wird eine Busse angedroht: *ist er ain Graf, oder ain frye* 10 und 5 Mark Goldes, *ist er aber ain dienstherre, oder ain dienstmann oder von ain schilt* 10 und 3 Mark, *waz darnach puriger, und ander leut* 7 und 2 Mark. Diese Nebeneinanderstellung der Ausdrücke Dienstherren und Dienstmannen erklärt sich aus der Gewohnheit des späteren Mittelalters — eine Gewohnheit, welche sich in den Urkunden Herzogs Rudolf IV. regelmässig findet — bei Aufzählung der Standesklassen neben den bestehenden Ständen auch die älteren Standesbezeichnungen aufzuführen (Fürth Min. 501).

[18]) Hüllmann Stände 424, Zöpfl RG. 394. Nach Fürth Min. 487 war dies schon im Anfange des 14. Jahrhunderts der Fall.

herren [19]) zu dem einen Stande der Herren oder Landherren [20]) vor sich. Die erste Spur dieser Terminologie kommt schon in LR. §. 54 vor, wo die Herren von dem Lande den Rittern und Knappen entgegen gesetzt werden. Ferner Urk. a. 1408 [21]): *Wir die nachgeschribenn lantherren, des lanndes in Osterreich — bekennen.* Die in dieser Urkunde mit Namen aufgeführten und als Landherren bezeichneten Edlen sind theils Ministerialen, theils freie Herren. Ministerialen sind z. B. Hartneid von Potendorf [22]), Albrecht von Ottenstain [23]) und Achatz von Künringen [24]). Die Landherren bilden fortan den ersten Stand des landsässigen Adels, neben welchem sich der Ritterstand als niederer Adel gebildet hatte. Daher die häufig vorkommenden Formeln: Landherren, Ritter und Knechte, Urkk. a. 1358, 1359, 1360, 1361, 1396 [25]), oder Herren, Ritter und Knechte, Urkk. a. 1363, 1380, 1381, 1384, 1396, 1404, 1410, 1411, 1412 [26]). Hiebei wurden, anfangs seltener, später immer häufiger die Grafen besonders hervorgehoben; Urk. a. 1306 [27]), 1444 [28]), 1457 [29]).

---

19) In anderen Theilen Deutschlands verschmolzen sie mit den Ritterbürtigen zu einem Stande. Göhrum Eb. 1, 231, Zöpfl RG. 336. Letzterer a. a. O. 323 sieht übrigens in diesen Landherren rittermässige Leute.

20) Fürth Min. 492.

21) Rauch 3, 470.

22) Meiller Reg. 91 Nr. 44 und 93 Nr. 51.

23) Meiller Reg. 71 Nr. 60.

24) Meiller Reg. 37 Nr. 30, 40 Nr. 41, 58 Nr. 11 und 13, 59 Nr. 17, 64 Nr. 35 und 36, 68 Nr. 49, 71 Nr. 60.

25) Steyrer 259, Meichelbeck 2, 2, 174 Nr. 271, Kurz Beiträge 2, 465, Herrgott Mon. 2, 1, 258 Nr. 10, Kurz Rudolf IV. 321 Nr. 1, A. f. K. ö. G. 7, 317, Steyrer 324, Meichelbeck 2, 2, 206 Nr. 298.

26) A. f. K. ö. G. 7, 320, Urkb. Kremsm. 294 Nr. 280, 298 Nr. 285, Notizenblatt 1852, 335, D. et A. 16, 423 Nr. 22, Herrgott Mon. 1, 235 Nr. 27, Huber Austria 1, 97 Nr. 15, M. Bo. 15, 86 Nr. 60, D. et A. 18, 523 Nr. 424.

27) Befehl an alle Grafen, den Landmarschall von Oesterreich und alle Herren, Ritter und Knechte u. s. w. Fischer Klostern. 2, 323 Nr. 131.

28) Befehl an alle geistlichen und weltlichen Fürsten, Grafen, Herren, Ritter und Knechte u. s. w. Pez Cod. 3, 297 Nr. 222.

29) M. Bo. 4, 190. — Daneben findet sich noch sporadisch der Ausdruck Dienstmann in der zweiten Hälfte des 14. Jahrh. und im 15. Jahrh., hauptsächlich in Urkunden Herzogs Rudolf IV. Urk. 1357 s. oben n. 17. Urk. 1359 bei Steyrer 274. Befehl a. 1360 an alle Landherren, Dienstleute, Ritter und Knechte (M. Bo. 3, 570). Urkk. a. 1364 und 1365 bei Steyrer 336 und 415. Befehl a. 1485 an alle Herzoge, Markgrafen, Grafen, Barone, Edle, Ministeria-

Als dann im 15. Jahrhunderte die Umbildung der ständischen Verfassung zum Abschlusse kam, bildeten die Landherren, also die ehemaligen Grafen, freien Herren und Dienstmannen von den vier österreichischen Ständen die erste weltliche Standesklasse, welche der Stand der Grafen und Herren, oder auch nur der Stand der Herren genannt wurde. Bündniss a. 1452 [30]) zwischen dem Bischofe von Passau und den Ständen Niederösterreichs, worin der oberste Hauptmann und Verweser des Landes Oesterreich für sich und die vier Parteien: Prälaten, Grafen und Herren, Ritter und Knechte und die Städte Oesterreichs bekennt u. s. w. Urk. a. 1453 [31]), worin König Ladislaus erklärt, er habe: *vnser fürstentum Oesterreich — den 4 partheyen, des yetzgemelten vnsers fürstentums Oesterreich, Prelaten, Herrn, Rittern, vnd Knechten vnd den vonn Stetten beuolhen.*

§. 19. c) Ritterstand.

Im Sachsen- und Schwabenspiegel werden mit den Ausdrücken semperfrei oder sendbar frei [1]) und schöffenbar frei die verschiedenartigsten Bedeutungen verknüpft, so dass es der Forschung noch nicht gelang, den Sinn dieser Ausdrücke auf eine nach allen Seiten hin genügende Weise zu erklären. Insbesondere bleibt es noch zweifelhaft, welchen Stand die Reichsgesetze als sendbar freie Leute bezeichnen [2]). Für Oesterreich

---

len, Vicegrafen, *Milites*, *Clientes*, Hauptleute u. s. w. (M. Bo. 4, 195). Ich stehe nicht an, das Vorkommen dieses Ausdruckes in diesen Urkk. auf die n. 17 geschehene Weise zu erklären, in den Urkunden Rudolf's IV. auch aus dem bekannten pomphaften, mit der Wahrheit es nicht immer genau nehmenden Style seiner Kanzlei.

30) Pez Cod. 3, 318 Nr. 136.

31) Fischer Klostern. 2, 447 Nr. 196.

1) Der im Sch. Sp. gebrauchte Ausdruck „semperfrei" ist nur eine besondere Schreibweise des Wortes „sendbar frei" (*homo synodalis*). Dies ist ausser Zweifel gestellt seit der Auffindung des Deutschenspiegels, welcher den Ausdruck „*sentper vri*" dort braucht, wo im Sch. Sp. „*semper vri*" vorkommt. Vergl. D. Sp. 62 mit Sch. Sp. 70b. Sendbar frei entspricht aber in seiner ursprünglichen Bedeutung dem Ausdrucke schöffenbar frei des S. Sp. Zöpfl R.A. 2, 218, Unger Gvf. 323 n. Vergl. Göhrum Eb. 1, 226 n. 1.

2) Ein näheres Eingehen auf diese Frage würde hier zu weit führen.

können wir jedoch von der Frage, was diese sendbar Freien im übrigen Deutschland gewesen seien, gänzlich absehen, da das LR. und die vorliegenden österreichischen Urkunden genügen, um zu ziemlich sicheren Ergebnissen zu gelangen.

Für die Erklärung des entsprechenden [3]) österreichischen Ausdruckes: „sendmässig" haben wir nämlich folgende Anhaltspunkte.

Die Sendmässigen des LR. erscheinen als ein besonderer Stand [4]), der in der Würdigkeit den Freien und Dienstmannen nachgesetzt wird. Während die Letzteren in Capitalsachen ihre Gerichtsbarkeit vor dem Landesherrn haben, LR. 1, unterstehen die Sendmässigen in Sachen, die ihnen an das Leben gehen, dem obersten Landrichter, LR. §. 44. Freien und Dienstmannen gebühren auch besondere Vorrechte, welche die Sendmässigen nicht haben; so wird das Recht der Appellation an das Reich in LR. 1 nur den Dienstmannen, und selbstverständlich auch den Freiherren, zugeschrieben; ebenso wird auch die gutsherrliche Gerichtsbarkeit in LR. 46 und das Recht der Mitwirkung bei Regierungsgeschäften des Landes nur diesen beiden Klassen eingeräumt [5]). Anderseits sind die Sendmässigen aber auch waffen- und lehenberechtigt. Sie (und die städtischen Patricier) haben allein die Folge nach rechtem Lehen, LR. 41, und werden daher in LR. Art. 45 und §. 30 den nicht lehenmässigen Bürgern und Bauern gegenübergestellt [6]). Wiener Stadtrecht a. 1296 [7]): *Wir verleihen auch den vorgenanten purgern von besunderlichen genaden, daz sie sich vräwn Sentmäzziges rechtes vnd*

---

[3]) Zöpfl R.G. 323.

[4]) Nach Eichhorn (541 n. 1 und Anmerk. S. 564) liegt im Ausdrucke „sendbar" nur der Begriff, dass Jemand in seinem Stande unbescholten und vollberechtigt ist, wornach also in jedem Stande von Sendbaren gesprochen werden könnte. S. dagegen die Ausführungen Unger's Gvf. 323 n. und Göhrum Eb. 1, 204 f.

[5]) S. oben §. 11. Brunner Exemt. 324 sieht, gewiss unrichtig, in „*sentmaessig*" nur eine andere Bezeichnung für die Grafen und Freien. Eine Folge dieser Auffassung ist, dass er S. 11 dazu kommt, auch die Dienstmannen für Sendmässige zu erklären.

[6]) Dass das LR. hier trotzdem von Bürgern spricht, welche, ohne lehenmässig zu sein, Lehen besitzen, erklärt sich daraus, dass auch Lehenunfähige Lehen besitzen konnten, Homeyer S. Sp. 2. 2. 309.

[7]) Hormayr Wien XLIV.

Sentmäzziger gestalt, ze bringen bezeugenusse, chlage ze tvn, lehen ze nemen, vnd ze haben, vnd lehen ze laihen, vnd an andern islichen häftigen geschäften ze tvn. Hier wird das Recht der Sendmässigen ausdrücklich erklärt als das Recht Lehen zu nehmen, zu haben und zu leihen.

Darnach sind die Sendmässigen eine unter den Freien und Dienstmannen stehende, lehenfähige Standesklasse. In österreichischen Urkunden findet sich der Ausdruck sendmässig übrigens sehr selten; für die nach den Dienstmannen kommende, unterste lehenfähige Klasse wird vielmehr, im Gegensatze zu den Bürgern und Bauern, gewöhnlich der Ausdruck „Rittermässige“ gebraucht.

Die Bezeichnung *miles* kommt schon früh vor [8]), aber nur für den einzelnen Reiter oder Ritter, später für solche, welche das *cingulum militiae* hatten, damals aber noch keinen besonderen Stand bildeten, sondern den verschiedensten Standesklassen angehören konnten [9]). Ein solcher Ritter wird erwähnt in einer Urk. eines Grafen Heinrich c. 1101 [10]), worin derselbe ein Gut delegirt *in manum Meginhardi cuiusdam nobilis uiri, militis sui.* Im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts [11]) bildete sich dann nach und nach ein eigener erblicher [12]) Ritterstand dadurch, dass der Heerbann verschwand und der schwere Reiterdienst nur von solchen geleistet werden konnte, welche sich steter kriegerischer Uebung hingaben. So entstand eine Trennung der freien untersten Klasse [13]) in zwei Stände. Jene, welche sich dem

---

8) Ueber die verschiedenen Bedeutungen von *miles* s. Hüllmann Stände 450, Fürth Min. 66.

9) Selbst Kaiser und Fürsten bestrebten sich, die Ritterwürde zu erlangen. Sehr häufig finden sich auch Ministerialen, welche das *cingulum militiae* hatten und daher auch als *milites* in diesem Sinne bezeichnet werden; Fürth Min. 61 und 67.

10) Meiller Reg. 11 Nr. 2.

11) Fürth Min. 82.

12) Göhrum Eb. 1, 190.

13) In anderen deutschen Ländern verschmolzen auch die Ministerialen mit dem Ritterstande, sowie die Erinnerung au ihre frühere Unfreiheit verblasste (Fürth Min. 109, Zöpfl R.G. 335). In Oesterreich konnte dies nicht geschehen, weil die österreichischen Ministerialen zur Zeit der Entstehung des Ritterstandes bereits eine höhere Stellung erlangt hatten, als dem Ritterstande zu Theil wurde. Vergl. §. 18 n. 19.

Waffenhandwerke ergaben und durch Lehensempfang zum Gefolge des Adels wurden, sonderten sich von den übrigen Gemeinfreien als eine besondere Genossenschaft ab [14]) und wurden im Gegensatze zu den übrigen Freien [15]) als Ritterstand bezeichnet. Der Zeitpunkt, wann diese Entwicklung ihren Abschluss fand, lässt sich wohl kaum fixiren. Er ist verschieden für die verschiedenen deutschen Länder [16]). Zur Zeit des LR. treten in Oesterreich die Ritter jedoch schon als eine besondere Standesklasse hervor. Formel von c. 1250 aus dem Formelbuche des Heinricus Italicus [47]): König Rudolf I. erlaubt *quod, quamquam pater suus miles non fuit, et nostris constitutionibus teneatur milites fieri nequeant, qui de genere militum non nascuntur, ipse — decorari valeat cingulo militari.* In dieser Urk. werden die beiden Bestandtheile des Ritterstandes angedeutet. Bevor man nämlich durch Ertheilung des *cingulum militiae* in die ritterliche Genossenschaft aufgenommen wurde, musste man eine gewisse Zeit einem Ritter als Knappe gedient haben [18]), es werden daher bei den Bezeichnungen des Ritterstandes meist diejenigen, welche das *cingulum militiae* besitzen, also eigentliche Ritter sind, von den übrigen Standesmitgliedern, den Knappen [19]) unterschieden; so *milites* und *clientes* in Urkk. aus den Jahren 1249, 1283, 1293, 1294, 1298, 1485 [20]), Ritter und Knappen in Urkk. aus den Jahren 1281, 1312, 1320 [21]) und LR. §§. 48 und 54, *milites* und *servi* in Urk. a. 1261 [22]), *milites* und *militaris conditionis homines* in Urk. a. 1341 [23]). In späterer Zeit war der gewöhnliche Ausdruck:

---

14) Göhrum Eb. 1, 190, Eichhorn 2, 147.

15) Urk. a. 1348 (D. et A. 16, 204 Nr. 199): Chunrat der Löher verspricht erkaufte Grundstücke Niemandem Anderen zu verkaufen *dann Rittermaessigen Leuten oder Purgern vnd Pawern.*

16) Vergl. die bei Göhrum Eb. 1, 190 n. 10 angeführten Stellen.

17) A. f. K. ö. G. 29, 129.

18) Fürth Min. 80.

19) Diese dem Ritterstande angehörigen Knappen sind von den anderen gemeinen Dienern oder Knappen der Ritter wohl zu unterscheiden. Vergl. Walter 206 n. 7.

20) D. et A. 1, 13 Nr. 12, M. Bo. 1, 97 Nr. 781, D. et A. 3, 453; 6, 191, M. Bo. 4, 195.

21) Kurz Ottokar 2, 190 Nr. 10, D. et A. 3, 633 und 6, 181.

22) Fischer Klostern. 2, 247 Nr. 80.

23) Steyrer 131.

Ritter und Knechte, Urkk. a. 1359, 1360, 1363, 1380, 1381, 1384, 1396, 1404, 1410, 1411, 1439, 1444, 1447 [24]).

Der Ritterstand bildet nun die unter den Dienstmannen stehende niedrigste Klasse der Waffen- und Lehensfähigen [25]); die grossen deutschen Rechtsbücher stimmen darin überein, dass alle diejenigen, welche nicht von Ritterart sind, des Lehenrechts darben sollen. S. Sp. Leh. R. 2. 1: *Papen wif dorpere koplüde, unde alle die rechtes darvet oder unecht geboren sin, unde alle die nicht ne sin von ridders art von vader unde von eldervader, die solen lenrechtes darven.* Vet. Auct. 1. 4: *Clerici et mulieres, rustici et mercatores et jure carentes et in fornicatione nati, et omnes qui non sunt ex homine militari ex parte patris eorum et avi, jure carent beneficiali.* D. Sp. Leh. R. 2: *Phaffen weip, ein gepaure vnd alle die rechtes niht habent oder vnreht geporn sint vnd alle die niht sint von ritters art, von vater oder von alter vater die sullen lehen rechtes darben.* Sch. Sp. Leh. R. 1 b: *Phaffen vnde geburen, vnde alle die nvt semper sint, vnd nvt von ritterlicher art geborn sint, die svln alle lehenrehtes darben.* Richtst. Leh. R. 1. 1, Kaiserr. 3 c. 8.

Die Sendmässigen und Rittermässigen haben demnach ein und dasselbe charakteristische Hauptmerkmal, dass sie die niedrigste lehenfähige Klasse sind, mit einander gemein und es kann daher wohl nicht bezweifelt werden, dass „rittermässig" und „sendmässig" nur verschiedene Bezeichnungen ein und desselben Standes bildeten, oder doch wenigstens, da das LR. zur Lehenfähigkeit ausdrücklich Sendmässigkeit begehrt, dass der Ritterstand zur Klasse der Sendmässigen gehört habe. In

24) Meichelbeck 2, 2, 174 Nr. 271, Kurz Beiträge 2, 465, Herrgott Mon. 2, 1, 258 Nr. 10, M. Bo. 3, 570, A. f. K. ö. G. 7, 317 und 320, Urkb. Kremsm. 294 Nr. 280 und 298 Nr. 285, Notizenblatt 1852, 335, Meichelbeck 2, 2, 206 Nr. 298, Herrgott Mon. 1, 235 Nr. 27, Huber Austria 1, 97 Nr. 15, M. Bo. 15, 86 Nr. 60 und 4, 381, Pez Cod. 3, 297 Nr. 222 und 3, 311 Nr. 233, M. Bo. 4, 190.

25) Die Rittermässigen werden daher auch einschildige Leute genannt. Glosse zum sächs. Leh. R. c. 1: *den fünften heerschilt haben der freiherren manne (als Bannerherren), den sechsten haben der freyen herren mannes mann und sind einschiltig leut genannt, darumb, das si einfeltig sind am heerschilt, das ist am ritterlichen Adel.* Ein Einschildiger, der nach der Stellung des Wortes nur ein Ritterbürtiger sein kann, wird auch erwähnt in der §. 18 n. 17 angeführten Urk. Herzogs Rudolf IV.

der Urkunde a. 1309[26]), womit die Mörder Königs Albrecht I. geächtet wurden, heisst es: *Wir nemen in gemainlich alle diu recht, die semper leut vnd vnuersprochen leut ze reht haben sulen.* Die Strafe der Rechtlosigkeit soll alle Mörder treffen, unter den Rechten der Semperen können also wohl nur die Rechte desjenigen Standes verstanden sein, welchem der niedrigst Gestellte der Mörder angehörte, da nur dies die Rechte sind, welche ihm und den höher Gestellten gemeinsam waren. Die Mörder waren nun: Herzog Johann von Oesterreich, Rudolf von Wart, Rudolf von Palm und Walter von Eschenbach, die *edeln Lut* und Konrad von Tegernfeld, ein Ritter. Der dem Stande nach Niedrigste war also Ritter. Unter den Rechten der Semperen kann daher in dieser Urkunde eben nur Ritterrecht verstanden sein.

Es kann sich nur noch darum handeln, ob die beiden Begriffe „rittermässig" und „sendmässig" sich vollkommen decken, oder ob es nicht auch Sendmässige gegeben habe, welche dem Ritterstande nicht angehörten. Dies wären solche Angehörige dieser Klasse, welche auf ihrem Allode sitzend, ihre Freiheit und Waffenberechtigung beizubehalten im Stande waren, ohne dem Adel gegenüber in einen Lehen-Nexus einzutreten und durch Uebernahme von ritterlichen Gütern und Verpflichtungen zu Mitgliedern des das Gefolge des Adels bildenden Ritterstandes zu werden[27]). Die Möglichkeit des Vorhandenseins einer solchen Klasse von Sendmässigen lässt sich nicht leugnen, doch fehlen alle Anhaltspunkte dafür, dass es in Wirklichkeit Sendmässige in Oesterreich gegeben habe, welche sich von jeder Lehenspflicht frei hielten. Wir finden im Gegentheile, dass die Ausdrücke sendmässig und rittermässig als vollkommen identisch und der eine für den anderen gebraucht wurden, so dass solche nicht zum Ritterstande gehörige Sendmässige auf keinen Fall sehr zahlreich gewesen sein können und jedenfalls sehr früh mit dem eigentlichen Ritterstande verschmolzen sein müssen. So werden Ritter und Knappen in LR. §. 48 ganz analog neben die *epurger* gestellt, wie in LR. Art. 41 die Sendmässigen. Die

---

[26]) Kurz Friedrich d. Schöne 419 Nr. 5.

[27]) Die rittermässigen und nicht rittermässigen sendbaren Leute würden dann dem fünften Heerschilde des S. Sp. entsprechen, in welchen (S. Sp. 1, 3. 2): *de scepenbare lüde unde der vrienherren man* gehören.

oben bei n. 7 abgedruckte Stelle aus dem Wiener Stadtrechte a. 1296 lautet in der Quelle, woraus dieses Stadtrecht die Stelle entnahm[28]), nämlich in dem Privilegium Königs Rudolf I. für Wien[29]), folgendermassen: *Rubrica. Von der purger wirdichait lehen zu enphachen vnd ze leichen. Wir geben auch genczleich von sundern gnaden den egenanten purgern, daz si sich vreyung Ritterleichs rechtens, Rittermaezziger laeut an zeugnusse ze tragen, vnd Ruegung ze tuen, Vnd lehen ze enphahen vnd ze haben vnd auch lehen ze leichen vnd in isleichen andern rechtleichen werichen ze vben.* Diese Stelle ist wörtlich gleichlautend in das Stadtrecht a. 1296 hinüber genommen und nur statt des Wortes „rittermässig" das Wort „sendmässig" gesetzt worden; da aber nach dem ganzen Zusammenhange damit keine materielle Aenderung der Verordnung bewerkstelligt werden wollte, so lässt sich diese Verschiedenheit der Ausdrucksweise nur daraus erklären, dass man diese beiden Worte für gleichbedeutend ansah[30]).

Die nach dem Rechte des LR. bereits vollzogene vollständige Trennung der Gemeinfreien in Ritterbürtige und nicht Ritterbürtige (Bürger und Bauern) entspricht dem Systeme, wenn auch nicht dem Ausdrucke nach dem im Sch. Sp. vorgetragenen Rechte. Semperfrei ist im Sch. Sp. bekanntlich die Bezeichnung der höchsten Klasse der Freien, der Fürsten und freien Herren[31]), und nur an wenigen Stellen des Sch. Sp.[32]) findet sich eine Spur von einer anderen, dem LR. mehr analogen Bedeutung dieses Wortes. In Sch. S. Leh. R. 1 werden nämlich die sempe-

---

[28]) Lorenz, Die beiden Wiener Stadtrechtsprivilegien, Sitzungsber. d. A. 46, 105.

[29]) Rauch 3, 7.

[30]) Am deutlichsten ergibt sich dies aus der Abschrift des Stadtrechts a. 1296, welche in der oben §. 1 num. 6 beschriebenen Rechtshandschrift der Wiener Hofbibliothek enthalten ist. Darin werden die einzelnen Abschnitte des Stadtrechts durch Ueberschriften getrennt und es enthält nun §. 898 der HS. (Fol. 218 b) die Ueberschrift: *Das die Burger geczeugen mugen sein an ritterlichen rechten auch lehen zeempfahen vnd in andern hefftigen geschefften zu tûn*; worauf die oben bei n. 7 abgedruckte Stelle unverändert folgt. Es wurde also auch hier der im Texte vorkommende Ausdruck „sendmässig" in der Ueberschrift mit dem als ganz gleichbedeutend angesehenen Ausdrucke „ritterlich" vertauscht.

[31]) Gründe dieser besonderen Ausdrucksweise bei Unger Gvf. 325 not.

[32]) Zöpfl. RG. 313 n. 1 und 323 n. 32.

ren Leute als im letzten Heerschilde stehend bezeichnet: *Die semperen livte den sibenden*, und weiters wird gesagt, dass diejenigen, welche *nvt semper* sind, des Lehenrechts darben sollen [33]. Dem entsprechend heisst es auch Sch. Sp. 5 (Wackernagel): *Den sibenten herschilt den hefet ein jeglich man der von ritterlicher art geborn ist und ein êkint ist.* Abgesehen von diesen Stellen, werden im Sch. Sp. die Mittelfreien als niedrigste Klasse der lehenfähigen Freien bezeichnet [34]) und den nicht waffenberechtigten Freien (freien Landsassen) gegenüber gestellt [35]), so dass also die Mittelfreien des Sch. Sp. den Sendmässigen des LR. entsprechen [36]).

Im 15. Jahrhunderte verschwindet dann der Ausdruck sendmässig gänzlich, und die Rittermässigen bilden als „Ritter und Knechte" die zweite weltliche Standesklasse. Vergl. §. 18 a. E.

Wie auf die Ministerialen, so wurde auch auf die Ritterbürtigen nach und nach die Bezeichnung Adel ausgedehnt [37]),

---

[33]) S. die Stelle oben nach n. 25.

[34]) Zöpfl RG. 323. Den Beweis dieser Bedeutung der Mittelfreien führt Göhrum Eb. 1, 198 n. 21. S. auch Walter 487. Ausnahmsweise scheinen in Sch. Sp. 70b unter den Mittelfreien freie Censualen verstanden werden zu sollen; Zöpfl R.A. 2, 219, Ficker Heerschild 148.

[35]) Ficker a. a. O. ist der Ansicht, dass die Mittelfreien des Sch. Sp. keine eigentliche landrechtliche Klasse bilden, sondern dass zwischen ihnen und den Semperfreien (im Sinne des Sch. Sp.) nur lehenrechtliche Unterschiede bestehen. Zur Begründung dieser Ansicht genügt ihm eine vom Sch. Sp. aus dem S. Sp. corrumpirt übernommene Stelle (Sch. Sp. 310 vergl. mit S. Sp. 3. 45) und der oben §. 17 bei n. 35 bereits anders erklärte Umstand, dass freigelassene Dienstmannen zu freien Herren wurden. Hievon ist nur so viel richtig, dass der Sch. Sp. bei der Erklärung der sieben Heerschilde nur die lehenrechtlichen Unterschiede hervorhebt; daneben bestehen aber auch rein landrechtliche Unterschiede zwischen den Semper- und Mittelfreien: Nur Semperfreie, und nicht auch Mittelfreie können zum Könige gewählt werden (Sch. Sp. 123), Semperfreie können durch Mittelfreie nicht überwiesen werden (Arg. Sch. Sp. 64), ebenso ist die Höhe der Morgengabe (Sch. Sp. 18) und des Gewettes (Sch. Sp. 138), dann auch die Frist zum Kampfe (Sch. Sp. 104) für beide Klassen verschieden. Gewiss genügende landrechtliche Unterschiede, wozu in Oesterreich noch die verschiedene Gerichtsbarkeit beider Klassen kommt.

[36]) Das LR. steht hier dem süddeutschen Rechtsbuche viel näher als dem S. Sp., in welchem unter der Bezeichnung der Schöffenbaren vollfreie bäuerliche Grundbesitzer erscheinen (Zöpfl R.A. 2, 128) und Ritterbürtige mit nicht ritterbürtigen Freien eine landrechtliche Klasse bilden. Göhrum Eb. 1, 199 und 202, Walter 481.

[37]) Fürth Min. 75, Göhrum Eb. 1, 235.

doch wurden sie zur Unterscheidung von den höheren Adelsklassen als niederer Adel, *nobiles mediocres, nobiles inferioris conditionis* bezeichnet[38]. Die Anfänge dieser Bezeichnung datiren schon aus dem 12. Jahrhunderte. Urk. a. 1169[39]: *quidam de genere mediocrum nobilium, videlicet de genere clientelae vel de simplici milicia exorti, in possessionibus nostris castella vel munitiones, nobis invitis erexerunt. Vita Conradi I. Archiep. Salisb.* c. 6[40]: *faventibus et cooperantibus tam principibus atque inferioris ordinis nobilibus, hominibus ecclesiae, quam etiam ministerialibus*[41]. Allgemein gebräuchlich wird diese Bezeichnung jedoch erst im 13. und 14. Jahrhunderte[42]. Wenn es in einer Urk. a. 1267[43] heisst: *Chunradus de Niwenburch — vendidit castrum et predia Herrantstein et homines nobiles et ignobiles cum omnibus attinenciis et pertinenciis vniversis,* so können unter *homines nobiles* wohl nur Ritterbürtige verstanden sein[44]. Landfrieden Königs Rudolf I. a. 1281[45]: c. 6: *Swer einen edelen man feintlich heimsuchet . . . der sol in der ahte sin.* §. 7: *Ist aber er ein gebur, der da heimgesuchet ist, dem sol fur sin laster gevallen ein phunt und dem rihter zwei phunt.* In Urk. a. 1283[46] verordnet König Rudolf I., dass Herzog Albrecht die österreichischen Länder allein regieren solle, und dies geschieht auf Bitten der *nobiles mediocres et minores et communitas ipsarum terrarum.* Vergl. auch die §. 17 bei n. 18 abgedruckte Stelle des Zwettler liber fundationum. In demselben Stiftungsbuche werden[47] die *subditi nobiles seu*

[38]) Göhrum Eb. 1, 238.

[39]) Ludewig Rel. Man. 4, 110 und 111.

[40]) Pez Thesaurus anecdot. 2, 3, 230.

[41]) Diese *nobiles* können aber auch möglicher Weise freie Herren sein, welche Kirchenlehen empfangen haben und die im Gegensatze zu den *principes, nobiles inferioris ordinis* genannt werden.

[42]) Zöpfl RG. 315 n. 14 und 340 n. 1.

[43]) A. f. K. ö. G. 27, 271.

[44]) Ministerialen können diese *homines nobiles* nicht gewesen sein, weil freie Herren, wie Konrad von Neuburg einer war, keine Ministerialen haben konnten. Uebrigens ist es selbstverständlich, dass Rittermässige, als Freie, nicht verkauft werden konnten, die Urk. scheint daher auch nur sagen zu wollen, dass die Lehenherrlichkeit über die Güter dieser Ritter mit dem Schlosse Herrantstein verkauft worden sei.

[45]) M. G. 4, 427.

[46]) Lambacher 200 Nr. 108.

[47]) D. et A. 3, 484.

mediocres der Herren von Falkenberg erwähnt. Urk. a. 1379[48]: *wer dieselben Mannschaft* (des Bischofs von Freisingen) *ze lehen hat, edel leuth, burger und baurn.* Urk. a. 1396[49]: *Ritere, Knechte, und anderen Edln lewtten.*

Auch Kaiserr. 3. 1 und 5 bezeichnet die Ritter als Edle und dem entspricht die Terminologie des LR. Am deutlichsten drückt dies Art. 12 vergl. mit Art. 53 aus. Nach Art. 12 dürfen nur Rittermässige *kamph vechten* und in Art. 53 heisst es dann, dass wenn die Kampfberechtigung eines Streittheiles geleugnet wird, er *sein edel* nachweisen müsse. Unter dem edlen Manne, der nach Art. 68 keine Mauth zu geben hat, muss ebenfalls auch der Rittermässige verstanden werden, da die Ritter allgemein in der Mauthfreiheit der oberen Stände inbegriffen waren[50].

§. 20. 2) Bürger.

Ueber den Bürgerstand enthält das LR. nur einzelne Andeutungen, so dass eine ausführliche Darstellung der Verhältnisse desselben hier nicht am Platze wäre. Es wird sich daher darauf beschränkt, die in LR. erwähnten Institutionen zu besprechen, welche auf den Bürgerstand Bezug haben, und vorläufig nur das eine bemerkt, dass alle Bürger zu den Freien zählten[1]. Dies wurde schon durch die kaiserliche Verordnung a. 1281[2] bewirkt, wornach der unangefochtene Aufenthalt in einer Stadt durch Jahr und Tag frei machte: *Umb eigen läute. Swem sin aygen man oder sin lehen man in ein pan stat vert, volget er im nach in einem iar, man sol in lazzen varen, verseumet aber er sich ein iar, so weleibet er in der stat.* Viele Städte erhielten darüber noch ausdrückliche kaiserliche Privilegien[3]. So Wien

---

48) Meichelbeck 2, 2, 195 Nr. 285.

49) A. a. O. 206 Nr. 298.

50) S. §. 12. Aus dem Gebrauche der Bezeichnung edel für die Rittermässigen schliesst Zöpfl RG. 176 n. 3 auf die Entstehung des LR. gegen den Ausgang des 14. Jahrhunderts; wohl mit Unrecht, da die oben angeführten Urkk. beweisen, dass diese Bezeichnung schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts allgemein gebräuchlich war.

1) Hüllmann Stände 482, Walter 419.

2) M. G. 4, 427 c. 5.

3) Walter 235.

von Kaiser Friedrich II. a. 1247 [4]): *Daz die purger vrey sein vnd nicht aygen. So seczzen wir daz alle Purger vnd in waner vnd zukomund* (im lat. Original: *incolae et advenae), die vnuersprochenleich, Jar vnd Tag in der Stat behalten, sint nach der Stat recht, vnd pewerten gewonhaiten der Stat, daz sie leben in vnserr vnd des Reichs herschaft, vnder sicherr vnd vreyer Er. Ledig vnd vrey vor aller dienstleich beschayden* (lat.: *sub tuta et libera lege, ab omni servili conditione liberi*). Das Rudolfinische Privileg wiederholt diese Anordnung folgendermassen [5]): *So seczen wir daz all purger vnd ynwanund, vnd zu chömund welicher die sein vnd wellent wanund sein, in vnserr vnd des Reiches herschaft ez sein Rittermaezzig oder sweliches anders geschlechtes di schullen leben underr sicherr vreyerr ee, Ledichleichen vor aller dienstleicher beschayden, die Jar vnd Tag für mitpurger da gehapt sint von den purgern nach der stat recht, vnd bewaerten gewonhaitten.*

1. Die Stadtrichter. Eine genaue Bestimmung des Umfanges ihrer Jurisdiction enthält LR. §. 46, worüber bei der Gerichtsverfassung das Nöthige erwähnt werden soll.

2. Die Erbbürger [6]). Die Bürgerschaft in den deutschen Städten sonderte sich in die altbürgerlichen Geschlechter [7]), die sogenannten Patricier [8]), und in die übrigen Bürger. Ursprünglich bezog sich die Benennung Bürger nur auf die ersteren [9]); später wurden dieselben auf verschiedene Weise [10]) bezeichnet, mitunter als die Geschlechter [11]), mitunter geradezu als die Ritter (*milites*) [12]). Das LR. hat für sie den Ausdruck *erbburger*, LR. 41,

---

4) Hormayr Wien 2, XXXIII. Damit beinahe wörtlich gleichlautend die goldene Bulle Kaisers Friedrich II. für Wiener-Neustadt a. 1237 (Hormayr Archiv 1828, 313).

5) Rauch 3, 6.

6) Roth v. Schreckenstein, Das Patriziat in den deutschen Städten, Tübingen 1856.

7) Hüllmann Stände 479.

8) Ueber die Entstehung dieses Standes s. Mittermaier 1, 215.

9) Mittermaier 1, 239, Roth a. a. O. 65.

10) Roth a. a. O. 66 ff.

11) So in Strassburg, Hüllmann Stände 481.

12) So in Basel, Genf; Hüllmann a. a. O. Aber auch in Wiener-Neustadt. Die beiden Privilegien für diese Stadt Königs Wenzel a. 1252 und Königs Ottokar a. 1253 (Hormayr Archiv 1828, 321) werden den *milites* und *cives Novae civitatis* ertheilt.

oder *epurger*, LR. §. 48. — Den Patriciern wird allgemein Ritterrecht zuerkannt [13]), das sie entweder bei ihrer Einwanderung in die Stadt mitgebracht hatten, oder das ihnen sonst von Alters her zugeschrieben wurde. LR. 41 erklärt sie daher auch als lehensfähig und unterscheidet sie dadurch von den übrigen nicht lehenmässigen Bürgern, LR. §. 30. Die Vorrechte der Rittermässigkeit wurden den Patriciern häufig durch Privilegien [14]) bestätigt [15]). So den Wiener Bürgern in dem Rudolfinischen Privilegium und im Albertinischen Stadtrechte a. 1296 [16]); den Bürgern von Wiener-Neustadt durch das Privilegium Königs Rudolf I. a. 1277 [17]): *Insuper ex plenitudine potestatis praedictos cives habilitamus, ut feoda possint tenere, et a ministerialibus et militibus, ac ab aliis quibuscunque comparare valeant, proprietates et feoda et eadem legitime possidere.*

In allen Punkten werden die Erbbürger jedoch nicht den Ritterbürtigen gleichgestellt, insbesondere bleiben sie unter der Jurisdiction des Stadtrichters. Noch in der Wiener Stadtordnung Herzogs Rudolf IV. a. 1361 [18]) werden nur die *Ritter vnd Chnecht, die auf dem Land gesezzen sind,* also nicht auch die städtischen Rittermässigen von der Gerichtsbarkeit des Stadtrichters ausgenommen.

§. 21. 3) Bauern.

Zwischen den freien und unfreien Elementen, aus welchen der Bauernstand des Mittelalters zusammengesetzt war, besteht keine scharfe Sonderung, da sich in den verschiedenen Ländern mannigfache [1]) Abstufungen zwischen der vollen Freiheit und der Eigenschaft vorfinden, so dass es schwer ist zu sagen, wo die eine aufhört und die andere anfängt.

---

[13]) Die Bezeichnung als Adel oder Stadtadel ist jedoch ungenau. Zöpfl RG. 351, Roth a. a. O. 66.

[14]) Mittermaier 1, 216.

[15]) Von den Bürgern der Reichsstädte sagt Kaiserr. 4. 1: *Auch hat in der keiser die genade getan, daz si mugen dez riches gut besitzen zu lehenrecht glich des riches dinstmanne, die weile sie des riches burger sint.*

[16]) S. §. 19 bei n. 29 und 7.

[17]) Pez Cod. 2, 132 Nr. 222.

[18]) Kurz Rudolf IV. 365 Nr. 12.

[1]) Mittermaier 1, 259, Walter 454.

Vollfreie Bauern kommen zur Zeit des LR. nicht mehr vor, da die Leute dieses Standes, welcher in Oesterreich wohl nie sehr zahlreich gewesen sein kann, hier so wie in anderen Ländern im Laufe der Zeit entweder in den Ritterstand eintraten oder genöthigt waren, sich unter den Schutz eines Höheren zu begeben und dadurch ihre volle Freiheit verloren.

In Kremsmünsterer und St. Florianer Urkk. werden die auf den Gütern dieser Klöster angesiedelten Bauern in drei Klassen, *censuales, coloni* und *homines proprii* geschieden, und damit sind denn auch die hauptsächlichsten in Oesterreich vorkommenden bäuerlichen Hörigkeits- oder Schutzverhältnisse angedeutet. Urk. a. 1209 für St. Florian[2]: *nec ibi nec alibi homines ecclesiae siue colonos siue proprios siue censuales ad standum suo* (des Landrichters) *iudicio pro aliqua causa compellere.* Urk. a. 1212 für dasselbe Kloster[3]) mit der vorigen gleichlautend. Urk. a. 1217 für Kremsmünster s. die Stelle §. 17 bei n. 8.

1. *Censuales*[4]). Die Stellung derselben war überall so ziemlich dieselbe. Sie zahlten ihrem Herrn eine bestimmte Geldabgabe, *census*[5]) oder *tributum*[6]) genannt, und waren dafür von jeder weiteren dienstlichen Verpflichtung befreit. Aus dem Codex traditionum von Klosterneuburg[7]): *quidam nobilis Fridebrech nomine Megengozum nomine tradidit — ea conditione, ut persoluat V. denarios singulis annis ad idem supra dictum altare et liber sit ab omni servili opere.* Die österreichischen Censualen entsprechen also jener durch ganz Deutschland verbreiteten halbfreien Klasse, welche in den Reichsgesetzen *rustici, qui liberi dicuntur* oder *liberi censuales*, im S. Sp. Pfleghafte[8]), in Franken

---

[2]) Kurz Albrecht IV. 459 Nr. 15.

[3]) Stülz St. Florian 281 Nr. 46.

[4]) Ueber die in baierischen Urkk. vorkommenden Censualen s. Zöpfl R.A. 2, 270. Man ersieht daraus die Aehnlichkeit der baierischen und österreichischen Verhältnisse.

[5]) Codex traditionum des Stiftes Klosterneuburg in D. et A. 4 pag. 9, 11, 12, 18, 21, 51 u. s. w. Saalbuch von Göttweih in D. et A. 8 pag. 10, 23, 24, 40, 49, 57 u. s. w.

[6]) Saalbuch von Göttweih a. a. O. pag. 8, 33 u. s. w.

[7]) D. et A. 4, 21 Nr. 98.

[8]) Pflege bedeutet nicht blos Schutz, sondern auch Zins. Haltaus Gloss. 1481. Glosse zu S. Sp. Leh. R. 74: *Hie entscheidet uns nun das recht von den pfleghaften, die wir auch Zinsleut heissen.*

Bargilden, in Sachsen Biergelten, in Baiern Parschalken genannt werden [9]).

Die Unfreiheit der Censualen bestand einzig und allein in ihrer Verpflichtung zur Zahlung des Zinses; in jeder anderen Beziehung sind sie vollkommen frei. Die Zinspflichtigkeit wird daher auch als eine Art von Freiheit erklärt: *Parentes itaque eiusdem mancipii inito consilio nullam libertatem potiorem quam censum V. denariorum esse dixerunt* [10]). Die Urkk. unterscheiden auch die Censualen von den eigenen Leuten: *Mancipia — pro tributo V. denariorum — alia dedit in proprium seruicium.* Und: *Tradidit mancipium unum N. W. in proprium seruicium et alia tria — pro tributo V. denariorum.* Ferner: *dedit — seruum — in ius perpetuum, et alia V. mancipia — pro V. denariis* [11]). Wenn eigene Leute die Stellung eines Censualen erlangen, wird dies als Freilassung betrachtet: *nobilis domina — Svenehilt tradidit quedam mancipia — sine omni contradictione uirorum ac mulierum ea de causa, ut singulis annis pro redimenda libertate unumquotque mancipium V. nummos persoluat.* Ferner: *census V. denariorum pro libertate sua persolvendum* [12]). Daraus ist es auch erklärlich, dass die Censualen mitunter geradezu als Freie bezeichnet werden. So kann, wenn im Wiener Stadtrechtsbuche a. 1435 von einem *gepawr der da frey ist*, gesprochen wird [13]), darunter wohl nur ein freier Censuale verstanden werden. Trotzdem muss aber die Zinspflichtigkeit als eine theilweise Unfreiheit angesehen werden, weil sie sich auch auf die Nachkommenschaft erstreckt: *censum — quem ipse soluet quoad vixerit et filii eius et omnis progenies ipsius post eum omni tempore;* und: *censum quoque predicte mulieris omnis successionis eorum femineus sexus cum nupserint et deinceps si forte uiduate fuerint quamdiu uixerint persoluere debebunt* [14]).

Die Höhe des jährlich zu bezahlenden *census* ist verschieden. Meistens sind 5 Denare [15]) zu zahlen, daher dies auch

[9]) S. über diese Klasse hauptsächlich Zöpfl R.A. 2, 138 ff.

[10]) D. et A. 8, 75 Nr. 294, und die Stelle bei n. 31.

[11]) D. et A. 8, 8 Nr. 12, 33 Nr. 223, 39 Nr. 156. Ebenso auch 57 Nr. 233.

[12]) D. et A. 4, 8 Nr. 30 und 11 Nr. 45. Ebenso 5 Nr. 18.

[13]) Rauch 3, 205.

[14]) D. et A. 4, 171 Nr. 177 und 178. S. auch die Stelle unten bei n. 20.

[15]) Codex traditionum von Klosterneuberg in D. et A. 4 pag. 5, 8, 9, 11, 12, 18, 21 u. s. w. Saalbuch von Göttweih in D. et A. 8 pag. 8, 23, 33, 39, 40 u. s. w. Traditiones Lunelacenses in Urkb. o. Enns 1 Nr. 140, 144, 146, 148,

census consuetus[16]) genannt wird. Mitunter kommen jedoch auch geringere Beträge vor, so z. B. bei freiwilliger Ergebung in die Unfreiheit, oder in Folge eines freiwilligen Erlasses des Herrn 4[17]), 3 und 2[18]) Denare: *proprio motus arbitrio se ipsum obtulit ad altare b. et s. virginis Marie in Nivenburg ad censum trium denariorum singulis annis*[19]). Niederaltaicher Urk. a. 1251[20]): *Otto de Gwik ecc. tenerentur ecclesie nostre singulis annis in festo sancti Mauricii quilibet eorum in censu quinque denariorum. Nos ob deuotionem et honestatem hominum predictorum dictum censum minoramus eisdem, taliter ut ipsi et omnis posteritas eorum singulis in dicto festo quilibet eorum soluat tantum duos denarios pro censu suo.*

Der Census, der nicht bezahlt wurde, konnte gewöhnlich durch drei Jahre nachgetragen werden; blieb er aber auch im vierten Jahre unberichtigt, so wurde der Censual zum Eigenmann. Hiefür kennen die Urkk. verschiedene Ausdrücke: *Quodsi tribus annis neglexerint et quarto non correxerint, stipendiarius ecclesie maneat*[21]), oder *stipendiarius perpetuo servus permaneat*[22]), *iure stipendiario deserviat*[23]), *iure servitutis mancipetur*[24]), *serui ecclesie sint*[25]), *famulorum more deserviant*[26]), *seruitutis debito obligaretur*[27]), *cottidiane seruitutis penso mancipandum*[28]), *perpetuo servituti subiaceant*[29]), *prebendarii deinceps ibidem habeantur*[30]). Ausnahmsweise kommt es aber auch vor, dass die Vernachlässigung der Zinszahlung eine solche Verschlechterung des Standes nicht zur Folge hatte:

176, 180, 181, 182, 183, 184 u. s. w. Urk. für das Stift St. Georg in Unterösterreich in A. f. K. ö. G. 9, 265. Codex traditionum von Formbach, Urkb. o. Enns 1 pag. 41, 42 u. s. w. Urkk. a. 1262, 1263, 1267 in Urkb. o. Enns 3, 298 Nr. 315, 302 Nr. 322, 351 Nr. 373. Urk. a. 1114 in Huber Austria 1, 4 Nr. 5. Urk. a. 1266 in Urkb. Kremsm. 128 Nr. 110. Urk. s. d. in Ludewig Rel. Man. 4, 199 Nr. 16.

16) D. et A. 8, 23 Nr. 81 (ebenso 24 Nr. 86): *pro consueta census solutione.* A. a. O. 28 Nr. 101 und 30 Nr. 114: *pro consueta V. denariorium solutione.*

17) D. et A. 4, 176 Nr. 796 und 10, 93 Nr. 96.

18) D. et A. 4, 171 Nr. 778. Urkb. o. Enns 3, 283 Nr. 300, Urk. a. 1261.

19) D. et A. 4, 171 Nr. 177. — 20) A. f. K. ö. G. 1, 1, 41. — 21) D. et A. 4, 18 Nr. 83 und 100 Nr. 459. — 22) D. et A. 4, 18 Nr. 84. — 23) D. et A. 4, 21 Nr. 101. — 24) D. et A. 4, 51 Nr. 256. — 25) D. et A. 4, 62 Nr. 319. — 26) D. et A. 4, 67 Nr. 337. — 27) D. et A. 8, 23 Nr. 79.

28) D. et A. 8, 23 Nr. 80. Aehnlich 24 Nr. 82 und 30 Nr. 114 und Urkb. o. Enns 1, 87 Nr. 148.

29) D. et A. 8, 96 Nr. 370. Aehnlich Urkb. o. Enns 1, 84 Nr. 144.

30) Urkb. o. Enns 1, 85 Nr. 146.

si aliqua paupertas uel alicuius impedimenti causa prepedita a censu coarceretur saltim in decimo anno persolueret, et sic cum eadem libertate qua antea fuerat perduraret[31]).

Als eine besondere, und, wie es scheint, bevorzugte[32]) Klasse der Zinsleute erscheinen die Vogtleute (*homines advocaticii*), die für den vom Herrn, dem Vogte, gewährten Schutz ihm einen gewissen Zins zu zahlen hatten. Ein solcher Vogtmann wird LR. §. 59 erwähnt.

2. Die *Coloni* werden in den oben angeführten Kremsmünsterer und St. Florianer Urkk. sowohl von den Eigenleuten[33]), als auch von den Zinsleuten unterschieden, ohne dass ihre Stellung deutlich hervortreten würde. Es scheint, dass sie eine ähnliche Halbfreiheit[34]) genossen, wie die Censualen und dass diese beiden Ständeklassen sich nur darin unterschieden, dass die *coloni* in einer gewissen Verbindung mit einem Grundstücke[35]) standen[36]), so dass, während die Censualen eine rein persönliche Abgabe leisteten, die Abgaben der *coloni* mehr für das Grundstück, auf welchem sie sassen, gezahlt wurden, und daher auch regelmässig höher waren: *Mancipia — ea conditione delegauit, ut si eandem possessionem incolunt, reditus qui de ea debentur, consuetudinaliter reddant; si uero alibi transpositi fuerint, uel sponte migrauerint, censum V. denariorum annuatim persoluant*[37]). Die Censualen waren also in gewisser Beziehung freier als die Colonen, da sie nicht an ein Grundstück gebunden waren; anderseits hatten aber die Colonen wieder den Vorzug, dass bei ihnen mehr

---

31) D. et A. 8, 75 Nr. 294.

32) Zöpfl R.A. 2, 164.

33) Urkk. oben n. 2 und 3. Urk. Königs Rudolf I. für Steiermark a. 1277 (Schrötter Abhdlgn. 1, 10): *homines ipsorum proprios, vel in prediis eorum modo quolibet positos. Coloni* und *mancipia* unterschieden in Urk. a. 1314, D. et A. 18, 143 Nr. 123. *Coloni* und *homines* unterschieden in Urkk. a. 1236 (Stülz Wilhering 507 Nr. 32), 1242 (A. f. K. ö. G. 2, 16), 1288 (M. Bo. 3, 348), 1290 (D. et A. 11, 262 Nr. 292), 1298 (Chmel Geschichtsf. 2, 306).

34) Hüllmann Stände 463, Zöpfl R.A. 281.

35) Hüllmann Stände 461.

36) Vergl. den §. 17 bei n. 8 vorkommenden Ausdruck: *coloni in prediis ecclesie.* Urk. a. 1297 für Niederaltaich (M. Bo. 15, 26 Nr. 18): *recognoscimus — ecclesie — liberam existere facultatem locandi predia sua vel culturas prediorum colonis et eos ab illis amovendi.*

37) Aus dem Saalbuche von Göttweih in D. et A. 8, 40 Nr. 160.

die Unterordnung des Gutes unter einem Herrn und weniger ihre persönliche Abhängigkeit hervortrat. In diesem Sinne kann auch von den Colonen gesagt werden, dass sie Freiheitsrechte geniessen; Urk. a. 1255[38]: *Statuimus etiam, ut quocumque iure libertatis coloni dominorum de arenstain gaudere noscuntur ecc.* Nach der bei n. 37 angeführten Stelle wären die Colonen übrigens sogar berechtigt gewesen, ihr Gut aufzugeben und dadurch zu freien Censualen zu werden. Hiefür findet sich jedoch kein weiterer Anhaltspunkt und es scheint dies daher nur eine besondere Bevorzugung der in dem einen Fall an Göttweih delegirten Mancipien gewesen zu sein.

Die Abgaben der Colonen waren im Gegensatze zu denen der Censualen regelmässig Naturalabgaben[39], es kommt aber auch vor, dass sie einen Geldcensus zu leisten hatten; Urk. a. 1264[40]: *colonus noster, qui domino Tyemoni — de Ruspach annuatim in XLV denariis et duobus pullis pro recto censu tenebatur.*

Der deutsche Ausdruck für *colonus* war Holder, wenigstens ist die Stellung der Holden ganz gleich mit der der Colonen. Urk. a. 1295[41]: *ein lehen, — daz mein rehtes aigen was, also daz der Holde, der ouf dem lehen sitzet, alle iar — dienen sol davon.* Urk. a. 1313[42] ist die Rede von einem Hofe, worauf Hermann von Ebenthal *in holden weis darovffe sizen sol.* Ein solcher Holder wird auch LR. §. 59 erwähnt und von dem Vogtmanne unterschieden.

Die Verbindung des Colonen mit dem Grundstücke, auf welchem er sass, war eine solche, dass er ganz als Pertinenz des Grundes behandelt wurde und selbst mit dem Gute verkauft oder vertauscht werden konnte, ohne dass seine halbfreie Stellung hinderlich gewesen wäre[43]. Urk. 1241[44], in welcher bei einem Gütertausche zwischen den Diöcesen Regensburg und Passau auch: *colonus pro colono* getauscht wird. In einem Gerichtsbriefe a. 1374[45] werden daher unter den gefrohnten Gütern auch *sein holden* aufgezählt.

---

38) Urkb. o. Enns 3, 217 Nr. 223. — 39) Zöpfl R.A. 2, 281. — 40) D. et A. 11, 162 Nr. 172. — 41) D. et A. 11, 281 Nr. 315. — 42) D. et A. 10, 140 Nr. 154. — 43) Zöpfl R.A. 2, 281.

44) M. Bo. 28, 2, 347 Nr. 101.

45) D.et A. 18, 352 Nr. 302.

Eine regelmässige Folge des Colonats-Verhältnisses war auch, dass der Colone unter dem Schutze und der Gerichtsbarkeit seines Herrn stand, s. hierüber unten, §. 45.

§. 22.

3. *Homines proprii* sind die eigentlichen Unfreien, bei welchen eine Verpflichtung zu ungemessenen Diensten vorhanden ist, während die Censualen nur eine bestimmte Geldabgabe zu leisten hatten und die Colonen nur zur Bebauung eines bestimmten Grundstückes und Zahlung der Abgabe hiefür verpflichtet waren. Die verschiedenen Bezeichnungen der Eigenleute in den Urkunden sind bereits vorgekommen, ihre Stellung charakterisirt sich in dem Ausdrucke, dass sie *pensum quotidianae servitutis* zu leisten haben. Besonders bevorzugt mögen unter ihnen diejenigen gewesen sein, welche nach Colonenart auf einem Grundstücke sassen und als Zubehör desselben betrachtet wurden. Im liber traditionum von Formbach kommt eine Delegation von Prädien vor *cum mancipiis ad eadem predia pertinentibus* [1]).

Die eigenen Leute standen als Sachen im Verkehre, sie wurden verkauft, vertauscht [2]) und vererbt [3]). Es kommt sogar vor, dass sie lehenweise vergeben wurden; Urk. a. 1270 [4]): *homines sibi contulimus iure feodi.*

Ueber die eigenen Leute enthält das LR. einige Rechtsgrundsätze, welche eine nähere Beachtung verdienen.

1. Wenn die Eltern eines Eigenen verschiedenen Herren gehören, so galt nach deutschem Rechte allgemein die Regel [5]), dass die Kinder dem Herrn der Mutter zufielen (*partus sequitur ventrem*) [6]). Edictum Pistense a. 864 c. 31 [7]): *si infantes inde*

---

1) Urkb. o. Enns 1, 645 Nr. 61.

2) Urk. a. 1280 in D. et A. 1, 203 Nr. 29. Zahlreiche Beispiele in den Codices traditionum der verschiedenen Klöster.

3) Urk. s. d. in Fischer Klostern. 2, 55 Nr. 97.

4) D. et A. 1, 165 Nr. 42. — 5) Walter 432.

6) Der im Text besprochene Rechtssatz behandelt nur die Frage, wem das Kind gehöre, wenn beide Eltern desselben Standes, eigene Leute, sind. Hievon verschieden ist die Frage, welches der Stand des Kindes ist, falls die Eltern verschiedenen Standes sind. Mittermaier 1, 274 scheint mir diese beiden Fragen zu vermengen. — 7) M. G. 3, 496.

(von Unfreien, welche verschiedenen Herren gehören) *nati sunt, secundum legem et antiquam consuetudinem nostram infantes matrem sequantur.* Sententia Königs Heinrich a. 1222[8]): *Additum quoque ibi est per sentenciam, quod servi per stipitem et parentelam ex parte matris provenientem sunt retinendi.* Diesen Rechtssatz[9]) spricht auch LR. Art. 22 aus, wenn es bestimmt, dass der eigene Mann bei einem Streite zweier Herren um ihn demjenigen zugesprochen werden solle, welchem seine — des eigenen Mannes — Mutter gehört hat.

2. In LR. Art. 23 wird ein Fall des Eigenthums-Processes[10]) über eigene Leute besprochen. Dieser Art. ist aus dem österreichischen Landfrieden a. 1276[11]) entnommen, wo die betreffende Stelle folgendermassen lautet: *Item nullus recipiat et teneat homines proprios alicuius vel alio iusto titulo alteri attinentes, contra domini voluntatem; salvis iuribus, libertatibus et privilegiis civitatum, municipiorum, seu aliarum communitatum, eis competentibus ex imperiali munificentia, et terrarum principibus, et approbata consuetudine ex antiquo. Et si receptus non inficiatur se domino attinere, receptor dimittat et restituat sine mora per iudicem ad instantiam domini requisitus; alioquin receptor pene nomine solvet decem libras et iudici nichilominus quinque libras, et iudex compellet ad solutionem huiusmodi receptorem. Si vero negaverit conquerenti domino attinere, receptor pro ipso coram competenti iudice respondebit iuris ordine pro recepto; et si in utroque casu causa pendente domino occurrerit, tenendi eum vel captivandi habebit liberam facultatem, et propter hoc penam aliquam non incurret.* Aehnlich der Regensburger Landfrieden a. 1281 c. 28[12]): *Umb eygen leute. Swer dem andern sein leute ein nimpt, die er in nutz und in gwer hat wehabt, di soll er im wider antwurten, unde sol im dirre danne daz rehte tun, und die gewer an den leuten sol er wehaben mit zwein.* Es werden hier dem Eigenthümer eines Eigenmannes zweierlei Rechte ertheilt. Erstens das Recht, den entlaufenen Eigenmann, wenn er ausser der Gewalt eines Dritten gefunden wird, aufzugreifen, also eigenmächtige Rechtshilfe; und zweitens, den Eigenmann von dem, der

---

8) M. G. 4, 249.

9) Er findet sich angedeutet im Hofrechte der Abtei Ebersheim-Münster a. 1320, s. Eichhorn 2, 578. Eine vertragsmässige Ausnahme in Urk. a. 1289 bei Kurz Ottokar 1, 130 n. *).

10) Walter 735. — 11) M. G. 4, 411. — 12) M. G. 4, 428.

ihn bei sich aufgenommen hat (*receptor*), gerichtlich zurückzufordern. In einem solchen Rechtsstreite ist vor Allem die Besitzfrage zu reguliren, und zwar einzig und allein durch die Aussage des eigenen Mannes. Sobald dieser bekennt, dass er dem nach ihm klagenden Herrn gehöre, ist der *receptor* verpflichtet, den Mann herauszugeben, widrigens der Richter Zwangsmassregeln anwenden kann, wobei noch ausserdem von dem Ungehorsamen als Busse 10 Pfund an den Kläger und 5 Pfund an den Richter zu bezahlen sind. Erklärt der Eigenmann hingegen, dass er Eigenthum des ihn Besitzenden sei, so hat er inzwischen in dessen Besitz zu verbleiben. In beiden Fällen bleibt es demjenigen, welchem der Besitz des Eigenmannes abgesprochen wird, unbenommen, im petitorischen Wege gegen den Besitzer des Eigenmannes aufzutreten und den Vorzug seines Rechtes nachzuweisen; in welchem Streite dann der Eigenmann natürlicher Weise von dem ihn besitzenden Herrn zu vertreten ist [13].

Der Beweis der Gewere ist nach dem LR. durch einen sogenannten gemeinschaftlichen Beweis zu führen [14]), und zwar nach Art. 23 durch die Aussage der Umwohner, nach §. 20 durch die Aussage der nächsten mütterlichen Verwandten des Eigenmannes, in deren Ermanglung durch die Umwohner. Abweichend hievon bestimmen die beiden Spiegel, dass der Vorzug im Beweise dem gebühre, welcher die Gewere des Eigenmannes hat; S. Sp. 3. 32. 6: *Sve die gewere hevet an enem manne, die mut ine mit mereme rechte vertügen, denne jene die ir darvet.* Sch. Sp. 294: *Swer die gewer an einem menschen hat, der hat bezzer reht dar an, denne der, der gewer darbet, vnde sol sinen gezivg leiten, vor dem der der gewer darbet.* Geführt wird dieser Beweis durch den Siebner Eid. S. Sp. 3. 32. 4: *Sprict ine en ander herre an, jegen den mut he ine behalden selve sevede siner mage* (al. *genoten*) *oder warhafter lüde.* Sch. Sp. 293: *Sprichet ein ander herre er si sin, so sol in der herre behaben der in dez ersten ansprichet, mit siben mannen die dez menschen vater mage sin, oder mvter mage sin.*

---

[13]) Glosse zu S. Sp. 3. 32. 9: *Allhie moechstu fragen, warumb ihn sein herre vor Gericht muss vertretten? Ich sage darumb, dass kein eigen sich selbst vor Gericht vertheidigen mag. — Darumb soll er billich von einem andern vertretten werden.*

[14]) S. unten §. 59.

Den Fall, dass der Geklagte den eigenen Mann vor Gericht nicht verantwortet, bespricht S. Sp. 3. 32. 9. Es hat darnach das Ausbleiben des Verantworters zur Folge, dass der Kläger zum Beweise *selve dridde siner mage*, oder in deren Ermanglung, *siner ingebornen egenen mannen* zugelassen wird.

3. In LR. Art. 48 wird ein besonderes Abhängigkeitsverhältniss, das der Muntmänner[15]) erwähnt und als ein verbotenes erklärt. Das gleiche Verbot enthalten auch die meisten Landfriedensgesetze. Landfrieden a. 1235 c. 6[16]): *Der keiser gebiutet och daz bi sinen hulden, daz niemen deheinen pfalburger habe, noh deheinen muntman, ern wil ir och in sinen stettn niht.* Oesterreichischer Landfrieden Ottokar's c. 1250[17]): *Wir setzen und gebiten daz niman dehaein müntman hab.* Oesterreichischer Landfrieden a. 1276[18]): *Item districtissime inhibemus, ne quisquam teneat homines alterius titulo qui dicitur muntman; et si receptor per dominum requisitus, non absolverit vel dimiserit sic receptum, solvet domino V libras, et ad solutionem talis pene et liberationem ipsius recepti receptor per iudicem compellatur.* Ebenso auch der Landfrieden a. 1281 und die späteren[19]). Urk. für Tulln a. 1270[20]): *Item nullus incola eiusdem ciuitatis alicui se debet subiicere, eo nomine quod muntman uulgariter nuncupatur.* Privilegium Rudolf's I. für Wien[21]): *Wir seczen auch daz dhain mensch Edelz oder maechtig, ziech oder nem vnser Purger oder inwaner der Stat zu manschaft, wie oder wenn daz do muntmanschaft haizzet.*

Etymologisch ist Muntmann ein Jeder, der sich fremdem Schutze unterworfen hat[22]). Es unterliegt nun wohl keinem Zweifel, dass durch diese Verordnungen nicht jedes Schutzverhältniss verboten werden wollte. Im österreichischen Landfrieden a. 1276 wird *muntman* auch dahin erklärt, dass dies ein *homo alterius* sei, welcher von einem Anderen zurückbehalten wird (*tenet*), ebenso wird in LR. der „rechte Herr“ des Munt-

---

15) Frey, Commentatio de muntmannis, Norimb. et Altorf 1749 stand mir nicht zu Gebote.

16) M. G. 4, 576. — 17) A. f. K. ö. G. 1, 1, 57.

18) M. G. 4, 411.

19) M. G. 4, 428, 433, 437, 449, 456, 459, 482. Vergl. auch die baierischen Landfrieden a. 1244 und c. 1256 in A. f. K. ö. G. 1, 1, 49 und 66.

20) Lorenz D. G. 1, 468.

21) Rauch 3, 11. — 22) Zöpfl R.A. 2, 164.

mannes erwähnt, und in den beiden städtischen Privilegien für Tulln und Wien das Unterwerfen der Bürger oder Inwohner der Stadt unter fremde Muntmannschaft verboten. Es scheint demnach häufig vorgekommen zu sein, dass Leute, welche bereits in einem Schutz- oder Abhängigkeitsverhältnisse standen, sei es auch nur als Bürger einer Stadt unter der Stadtobrigkeit, gegen ihren Herrn den Schutz eines Dritten[23]) aufriefen, und dass für dieses Verhältniss der Ausdruck Muntmann ganz vorzüglich gebraucht wurde. Dieses nun, und nichts Anderes will in LR. und in den angeführten Landfriedensgesetzen verboten werden[24]).

Die dem Uebertreter dieses Verbotes angedrohten Strafsätze sind ziemlich gleich, meistens 5 Pfund; doch weichen die Gesetze darin von einander ab, dass bald der schützende Herr, bald der Muntmann diese 5 Pfund bald dem rechten Herrn und bald dem Richter zu bezahlen hatte. Die grösste Aehnlichkeit mit den landesrechtlichen Bestimmungen hat noch der Landfrieden a. 1276, die bekannte Quelle des LR. Die oben abgedruckte Stelle des Rudolfinischen Privilegs für Wien fährt fort: *Swelich aber da wider taeten, vnd des vberwunden würden, der mensch der do muntman gehaizzen ist, der geb dem Richter fumf phunt. Hat er der phennig nicht er verlies di hant, vnd der, der ez zu der manschaft gezogen hat, der geb dem Richter zehen phunt. Vnd zeucht er iemant an sich, also zu dem andernmal, der geb aber dem Richter zehen phunt. Vnd tuet er ez zu dem dritten mal so werden alle seinew gueter zu samme behalten mit dem Richter, vnd schol auch mit dem Richter vnd Ratgeben genczleich von der Stat verworffen werden, in dhayner weis dar in ze chomen an vnser sunder pot.*

---

[23]) Die städtische Aristokratie war es vorzüglich, welche sich auf diese Weise ein Gefolge zu verschaffen suchte. Hälschner St. R. 27.

[24]) Tomaschek D. R. 222 scheint den Sinn des LR. Art. 48 in anderer Weise zu verstehen, dahin nämlich, dass die Beiziehung eines Vorsprechs von Seite eines Grundholden mit Uebergehung des Herrn verboten worden sei; allein die Lesart „*vorsprech*“ in diesem Art. lässt sich nicht halten, da sie sich nur im Codex *L* findet und auch dem übrigen Sinne des Art. nicht entspricht. Den Ausdruck Muntmann aber identisch mit Vorsprech zu halten, geht wohl nicht an. Nach den oben abgedruckten Stellen ist der Muntmann derjenige, welcher sich einer fremden Gewalt unterworfen hat, während umgekehrt ein Vorsprech gerade Jemand ist, unter dessen Schutz ein Anderer sich begibt. Am deutlichsten ist dies aus den beiden Privilegien für Tulln und Wien ersichtlich, und auch das LR. könnte in Art. 48 wohl nicht von einem Vorsprech sagen, der Richter solle ihn ledigen.

§. 23. Standesgleichheit.

Die Mitglieder ein und desselben Standes werden in LR. als Genossen bezeichnet [1]), LR. 5, 66; die Mitglieder eines höheren Standes hingegen den niederen Standesklassen gegenüber als Uebergenossen [2]), LR. Art. 5, 16, 54, 66, 69, §. 8. Häufig wird auch statt des Wortes „Genossen" und mit demselben ganz gleichbedeutend der Ausdruck Hausgenossen gebraucht. In LR. Art. 16, 54, 69 und §. 8 beweist die stereotype Zusammenstellung von Hausgenossen mit Uebergenossen, dass unter Ersteren nur die Standesgenossen im Gegensatze zu den Mitgliedern höherer Stände verstanden werden [3]), und daher heisst es auch in LR. 44 dass, wenn die Kinder eines Lehensherrn in Folge einer Missheirath ihres Vaters niedrigeren Standes sind, als dieser Vater war, nicht die Kinder, sondern die sonstigen nächsten Erben des Vaters als Lehensherren nachfolgen, jedoch nur wenn sie Hausgenossen des Vaters sind, weil eben nur dadurch, dass der Nachfolger desselben Standes mit dem früheren Lehensherrn ist, eine Erniedrigung des Heerschildes der Vasallen vermieden wird. Ganz dieselbe Bedeutung von Hausgenossen findet sich dann auch in LR. 1, 3, 19, 27, 34, 37 und 53.

An einer einzigen Stelle des LR., nämlich in Art. 55, kommt das Wort in einem anderen Sinne [4]) vor. Es ist hier die Rede davon, dass der Landesfürst von seinen Hausgenossen angegriffen wird oder sie angreift. Da nun Niemand im Lande gleichen Standes mit dem Landesfürsten ist, so kann nur angenommen werden, dass hier unter Hausgenossen die Mitglieder des landsässigen Adels zu verstehen sind, die in Beziehung zum Landesfürsten niedrigeren Standes, also insofern unter einander Hausgenossen sind, und dann auch dem höher Gestellten gegenüber als Hausgenossen bezeichnet werden.

---

[1]) Göhrum Eb. 1, 260.

[2]) Der entgegengesetzte Ausdruck Untergenossen oder Ungenossen kommt in LR. nicht vor, wohl aber im S. Sp. 3. 65. 1, Sch. Sp. 253c, Sch. Sp. Leh. R. 156a.

[3]) In den Hausgenossen des LR. kann daher nicht mit Zöpfl RG. 393 n. 18 eine niedrigere Dienerklasse gesehen werden.

[4]) In einer dritten Bedeutung werden unter dem Worte die Münzer verstanden, welche die Münzer-Hausgenossenschaft bildeten. Hüllmann Stände 556.

Die Wirkungen der Gleichheit oder Ungleichheit des Standes werden bei den einzelnen Rechtsinstituten besprochen werden, insofern der in LR. enthaltene Rechtsstoff darauf hinführt.

III. ABTHEILUNG.

FAMILIENRECHT.

§. 24. 1) Eherechtliche Bestimmungen.

Aus dem Gebiete des Eherechts finden sich in LR. nur einige wenige, die Morgengabe und das Leibgedinge betreffende Bestimmungen.

1. Die Morgengabe ist ein Geschenk, welches der Mann am ersten Morgen nach der Brautnacht seiner Gattin zuwendet [1]. Als lateinischer Ausdruck hiefür findet sich in den Urkunden *dos* [2] und *dotalicium*: Urk. a. 1259 [3]: *pro dote, quod vulgo morgengabe vocatur*. Urk. a. 1275 [4]: *dotalicium, quod morgengabe dicitur in vulgari.* Urk. Herzogs Rudolf von Oesterreich (Sohnes Königs Rudolf I.) [5]: *in dotem seu donationem propter nuptias, vel id quod vulgariter morgengabe dicitur.* Regelmässig wird jedoch die Morgengabe von der *dos* und dem *dotalicium*, welches eigentlich Bezeichnungen für das Leibgedinge sind, unterschieden. Urk. a. 1314 [6]: *constituendi — dotem donationem faciendam propter nuptias et affectionem illam, que Morgengab vulgariter dicitur ac*

---

1) Mittermaier 2, 394. Urk. a. 1318 bei Fischer Klostern. 2, 344 Nr. 145.

2) Mittermaier 2, 394 n. 4. Mitunter gründet sich jedoch die Bezeichnung *dos* auf einer Verwechslung der Morgengabe mit dem Leibgedinge. Eckardt in Z. f. d. R. 10, 460.

3) D. et A. 1, 48 Nr. 45.

4) A. f. K. ö. G. 2, 198.

5) A. f. K. ö. G. 2, 273 Nr. 35. Es liesse sich übrigens an Stellen wie diesen noch streiten, ob nicht vielmehr der Ausdruck Morgengabe der unrichtig angewendete ist.

6) A. f. K. ö. G. 2, 540.

refundendi dotem. Urk. a. 1350[7]): Dietmar der Weidner gibt seiner Hausfrau *ze rechter Morgengab vnd ze Haymstewr* 105 Pfund Pfennig.

Ebenso schwankend ist aber auch der Gebrauch des Ausdruckes Morgengabe, da darunter ausnahmsweise auch Gaben der Verwandten der Frau verstanden werden. Urk. a. 1307, in welcher gesagt wird, dass Stephan von Meissau seiner Tochter Anna ein Eigen zur Morgengabe gegeben habe [8]). Urk. a. 1350[9]), in welcher die Brüder von Altenburg zu ihrer Schwester ihrem Schwager mehrere Güter *zu rechter haimsteur und zu morgengab* übergeben.

Ueber die Morgengabe bestimmt LR. 47, die Frau könne durch ihren alleinigen Eid beweisen, dass ihr etwas als Morgengabe übergeben oder zugesichert worden sei [10]). Ganz dieselbe Bestimmung enthält S. Sp. 1. 20. 9: *Morgengabe mut en wif uppen hilgen wol behalden ane tüch.* Aehnlich Sch. Sp. 20 und das Wiener Stadtrechtsbuch a. 1435 [11]).

Die Morgengabe steht gleich dem übrigen Vermögen der Frau unter dem Mundium des Mannes. Der Mann erscheint daher auch als derjenige, welcher mit der Morgengabe Verfügungen trifft; da aber die Frau daran ebenfalls eine Gewere hatte [12]), so bedurfte jede Veräusserung der Morgengabe auch ihrer Einwilligung. Wenn diese ermangelte, so konnte sie die ganze Veräusserung als ohne ihrem Willen geschehen anfechten [13]). Wiener Stadtrechtsbuch a. 1435 [14]): *Vnd ist das dann das ain man seines weibs morgengab verkauffen wil oder verseczn, Es sey mit Irem willenn oder nicht, Ist das sy wider dar auff spricht die weil ir man halt lebt Mann sol ir volles recht dar vber thuen vmb ir margen gäb. Ist das sy auf irn zwain prusten vnd auf ir*

---

7) D. et A. 18, 266 Nr. 236. Ebenso Urkk. a. 1274 und 1297 in D. et A. 3, 344 und 312. s. unten bei n. 30 und 32.

8) Notizenblatt 1851, 12.

9) D. et A. 18, 268 Nr. 238.

10) Ueber den Grund dieser Beweiserleichterung s. Mittermaier 2, 395 n. 6.

11) Rauch 3, 206. Unbekannt ist diese Beweiserleichterung dem Prager Stadtrechte, Rössler R. D. 1, 130 §. 103: *Wold man der frawen ir morgengab prechen an gereytem gut — sie beheldet es — selb sibend mit man vnd mit frowen, dy do gegenwortig waren, horten vnd sahen.*

12) Albrecht Gew. 261.

13) Sch. Sp. 20. — 14) Rauch 3, 206.

zwain zopfen swert das es ir will nie wurde das es ir wurd verkaufft vnd als sy das also bestätt, So sol ir der richter ir margen (gab) haissen wider gebn. Vnd allen den nucz der die weil da von komen ist ob sy des nicht empern wil. Iglauer Stadtrecht[15]: *Si autem uxori sue coram probis viris patrimonium assignauit, quod wlgo morgengabe dicitur, hoc sibi vendere uel alteri dare sine vxoris consensu non licebit.*

Nach Auflösung der Ehe durch den Tod eines Gatten gestaltete sich das Verhältniss folgendermassen: Wenn die Frau vor dem Manne starb, so blieb die Morgengabe regelmässig bei dem Manne[16] zurück. S. Sp. 3. 38. 3: *Musdele unde morgengave ne erft nen wif bi ires mannes live, sie ne hebbe se untvangen na ires mannes dode.* Starb der Mann zuerst, so gehörte die Morgengabe der Frau für ihre Lebenszeit zum Fruchtgenusse[17], und nach ihrem Tode folgen dann die Erben des Mannes, also vor Allen die Kinder aus der Ehe und in deren Ermanglung seine sonstigen Verwandten. So fällt nach einer Urk. a. 1314[18] nach dem Tode Elisabeth's, der Wittwe Königs Albrecht I., ein Gut ihrem Sohne Friedrich zu, *wand ez ir morgengab gewesen ist.* In der oben bei n. 7 angeführten Urk. Dietmar's des Weidners a. 1350 heisst es weiter: *Waer daz ich stürbe und nicht enwaer, so schol sie daz vorgenant Gut inne haben in nutz vnd in gewer vnverchumbert vntz an irem tode, als morgengab recht ist, vnd danne nach ir tode, so schol ez erben vnd gevallen auf vnser paider chinde.*

---

15) Tomaschek D. R. 213. Vergl. auch die daselbst angeführten anderen Statuten, dann Urk. a. 1328 in D. et A. 3, 672 und Prager Stadtrecht §. 111 (Rössler R. D. 1, 133).

16) Wenn das Gut von den Verwandten der Frau als Morgengabe, im uneigentlichen Sinne, bestellt war, fiel es nach dem Tode der Frau gewöhnlich an die Kinder aus der Ehe; in deren Ermanglung behielt es der Mann auf Lebenszeit und nach seinem Tode fiel es an die Besteller oder deren Erben zurück. In der oben bei n. 8 citirten Urk. a. 1307 wird über die von Stephan von Meissau seiner Tochter Anna gegebene Morgengabe die Bestimmung getroffen, dass wenn Anna mit ihrem Gemahle Otto von Chyaw *chint vnd eriben gebint, die schullen daz guet erben vnd haben*; stirbt aber Anna kinderlos, *so schol er* (Otto) *daz vorgenant guet haben vncz an sein tot, vnd nach seim tot schol iz erben hin bider an* Stefan von Meissau und seine Erben *nach des Landes recht ze Osterreich.* Man sieht auch hieraus, dass diese Art Morgengabe wohl richtiger als Leibgedinge oder Heimsteuer zu bezeichnen wäre.

17) S. Sp. 3. 76. 1, Sch. Sp. 147.

18) Kurz Friedrich d. Schöne 460.

In deren Ermanglung aber: *soll daz — gut ledichleichen herwider erben vnd gevallen auf mein nehst erben.* Ganz dasselbe verfügen auch Urkk. aus den Jahren 1343 [19]) und 1410 [20]). Nach dem Wiener Stadtrechte hingegen scheint die Wittwe berechtigt gewesen zu sein, im Falle der Kinderlosigkeit mit der Morgengabe nach ihrem Gutdünken zu verfügen. Urk. Konrad's von Wien a. 1348 [21]), worin er seiner Frau ein Haus am Graben gibt: *ze rechter Morgengab nach der Stat Recht ze Wienn — also — da wir chind mit einander gewinnen, die sullen denn dasselbe haus nach vnser baider tode erben vnd besitzen.* In Ermanglung von Kindern aber, *so soll si denne furbaz nach meinem tode mit dem egenanten haws ledichlichen vnd freilichen allen irn frumen schaffen, verchauffen, verseczen ecc.*

2. Das Leibgedinge, der Niessbrauch eines Gutes für Lebenszeit, wurde in ehelichen Verhältnissen von dem Manne oder dessen Verwandten angewendet, um der Frau eine Wittwenversorgung zu sichern [22]), da während der Dauer der Ehe die Verwaltung und der Genuss des der Frau gegebenen Leibgedinges vermöge des ehemännlichen Mundiums bei dem Gatten zurückblieb [23]) und die Frau erst nach dem Tode des Mannes in den freien Genuss des ihr auf Lebenszeit zugesicherten Gutes gelangte.

Die urkundlichen [24]) Benennungen für das Leibgedinge sind *dos* [25]) und *dotalicium.* Urk. a. 1256 [26]): *per manum nostram dotis nomine assignauit, ita videlicet, quod — in usus perpetuos deductis dicta Margareta tantum ad dies vite sue — possideat.* Urk. a. 1286 [27]): Margaretha von Rauheneck verkauft an das Stift Heiligenkreuz Besitzungen, die ihr Mann: *iure proprietario dum viveret possidebat, mihique nomine dotalicii libere possidenda reliquit, post excessum meum — ad liberos nostros — hereditarie transitura.* Mitunter kommt hiefür auch der Ausdruck Heimsteuer vor, Urkk. a. 1321, 1342 [28]).

---

[19]) Notizenblatt 1854, 126. — [20]) D. et A. 18, 517 Nr. 419. — [21]) D. et A. 18, 258 Nr. 228. — [22]) Eckardt a. a. O. 445. — [23]) S. Sp. 1. 31. 1, 1. 45. 2.

[24]) In S. Sp. wird das Leibgedinge *liftucht* oder *lifgedinge* genannt; s. das Glossar a. h. v. in Homayer S. Sp. 1, 455.

[25]) Wie denn das Leibgedinge nichts Anderes als die *dos* der alten Germanen ist. Eckardt a. a. O. 457, Walter 536.

[26]) D. et A. 11, 133 Nr. 133. — [27]) D. et A. 11, 251 Nr. 278.

[28]) Meichelbeck 2, 2, 161 Nr. 250, Notizenblatt 1854, 125.

Ebenso wie aber das Wort Morgengabe häufig ungenau gebraucht wird, so finden sich auch die das Leibgedinge bezeichnenden Ausdrücke für Gaben der Frau oder ihrer Verwandten an den Mann [29]. Urk. a. 1274 [30]: *Verum quia predicte ville possessio si ego absque liberis decesserim domino R. meo socero, cedere debuerat, sicut eidem uidebatur, cum tamen idem eandem possessionem ad suam filiam meam conjugem pro dote cum prescriptione mihi debita resignasset. Ipse quoque dominus R. totum suum jus — resignauit.* In einer Urk. a. 1287 [31] spricht der Aussteller von *possessiones —, quas sub optentu dotalicij ab eadem vxore mea possedi.* Urk. a. 1297 [32]: *Septem solidos et viginti denarios reddituum, quos ab vxore mea M. iure dotalicio possedere dinoscor — et quia praedictos redditus ab uxore mea per dotem possederam ecc.* Urk. a. 1348 [33], worin Otto von Meissau bestätigt, dass sein Schwäher, Friedrich von Wallsee, seiner (Otto's) Hausfrau Anna 600 Pfund Pfennig Gülten gegeben habe: *mit ausgenomener rede, daz ich daz selbe Gut alles in nutz und in gewer sol inne haben unverchumert untz an meinen Tode als Haymsteur recht ist und des Landes recht ze Oesterreich* [34].

In LR. 25 wird vom Leibgedinge ausdrücklich gesagt, dass es entweder dem Manne, oder der Frau gebühren könne; eine Hindeutung auf den doppelten Gebrauch dieser Bezeichnung für Gaben von Seite des Mannes und von Seite der Frau, so wie auch darauf, dass hier vorzüglich vom Leibgedinge im ehelichen Verhältnisse gesprochen werden wolle.

In der angeführten Stelle des LR. wird ein besonderer Fall des Verlustes von Leibgedinge normirt.

Nach den Spiegeln verlor die Wittwe auf unfreiwillige Weise das Leibgedinge [35]: 1. bei unerlaubter Deteriorirung des Gutes, S. Sp. 1. 21. 2., und 2. wenn sie sich dasselbe als Eigenthum anmasste, S. Sp. 1. 32, Sch. Sp. 35. Das LR. kennt nun einen 3. Fall, nämlich die Verpfändung des Leibgedinges; ein Fall, der theilweise wohl auch unter den 2. Fall des S. Sp. passt, da in jeder Verpfändung eine Art von Eigenthumsanmassung liegt.

---

29) Eckardt a. a. O. 465, Mittermaier 2, 381.

30) D. et A. 3, 344. — 31) D. et A. 3, 449. — 32) D. et A. 3, 312.

33) Notizenblatt 1854, 129.

34) S. auch Urk. a. 1359 im Notizenblatt 1854, 340.

35) Eckardt a. a. O. 449.

Uebrigens gilt nach den Worten des LR. dieser Verlust des Leibgedinges sowohl für die Frau, als für den Mann. Nach dem Wiener Stadtrechtsbuche a. 1485[36]) ist auch der Verkauf eine allgemeine Art des Verlustes eines jeden Leibgedinges: *Werchaufft ain man ain purkrecht oder ain perkhrecht das nur sein leibgeding ist Vnd das des der Inne wirt der da wartund dar auf ist vnd kaufft auch das gegen im Mag der clager dann das bringen als recht ist mit czwain pider erber mannen das der anntwurter Im sein erbe das nur sein leibgeding ist hab zu fremden hannd pracht So hat der anntwurter sein recht verlorn.*

Von der *dos* gilt als Regel, dass sie nach Auflösung der Ehe durch den Tod eines Gatten bei dem anderen Gatten[37]) während seiner Lebenszeit zurückbleibt und nach dem Tode beider Gatten den Kindern aus der Ehe als Erbgut zufällt; falls aber keine Kinder vorhanden sind, so kehrt die *dos* an den Besteller oder dessen Erben zurück. Urkk. a. 1256, 1274, 1286 oben bei n. 26, 30 und 27. Urk. a. 1267[38]), worin ein Mann ein Gut, welches seine Frau *diu ante in dote receperat*, verkauft, wozu aber seine Geschwister und Neffen ihre Einwilligung ertheilen, da das Gut nach seinem Tode ihnen zufallen soll, *quia in patrimonio mihi fuerant coheredes.* In der oben bei n. 32 angeführten Urk. heisst es weiter: *Ipsos non solum cum uoluntate eiusdem uxoris mee et filij nostri venditos resignaui sed etiam accedente vnanimi consensu proximorum consanguineorum predicte vxoris mee — qui ipsa bona vt pote proximi successores hereditarij forsitan sortirentur, si me et vxorem meam et filium nostrum decedere contingerit omnino sine propagine liberorum.* Ebenso fährt die oben bei n. 33 angeführte Urk. a. 1348 fort: *Und nach meinem* (des Schwiegersohnes Otto von Meissau) *Tode so soll denne daz selbe Gut alles erben und geuallen auf meinen Sun Friedreichen. — Waer aber daz der selbe mein Sun Fridreich sturbe und an erben verfür — dennoch so sol ich daz selbe gut alles in nutz und in gewer inne haben unverchumerts untz an meinen Tode als Haymsteuer recht ist und des Landes recht in Oesterreich.* Nach Otto's Tode,

---

36) Rauch 3, 175.

37) Eckardt a. a. O. 448 spricht sich dahin aus, dass die *dos* nach dem Tode der Frau ihren Erben und nicht dem Manne zufalle, jedoch ohne quellenmässige Belege. S. dagegen die folgenden Urkk.

38) D. et A. 3, 345.

heisst es dann weiter, soll das Gut auf den Schwäher Friedrich von Wallsee und dessen Erben fallen. Vergl. auch Urkk. a. 1350 und 1359[39]).

§. 25. 2) Vormundschaftsrecht. a) Altersstufen.

In LR. werden drei Altersstufen hervorgehoben, 14 und dem entsprechend bei Mädchen 12, dann 24 und 60 Jahre.

1. 14 und 12 Jahre ist der Termin der Mündigkeit, des zu seinen Jahren Kommens[1]); *anni discretionis*[2]), *anni legitimae aetatis*[3]), die *beschaidenen Jahre*[4]) genannt. Ist dieses Alter überschritten, so sagt man, das Kind sei nach seinen Jahren.

In den Rechtsbüchern findet sich ein gemeinrechtlicher Mündigkeitstermin (wovon jedoch auch Ausnahmen bestehen), nämlich das Alter von 12 Jahren. Dieses Alter liegt dem S. Sp. zu Grunde[5]), ebenso seiner Glosse[6]) und den ihm nachgeschriebenen Rechtsbüchern[7]). Derselbe Termin galt ursprünglich auch in Oesterreich[8]). Urk. a. 1240[9]): *Ut filii et filie domine Wilbirgis, cum ad etatem duodecim annorum deuenerint, omni juri renuntient.* Bei entwickelteren Culturverhältnissen erschien dieses Alter jedoch als zu jugendlich, um an sein Eintreten die Folgen der Mündigkeit zu knüpfen[10]); dort nun, wo, wie in Norddeutschland, diese Entwicklung vor dem Eindringen des römischen Rechts und ohne dessen Einfluss erfolgte, kam man meistens

---

39) D. et A. 18, 268 Nr. 238 und Notizenblatt 1854, 340.

1) S. Sp. 1. 42. 2, S. Distinctionen 1. 15. 2.

2) D. et A. 11, 280 Nr. 313. Stadtrecht f. Wien a. 1221 (A. f. K. ö. G. 10, 103) und die demselben Nachgebildeten, ebenso Stadtr. v. Neust. §. 77.

3) Urk. a. 1221 in Urkb. o. Enns 2, 630 Nr. 432; Urk. a. 1295 in D. et A. 11, 281 Nr. 314.

4) Stadtrecht für Haimburg a. 1244 (A. f. K. ö. G. 10, 144) und für Wien a. 1340 (Rauch 3, 49).

5) Ohne jedoch darin ausdrücklich angegeben zu werden, s. Kraut V. 1, 114 n. 25.

6) Gl. zu 1. 23 bei Homayer S. Sp. 1, 182.

7) Richtst. 43. 4, Kaiserr. 2. 17, S. Distinctionen 1. 15. 2.

8) S. auch unten bei n. 24.

9) Urkb. o. Enns 3, 86 Nr. 81.

10) Kraut V. 1, 112.

zur Zahl 18 [11]), und dies wurde späterhin in Ländern, wo weder das römische Recht eindrang, noch das alte sächsische Recht sich erhielt, der allgemeine Mündigkeitstermin [12]).

In Ländern hingegen, wo das römische Recht schon in früherer Zeit seinen Einfluss geltend machte, trat für Knaben unmittelbar an die Stelle des alten Termines von 12 Jahren der römisch-rechtliche Termin von 14 Jahren [13]); diesen finden wir in LR. 52, sowie auch im Sch. Sp. 60, im baierischen Landrechte §. 121 [14]) und in anderen süddeutschen Rechtsbüchern [15]). Selbst in der Glosse zum S. Sp. wird, wohl auch unter römischrechtlichem Einflusse, an dieses Alter die Testamentsmündigkeit geknüpft [16]).

14 Jahre bilden auch später in Oesterreich den Mündigkeitstermin für Knaben. Wiener Stadtrechtsbuch a. 1435: *Ain Junckher der zu seinen iarn nicht komen ist das ist vber vierczehen iar der anntwurt auch nicht vmb kainerlay gült vor gerichte. Vnd was er zu schaffen hat vnd zu wanndlen das hat alles kain krafft Recht als ain Junckfraw die hinder zwelif iarn ist. Chumbt er aber vber vierczehen iar So huet sich vor gelube der keusch vnd der Junckfrawnschafft vnd vor anndern sachen Wann alles das sy gelibent So sy vber vierczehen iar koment Vnbetwungenlich mit guetm willn das hat gancz krafft.* Ferner auch: *Wir wellen euch beschaidn wer nicht zeug mag gesein die kind die zu irn iarn nicht komen das ist zu vierczehen iarn* [17]).

Es kommt jedoch auch das 18. Jahr als Mündigkeitstermin vor. So im Wiener Stadtrechte a. 1340: *Chind — di zu irn beschaiden Jaren nicht sint chomen, daz sint achtzehen iar* [18]). Schen-

[11]) Lübisches Recht a. 1240 cap. 114, Hamburger Stadtrecht a. 1270 V. 3, Bremer Statuten a. 1303 Art. 8; s. die Stellen bei Kraut V. 1, 134.

[12]) Kraut V. 1, 136.

[13]) Die Mündigkeitstermine rein deutschen Ursprunges sind 10, 12, 15, 18, 20 und 24 Jahre; die Altersstufe von 14 Jahren hingegen ist regelmässig auf das römische Recht zurückzuführen. Kraut V. 1, 132 und 133 n. 2 inf.

[14]) Freyberg, Sammlung historischer Schriften und Urkk. 4, 433.

[15]) Frankfurter Reformation VII. 8. §. 1, aber auch ostfriesisches Landrecht II. c. 317. §. 2, c. 232. §. 2; s. die Stellen bei Kraut V. 1, 154.

[16]) Kraut V. 1, 156.

[17]) Rauch 3, 155 und 211.

[18]) Rauch 3. 49.

kungsurkunde Dietrich's von Paumgarten a. 1284[19]): *Omnes proventus — de manibus fratrum recipere tenebimus, quodusque heredes nostri annos legitimos recipiant, qui sunt 18 ab unoquoque heredum, secundum quod coram iudicio provinciali est sententionaliter diffinitum de bonis memoratis et venditis in Austria, et ibidem sitis renuntient.* Sch. Sp. 51: *Als ein man kvmt hincz ahtzehen iarn, so hat er sine volle tage, wil er so mag er vor mvnt haben, wil er er mac sin wol och enbern, aber kvnic Karle hat gesetzet er svl phleger han vnz fivnf zweinzec iarn.* Altprager Statutar-Recht cap. 53[20]): *Anno domini 1350 — jurati convocatis omnibus senioribus civitatis hoc pro jure cum eisdem senioribus civitatis adinvenerunt unanimiter, et circa hoc concorditer permanserunt, quod masculus, cum est decem et octo annorum, tunc habet aetatem debitam, et femella, cum est quindecim annorum, tunc habet etiam debitam aetatem.*

Bei Mädchen trat die Mündigkeit, freilich mit beschränkter Wirkung[21]), bald in demselben Alter, wie bei Knaben, bald früher ein. Dort wo, wie in Oesterreich, die Mündigkeitstermine aus dem römischen Rechte genommen wurden, blieb daher der alte Termin von 12 Jahren für Mädchen bei Einführung des 14jährigen für Knaben unverändert. So in LR., in Sch. Sp. 27, 55, 59, 354 und nach der oben abgedruckten Stelle des Wiener Stadtbuches a. 1435.

2. Ein weiterer Termin des LR. ist der der Kampfesmündigkeit mit 24 Jahren, LR. 9. Hiebei ist es nur auffallend, dass diese Mündigkeit erst so spät eintreten sollte. Der Hauptgrund, aus dem bei zunehmender Gesittung ein Hinausschieben der Mündigkeit stattfand, bestand darin, dass man einem unerfahrnen Kinde die Disposition über sein Vermögen nicht zu früh zugestehen wollte[22]), weil die geistige Entwicklung in jüngeren Jahren fehlt, während gerade in physischer Beziehung (so z. B. auch rücksichtlich der Ehe) ein weiteres Hinausschieben ursprünglich nicht für so nothwendig erachtet wurde. Der Grund, warum die Mündigkeit gerade für den Zweikampf so weit hinausgesetzt worden ist, kann daher nur in der gegen die Zulassung des gerichtlichen Zweikampfes überhaupt entstandenen Reaction ge-

---

19) M. Bo. 5, 390 Nr. 39. — 20) Rössler R.D. 1, 35. — 21) Kraut V. 1, 161. — 22) Kraut V. 1, 139 n. 22.

legen sein, und in dem Wunsche, solche Kämpfe auf jede Weise zu beschränken.

Der Termin selbst ist dem deutschen Rechte entnommen[23]) und entspricht dem „zu seinen Tagen Kommen" des S. Sp. Er scheint daher auch aus einer Verdopplung[24]) des ursprünglichen Mündigkeitstermines erklärt werden zu müssen und ist ein weiterer Beweis dafür, dass dieser ursprüngliche Mündigkeitstermin in Oesterreich 12 Jahre gewesen ist. Kaiserr. 2. 17: *Der keyser hot gegebin von aller erst deme sone czwelff iar czu synen bescheyden tagen. Der keyser gap aber czwelffe czu den czwelffen, daz sind vier und zwaintzig iar.*

3. Das Alter von 60 Jahren wird in LR. 9 als dasjenige bezeichnet, von dem angefangen man nicht mehr zum gerichtlichen Kampfe gezwungen werden kann; man ist *boven* seine Tage gekommen. Dieser Termin ist auch deutschen Ursprungs und kommt in S. Sp. 1. 42. 1 vor. Der Sch. Sp. 54[25]) hingegen, welcher statt „über", „zu" seinen Tagen kommen sagt, lässt diesen Zeitpunkt nicht mit 60, sondern erst mit 80 Jahren eintreten.

§. 26. b) Rechtswirkungen der verschiedenen Altersstufen.

Ueber die mit den verschiedenen Altersstufen verbundenen Rechtswirkungen enthält das LR. nur wenige Andeutungen, welche aber zur Charakterisirung im Allgemeinen genügen. Es wird darin hervorgehoben:

1. dass Unmündige Ruhe vor aller Ansprache haben sollen, LR. Art. 52;

2. dass nur Leute in einem Alter von 24—60 Jahren der Aufforderung zum gerichtlichen Kampfe Folge leisten müssen, LR. Art. 9;

3. dass nur mündige Knaben und vogtbare Mädchen ihre Güter „bestetten" können, LR. Art. 52 und §. 77.

---

[23]) S. die wenigen Fälle, in denen mit dem Alter von 24 Jahren besondere Rechtswirkungen verbunden waren, bei Kraut V. 1, 137.

[24]) Kraut V. 1, 141.

[25]) Ebenso Kaiserr. 2. 33.

1. Ruhe vor aller Ansprache.

Im Capitul. legi Salicae add. a. 819 c. 5 [1]) kommt folgende Stelle vor: *Iudicatum est, ut si infans infra duodecim annos res alterius iniuste sibi usurpaverit, eas, excepto fredo, cum lege sua componat, et ita manniatur, sicut ille manniri potest, cui* (leg. *qui*) *contra legem fecit, et ita a comite ad mallum suum adducatur, sicut ille adduci potest cui* (leg. *qui*) *contra legem fecit. De hereditate vero paterna vel materna si aliquis eum interpellare voluerit, usque ad spatium duodecim annorum expectare iudicatus est.* Es wird hier bestimmt, dass wenn Jemand einen Unmündigen unter 12 Jahren wegen väterlicher oder mütterlicher Erbgüter belangen will, er bis zur erreichten Mündigkeit des zu Klagenden warten müsse. Diese Anordnung wird so allgemein hingestellt, dass es wohl keinem Zweifel unterliegen kann, dass man mit der Klage selbst dann warten musste, wenn der Vormund die Vertretung des Unmündigen hätte übernehmen wollen. Auch ergibt sich aus der Gegenstellung mit dem vorangehenden Satze, dass dieser Grundsatz sich auf alle Civilklagen, im Gegensatze zu Criminalklagen, bezog [2]).

Im späteren Mittelalter konnten Criminalklagen gegen Unmündige selbst ohne Intervention des Vormundes durchgeführt werden [3]); für Civilklagen hingegen findet sich im Allgemeinen nicht mehr der Grundsatz des salischen Gesetzes, sondern es konnte nun gegen den Unmündigen in solchen Angelegenheiten geklagt und über ihn gerichtet werden, wenn sein Vormund ihn vertrat, so dass derlei Klagen nur dann unzulässig waren, wenn der Unmündige, welcher seine Jahre noch nicht erreicht hatte [4]), gar keinen Vormund besass [5]). Dagegen werden in LR. 52 [6]), beinahe gleichlautend mit dem erwähnten Capitulare, alle Civilklagen gegen Unmündige als unzulässig erklärt [7]).

---

1) M. G. 3, 226. — 2) Kraut V. 1, 368. A. M. Rive V. 1, 201 und 2, 35. — 3) Kraut V. 1, 308. — 4) Kraut V. 1, 119 und 372.

5) Magdeburger Recht a. 1304 (bei Gaupp, Das alte Magdeburger und Hallische Recht, Breslau 1826) Art. 60: *Diweil di kint irn rechtin vormundin nicht habin noch gehabin mugen, so mag man si czu keinen teidingen brengin, si komen allir erst czu iren jarn.*

6) Tomaschek D. R. 202 fasst den Sinn dieses Art. in anderer, wie es scheint, nicht richtiger Weise auf.

7) Darnach ist Kraut V. 2, 16 n. 18 (und mit ihm auch Rive a. a. O.) zu berichtigen, nach dessen Ansicht der im Capitulare enthaltene Rechtssatz

Dies scheint auch in Oesterreich allgemein [8]) geltendes Recht gewesen zu sein. Derselbe Rechtssatz wird ausdrücklich ausgesprochen im Stadtrechtsbuche für Wien a. 1435 in der §. 25 bei n. 17 abgedruckten Stelle. In dieser Stelle wird auch deutlicher als im Capitulare und in LR. 52 gesagt, dass es sich hiebei nicht nur um Klagen wegen Erbgüter, sondern um Klagen wegen irgend einer Gülte handle, worunter alle Civilklagen verstanden werden müssen [9]). Wenn aber noch im 15. Jahrhunderte alle Civilklagen gegen Unmündige verboten waren, so kann man mit voller Sicherheit darauf schliessen, dass sie in früherer Zeit um so weniger zugelassen wurden, da die Geltendmachung von Rechten gegen Unmündige im Laufe der Zeit immer mehr erleichtert, nicht aber erschwert wurde.

2. Verpflichtung zum gerichtlichen Kampfe.

a) Unmündige.

Nach den Rechtsbüchern hatte der Vormund für seinen Mündel zu kämpfen [10]), ja der Kampf für den Mündel scheint

---

nur in älteren Rechtsquellen vorkommen und vielleicht gar nur bei den salischen Franken gegolten haben soll. Derselbe salische Rechtssatz scheint beinahe auch in der Glosse zum sächsischen Weichbild 26. sich zu finden: *Bringt man sie* (die unmündigen Kinder) *zu Gericht on jres vormundes gegenwärtigkeit, man sol jn bescheiden zu dem nächsten Ding, das sie jren vormünden gestellen, zu einem mal, zum andern und zum dritten mal. Kompt darnach der vormunde nicht, der kleger hat seine klage auff die unmündigen Kinder erstanden, es het denn den vormünden ehaffte not gehindert. Diss ist zu vernemen, ob sie ungerich gethan hetten, anders möcht man sie zu keinem tayding bringen, sie würden denn mündig.* Wohl aber war nach dem Weichbilde eine provisorische Einweisung in den Besitz zur Sicherstellung gegen Unmündige gestattet, ohne dass jedoch eine vollständige executive Vertheilung stattfinden durfte: *Und klagten die kleger zu der unmündigen kinder gut, man weist die kläger zu dem gut zu der dritten klag. Weiset man sie nach irer klag zu einem unbeweglichen phand, das phand möchten die schuldigen weder verkauffen, noch versetzen in keiner weise den kindern schedlichen an jren Rechten, wenn die kinder mögen die schuld widersprechen, als sie mündig werden.*

[8]) S. jedoch den Urtheilsbrief a. 1369 (D. et A. 18, 335 Nr. 290), worin ein Process zwischen einem Vormunde, anstatt seiner Mündel, *die noch nicht vogtperig vnd ze iren beschaiden iaren chomen ist*, und dem Vormunde eines anderen Mädchens entschieden wird.

[9]) S. auch den Gerichtsbrief a. 1353 (D. et A. 10, 343 Nr. 353), worin gegen die Kinder Ortolf's des Schlüsslers ein Urtheil gefällt wird: *Seyd die chint im des geltes an laugen stunden, vnd doch auch wol ze irn iarn chomen wern.*

[10]) S Sp. 1. 42. 2, 1. 43, 1. 49.

gerade eine der Hauptverpflichtungen des Vormundes gebildet zu haben[11]; sobald jedoch der Unmündige zu seinen Jahren kam, trat die volle Kampfesmündigkeit desselben ein, und er war berechtigt und verpflichtet, für sich und für Andere zu kämpfen.

Es frägt sich nun, was in dieser Beziehung in Oesterreich Rechtens war.

Für Kinder unter 14 Jahren musste wohl der Vormund den Kampf annehmen, denn da die kämpfliche Ansprache in LR. 9 nur gegen den Kampfunmündigen selbst verboten wird, so ist kein Grund vorhanden, warum man annehmen sollte, der Vormund sei in Oesterreich von seiner Hauptverpflichtung dispensirt gewesen.

Das in LR. 9 enthaltene Verbot der kämpflichen Ansprache bezieht sich jedoch auch auf Leute im Alter von 14—24 Jahren[12] und es handelt sich nun darum, zu erörtern, ob auch für solche Unmündige im Alter von 14—24 Jahren in Oesterreich der Vormund einzutreten hatte.

Hier ist vorerst die Frage zu beantworten, ob man in dieser Altersstufe überhaupt einen Vormund gehabt habe. Der Entwicklungsgang des deutschen Rechts zeigt, dass es ursprünglich dem zu seinen Jahren gekommenen Kinde gestattet war, sich bis zu der Zeit, wo es zu seinen Tagen gekommen sein wird[13], einen Vormund zu nehmen[14], und so lange dieses Recht bestand, war wohl auch der Grundsatz beibehalten, dass das Kind, selbst wenn es sich einen Vormund genommen hatte, über sein Vermögen frei disponiren konnte. Dies ergibt sich daraus, dass in den Rechtsbüchern dem Kinde über 12 Jahren die freie Disposition über sein Vermögen ganz allgemein ertheilt wird, ohne zu unterscheiden, ob es einen Vormund hat oder nicht[15]. Diese Quellen setzen es jedoch bereits als selbstverständlich voraus, dass der Unmündige das Recht, den Vormund zu wählen, ausüben werde[16], und es ist natürlich, dass man später

---

[11]) Kraut V. 1, 31.

[12]) S. Sp. 1. 42. 2 gestattet die kämpfliche Ansprache für die entsprechende Altersstufe von 12—21 Jahren.

[13]) Nach dem S. Sp. 21 Jahre.

[14]) S. Sp. 1. 42. 1, Görlitzer Leh. R. 47; weitere Stellen bei Kraut V. 1, 144.

[15]) S. Distinctionen 6. 12. 5, Kraut V. 1, 119. — [16]) Kraut V. 1, 148.

darauf kam, dies nicht mehr dem Belieben des Unmündigen anheim zu stellen, sondern es als eine Pflicht des zu seinen Jahren Gekommenen ansah, sich einen Vormund zu wählen; und dann kam man auch dazu zu erklären, dass die vom Unmündigen ohne Zuthun des Vormundes geschlossenen Geschäfte ungültig seien, gerade so, als hätte sie ein noch nicht zu seinen Jahren gekommener Unmündiger geschlossen [17].

Das österreichische LR. steht jedoch noch auf der früheren Stufe dieser Rechtsentwicklung, da es dem Unmündigen über 14 Jahren gestattet, Güter zu bestetten, d. h., wie später nachzuweisen ist, Verfügungen über sein Vermögen zu treffen, und es daher dem Unmündigen über 14 Jahren noch freigestanden zu haben scheint, sich einen Vormund zu wählen oder nicht.

Hatte er sich nun einen Vormund genommen, so ist kein Grund zu bezweifeln, dass derselbe für den Mündel zu kämpfen hatte; hatte er aber von diesem Rechte keinen Gebrauch gemacht, so blieb nach der Bestimmung des LR. dem Gegner wohl nichts Anderes übrig, als von dem Beweismittel des Kampfes ganz abzugehen.

b) Dass der über seine Jahre Gekommene nach LR. 9 zum gerichtlichen Kampfe nicht gezwungen werden konnte, ist bereits besprochen worden. Es ist dies ein allgemeiner deutschrechtlicher Grundsatz [18], über den nichts weiter zu bemerken ist [19].

3. Verfügungen über das Vermögen.

Ueber die Fähigkeit, Verfügungen über das Vermögen zu treffen, erklären die Quellen, dass Unmündige nicht „bestetten“ können, oder auch, dass sie keine vermögensrechtlichen Verfügungen treffen, mit ihrem Vermögen nicht schaffen und wandeln können. Ersterer Ausdruck findet sich in LR. 52, letztere in Wiener Rechten. Stadtrecht für Wien a. 1221 [20]: *Inhibemus etiam, ne qua uidua bona puerorum suorum, que hereditarie eos con-*

---

17) Kraut V. 2, 18.

18) Kraut V. 1, 19.

19) Eine weitere Folge des über seine Jahre gekommen Seins, darin bestehend, dass man sich unter freiwillige Vormundschaft begeben konnte, wird in LR. nicht erwähnt. S. hierüber Görlizer Leh. R. 47, Kaiserr. 2. 33, Urk. a. 1358 bei Ludewig Rel. Man. 11, 685 und Kraut V. 1, 394.

20) A. f. K. ö. G. 10, 105.

tingunt, uelit conferre alteri uiro, quem postea duxerit. — Si quis uero testimonio duorum uel plurium de illis C. testibus per ciuitatem constitutis probauerit, quod mater uel amici puerorum, dum iam discretionis arripuissent annos, uoluntate et assensu eorum sibi bona illa foro uel aliquo pacto congruo contulerint, ipsum bona talia quiete possessurum censemus. Daraus wiederholt in den Stadtrechten a. 1244 für Wien und Haimburg[21]), sowie im Neustädter Stadtrechte §. 77. Im Stadtrechte für Wien a. 1340[22]) lautet die Stelle folgendermassen: *Wir wellen ouch, vnd verbieten, daz dhain witib irr chind gut, daz sev anerbt, geben sulle, noch enmug, einem andern manne, den si nimt, oder witiber, noch daz der man getzeugnusse, icht muge getun, auf der chind gut, di zu irn beschaiden Jaren nicht sint chomen. — Ob aber ieman bewert — daz di mueter, oder der chind vreund da si ze beschayden iaren chomen sein, sogtan guet verchauft haben, oder vmb ein ander zimleich guet haben gegeben, mit ir gunst, vnd mit ir gutem willen, so ertail wir das gut, ze haben gemechleichen, vnd geruebt.* Ebenso auch das Stadtrechtsbuch a. 1435 in der oben §. 25 bei n. 17 angeführten Stelle.

Das österreichische Recht huldigt also dem allgemeinen deutschrechtlichen Grundsatze, dass der Unmündige, ausser durch Delicte, weder durch seine, noch durch seines Vormundes Handlungen verpflichtet werden könne. Wenn daher der Vormund Rechtsgeschäfte im Namen eines Unmündigen vornahm, so mussten dieselben, um rechtsbeständig zu sein, von dem mündig Gewordenen bestätigt werden. Dies versteht LR. 52 unter dem Ausdrucke *bestetten,* welches Wort in seinem ursprünglichen Sinne eben fest, sicher machen bedeutet[23]). Es war daher auch üblich, sich bei dem Abschlusse eines Geschäftes mit einem Vormunde im Namen seines Mündels gegen die Anfechtung durch den mündig Gewordenen, sei es durch Bürgschaft des Vormundes, sei es auf andere geeignete Weise zu sichern. Darauf geht der Ausdruck in LR. §. 77 *gewishait vmb nemen.* Urk. a. 1287[24]): *Wur vnser tohte Hedweigen hab wier daz gelobt dev ist zv ir tagen noch niht chomen swenne si zv ir tagen chvmft*

[21]) A. f. K. ö. G. 10, 136 und 143.

[22]) Rauch 3, 49.

[23]) Görlizer Leh. R. 41. 9a: die Morgengabe bestetten; s. Homeyer S. Sp. 2, 2, 239 im Glossar v. *besteten.*

[24]) D. et A. 3, 255.

daz wir imz paz von ir vergewissen vnd svln im daz guet schermen zerehten tagen nah eigens reht. Urk. a. 1294[25]): Der Veräusserer eines Gutes erklärt für seine beiden Söhne, *dev noch zv ier iarn nicht chomen sint — rechter scherm werden* zu wollen, *vntze si zv ier iarn chomen.* Urk. a. 1295[26]): Ulrich Matzo erklärt, er habe vom Stifte Heiligenkreuz *puelle Gisele nomine, cuius mihi curam assumpsi in solucionem cuiusdam domus in Paden, quam ab ipsis iure ciuili possederat, 18 tal. den.* erhalten, *in vtilitatem iam dicte puellule conuertenda. Et quia in contractu vendicionis domus prefate dicta Gisela nondum annos legitime etatis attigerat, pro firmitate contractus huiusmodi promisi et sub ypoteca omnium bonorum meorum promitto prefatos abbatem et conuentum ab omni impeticione dicte puelle defendere et tueri, ac tam diu seruare indempnes, quousque eadem ad annos plene et a iure indulte etatis annos perueniens dictum contractum ratificet, omnique actioni renunciet atque iuri, si quid sibi in predicta domo competeret, aut competere uideretur.* Siehe auch Urkk. a. 1299 und 1328[27]).

Die Unveräusserlichkeit des Vermögens Unmündiger hörte später auf. Schon Sch. Sp. 60 enthält den Grundsatz, dass Unmündige mit Einwilligung ihres Vormundes jede Art von Veräusserungen vornehmen dürfen, eine Bestimmung, die wahrscheinlich dem römischen Rechte[28]) nachgeschrieben worden ist[29]).

Nach gemeinem deutschen Recht konnte auch das Mädchen, sobald es das Alter der Mündigkeit erreicht hatte, ohne Einwilligung ihres Geschlechtsvormundes Veräusserungen vornehmen[30]); nach dem österreichischen Provincial-Rechte hingegen genügte die blosse Mündigkeit zur vollen Dispositions-Fähigkeit des Mädchens nicht, sondern es wurde hiezu die davon verschiedene[31]) Vogtbarkeit erfordert. Zur Vogtbarkeit[32]) gehörte aber, dass das Mädchen verheirathet war. Dies ergibt sich aus

---

25) D. et A. 11, 272 Nr. 306.

26) D. et A. 11, 281 Nr. 314.

27) D. et A. 6, 212 und 18, 179 Nr. 157.

28) Pr. I. de auct. tut. (1. 21).

29) Kraut V. 2, 25.

30) S. Sp. 1. 45. 2, Sch. Sp. 74. S. auch Kraut V. 2, 273 und Rive V. 2, 76.

31) Rive V. 2, 74.

32) Der Etymologie nach bedeutet Vogtbarkeit die Fähigkeit, sein eigener Vogt zu sein. Haltaus Glossar h. v.

dem Zusammenhalte von LR. 52 und LR. §. 77, da die Berechtigung des Mädchens zu „bestetten" in der ersten Stelle an ihre Verheirathung, in der zweiten Stelle an ihre Vogtbarkeit geknüpft wird. Vergl. auch Urk. a. 1309 [33]): *Wand mein — Tochter — noch vnvoitper sint dar vmb glob wir —, ob si chainen vngmach oder ansprach baid nv di weil si ivnchvrowen sint oder her nah swan si chonman nement, avf daz vorgenant gvt wolten haben.* Nach dem Wiener Stadtrechte trat die Vogtbarkeit ausserdem auch noch ein, wenn das Mädchen die feierlichen Gelübde abgelegt oder das 50. Lebensjahr erreicht hatte: Stadtrecht für Wien a. 1340 [34]): *chind —, di zu irn beschaiden Jaren nicht sint chomen, daz sind achtzehen jar, vnuertzigen der iunchurown recht, die nicht vogtber sint, also lange, vntz daz si man genemen, oder gehörsam tuen in irm chloster, oder vntz daz sie chomen ze fumftzig iaren.* Stadtrechtsbuch für Wien a. 1435 [35]): *Vnd das sy das lobt, So hat es aller erst krafft Habet weder fur sich noch fur ir freundt kainen scherm noch kain ewentewrung vmb kainer slacht sache die weil sy wirtes nicht enhat Es sey dann das sy vber zwelif iar sey Gelobt sy keusch — oder kanschafft ainem manne vnbetwungenlich das hat krafft vnd auch anders nicht.* An dieser Stelle kann es als zweifelhaft angesehen werden, ob der Zwischensatz: *es sey dann das sy vber zwelif iar sey,* zum Vorder- oder zum Nachsatze zu ziehen sei. Bei der ersten Auffassung wäre der Sinn der Stelle der, dass die Jungfrau geloben kann, wenn sie einen Mann hat oder wenn sie 12 Jahre alt geworden ist; da aber ein Mädchen unter 12 Jahren nach dem damals in dieser Beziehung wohl schon geltend gewesenen kirchlichen Rechte ohnedies nicht heirathen durfte, so würde dieser Satz eine Tautologie enthalten und der Nachsatz wäre auch zu allgemein und gewiss unrichtig, da man nicht jeder auch noch nicht 12 Jahre alten Jungfrau gestattet haben wird, die Keuschheit oder Kanschaft rechtswirksam zu geloben. Es muss daher der Mittelsatz zum Nachsatze gezogen werden, wornach der Sinn der Stelle dahin geht, dass eine Jungfrau nur, wenn sie einen Mann hat, geloben kann, und dass sie, falls sie über 12 Jahre alt ist, in einen geistlichen Orden treten (Keuschheit geloben) oder einen Mann nehmen (Kanschaft geloben) darf. Dasselbe Stadtrecht trifft daher auch ganz con-

---

33) D. et A. 3, 184. — 34) Rauch 3, 49. — 35) Rauch 3, 155.

sequent die Bestimmung, dass die Frist der Verschweigung für den Jüngling von der Mündigkeit, für die Jungfrau aber erst von der Verheirathung an zu laufen beginne: *Die sün dasselb verswaigent Innerhalb lanndes Als sy komen zu funf czehen iarn, ain iar vnd ain tag. — Aber die tochter habent ganczlich ir recht an allen iren erb tailen die weil sy nicht mannes nemennt Nymbt aber ain Junckfraw ain man Vnd verferrt dar nach nicht in Irem rechtn Also das schweigt vber das erst iar wann sy ainen man genymbt die mag fur pas nicht clagen* [36]).

IV. ABTHEILUNG.

SACHENRECHT.

§. 27. 1) Gewere, Verjährung, Klagen.

Die Grundlage des deutschen Sachenrechts bildet der Begriff der Gewere. Das LR. enthält hierüber nur sehr wenige fragmentarische Bestimmungen, welche sich jedoch alle der deutschrechtlichen Theorie über die Gewere genau anschliessen. So kennt das LR.

1. eine Gewere sowohl an unbeweglichen, LR. Art. 27. 34. §. 48, als an beweglichen Sachen, LR. §. 20. Nach dem LR. kann auch die Gewere so mannigfaltig sein, als rechtliche Herrschaftsverhältnisse des Menschen über Güter denkbar sind [1]). Es kommt eine Gewere an Eigen, LR. Art. 27, §. 48, an Lehen, an Leibgedinge [2]) und an Burgrecht, LR. 33, vor.

Unter Eigen werden nur unbewegliche Güter verstanden [3]), so dass das Eigen also ein im Eigenthume befindliches Grund-

---

[36]) Rauch 3, 195. Noch in Suttinger's Consuetudines Austriacae (ed. Norimbergae 1718) pag. 854 heisst es: *Ebner massen durch die Verehlichung erlangt eine Tochter die Vogtbarkeit.*

[1]) Bluntschli P. R. §. 54. 3. — [2]) Albrecht Gew. 223. — [3]) Mittermaier 1, 403 n. 7.

stück ist[4]), eine Bezeichnung, welche daher kam, dass dem älteren deutschen Rechte die Idee des Eigenthums zuerst in der Gestalt des Grundeigenthums klar geworden ist[5]). Eigen bildet übrigens auch den Gegensatz zu Lehen und Leibgedinge[6]). „Freies Eigen" bezeichnet das von allen, sei es hofrechtlichen, sei es lehenrechtlichen, sei es Hörigkeits-Lasten freie Grundeigenthum. Urk. c. 1137[7]): *Predium — quod jure libertatis possederat.* Urk. c. 1142[8]); Urk. a. 1267[9]): *Eciam (non) habent nec debent habere ius uel accionem in prediis sev proprietatibus, que ab antiquo respiciebant solummodo homines libere condicionis, hoc est quod wlgo uocatur Vreizaygen, Vnde cum dicta domina Offmia de Potendorf nata sit de viro ministeriali terre, quamuis de matre libera et nobili, non potest nec debet capax esse castri et predij Herrantstein, vtputa cum non sit compar eiusdem predij, quod vulgariter dicitur Vreizaygen.*

In der letzten Stelle ist der in Oesterreich allgemein geltende Grundsatz ausgesprochen, dass man, um ein Eigen erwerben zu dürfen, Genoss des Eigens sein müsse. Darnach inhärirte jedem Grundstücke die Eigenschaft, nur von Genossen eines bestimmten Standes besessen werden zu können, LR. Art. 19, §. 50[10]). So konnte nach der obigen Urkunde das lastenfreie Grundeigenthum nur von freien Herren besessen werden. Derselbe Grundsatz wirkte aber auch nach oben und hatte zur Folge, dass Mitglieder einer höheren Standesklasse auch nicht berechtigt waren, Grundstücke nach dem für eine niedrigere Standesklasse bestimmten Rechte zu erwerben. Urk. c. 1220[11]): *Quodsi alicui maiori sive militi sive Clerico sive Colono eundem agrum vendere voluerit, non permittimus.* Urk. a. 1313[12]): *dhcainen meinen Vbergenozzen, dhcainen Purger, vnd dhcainen Closter mach ich noch en sol denselben hof verchovffen.*

---

4) S. Sp. 1. 31. 1.

5) Bluntschli P. R. §. 57. 2.

6) Zöpfl RG. 733. S. auch S. Sp. 2. 44. 3, Sch. Sp. 21 I.

7) Meiller Reg. 25 Nr. 5.

8) Ludewig Rel. Man. 4, 242 Nr. 2.

9) A. f. K. ö. G. 27, 271.

10) *Gewer* scheint in diesem Paragraphe ein Schreibfehler für das richtige *Gebuer* zu sein, S. die Conjectur Meiller's in seinem Abdrucke des LR. in A. f. K. ö. G. 10, 166 Art. XLV.

11) D. et A. 10, 2 Nr. 3. — 12) D. et A. 10, 140 Nr. 154.

2. Verjährung. Das deutsche Recht kennt ursprünglich keine Erwerbungsart durch längeren Besitz (Ersitzung)[13], sondern hat nur das Rechtsinstitut der Verschweigung[14], wodurch Jemandem die Geltendmachung seiner Rechte erschwert oder unmöglich gemacht wird, wenn in Folge seines Stillschweigens durch Jahr und Tag ein Dritter die rechte Gewere an der Sache erwirbt[15]. Durch die rechte Gewer war jedoch der Erwerber noch nicht gegen jeden Anspruch geschützt[16], da es noch immer eine Gewere geben konnte, vor der selbst der Inhaber der rechten Gewere weichen musste[17]. Erst später[18] wurde dieses Rechtsinstitut zu einer gegen jeden Anspruch schützenden Verjährung von Jahr und Tag. Als solche kommt es in Stadtrechten[19], unter Anderem auch des südöstlichen Deutschlands vor. Stadtrecht von St. Veit (in Kärnthen) a. 1308 §. 6[20]: *Swaz ovch ein man in dem statfrid iar vnd tag aigens hat unversprochenlich, daz sol er furpaz haben geruet.* Urk. für Bruck a. d. Mur a. 1396[21] §. 2: *Wer In derselben vnnserer Stat, vnnd in Irem Purckhfriedt ains Purckhrechts Jar vnnd tag vnuersprochen an Nutz vnnd Gwer sitzet, das der auch on all Zuespruch vnnd Irrung, fürbass dabey beleiben soll, als das von Alter ist heerkhumben.* Das-

[13]) Bluntschli P. R. §. 62. 1.

[14]) Unger Oesterreichisches Privatrecht 2, 279.

[15]) Bluntschli P. R. §. 62. 4.

[16]) Mittermaier 1, 460. Die wichtigste Folge der rechten Gewere war dass man nach Erwerb derselben keines Autors mehr bedurfte. Walter 573. Vergl. darüber die interessante Urkunde a. 1284 (M. Bo. 5, 390 Nr. 39), worin Dietrich von Paumgarten dem Kloster Aldersbach einige Güter schenkt und verspricht für dieselben *Auctor* (*Gwer*) zu sein *contra omnes eadem bona legitime impetentes, ita videlicet, ut unius anni termino de omnibus infra terram Austrie constitutis, si ex istis aliquis eadem bona per querimoniam impulsaverit, in expensa propria me profiteor et expono sine dampno fratrum causam terminandam, si autem ius terre id deposcit, quod hii, qui intra sunt, post unius anni circulum querimoniam justam facere poterint in eisdem, tunc expensa solvenda ecc. — Porro extra terram positis, secundum quod se ius terre Austrie habet in vera legitima defensione, quod Gwerschafft dicitur, me et heredes meos — ita, ut ex omni parte fratres indempnes permaneant, si quis sepe dicta bona impetierit, obligo deponenda.*

[17]) Eichhorn 2, 638 n. e, Zöpfl RG. 749.

[18]) Eichhorn 2, 639 n. e, Walter 574.

[19]) Mittermaier 1, 462.

[20]) Gengler St. R. 411.

[21]) Gengler St. R. 58.

selbe galt auch in Passau; Stadtrecht a. 1225[22]): *Si quis in comitia hujus Civitatis domum vel agrum emit vnius anni et vnius diei, etiamsi a nemine impulsetur infra spatium temporis jam dicti: Statuimus ut possessionem illam quiete debeat possidere, nisi forte fuerit quod aliquis extra provinciam sit constitutus peregrinatione vel alia causa legitima impediente, qui dum reversus fuerit, a die sui reditus per annum medio tempore eum impetere potest super hujusmodi emptionem.* Stadtrecht a. 1300[23]) Art 49: *Wer ain aigen in disem purckfrid hat Jar und tag vnuersprochen, der sol das fürbas mit Rwe haben von den die Inner lanntz sind.*

In den Stadtrechten Oesterreichs ob und unter der Enns hingegen findet sich diese Verjährung von Jahr und Tag nirgends; es galt daselbst vielmehr für Immobilien ganz allgemein eine dreissigjährige Verjährungsfrist, die, wie überall, wo sie vorkommt, aus dem römischen Rechte herzuleiten ist. Diese dreissigjährige Verjährung kennt schon S. Sp. 1. 29, wo der römischen Verjährungsfrist von 30 Jahren noch die Frist, in welcher die rechte Gewere erworben wurde, angehängt ist[24]), so dass die ganze Verjährungszeit 31 Jahre, 6 Wochen und 3 Tage dauerte. In Sch. Sp. 155 I wird in gleicher Weise die Zeit, binnen welcher man sich an erblosem Gute verschweigt, auf 30 Jahre bestimmt; Sch. Sp. 56 hingegen enthält unter ausdrücklicher Berufung auf das römische Recht *(die keiser vnd die kvnige hant ditz reht gesetzet)* die ganze Theorie der römischen Usucapion von 3 Jahren bei beweglichen und von 10 bis 20 Jahren bei unbeweglichen Sachen. Auch in LR. Art. 27 kommt die dreissigjährige Verjährung bei Immobilien vor. Darnach musste man das Gut während der Verjährungszeit in stiller Gewere besessen haben, d. h. die Gewere musste ohne rechten Widerspruch fortgedauert haben[25]), nämlich ohne dass gegen ihren Inhaber eine Klage angestellt wurde[26]). Dass diese dreissigjährige Verjährung in Oesterreich unter und ob der Enns allgemein geltendes Recht war, ist auch durch andere Zeugnisse erweisbar. Urk. a. 1171[27]): *Fratribus de Kotwico econtra ius legi-*

---

22) M. Bo. 28, 2, 308 Nr. 77.
23) M. Bo. 28, 2, 511.
24) Unterholzner Verjährungslehre 1, 92.
25) S. Sp. 2. 44. — 26) Albrecht Gew. 110. — 27) D. et A. 8, 271 Nr. 15.

time traditionis, et plus quam tricennarie possessionis pretendentibus. Urk. a. 1283[28]): *Constituentes nos — secundum iura ac constitutiones terre veteres, triginta annis et 1 die auctores ac tutores eorum in predictis II beneficis, a si quo — impetrantur.* Urk. a. 1292[29]): *Obligans me — si s(u)pradicte domine infra XXX et I annum a domino de Ragz vel a quocumque aliquam impeticionem sustinuerit, sive accio contra eum instituta fuerit propter hanc rem, ipsam impeticionem — tenebimus complanare.* Urk. a. 1295[30]): *Vnd loben — daz wier desselben lehens — gwer vnd ovch scherm sein wellen als lants vnd aigens reht ist, einz vnd dreizzich vnd ain tag.* Urk. c. 1300[31]): *Daz vns daz chvnt vnd gewizen ist, daz des mer den ainz vnd dreizich jar vnd ein tag ist, daz wir di vorgenanten drev phvnt gvlt vnd der Grvnpech vnd die vrowen von sent Pernhart in rechter gewer gehabt haben an alle ansprach.* Urk. a. 1308[32]): Verkauf eines Gutes mit der Bestimmung: *swelchen schaden di selben vrowen nemen an dem aft genanten gvt in ains vnd dreiczzig iaren mit rechtem recht, den selben schol wir in ablegen.* Urk. a. 1313[33]): Verkauf einer Gülte an Zwettl *mit alle dem rechte vnd ich diselben gvlte in stiller gewer her bracht han mer dann ain vnd dreizzich iar.* Stadtrechtsbuch für Wien a. 1435[34]): *Es sey dann vmb aigenschafft guet das nicht purkrechts perkrechts oder gruntrecht ist da hat er wol tag vmb dar nach vnd er ynnerhalb lannds chumbt dreyssigk iar vnd iar vnd tag.*

Die Zeit der Verjährung wird an diesen Stellen verschieden angegeben: 30 Jahre und 1 Tag (LR. HS. *W*, Urk. a. 1283), 31 Jahre (LR. HSS. *H* und *D*, Urkk. a. 1292, 1308 und 1313) und 31 Jahre und 1 Tag (Urkk. a. 1295 und 1300), oder, was dasselbe ist, 30 Jahre, 1 Jahr und Tag (LR. HSS. *L*, *S* und *P*, Wiener Stadtrechtsbuch). Alles dies sind jedoch nur verschiedene Ausdrucksweisen für eine und dieselbe Sache, indem auch hier dem dreissigjährigen Termine die deutschrechtliche Frist von 1 Jahr, 6 Wochen und 3 Tagen (Jahr und Tag) angehängt worden zu sein scheint, und die ganze Frist somit, wie nach

---

[28]) M. Bo. 29, 2, 551 Nr. 149.

[29]) D. et A. 6, 235.

[30]) D. et A. 21, 79 Nr. 72. Beinahe wörtlich gleichlautend Urk. a. eod. a. a. O. Nr. 73.

[31]) D. et A. 1, 285 Nr. 118. — [32]) D. et A. 6, 219. — [33]) D. et A. 3, 650. — [34]) Rauch 3, 194.

sächsischem Rechte, 31 Jahre, 6 Wochen und 3 Tage ausmachte.

3. **Klagen.** Ueber die Eigenthumsklage kommen in LR. nur rein processualische Bestimmungen vor, die weiter unten besprochen werden sollen.

Possessorische Rechtsmittel finden sich in LR. noch keine. Man könnte zwar geneigt sein, ein solches in LR. 49 zu finden; dieser Art. bestimmt jedoch nur, dass Raub und Selbsthilfe gestraft werden sollen, und damit ist bei weitem noch nicht gesagt, dass das geraubte Gut allsogleich und ohne Entscheidung über die Rechtsfrage zurückgegeben werden müsse. Die Bestimmung des LR. muss daher nur den auch sonst häufig [35]) vorkommenden Verboten der Selbsthilfe [36]) angereiht werden, durch die der Thäter noch nicht zur unbedingten Restitution verpflichtet wurde. Uebrigens liegt schon darin, dass dem Richter verboten wurde, anders als über eine Klage aus der Gewere zu weisen [37]), eine Spur eines besonderen Besitzschutzes, ohne dass jedoch damit ein neues Rechtsmittel, eine possessorische Klage eingeführt worden wäre [38]).

---

[35]) S. Sp. 2. 25. 1, 3. 47. 1. Sch. Sp. 309.

[36]) Bruns Das Recht des Besitzes, 312.

[37]) LR. §. 48, S. Sp. 2. 24. 1, S. Sp. Leh. R. 38. 4.

[38]) Die Anfänge der possessorischen Rechtsmittel, welche Bruns a. a. O. 328 erst im Landfrieden a. 1281 und im baierischen Landrechte Art. 205 findet (a. a. O. 326 und 327), kommen schon in älteren Urkunden vor, selbst wenn man sie nicht mit Zöpfl (RG. 742) und Sandhaas (Germanistische Abhandlungen 1852 S. 100) mit dem Landfrieden Friedrich's I. a. 1156 §§. 7 und 8 eingeführt wissen will. Eine possessorische Klage wegen gewaltsamer Besitzentsetzung findet sich nämlich im baierischen Landfrieden a. 1244 (A. f. K. ö. G. 1, 1, 51): *Si quis de sua possessione eiectus fuerit, et uiolentiam cum tribus ydoneis personis probauerit*, (ausgestrichen: *ante omnia possessio*) *in suam restituatur potestatem.* Ebenso im Landfrieden Ottokar's für Oesterreich (A. f. K. ö. G. 1, 1, 59): *Wir setzen und gebiten swer den andern sines gutes entwert mak der chlager daz bringen selbe dritte siner hausgenozze, di des aeigens hausgenozze sint mit dem aeide auf den heiligen man antwrt im di gwer wider und sol uns der rihter als lange schermen als si ener gehabt hat, und swaz er sin gnozzen hat, daz sol er im selbe anderez wider geben.* In diesem letzten Landfrieden findet sich also auch schon die besondere, aus dem canonischen Rechte herübergenommene Frist: *tamdiu, quamdiu exspoliatus fuerit* (c. 6. 7. C. 3. qu. 2 und Bruns a. a. O. 326 n. 2). — Hier soll auch auf einen sehr interessanten Urtheilsbrief a. 1252 in M. Bo. 29, 2, 403 Nr. 45 (und darnach in Urkb. o. Enns

§. 28. 2) Lehenrecht. a) Subjective Lehenfähigkeit.

Die Fähigkeit zum Genusse des Lehenrechts wird in den Spiegeln als Heerschild bezeichnet[1]), dies ist nämlich: „Das volle Kriegerrecht, symbolisirt durch die den Einzelnen am sichersten auszeichnende Waffe, den Schild“[2]). Im Heerschilde selbst gibt es verschiedene Abstufungen, welche ebenfalls Heerschilde genannt werden[3]), deren Zahl jedoch im wirklichen Leben verschieden und nicht immer, wie die theoretisirenden Rechtsspiegel angeben, gerade sieben war[4]). Die Heerschilde beruhen theils auf Standes-, theils auf Vasallen-Verhältnissen und waren von Vater auf Sohn vererblich[5]).

Nach den Bestimmungen des Lehenrechts dürfen nur Rittermässige Lehen[6]) haben und den Heerschild heben, weil der Heerschild nur Rittermässigen gebührt[7]). Dieser Anschauungsweise entspricht auch das LR., indem es nur sendmässigen Leuten Lehensfähigkeit zuschreibt, LR. 41. Lehensunfähig sind darnach:

1. Frauen, da sie des Heerschildes ermangeln[8]) und überhaupt keine Waffen führen sollen[9]). Das LR. erklärt ausdrücklich, dass sie sowohl als Lehensherren, LR. 42[10]), als auch als Vasallen, LR. 43, lehensunfähig sind.

3, 191 Nr. 200) aufmerksam gemacht werden, in welchem der Besitzstand regulirt wird, ohne der Rechtsfrage vorzugreifen. Es ergeht darin der Spruch: *Swer die gewere an dem selben Lehen vnroublich herbracht hiet vntz an den tach, der hietz auch vntz sie ane gewune wurd also reht were* (im lateinischen Originale: *hic habere deberet eam, quousque iusticia remoueret eum ab eadem*).

1) S. Sp. Leh. R. 2. 6, Sch. Sp. Leh. R. 3 b, Ficker Heerschild 7.

2) Homeyer S. Sp. 2, 2, 289.

3) Ficker Heerschild 7.

4) Homeyer S. Sp. 2, 2, 295, Ficker Heerschild 190.

5) S. Sp. Leh. R. 21. 1.

6) Doch gab es schon frühe Verleihungen, welche als Lehen bezeichnet wurden, und die nicht eigentliche, rittermässige Lehen waren. Es werden daher schon a. 1385 in Oesterreich Ritterlehen und *päwtellehen* unterschieden (Urk. in Meichelbeck 2, 2, 201 Nr. 291).

7) Richtst. Leh. R. 4. 1.

8) S. Sp. Leh. R. 2. 7, 75. 1.

9) Homeyer S. Sp. 2, 2, 298.

10) Ueber die hievon bestehende Ausnahme zu Gunsten der gefürsteten Aebtissinnen s. Homeyer S. Sp. 2, 2, 299.

2. Geistliche, welche ebenfalls den Heerschild nicht haben [11]), ausser wenn sie als Bischöfe oder Aebte reichsunmittelbar geworden sind, in welchem Falle sie dann Lehensleute haben können [12]). Die Lehen, welche die Bisthümer Passau, Salzburg und Freisingen in Oesterreich hatten, bieten hiefür zahlreiche Beispiele.

3. Ueberhaupt alle nicht Rittermässigen, insbesondere die Bürger der Städte und die Bauern [13]), wovon jedoch die Patriciergeschlechter der Städte eine bereits in §. 20 besprochene Ausnahme bilden.

Eine Erhöhung der lehenrechtlichen Stellung konnte im früheren Mittelalter nur auf eine Weise erfolgen, nämlich durch Erwerbung eines Fahnlehens [14]). Ein Herabsinken des Heerschildes hingegen war auf zweierlei Art möglich [15]), entweder durch Mannschaft [16]), d. h. dadurch, dass man Lehensmann eines Genossen wurde [17]), oder durch Standesverringerung, wenn der Vater eine Ehe schloss, welche die Kinder aus derselben ihrem Vater unebenbürtig machte [18]). Letzterer Fall wird in LR. 44 erwähnt.

Wurde ein Lehen einem Unfähigen geliehen, so entstand dadurch nur ein persönliches Verhältniss zwischen dem Verleiher und dem Belehnten, welches aufhörte, sobald ein Herrn- oder ein Mannsfall eintrat [18]). Nach LR. 42 hatte daher für belehnte Frauen das Lehensverhältniss regelmässig nur während ihrer und ihres Lehensherrn Lebenszeit zu dauern. So wird auch in einem Urtheilsbriefe a. 1283 [20]) ein Lehen erwähnt, welches Adelheid von Reinsperch nur als persönliches Lehen für ihre Lebenszeit erhalten hatte. In einer Urk. a. 1286 [21]) verleiht der Bischof

---

11) S. Sp. 1. 26, S. Sp. Leh. R. 2. 7, Sch. Sp. Leh. R. 4.
12) S. Sp. Leh. R. 2. 6.
13) Görlitzer Leh. R. 1. 4.
14) S. Sp. Leh. R. 21. 2, Sch. Sp. Leh. R. 42 a.
15) S. Sp. Leh. R. 80. 1.
16) Homeyer S. Sp. 2, 2, 302.
17) S. Sp. 3. 65. 2, Sch. Sp. Leh. R. 92, Richtst. Leh. R. 28, 4.
18) S. Sp. Leh. R. 20. 3.
19) S. Sp. Leh. R. 2. 2, Sch. Sp. Leh. R. 4.
20) Meichelbeck 2, 2, 107 Nr. 180.
21) M. Bo. 29, 2, 558 Nr. 160.

von Passau der *nobilis domina* Agnes von Paumgarten und ihren zwei Töchtern *fevdalia beneficia in Chaetzlinstorf — non tanquam masculis heredibus, sed tanquam feminis, in quas successorie non deriuantur feuda.* Nach und nach begann jedoch die Rechtsanschauung über diesen Punkt weniger strenge zu sein, indem das Lehenrecht immer mehr und mehr auf nicht Lehenfähige ausgedehnt wurde[22]), so dass zuletzt die Ansicht sich Bahn brach, dass es vom Willen des Lehensherrn abhänge, Jedermann, er sei lehensfähig oder nicht, mit voller lehenrechtlicher Wirksamkeit Lehen zu leihen[23]). Dies findet sich schon in Sch. Sp. Leh. R. 158 II. für alle Lehen, von welchen keine Reichsdienste zu leisten waren. Auch nach LR. 42 war es bereits möglich, Frauen selbst ein vererbliches Recht an Lehen zu sichern, nur musste dies ausdrücklich geschehen und durch Handfesten oder Zeugen erweisbar sein[24]). Vergl. auch die Urkunde Herzogs Albrecht von Oesterreich[25]): *Quod cum Justiniane legis eloquio approbante mares et femine quoad ius succedendi conditionis sint eque — hanc ipsi Eb. gratiam duximus faciendam, ut femine ab eodem Eb. ex legittimo matrimonio procreate in feodis dictis Manlehen, que predictus Eb. in presentiarum tenet a nobis et in posterum obtinebit, vna cum liberis masculis Eb. succedere valeant memorato.*

§. 29. b) Lehenserrichtung.

1. In regelmässiger Weise wird das Lehen durch einen doppelten Act errichtet [1]), durch das Schwören der Hulde von

---

[22]) Homeyer S. Sp. 2, 2, 312.

[23]) Gerber, System des deutschen Privatrechts, 5. Aufl. 269.

[24]) Schon in der Urk. a. 1186, durch welche die Steiermark an die Babenberger übertragen wurde (Muchar Gesch. Steiermarks, Th. 4, im Anhange) wird als allgemeines Privilegium den Steiermärkern zugesichert: *Etiam qui filios non habuerint, filiabus beneficium dimittere non prohibeantur.* Vergl. Urk. a. 1198 (Ludewig Rel. Man. 4, 211 Nr. 1), worin Bischof Wolfger von Passau dem Gundacker von Stir mehrere Lehen verleiht, und bestimmt: *si sexus masculus in generatione ipsa defecerit, femine ejusdem propaginis, succedendo utantur in perdictis iure sub titulo feudali. Nulla tamen dictarum feminarum praesumat hujusmodi participatum nec inde actionem concipiat, quamdiu sexus masculini huius generis persona licet unica sit superstes.*

[25]) A. f. K. ö. G. 2, 299 Nr. 57.

[1]) Homeyer S. Sp. 2, 2, 319.

Seite des Mannes, und durch das Leihen des Gutes von Seite des Herrn. Hierüber enthält LR. 38 die Bestimmung, der Vasall solle schwören: „dass er dem Herrn treu sein und sein Frommen fördern wolle“, und LR. §. 36 setzt hinzu: „wie man es soll seinem Herrn“. Dies ist ganz dieselbe Formel, wie sie sich in S. Sp. Leh. R. 3 findet: *sveren dat he ime so trüwe unde also holt si, alse durch recht die man sime herren sole.* S. auch Sch. Sp. Leh. R. 5[2]).

2. Eine besondere Art des Entstehens eines Lehens bildet die Verjährung. Das gemeine deutsche Recht kennt diese Entstehungsart nicht[3]), denn die darin vorkommende Gewere von Jahr und Tag setzt stets eine Belehnung voraus[4]), die dann den eigentlichen Entstehungsgrund bildete[5]). Nach dem österreichischen LR. hingegen konnte ein Lehen allerdings durch Verjährung allein entstehen, LR. 37. Der Unterschied dieser eigentlichen Verjährung von der blossen Gewere von Jahr und Tag ist bereits besprochen worden. Die jährige Gewere hat nur zur Folge, dass der Mann gegen den Herrn durch den Alleineid seine Lehensgewere und damit auch den Lehensempfang erweisen kann[6]), während der Lehensmann durch die zwölfjährige Verjährung des LR. sich gegen alle Ansprüche jeder Art sicherte, ohne dass ein Gegenbeweis zulässig gewesen wäre. Durch diese Verjährung konnte also auch ohne vorausgegangene Belehnung ein Lehen erworben werden.

Das Entstehen eines Lehens durch Verjährung findet sich ausserdem nur noch im longobardischen Lehenrechte, welches von einer dreissigjährigen Verjährung spricht[7]). Die Praxis entnahm daraus eine allgemeine lehenrechtliche Verjährung von 30 Jahren[8]), während man bei richtiger Auslegung der betreffenden Stelle eigentlich nur die römische Verjährungslehre im Ganzen und nicht blos das Institut der dreissigjährigen Verjährung auf Lehen hätte anwenden sollen[9]). Die Verjährungszeit von 12 Jahren bleibt immerhin eine merkwürdige Erscheinung,

---

2) Vergl. die verschiedenen Formeln bei Homeyer S. Sp. 2, 2, 322 ff.

3) Homeyer S. Sp. 2, 2, 313. — 4) Homeyer a. a. O. — 5) Gerber a. a. O. 286 n. 1. — 6) S. Sp. Leh. R. 13. 1, I. F. 26 §. 1. — 7) II. F. 26 §. 5.

8) Unterholzner Verjährungslehre 2, 263 ff.

9) Gerber a. a. O. 287.

die auch in Kärnthen [10]) vorkommt und speciell österreichisches Provincialrecht gewesen zu sein scheint. Die ganze Idee, ein Lehen durch Verjährung erwerben zu lassen, basirt sich wohl auf das römische Recht, woher aber die Zeit von 12 Jahren genommen wurde, vermögen wir nicht anzugeben. Im Stadtrechtbuche für Wien a. 1435 findet sich übrigens ein ähnlicher Termin [11]): *Clagt aber er vmb lechen recht dar nach vnd er Innerland kumbt, do hat er wol tag vmb vierczehen Jar.*

§. 30. c) Wechselseitige Rechte und Pflichten.

1. Die Rechte des Herrn lassen sich nach Homeyer S. Sp. 2, 2, 371 auf vier Punkte reduciren: die Treue, die Gerichtspflicht, die Ehrerbietung und der Dienst des Mannes. Ueber eine besondere Pflicht zur Ehrerbietung enthält das LR. nichts, die Gerichtsbarkeit des Lehensherrn wird weiter unten besprochen werden; es erübrigt daher nur eine Erörterung der beiden anderen Punkte.

Die Treue ist eine Folge des abgelegten Lehenseides. Aus derselben ergeben sich verschiedene Pflichten, so z. B. dass der Mann dem Herrn nicht durch Raub, Brandlegung oder Verleumdung schaden solle, LR. 39, da durch eine Beschädigung des Herrn Eid und Treue gebrochen wird, LR. 40. Eine Entscheidung für den Fall, dass der Herr den Dienst zur Begehung eines Unrechts fordert, liegt in LR. 55. Es heisst darin, dass alle nicht eigenen Leute, insbesondere also auch die Vasallen, dem Unrecht thuenden Landesherrn keine Folge leisten müssen. Eine Untreue liegt endlich auch darin, dass dem Herrn das Gut auf irgend eine Weise entfremdet wird, LR. 33 [1]).

Lehendienst. Ueber die Pflicht des Vasallen zur Hoffahrt ist in LR. nichts enthalten, wohl aber wird in LR. 45 als ein Fall, in welchem die Heerfahrt zu leisten ist, eine allgemeine Landesnoth bezeichnet. Dieser Fall gehört jedoch eigentlich unter Landrecht und nicht unter Lehenrecht [2]), da bei allgemeiner

---

[10]) Kärnthnerisches Landrecht a. 1338 im Archiv des hist. Vereins f. Kärnthen 3, 64. — [11]) Rauch 3, 194.

[1]) Richtst. Lehr. 8. 2, 15, 20. 1. — [2]) Richtst. Leh. R. 13. 6.

Landesnoth nicht nur die Vasallen, sondern alle Landeinwohner zur Hilfe verpflichtet waren; s. hierüber §. 9 Nr. 2.

2. Rechte des Vasallen. a) Gegen die Person des Herrn. Die durch das Lehenverhältniss begründete Treue und Huld soll gegenseitig sein [3]), sowie der Vasall dem Herrn, so soll auch der Herr dem Vasallen keinen Schaden zufügen [4]), LR. 40.

b) Rechte am Gute. α) Das Recht des Vasallen am Gute besteht zuvörderst in seinem aus der Belehnung entspringenden Rechte zu begehren, dass ihn der Herr gegen die Ansprüche Dritter auf das Lehen vertheidige [5]). Die Nothwendigkeit hiezu tritt ein, wenn ein dritter Ansprecher des Gutes sein Recht von einem andern Herrn ableitet [6]); der Vasall hat in einem solchen Falle dem Herrn um die Gewährleistung anzugehen, und LR. 31 bestimmt, dass, wenn der Herr behauptet, er habe nicht Gewähr zu leisten, weil er nicht Lehensherr des Gutes ist, er durch den Alleineid des Mannes zur Gewährleistung verpflichtet werden könne. Steht der Herr dem Vasallen dann nicht bei, so ist er nach LR. 32 verbunden, dem Vasallen den Schaden zu ersetzen. Wird aber trotz der Hilfe des Herrn der Vasall entwert, so kann nach S. Sp. Leh. R. 33. 1—3 [7]) noch immer eine Pflicht zum Schadenersatze von Seite des Herrn eintreten, während LR. 32 dem Vasallen die Forderung auf Schadenersatz in diesem Falle gänzlich abspricht und annimmt, dass der Herr durch seine Unterstützung im Rechtsstreite allen seinen Pflichten nachgekommen sei, und daher zu einer weiteren Entschädigung nicht verpflichtet werden könne.

β) Die Gewere am Lehengute steht dem Vasallen ebenfalls zu, und zwar gelten hier die allgemeinen Grundsätze über die Gewere. Eine Besonderheit findet sich in LR. für folgenden Fall. Wenn ein Gut angesprochen wird und der Geklagte angibt,

---

[3]) Richtst. Leh. R. Vorw. §. 1.

[4]) S. Sp. Leh. R. 76. 5.

[5]) Homeyer S. S. 2, 2, 399. Urk. a. 1285 (Meichelbeck 2, 2, 120 Nr. 184), worin der Bischof von Freisingen einem von ihm mit Lehen in Steiermark Belehnten verspricht *dominum et auctorem*, *quod vulgo dicitur Gwer — in omnibus*, *que sunt juris*, sein zu wollen.

[6]) S. Sp. 2. 42. 1.

[7]) Vergl. Homeyer S. Sp. 2, 2, 401.

das Gut gehöre wohl dem Kläger, aber nur als Obereigenthümer, denn es sei ihm von dem Kläger geliehen worden, so ist nach dem sächsischen Lehenrechte[8]) der Beweis durch Zeugen zu führen, und nur für den Fall, als der Geklagte die rechte Gewere für sich hat, genügt dessen Alleineid. LR. 34 hingegen bestimmt, dass zwar in der Regel auch der Zeugenbeweis zu führen sei, dass aber, wenn der Geklagte andere Lehen von dem Kläger hat, des Ersteren Alleineid genügt. Der Grund dieser Bestimmung ist vielleicht darin zu suchen, dass in diesem Falle zwischen den beiden streitenden Theilen ein lehenrechtliches Verhältniss zweifellos besteht, und daher der Eid wegen der besonderen Treue, die zwischen Lehensherrn und Vasallen als vorhanden angenommen wird, als genügend betrachtet wird.

3. Lehenserneuerung. Das Lehensband wird dadurch dauernd gemacht, dass bei dem Tode des Herrn die Folge an einen andern Herrn geht und dass bei dem Tode des Vasallen dessen Erben in das Lehen succediren. Von der Lehenserbfolge wird in LR. 26 angedeutet, dass eine Erbfolge von Eltern auf Kinder bestehe, und eine specielle Frage des Erbrechts für Lehen auf gleiche Weise, wie für das allgemeine Erbrecht beantwortet; s. hierüber unten §. 32. Sonst enthält das LR. nichts über das Recht des Erben zur Lehensnachfolge, daher keine Veranlassung vorliegt, auf die Erbfolge bei Lehen näher einzugehen.

Sobald eine Veränderung in der Person des Herrn oder des Vasallen eintritt, hat eine Lehenserneuerung stattzufinden. Solche Veränderungen können aus verschiedenen Gründen vor sich gehen[9]); den gewöhnlichen, von welchem das LR. allein spricht, bildet der Tod des Herrn oder des Vasallen. Das Verfahren ist verschieden in jedem dieser beiden Fälle. Bei dem Herrnfalle werden innerhalb des Todesjahres drei Tage gegeben, an welchen die Vasallen ihre Lehen sinnen oder muthen, d. h. bei dem Lehensnachfolger um die neuerliche Belehnung ansuchen sollen, LR. 29. Diese Anordnung bestimmter Muthungs-

---

[8]) S. Sp. Leh. R. 5. 2, 13. 1. Ebenso auch I. F. 26. 1. Vergl. Homeyer S. Sp. 2, 2, 408 und Planck Bewf. 277.

[9]) Homeyer S. Sp. 2, 2, 470.

tage ist eine Besonderheit des österreichischen Rechts [10]), weder das sächsische, noch das schwäbische Lehenrecht, noch auch die Libri feudorum kennen dieselben. Bei dem Mannsfalle hingegen werden keine solchen Muthungstage vom Herrn angesagt, sondern der Vasall hat binnen Jahr und Tag zu sinnen [11]), indem er dem Herrn nachfolgt und ihn um die Belehnung bittet, LR. 30.

Die Folge der unterlassenen Lehenserneuerung besteht darin, dass der Mann sein Lehen „verjährt“ [12]) und dass es ihm sofort abgeurtheilt werden kann, wenn ihm nicht die Entschuldigung zu Gebote steht, dass er die Kundmachung nicht rechtzeitig erhalten habe. Henrici regis sententia a. 1234 [13]): *Lata est sententia — quod quicunque feudum suum a domino feudi sive feudatoris ad annum et diem recipere vel requirere neglexerit, ex tunc feudum ad dominum feudi revertatur.* Königs Wilhelm sententia de feudis post coronationem regiam requirendis a. 1252 [14]): *Per sententiam definivit — quod omnes principes, nobiles et ministeriales principatus et feoda sua infra annum et diem a nobis requirere et relevare tenebantur* [15]).

§. 31. d) Endigung des Lehens.

1. Von Seite des Mannes kann ein Verlust seines Rechts am Lehen aus den verschiedenen von Homeyer S. Sp. 2, 2, 498 aufgezählten Gründen erfolgen. In LR. kommen hievon folgende, durchaus auf Vergehen von Seite des Mannes beruhende Gründe vor:

a) Von den Verletzungen der Pflicht, dem Herrn nicht zu schaden, erwähnt LR. 39, als den Verlust des Lehens nach sich ziehend, die Beraubung, die Brandstiftung und die Verleumdung. Ohne allen Zweifel begründet aber auch nach österreichischem

---

10) Heinke, Handbuch des niederösterreichischen Lehenrechtes 1, 263.

11) S. Sp. Leh. R. 22. 1.

12) S. Sp. Leh. R. 42. 1, 50. 1.

13) M. G. 4, 304.

14) M. G. 4, 366.

15) S. auch den Ausspruch des Reichsgerichts a. 1274 über die Vorladung Königs Ottokar zur Empfangnahme seiner Reichslehen in M. G. 4, 400.

Rechte die Tödtung, als das schwerere Vergehen, den Lehensverlust [1]).

Eine besondere Androhung des Lehensverlustes ist gegen die Söhne, *qui in patrem committunt*, und deren Helfershelfer gerichtet; s. hierüber §. 39.

b) Versäumniss der Lehenserneuerung (§. 30).

c) Von den Fällen, in welchen der Lehensverlust für den Mann eintritt, weil er das Recht des Herrn am Gute kränkt [2]), hebt das LR. nur den einen hervor, dass der Lehensmann sein Lehen zu Burgrecht hingibt und es auf Begehren des Herrn nicht einlöst, LR. 33.

Die Rechtsbücher verbieten im Allgemeinen das Versetzen des Gutes durch den Vasallen ohne Einwilligung des Herrn; ebenso die const. a. 1231 [3]). Nach dem sächsischen Lehenrechte [4]) weddet der versetzende Mann, der das Gut nicht binnen sechs Wochen einlöst, und nach dem Richtsteige kann sich der Herr des Gutes dann unterwinden [5]). Nach dem Rechte des Schwabenspiegels [6]) hingegen ist eine dreimalige Aufforderung zur Einlösung erforderlich, bevor das Gut dem Herrn ledig wird. LR. 33 trägt das Recht des Sch. Sp. vor, jedoch mit der Frist des S. Sp., da nach dem Landesrechte jede einzelne Aufforderung in Zwischenräumen von 14 Tagen, alle drei also binnen 6 Wochen zu geschehen haben, während nach dem Sch. Sp. jede einzelne Frist 6 Wochen und 1 Tag, die Gesammtfrist also 18 Wochen und 3 Tage dauert.

d) Eine besondere Art des Lehensverlustes tritt bei dem Burglehen ein. Es ist dies eine Gattung von Lehen, welche in den Quellen dem rechten Lehen gegenüber gestellt wird [7]) und dessen Besonderheiten in der besonderen Pflicht des Lehensmannes, der Burgpflicht, ihre Quelle haben. Nach LR. 35 geht

---

1) In S. Sp. 3. 84. 2, II. F. 24. 5 und 57 werden auch blosse Lebensnachstellungen erwähnt. S. hiezu die baierischen Landfrieden a. 1244 und 1256 (A. f. K. ö. G. 1, 1, 54 und 68).

2) Homeyer S. Sp. 2, 2, 507.

3) M. G. 4, 283.

4) S. Sp. Leh. R. 68, 3.

5) Richtst. Leh. R. 19. S. Homeyer S. Sp. 2, 2, 507.

6) Sch. Sp. Leh. R. 25.

7) Homeyer S. Sp. 2, 2, 552.

das Burglehen für den Burgmann verloren, wenn er von der geliehenen Burg fährt [8]). Das LR. ist hier strenger, als das sächsische Lehenrecht [9]), welches den Verlust des Burglehens erst dann eintreten lässt, wenn der Burgmann mit seinen Leuten von der Burg zieht und durch sechs Wochen nach gehörigem Aufgebote des Herrn keine Nacht auf der Burg zubringt [10]).

2. Von Seite des Herrn hebt LR. 44 nur einen Grund des Lehensverlustes hervor, darin bestehend, dass der Nachfolger des Lehensherrn seinem Vorgänger nicht ebenbürtig ist [11]). In diesem Falle hat der Vasall das Lehen vom Oberlehensherrn, oder, wenn das Obereigenthum am Lehen Eigen ist, von dem nächsten ebenbürtigen Verwandten des verstorbenen Herrn zu empfangen [12]).

V. ABTHEILUNG.

ERBRECHT.

§. 32. 1) Der Erbe.

1. Um Erbe zu sein, ist ein allgemeines Erforderniss die Ebenbürtigkeit [1]) mit dem Erblasser [2]), LR. 19, darin bestehend, dass der Erbe durch Vermittlung ehelicher [3]) Geburten mit dem Erblasser verwandt ist und dem Stande desselben angehört [4]). Dieses Erforderniss gilt sowohl für die Erbfolge in das Eigen, LR. 19, als auch, wie bereits besprochen worden ist, für die Lehenserbfolge.

---

8) Für das rechte Lehen gilt diese Art des Lehensverlustes nicht, selbst wenn es ein rechtes Lehen an einer Burg (*feudum castri*) ist. Homeyer a. a. O.

9) S. Sp. Leh. R. 72. 5, Richtst. Leh. R. 26. 4 und 5.

10) Homeyer S. Sp. 2, 2, 560.

11) S. Sp. Leh. R. 20. 3, Sch. Sp. Leh. R. 39.

12) Homeyer S. Sp. 2, 2, 516.

1) Sydow E. 53, Siegel E. 26.

2) S. Sp. 1. 17. 1, Richtst. 24. 1. Vergl. die Stellen bei Siegel E. 26 n. 92.

3) Sydow E. 46.

4) Vergl. Siegel E. 27.

2. Zur Erbschaft berufen sind:

a) In erster Linie die Kinder[5]. Das LR. bespricht, indem es diesen Satz voraussetzt, nur den besondern Fall, dass Kinder aus verschiedenen Ehen vorhanden sind. Nach den meisten norddeutschen Rechtsquellen werden Kinder aus verschiedenen Ehen gleich behandelt[6]; in süddeutschen Quellen hingegen tritt eine verschiedene Behandlungsweise der Kinder aus verschiedenen Ehen ein, so auch nach LR. 26[7], welches die Anordnung trifft, dass Alles, was der Mann vor der ersten Ehe hatte und was er bei der ersten Frau gewinnt, den Kindern erster Ehe zufällt, und dass die Kinder zweiter Ehe nur dasjenige erhalten sollen, was er während der Dauer der zweiten Ehe erworben hat. Siegel[8] erklärt diese Landesrechtsstelle dahin, dass hier, so wie in Kaiserr. 2. 53, nur das während der Dauer einer jeden der beiden Ehen erworbene Gut den Kindern aus jeder Ehe ausschliesslich zugesprochen wird, dass dies aber nicht von dem Gute gelte, welches vor der ersten Ehe erworben worden ist. Diese Anschauungsweise hat aber den Wortlaut des LR. gegen sich. Es heisst im ersten Satze dieses Art. ausdrücklich, dass der Kinder erster Ehe ist, was der Mann bei der ersten Frau hat oder gewinnt, womit also gesagt ist, dass nicht nur das, was er zur Zeit der ersten Ehe erwirbt (gewinnt), sondern auch das, was er bei Eingehung dieser Ehe bereits gehabt hat, den Kindern erster Ehe gehöre. In gleicher Weise heisst es weiter, dass wenn der Mann ein zweites Mal heirathet, die Kinder zweiter Ehe kein Gut erben sollen, das er vor Eingehung der zweiten Ehe (*ee*) gewonnen hat, womit sie auch von der Erbschaft in die vor Schliessung der ersten Ehe erworbenen oder ererbten Güter ausgeschlossen werden. Dasselbe Recht wird auch im Stadtrechtsbuche für Wien a. 1435 vorgetragen: *Ist aber das der vater ain hausfrawn nymbt alles das guet das er vor gehabt hat Es sey kaufguet oder erbguet wie es dann genant ist das mag er weder verseczn noch verkauffen wann es der ersten kind ist bey der muter vnd er es er arbait vnd erkauft hat.* — *Stirbt*

[5] S. Sp. 1. 17. 1, 3. 72. Sch. Sp. 14.
[6] S. Sp. 2. 23, S. Distinctionen 1. 18. 3, Sydow E. 74, Siegel E. 47.
[7] Damit übereinstimmend Sch. Sp. 191 a, 287, Ruprecht v. Freisingen 1, 189.
[8] E. 47.

aber sy an geschafft dannoch ist das guet nyemantz anders dann der lestenn kinder Vnd habennt die ersten kinder nicht tails dar an Wie er doch ir een als wol gewesen sey als der lesten kinder Wann alles das das der een seiner tochter der kind mueter hat geben zu irem ersten manne Vnd alles das derselb man die weil geschafft vnd gearbait hat dar zu ist alles des erstn kinder Vnd habent die lesten kinder auch nicht tail daran wann es dar komen ist von der ersten kinder een vnd anen Vnd von vater vnd von mueter Aber alles das erb das die frawen an erstorben ist von Irem vater bey irem andern wiert das ist der letzten kind die sy bey demselben wirt hat vnd der ersten nicht. — Er hab kind bey seiner lesten hausfraw oder nicht So gehoret alles das erb das er gehabt vnd erkaufft hat bey seiner ersten kind mueter die ersten kind an Vnd die lesten kind gehoret nicht an denn das er gekaufft vnd er arbait hat bey irer muter seiner lesten hausfrawen [9]).

b) Nach den Descendenten sind die Eltern [10]) die zunächst [11]) berufenen Erben, eine Bestimmung, welche wohl auch in Oesterreich gegolten hat, obwohl in LR. nichts davon erwähnt wird.

c) Hierauf kommen als Erben die Geschwister [12]). In LR. 20 erscheinen sie zwar nur als Anwärter; damit ist aber auch festgestellt, dass sie Erben nach der todten Hand sind, da nur den wirklichen Erben das Wartrecht zusteht [13]).

d) Ueber das Erbrecht der entfernteren Verwandten kommt in LR. nichts vor.

e) Im LR. 26 wird auch ein Erbrecht der überlebenden Wittwe anerkannt. Die Bestimmungen über das Erbrecht der Ehegatten sind in den Quellen dieser Periode höchst verschieden [14]), auch der Sch. Sp. gibt hievon kein vollkommen klares Bild [15]). In LR. ist nur die Anordnung enthalten, dass in Er-

---

9) Rauch 3; 184, 186, 189.

10) S. Sp. 1. 17. 1, Sch. Sp. 324, S. Distinctionen 1. 41, Kaiserr. 2. 13, Siegel E. 55.

11) Es gibt jedoch Rechtsquellen, welche den unbedingten Vorzug der Eltern vor den Geschwistern nicht kennen. Mittermaier 2, 523 n. 31.

12) S. Sp. 1. 17. 1, 2. 20. 1.

13) Siegel E. 92.

14) Siegel E. 142 ff., Mittermaier 2, 538.

15) Sch. Sp. 162 heisst es, dass die Frau, wenn Kinder da sind, die Hälfte der Fahrnisse erbe; was zu geschehen hat, wenn keine Kinder vorhanden sind, wird nicht gesagt.

mangelung eines Geschäftes die Frau den gesammten beweglichen Nachlass des Mannes haben solle, es mögen Kinder da sein, oder nicht. Das LR. behandelt hier die Frau günstiger, als die meisten andern Rechtsquellen, welche der Frau selbst bei kinderlosem Absterben des Mannes einen geringeren Antheil an der Erbschaft einräumen [16]).

3. Erwähnt soll noch werden, dass das LR. bereits einen Verlust des Erbrechts wegen böswilliger Handlungsweise gegen den Erblasser [17]) kennt, da nach LR. 65 dem Sohne auch alles das Gut vertheilt wird, das er einst von Vater oder Mutter erben sollte, wenn er sich der in diesem Art. angegebenen Handlungen gegen den Vater schuldig macht; s. hierüber §. 39.

§. 33. 2) Das Wartrecht.

Das deutsche Recht ging von der Ansicht aus, dass der Erbe zu dem Gute geboren sei und nothwendig Nachfolger des Erblassers sein müsse [1]), und um dieses auf den Todesfall gehende Recht zu sichern, enthalten die meisten Quellen der damaligen Zeit ein Veräusserungsverbot [2]), wodurch die Veräusserungsbefugniss unbeweglicher Güter von der Einwilligung des Erben abhängig gemacht wurde [3]). Die Ausdrücke, deren sich vorzugsweise österreichische Quellen bedienen, um die Einwilligung des Erben in die Veräusserung zu bezeichnen, sind *consensus,* so in Urkk. a. 1255, 1256, 1264, 1270, 1272, 1280, 1283, 1285, 1297 [4]) u. dgl. m., *bona voluntas,* Urkk. a. 1267, 1280, 1283 [5]), *consensus et voluntas,* Urkk. a. 1249, 1260, 1284 [6]), *assensus,* Urkk.

---

16) Siegel E. 146. — 17) Siegel E. 129.

1) Mittermaier 2, 506.

2) Siegel E. 89.

3) S. Sp. 1. 21. 1, 1. 34. 1, 1. 45. 2, 1. 52. 1, Sch. Sp. 24, 39, 74, Sydow E. 180, Siegel E. 93.

4) Urkb. o. Enns 3, 216 Nr. 222, D. et A. 3, 137, Urkb. Kremsm. 124 Nr. 107, D. et A. 1, 107 Nr. 93, Fischer Klostern. 2, 259 Nr. 88, D. et A. 11, 223 Nr. 244, 235 Nr. 257; 10, 32 Nr. 39; 3, 312.

5) M. Bo. 29, 2, 465 Nr. 90, Fischer Klostern. 2, 281 Nr. 104, M. Bo. 29, 2, 551 Nr. 149.

6) D. et A. 1, 13 Nr. 12 und 51 Nr. 49, M. Bo. 5, 390 Nr. 39.

a. 1257, 1264, 1269, 1290[7]), *permissio*, Urkk. a. 1275, 1276[8]), *auctoritas*[9]), guter Wille und Gunst, Urkk. a. 1304, 1306, 1307, 1310, 1312, 1317, 1367, 1371, 1417[10]), Gunst, Urkk. a. 1311, 1313, 1324, 1328, 1350[11]), Wille und guter Wille[12]).

Zur Zeit des österreichischen LR. bestand das Wartrecht noch in seiner vollen Stärke, LR. 20 und 21. Im Widerspruche mit diesen Artikeln ertheilt LR. §. 16 das volle freie Verfügungsrecht über jede Art von Eigen ohne Berücksichtigung der Erben; dieser Paragraph kann jedoch nicht als richtig angesehen werden und scheint bei den Versuchen des Verfassers der jüngeren Recension, den älteren Text abzukürzen, bedeutend corrumpirt worden zu sein, denn im 14. Jahrhunderte wenigstens bestand noch das volle Veräusserungsverbot zu Gunsten der Erben. Dies weisen die vielen Urkunden nach, in welchen von Bestätigungen der Veräusserungen durch die Erben die Rede ist. Häufig mögen diese Bestätigungen wohl nur aus Vorsicht begehrt worden sein; die Regelmässigkeit aber, mit welcher sie vorkommen, lässt den Gedanken nicht aufkommen, dass sie immer blos nichtssagende Förmlichkeit gewesen seien. Auch spricht sich manche Urkunde ganz bestimmt dahin aus, dass ein derartiges Recht der Erben bestanden habe. Hieher sind vor Allem die unten bei n. 47—58 vorkommenden Urkunden einzureihen, in welchen Veräusserungen gegen den oder doch ohne den Willen der Erben aus echter Noth oder wegen stattgefundener Theilung mit Fürzicht ausnahmsweise gestattet werden. Ferner aber auch: Urk. a. 1255[13]): *Et ut hec donatio nec per me siue meos coheredes aut Heredes possit — reuocari.* Urk. a. eod.[14]), worin Gundaker von Storchenberg bekennt, dem Klo-

---

7) D. et A. 3, 179 und 11, 160 Nr. 170, Pez Cod. 2, 116 Nr. 206, D. et A. 3, 175.

8) D. et A. 11, 196 Nr. 213 und 201 Nr. 219.

9) Urk. a. 1291 in Hormayr Wien 1, C Nr. 40.

10) D. et A. 18, 114 Nr. 96, 119 Nr. 100, 120 Nr. 101, 130 Nr. 111; 10, 131 Nr. 144, M. Bo. 30, 2, 72 Nr. 262, Notizenblatt 1854, 389, Fischer Klostern. 2, 398 Nr. 176, D. et A. 18, 556 Nr. 450.

11) D. et A. 3; 601, 602, 633, 672, Urkb. Kremsm. 234 Nr. 223.

12) Die beiden letzten Ausdrücke kommen in zahllosen Urkk. vor, s. insbesondere D. et A. 3 und 6.

13) D. et A. 1, 37 Nr. 33.

14) Urkb. o. Enns 3, 216 Nr. 222.

ster Lambach einen Schaden von mehr als 600 Pfund zugefügt zu haben, wofür er dem Kloster ein Gut schenkt; *si aliquis heredum meorum — donationem volendo cassare — eadem ivris ratione, qua meas hereditat possessiones, idem debitorum meorum pariter obnoxius existens ducentas libras Wiennensis monete sepedicte ecclesie persoluere teneatur.* Urk. a. 1256 [15]: Offmia von Kunring erklärt, ihre Brüder hätten eine Villa in Stralbach *a me indebite alienantes* dem Kloster Zwettl übergeben, *me irrequisita. Ego vero preiudicium mihi factum sentiens coram domino duce Austrie ac iudicibus prouincialibus conuentum in Zwetl aliquamdiu impetivi.* Urk. a. 1276 [16]: Offmia von Potendorf erklärt, eine Schenkung habe keine Gültigkeit, *quia heredes mei in ipsam non consenserant.* Urtheilsbrief Königs Rudolf I., *presidentibus nobis iudicio in placito generali apud Wiennam* a. 1280 [17]: Es wird erkannt, *quod ipsa Mynozle de iure posset duabus suis filiabus — voto castitatis deo deditis sine ceterorum heredum impeticione de bonis eas hereditario iure contingentibus, 30 librarum redditus — deputare et libere assignare*: rücksichtlich der übrigen Gülten wird ihr dagegen dieses Recht abgesprochen. Urk. a. 1300 [18]: *Rapoto, Hainricus, Chunradus — de Prunne profitemur —, quod cum abbas et Conuentus Monasterii sancte Crucis, a pabone auunculo nostro in Engelschalchsdorf dimidii talenti redditus comparasset, eodem auunculo nostro absque heredibus viam vniuerse carnis ingresso, premissa possessio aliqualiter iure propinguitatis ad nos fuerat deuoluta, quare memoratum abbatem super emptione habita traximus ad placitum generale.* Urk. a. 1293 [19]: Das Kloster Hohenfurt kaufte dem Heinrich von Cozzowahora gehörige Güter *ex ipsius voluntate gratuita et consensu, qui eciam coram magnificentia illustri regis Boemie Wenzeslay nunc regnantis pro se atque pueris suis ipsa bona, prout priuilegia dicti regis incliti lucidius protestantur. Porro auctor sceleris, perswasor fraudis, leo rugiens, milleartifex seminator zizanie, suum lolium seminavit, ita ut ipsius pueri dicti*

---

15) D. et A. 3, 136.

16) D. et A. 3, 148.

17) Chmel Geschichtsf. 1, 563.

18) D. et A. 16, 3 Nr. 3. Vergl. auch die §. 26 bei n. 33 angeführte Urk. a. 1309.

19) D. et A. 23, 55 Nr. 52.

domini Heinrici de Cozzowahora ipsum dominum abbatem bonis impeterent pro eisdem. Ad decidendam autem cuiuslibet materiam scandali seu omnis omnino inconuenientiam incongruamque causam litigii dictorum puerorum — decreuimus (Heinrich von Rosenberg als Schiedsrichter) *arbitrando quamuis immerito, quod uiri religiosi licet de iure dare nichil tenerentur,* den Klägern für das Abstehen von ihren Ansprüchen 50 Mark geben sollen. In dieser letzten Urkunde wird den Erben das Wartrecht zwar abgesprochen; wenn aber das Kloster Hohenfurt trotz seines Zornes gegen die Erben, welche es wagten, gegen ein geistliches Institut Rechte geltend zu machen, sich herbeilässt, eine Entschädigung zu zahlen, so dürfte das Unrecht der Erben doch nicht so evident gewesen sein, als die Urkunde behauptet, und gerade der gereizte Ton, in welchem das Kloster von den Ansprüchen der Erben sprechen lässt, scheint darauf hinzuweisen, dass es sich nicht ganz im Rechte befunden habe.

Diese zunächst wohl nur für das böhmische Recht zeugende Urkunde ist übrigens hauptsächlich deswegen angeführt worden, weil daraus zu entnehmen ist, welche Einflüsse neben den Bedürfnissen eines freieren Verkehres das Wartrecht der Erben abzuschwächen und aufzuheben trachteten. Dieses Recht stand dem Streben der Geistlichkeit nach fortwährender Vergrösserung ihres Grundbesitzes bedeutend im Wege, und die Geistlichkeit hat daher auch, mit dem römischen[20]) und canonischen Rechte in der Hand, alle ihre Kräfte angesetzt, um an diesem, den altgermanischen Familienverhältnissen entsprungenen Institute zu rütteln. Es ging damit aber doch nur sehr langsam. Gänzlich verschwunden scheint das Wartrecht im Laufe des Mittelalters in Oesterreich nie zu sein, oder doch nur sehr ausnahmsweise als Privilegium einzelner Städte[21]), nach und nach schwächte es sich jedoch zu einem blossen Verkaufsrechte der Erben ab,

---

20) Siegel E. 90.

21) Die Darstellung der im Stadtrechtsbuche für Wien a. 1435 (Rauch 3, 183 ff.) vorgetragenen Rechte der Erben setzt eine ausführliche Auseinandersetzung des in diesem Rechtsbuche mit sehr complicirter Casuistik behandelten ehelichen Güterrechts voraus, es muss daher hier davon Umgang genommen werden. Das freie Verfügungsrecht bei Lebzeiten ohne Beschränkung durch die Erben kennt u. a. das Iglauer Stadtrecht §. 10 (Tomaschek D. R. 212).

und so findet es sich in Oesterreich noch im 17. Jahrhunderte [22]).

1. Die Personen, welchen das Wartrecht zusteht, sind immer nur diejenigen, welche, im Falle der Erblasser zur Zeit der Veräusserung stürbe, die nächsten Erben nach der todten Hand wären [23]). LR. 26 bestimmt daher auch, dass die Einwilligung der Geschwister zur Veräusserung immer nur dann erforderlich ist, wenn keine Kinder vorhanden sind, weil diese eben als nächste Erben die Geschwister ausschliessen [24]). Verkaufsurkunde a. 1254 [25]) mit Zustimmung des Bruders und *consanguineorum meorum quibus antedicti mansus post mortem meam videbantur iure aliquo adtinere.* Verkaufsbrief über ein Grundstück a. 1280 [26]): *assensu — consanguineorum —, qui predictum mansum ad se tamquam propinquos deuolui debere, si sine heredibus decederem.* Schenkung a. 1283 [27]) mit Einwilligung aller Erben, *qui tam ad nos quam ad uxores nostras respectum hereditatis habent uel in posterum sunt habituri.* Uebertragung eines Gutes a. 1294 [28]) mit Einwilligung der Erben, *qui ius successionis per me in subscriptis bonis vel post me habere videbantur.* Stadtrechtsbuch für Wien a. 1435 [29]): *Alles das der Ene hat In gewer vnd auch In gewalt das verkaufft vnd verseczt der een wol an der enickel willen Vnd die weil sein sun lebt der Enickl vater wann alle die weil vnd er erlebt So schaffet er mit seinem willen sein guet wol wem er wil Vnd habent die enickel nach ir baider tod an dem selben guet kain recht Stirbt aber der kinder vater vnd das der een vnd die anen*

---

22) Walther in seinem vor 1560 (Mittermaier 1, 52 n. 12) verfassten Tractatus aureus juris Austriaci (herausgegeben als Anhang zu Suttinger's Consuetudines Austriacae) pag. 991 (ed. Norimbergae a. 1718): *Der Lands-Brauch vermag, wann einer ein liegendes Gut zu verkauffen Willens ist, dass er schuldig seye, dasselbige seinen gesippten Freunden anzufäilen, welche dann an einem solchen Gut vor männlich den Vorkauff haben, ob aber der Verkauffer den Freunden die Anfäilung nicht thät, und das Gut einem Fremden zu verkauffen gäb, so haben die Freund Fug und Macht in den Kauff einzustehen.*

23) Mittermaier 2, 509, Eichhorn 2, 642 n. c, Siegel E. 95.

24) Die nächsten Erben nach den Kindern sind wohl die Eltern; da es sich aber in diesem Art. um von den Eltern ererbtes Gut handelt, so wird eben deren Tod vorausgesetzt.

25) D. et A. 3, 381. — 26) D. et A. 11, 223 Nr. 244. — 27) D. et A. 3, 418. — 28) D. et A. 3, 351. — 29) Rauch 3, 195.

dannoch baide lebennt So stend die enickl an irs vater stat zu allem dem recht vnd der vater gestandn ist.

Sydow E. 198 verficht die Ansicht, dass nicht nur die zunächst berechtigten, sondern auch entfernter stehende eventuelle Erben in die Veräusserung einzuwilligen hatten. Er wurde zu dieser Ansicht durch die vielen Urkunden gebracht, in welchen Erben verschiedenen Grades gleichzeitig ihre Einwilligung zu Veräusserungen ertheilen[30]). Aus solchen Vorkommnissen ist jedoch noch kein sicherer Schluss zu ziehen. Die meisten dieser Urkunden sind zu Gunsten geistlicher Corporationen ausgestellt, und bereits Sydow E. 218 bemerkt, dass die Geistlichkeit alle möglichen, selbst überflüssige Vorsichten gebrauchte, um ihren Güterbesitz vor Anfechtung zu schützen. Daraus also, dass eine Person zu einer Veräusserung ihre Einwilligung gibt, folgt noch nicht, dass diese Person auch ein Recht gehabt hat, der Veräusserung entgegen zu treten. Mitunter wird dies sogar ausdrücklich gesagt. Verkaufsbrief a. 1221[31]) über ein Gut, welches der Eigenthümer *cum non haberet liberos* verkauft hat, wozu die später gebornen Kinder *licet ex superhabundanti tamen ad sufficientem cautelam* ihre Einwilligung ertheilen. Verkaufsurkunde a. 1263[32]): *Frater — cum sororibus — licet ad eos tam directe non pertineant consensu tamen suo emptionem eandem nichilominus firmauerunt.*

Folgerichtig war, dass man ganz unbeschränkt veräussern konnte, wenn man keine wartberechtigten Erben hatte. S. die oben bei n. 31 abgedruckte Stelle der Urk. a. 1221. Es wird daher in Vergabbriefen häufig hervorgehoben, dass man zur Zeit der Vergabung keine Erben habe; Urkk. a. 1250, 1274[33]).

---

[30]) Solche Urkunden finden sich auch in Oesterreich. So ertheilen ihre Einwilligung in die Veräusserung gleichzeitig Kinder und die übrigen Erben in Urkk. a. 1267 (M. Bo. 29, 2, 465 Nr. 90), 1269 (Pez Cod. 2, 116 Nr. 206), 1282 (Fischer Klostern. 2, 281 Nr. 104), 1312, 1313, 1324 (D. et A. 3; 599, 602, 633). Gleichzeitige Veräusserungsbewilligung der Mutter und der *couterini* in Urk. a. 1279 (D. et A. 11, 221 Nr. 241). Geschwister und, abgesondert davon erwähnt, die Erben consentiren in die Veräusserung in Urk. a. 1301 (D. et A. 3, 268). Eine Einwilligung des Sohnes und der Ganerben in Urk. a. 1297 (Fischer Klostern. 2, 309 Nr. 121).

[31]) Urkb. o. Enns 2, 630 Nr. 432.

[32]) D. et A. 3, 398.

[33]) Stülz Wilhering 523 Nr. 45, D. et A. 11, 191 Nr. 209.

2. Gegenstand des Wartrechts ist nur das unbewegliche Gut, das Eigen[34]); ausserdem werden noch die Unfreien dazu gerechnet[35]), welche überhaupt wie Eigen behandelt werden. Daher geschieht auch in einer Urk. a. 1299[36]) die Uebertragung eigener Leute an das Stift Kremsmünster mit gutem Willen aller Erben.

Unter dem Eigen war ursprünglich sowohl erkauftes, als ererbtes verstanden[37]), in späterer Zeit gestaltete sich für das erkaufte Eigen eine grössere Freiheit des Verkehres[38]). Das LR. hat in dieser Beziehung eine ganz besondere Theorie, die sich sonst nirgends findet. Es unterscheidet

a) von den Eltern oder Voreltern ererbtes Gut. Nur auf dieses Gut bezieht sich LR. 20, wie die Eingangsworte dieses Art. und der Gegensatz zum nächsten Art. beweisen. Für dieses Gut wird die Einwilligung der Erben unbedingt für nothwendig erklärt.

Im nächsten Art. 21 ist dann die Rede:

b) vom erkauften, und

c) von dem von anderen Personen als den Eltern im Erbwege überkommenen (anerstorbenen) Gute. Für diese beiden Arten von Gütern gelten die gleichen Bestimmungen; innerhalb Jahr und Tag nach der Erwerbung ist die freie Veräusserung gestattet[39]), nach dieser Zeit werden diese Güter dem von den Eltern ererbten Gute gleichgeachtet, und es wird daher auch die Einwilligung der Erben zu ihrer Veräusserung gefordert.

Aus dieser verschiedenen Behandlungsweise erklärt es sich, warum in den Urkunden meistens angegeben wird, ob das verkaufte oder verschenkte Gut Erb- oder Kaufgut ist, und warum bei Kaufgut mitunter von einer Einwilligung der Erben keine Rede ist, so z. B. in Urkk. a. 1377, 1380[40]), mitunter aber

---

34) S. Sp. 1. 21. 1, 1. 34. 1, 1. 45. 2, 1. 52. 1, Sch. Sp. 24, 39, 74, Richtst. 25, Sydow E. 182, Siegel E. 71.

35) Sydow E. 185.

36) Urkb. Kremsm. 155 Nr. 138.

37) So auch noch die Rechtsbücher; Siegel E. 69.

38) Siegel E. 70.

39) Die meisten Quellen dieser Zeit gestatten die Veräusserung von Kaufgut, ohne diese Berechtigung an eine Frist zu knüpfen, Sydow E. 183.

40) D. et A. 18, 375 Nr. 316, 380 Nr. 319.

wieder diese Einwilligung ausdrücklich erwähnt wird, Urkk. a. 1295, 1296, 1319[41]).

3. Verboten ist jede Veräusserungsart, sei es Schenkung oder onerose Veräusserung[42]). Es heisst ausdrücklich in LR. 21, dass man ohne Willen der Erben weder etwas geben, noch irgend etwas Anderes mit dem Eigen thun könne. In Urkk. finden sich daher auch Einwilligungen der Erben zu jeder Art von Veräusserungen, nicht nur zu Schenkungen und Käufen, sondern auch zu Tauschverträgen[43]), Verpfändungen[44]), Verzichtleistungen[45]) und Geschäften[46]).

4. Ausnahmen, in welchen das Veräusserungsverbot wegfiel, sind folgende:

a) Wenn Geschwister das von den Eltern ererbte Gut mit Verzicht (Fürzicht) getheilt hatten, so entfiel für die einzelnen Geschwister die Nothwendigkeit, die Zustimmung der übrigen Geschwister zu Veräusserungen ihres Antheiles einzuholen, LR. 20. In einer Urk. a. 1261[47]) heisst es von den abgetheilten Geschwistern, dass sie *ad omne reliquum patrimonium nostrum ceterorumque amicorum nostrorum nullum — respectum* haben sollen. Urtheilsbrief a. 1285[48]): *sentenciatum extitit et concessum, quod omnia sua bona proprietaria eque divisa per ius illud „fuerzicht“ vulgo dictum, ut supra tactum est, etiam invitis omnibus amicis coheredibus suis et absque impedimento quolibet cuiuscumque sive bona eadem in salutem et remedium anime sue in pios usus convertenda, aut alias quo dare voluerit licite et libere dare possit iuxta arbitrium liberum et libitum sue proprie voluntatis.* Urk. a. 1414[49]): *mit furtzicht — also das yeder tail seinen tail des egenanten hauses sol fürbas ledichleichen vnd*

---

41) D. et A. 21, 79 Nr. 72; 3, 354; 16, 56 Nr. 62.

42) Sydow E. 188, Siegel E. 93.

43) Urkk. a. 1209 (M. Bo. 29, 2, 280 Nr. 3), 1282 (Stülz Wilhering 552 Nr. 76), 1335 (D. et A. 18, 201 Nr. 177).

44) Siegel E. 94. Urkk. a. 1291 (Hormayr Wien 1, C Nr. 40), 1317 (M. Bo. 30, 2, 72 Nr. 262).

45) Urkk. a. 1350 (Urkb. Kremsm. 234 Nr. 223), 1371 (Fischer Klostern. 2, 398 Nr. 176).

46) Urkk. a. 1297 (Fischer Klostern. 2, 309 Nr. 121), 1310 (D. et A. 18, 132 Nr. 112), 1320 (D. et A. 3, 653).

47) D. et A. 1, 52 Nr. 50. S. auch Urk. c. 1290 in D. et A. 11, 267 Nr. 299.

48) D. et A. 6, 156.

49) D. et A. 18, 537 Nr. 435.

freileichen haben vnd allen seinen frumen damit schaffen, verchauffen, versetzen vnd geben, wem es well.

Kommt in Urkunden dennoch eine Einwilligung der Geschwister in die Veräusserung von mit Fürzicht getheiltem Gute vor [50]), so kann dies nur als eine jener überflüssigen Vorsichten angesehen werden, von welchen schon oben mehrere Beispiele hervorgehoben worden sind.

b) Im Falle der echten Noth ist eine Einwilligung der Erben nicht erforderlich, sondern die Veräusserung unbedingt gestattet [51]), LR. 20. Urtheilsbrief des Gerichts zu Tulln a. 1286 [52]): *Graeslinna in necessitatis legittime articulo constituta onere videlicet debitorum, et insuper paupertatis incomodis pregrauata, domum suam — vendidit — requisita prius per ipsam coram nobis dataque a nobis sententia, quod eandem domum, causa necessitatis predicte libere posset vendere, consensu liberorum suorum minime requisito.* Stadtrecht Wien a. 1296 [53]): *Wir haben auch gesetzet, ob ein man, oder ein wip, di an dem witibtum, oder an den chäuschen leben wellent beleiben, ze sölcher armvt gedeihen, daz si durch notdurft, ir erbe mvzzen verchauffen vnd hin geben, vnd ob ir erben, vnd ir vreunde, daz verchauffen, vnd daz hingeben versprechent, So suln, die Ratgeben vber div sache sitzen vnd vlizzichleich achten, daz der man oder daz wip ditzes gutes nicht vnpillicher verzerär oder vertvär sein, vnd ob si ir armvt an des selben gutes verchauffen, nicht verchömen mvgen, noch verzihen, ist daz also, so suln di ratgeben vnder der erben, oder vnder der vreunde danch, dise verchauffunge, der so geschiht mit der stat brieve vnd Insigel gäntzlich bevesten, vnd bestätigen.* Urtheilsbrief des Richters zu Klosterneuburg a. 1309 [54]): *Do wart im ertailet mit frage vnd mit vrtail mocht er mit den geltern vnd mit seinen erbern vmbsaezzen erzeln vnd bringen ehaft notdurft, daz er gelten solt die vorgenante gulte er verchauft oder*

---

50) Urkk. a. 1262 (D. et A. 11, 153 Nr. 162), 1317 (M. Bo. 30, 2, 72 Nr. 262).

51) Siegel E. 111.

52) D. et A. 1, 219 Nr. 49.

53) Hormayr Wien 2, XLVII. Beiläufig gleichlautend im Rudolfinischen Stadtrechtsprivileg bei Rauch 3, 12. Die Bestimmungen über die ehehafte Noth in den Wiener Stadtrechten a. 1340 und 1435 beziehen sich mehr auf das eheliche Güterrecht und die Rechte des überlebenden Gatten an dem hinterlassenen Vermögen, können also hier, wo es sich um das Erbrecht im Allgemeinen handelt, nicht näher besprochen werden.

54) D. et A. 10, 116 Nr. 125.

versaczt wol an alle irrunge, daz vorgenant sein haus. Ebenso ein Urtheil des Stadtrichters zu Klosterneuburg a. 1351 [55]).

Mit dem Worte „ehehaft" ist angedeutet, dass der Fall der Noth ein vom Gesetze anerkannter sein müsse. Solche Nothfälle sind überhaupt Leibesnoth, Hunger und Gefangenschaft [56]), hauptsächlich aber auch drückende Schuldenlast und Armuth. Urtheil a. 1286 s. oben bei n. 52. Urk. a. 1297 [57]): Das Wiener Stadtgericht erkennt an, Pilgram, *miles, conciuis noster* habe eine Gülte verkauft *propter multiformia debita — et ad supplendum vite sue inopiam, quod vvlgariter ehaft not dicitur.* Ganz gleichlautend Urk. a. 1298 [58]).

Zum Beweise der ehehaften Noth begnügen sich einige Rechtsquellen mit dem Beschwören derselben [59]), andere hingegen [60]) fordern einen weiteren Beweis; so LR. 20 den Beweis durch die Umsessen, und damit übereinstimmend das bei n. 54 angeführte Urtheil a. 1309. In anderen österreichischen Urkunden heisst es bald, dass die Noth durch den Eid, bald, dass sie durch Zeugen erwiesen worden sei. Urk. a. 1351 [61]): Leopold Gylig erscheint vor dem Richter von Korneuburg und *bestet mit seinen ayd erhaft not.* Dagegen aber Urtheilsbrief a. 1297 des Stadtrichters von Wien [62]): *ehaft not — sicut in presencia nostra approbauit evidentissime testimonio duorum credibilium virorum,* und ganz gleichlautend der bei n. 58 citirte Urtheilsbrief a. 1298. In dem oben bei n. 54 erwähnten Urtheilsbriefe a. 1309 heisst es weiter: *bracht der vorgenandt Rvger vor vns recht ehehaft notdurft mit den geltern vnd mit seinen erbern vmbsaezzen vnd mit aiden.*

§. 34. 3) Gewillkürte Erbfolge.

Nach dem ältern deutschen Rechte konnten Vergabungen auf den Todesfall nur in der Weise gemacht werden, dass man entweder dem Bedachten selbst [1]) oder einem Mittelsmanne (Saal-

---

55) D. et A. 10, 334 Nr. 342. — 56) Sch. Sp. 22, 375 I. — 57) D. et A. 1, 281 Nr. 114. — 58) D. et A. 8, 348 Nr. 77. — 59) Richtst. 27. 3, S. Distinctionen 1. 45. 3. — 60) Siegel E. 113. — 61) D. et A. 10, 334 Nr. 342. — 62) D. et A. 6, 257.

1) Beseler E. V. 1, 69. Urk. aus der Zeit Leopold's III. von Babenberg bei Meiller Reg. 15 Nr. 22.

mann, Treuhänder) ein dingliches Recht an dem zu vergabenden Gute einräumte, im letzten Falle mit der Verpflichtung dasselbe nach dem Tode an den eigentlich Bedachten weiter aufzulassen [2]). Nach und nach kam es auf, auch einseitige und widerrufliche Verfügungen auf den Todesfall zu treffen [3]). Der S. Sp. kennt diese letzte Art von Vergabungen wahrscheinlich [4]) noch nicht [5]); im Sch. Sp. [6]) hingegen werden beide Arten von Vergabungen als neben einander bestehend hingestellt und die einseitigen Verfügungen wurden besonders für die fahrende Habe die gewöhnliche Art der Vergabung auf den Todesfall [7]).

Der Ausdruck Geschäft geht nun auf beide Arten von Vergabungen, und ist nicht nur auf die einseitigen letztwilligen Verfügungen beschränkt [8]), wenn er auch vorzugsweise nur von Letzteren gebraucht wird. *Testamentum* hingegen wird gewöhnlich [9]) nur von einseitigen Verfügungen gebraucht [10]).

In Oesterreich finden sich zahlreiche Beispiele von Geschäften und Testamenten [11]), nur ist es im einzelnen Falle nicht immer klar, unter welche Gattung von Vergabungen sie zu subsummiren sind.

LR. Art. 26 erwähnt ebenfalls die Geschäfte und gestattet, mittels derselben über die fahrende Habe zu verfügen. Ob beim Vorhandensein von Kindern über die in Ermanglung eines Geschäftes der Frau zufallende fahrende Habe auch zu Ungunsten der Kinder verfügt werden könne, ist in LR. nicht ausgesprochen. Nach dem Sch. Sp. [12]) werden Geschäfte über fahrende Habe

---

[2]) Beseler E. V. 1, 277. Beispiele in den Codices traditionum der verschiedenen Klöster, z. B. im Codex traditionum von Klosterneuburg, D. et A. 4.

[3]) Ueber ihren Ursprung s. Siegel E. 138. Die Frage, inwiefern das römische Recht hierauf Einfluss hatte, wird verschieden beantwortet, s. Mittermaier 2, 587 und Beseler E. V. 1, 252.

[4]) Beseler E. V. 1, 250.

[5]) Sydow E. 16.

[6]) Sch. Sp. 22, Beseler E. V. 1, 142.

[7]) Beseler E. V. 1, 155.

[8]) Sch. Sp. 22, Zöpfl RG. 824.

[9]) Es kommt jedoch auch vor, dass dieses Wort in anderer Bedeutung gebraucht wird, Mittermaier 2, 587 n. 2.

[10]) Beseler E. V. 1, 248.

[11]) A. 1292, 1293, 1294, 1302 (D. et A. 18, 85 Nr. 69; 3, 406; 11, 271 Nr. 304; 3, 237 und 322), 1303 (Notizenbl. 1852, 374), 1305 (D. et A. 3, 368) u. s. w.

[12]) Ueber dessen Inhalt Sydow E. 304.

nur dann gestattet, wenn keine Kinder vorhanden [13]) oder wenn alle ausgesteuert [14]) sind. Mit dieser Bestimmung wäre das LR. in Einklang zu bringen, wenn man in dem letzten Satze des Art. 26 nur die Verfügung sehen wollte, dass es dem Manne gestattet ist, das nach Intestaterbrecht seiner Frau zufallende bewegliche Vermögen den Kindern zuzuwenden [15]).

Ausserdem erwähnt das LR. nur noch in Art. 26, dass die ungleiche Behandlung der Kinder verschiedener Ehen durch Geschäft aufgehoben werden könne.

Bei Verfügungen von Todeswegen über unbewegliche Sachen war, ebenso wie bei Verfügungen unter Lebenden, stets die Einwilligung der Erben erforderlich [16]).

In städtischen Privilegien wird das Recht zu testiren mit mehr oder weniger Ausdehnung ertheilt [17]). Ziemlich allgemein wird darin das Recht zu testiren in Ermanglung von Frau und Kindern anerkannt, so im Stadtrechte für Enns a. 1212 [18]): *Si vero is qui moritur, non habet uxorem uel liberos, in ordinatione ipsius consistant bona sua;* und damit gleichlautend in den Stadtrechten für Wien a. 1221 und 1244 und für Haimburg a. 1244 [19]). Im Neustädter Stadtrechte §. 80 hingegen wird den Bürgern die freie Verfügung über ihre beweglichen Güter selbst beim Vorhandensein von Frau und Kindern eingeräumt: *Statuimus etiam, quod quicumque civium moriatur, si uxorem habeat vel liberos, in voluntaria ordinatione sua consistant omnia mobilia bona sua, dummodo a probis viris visus fuerit sanae mentis.* Die Testirfähigkeit

---

13) Sch. Sp. 14, 166.

14) Sch. Sp. 162, 163.

15) Zur fahrenden Habe wird auch das Recht der Hausgenossenschaft gerechnet, und gestattet, darüber letztwillig zu verfügen: *Vnd ob geschech das ain hausgenoss an gescheft abgieng, so sol sein hausgenossschafft geuallen seinem eltern Sun.* (Aus dem Münzbuche Albrecht's des Eberstorfers in Chmel Geschichtsf. 1, 425 ff.)

16) S. oben §. 33 n. 46 und Siegel E. 98.

17) Mittermaier 2, 592 n. 34. S. auch die Urkunde für Troppau a. 1464 §. 1 in Gengler St. R.

18) A. f. K. ö. G. 10, 98.

19) A. f. K. ö. G. 10; 105, 136, 144. Ebenso auch das Brünner Stadtrecht a. 1243 §. 31 (Rössler R. D. 2, 353). Darüber, ob das Iglauer Stadtrecht Art. 4 und das Prager Rechtsbuch Art. 108 (Rössler R. D. 1, 132) dieselbe Bestimmung enthalten, s. Tomaschek D. R. 206.

wird den Neustädtern dann auch im Privilegium Königs Rudolf I. a. 1277 [20]) bestätigt: *Item quilibet Civium in extremis positus, liberam ordinandi de rebus suis habeat facultatem, jure tamen domini sui, uxoris, heredum et nostro in omnibus reservato.*

VI. ABTHEILUNG.

STRAFRECHT.

§. 35. 1) Allgemeine Lehren.

Von den allgemeinen Lehren des Strafrechts kommt in LR. nichts vor, als das in Art. 6 ausgesprochene Princip der Talion, welches sich auch in den gleichzeitigen Rechtsquellen der angrenzenden Länder [1]) und in den sämmtlichen babenbergischen und späteren österreichischen Stadtrechten findet. So im Enner Stadtrechte a. 1212 [2]), in welchem für Verstümmlungen Geldstrafen und bei Zahlungsunfähigkeit die Talion angedroht wird; daraus wiederholt in den Wiener Stadtrechten a. 1221, 1244, 1278 und 1340 [3]) im Haimburger Stadtrechte [4]) und im Stadtrechte v. Neustadt §. 19.

In LR. wird ferner auch angedeutet, dass Leib und Leben mittelst einer Busse gelöst werden können [5]). Es sind in dieser Beziehung die verschiedenen Arten von strafbaren Handlungen zu unterscheiden [6]):

1. Eigentliche Verbrechen (Ungerichte), bei welchen die Strafe an den Leib (entweder an das Leben oder an die Hand) geht [7]). Diese unterscheiden sich wieder in die sogenannten

---

[20]) Pez Cod. 2, 132 Nr. 222.

[1]) Sch. Sp. 176a, 201b. Baierischer Landfrieden a. 1244 (A. f. K. ö. G. 1, 1, 52) und Stadtrecht f. Brünn a. 1243 §. 9 (Rössler R. D. 2, 345).

[2]) A. f. K. ö. G. 10, 97.

[3]) A. f. K. ö. G. 10, 101 und 133, Bischoff Stadtr. 181, Rauch 3, 41.

[4]) A. f. K. ö. G. 10, 140.

[5]) Zöpfl RG. 944. — [6]) Zöpfl RG. §. 130. — [7]) Walter 771.

hohen Wrogen, bei welchen die Leibesstrafe jedenfalls einzutreten hatte und eine Lösung nicht zugelassen wurde, und in Verbrechen, bei welchen eine Lösung möglich war. Welche Verbrechen zu der ersteren Gattung gehören, wird in den einzelnen Rechtsquellen verschieden angegeben. LR. 8 kennt deren nur drei, Strassenraub, Mord und Diebstahl; von der Nothzucht, welche den hohen Wrogen meistens beigezählt wird, erklärt LR. 7, dass sie durch Busse ablösbar sei, sie gehört also zu der zweiten Art von Verbrechen.

Bei den Verbrechen der zweiten Kathegorie hing es jedoch nicht von dem Willen des Verbrechers ab, ob er sich durch die Busse lösen wolle; dies konnte vielmehr nur dann geschehen, wenn der Richter und der Verletzte damit einverstanden waren, da jeder von ihnen die Berechtigung, keiner aber die Verpflichtung hatte, die Busse anzunehmen [8]). In LR. 6 wird daher auch gesagt, dass durch „Gut und Bitte“ gelöst werden könne. Unter der Bitte kann nur die Bitte an Kläger und Richter verstanden werden, die Lösung anzunehmen, so dass also auch hier die Annahme der Lösung als eine Gnadensache betrachtet wird.

Häufig geschah es, dass der Richter, um seine Einkünfte an Gerichtsgefällen zu vermehren, die Busse annahm, ohne die Einwilligung des Verletzten einzuholen. Gegen diesen Missbrauch spricht sich LR. §. 42 aus, wornach kein Richter ungerechten Wandel nehmen soll; ein Artikel, der übrigens auch eine weitergehende Bedeutung hat und überhaupt dem Missbrauche der richterlichen Gewalt zu steuern sucht.

2. Geringere Delicte, vorzugsweise Frevel genannt [9]), sind solche, welche durch Geldzahlungen an den Verletzten und den Richter gesühnt wurden. Hier musste also die in der Geldstrafe bestehende Lösung des Verbrechers angenommen werden.

§. 36. 2) Einzelne Delicte.

1. Mord, LR. 8, und Todtschlag [1]), LR. §. 44, ist die erste der hohen Wrogen, bei welchen eine Lösung nicht gestattet wird. Der Mord ist nach Landesgewohnheit zu richten, LR. 8, also

---

8) Walter 754, Hälschner St. R. 44. — 9) Walter 771 n. 4.

1) Ueber den Unterschied zwischen beiden s. Zöpfl RG. 949.

wohl unter Zugrundelegung des Princips der Talion mit dem Tode zu bestrafen. Dies wird ausgesprochen in S. Sp. 2. 13. 4 und Sch. Sp. 174 a, wornach der Mörder gerädert, und S. Sp. 2. 13. 5, wornach der Todtschläger enthauptet wird [2]).

Zur Ueberweisung sind nach Sch. Sp. 100 c, wie überhaupt bei allen Verbrechen, deren Strafe an den Leib geht, sieben Zeugen erforderlich. Speciell für den Mord wird dies ausgesprochen S. Sp. 1. 66. 1, LR. 8 und Stadtr. v. Neust. §. 1 [3]).

2. Strassenraub, welcher nach Sch. Sp. 42 nur an gewissen Personen begangen werden kann (*Man beget an niemen den rechten strazrovp wan an drierhande livten, an phafen, vnd an bilgerinen, vnd an kovfliten*), ist nach Landesgewohnheit zu bestrafen, LR. 8, das ist mit dem Tode, nach S. Sp. 2. 13. 5 durch Enthauptung, nach Sch. Sp. 42 (falls das geraubte Gut mehr als 5 Schillinge werth ist) durch den Strang [4]).

Die Ueberweisung geschieht, wie bei dem Morde, durch sieben Zeugen [5]).

3. Vom Diebstahle heisst es LR. 8 ebenfalls, dass er nach Landesgewohnheit zu richten sei. Nach S. Sp. [6]) und Sch. Sp. 174 a ist die Strafe für Diebstähle in grösseren Beträgen das Hängen. Wie gross der Betrag sein müsse, damit der Diebstahl als ein todeswürdiges Verbrechen angesehen werde, wird verschieden bestimmt. Wir heben hier nur hervor, dass dieser Betrag in S. Sp. auf 3 und in Sch. Sp. auf 5 Schillinge festgestellt ist.

Die Ueberweisung hat gleichfalls durch sieben Zeugen zu erfolgen.

---

2) Vergl. über den Mord auch die Bestimmungen des Ennser Stadtrechts a. 1212 (A. f. K. ö. G. 10, 96), der Wiener Stadtrechte a. 1221, 1244, 1278 und 1340 (A. f. K. ö. G. 10; 100, 132, Bischoff Stadtr. 178, Rauch 3, 37), dann des Hainburger Stadtrechts a. 1244 (A. f. K. ö. G. 10, 138) und Stadtr. v. Neust. §. 1.

3) S. auch Prager Statuten §. 50 (Rössler R. D. 1, 34) und Brünner Stadtrecht a. 1243 §. 3 (Rössler R. D. 2, 342).

4) Die verschiedenen reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Raub gut zusammengestellt bei Tomaschek D. R. 241.

5) Genaue Bestimmungen hierüber enthält das Iglauer Stadtr. §. 47 (Tomaschek D. R. 240).

6) S. Sp. 2. 13. 1, 2. 28. 3, 2. 39. 1.

4. Unrechtes Mauth- oder Zollnehmen wird im Landfrieden a. 1235 §. 8[7]) mit der Strafe des Strassenraubes bedroht: *Swer die zolle nimet anders denn sol ze reht, oder an einer andern stat, denne da er uf gesetzet ist, man sol in haben fur einen strazrouber.* Spätere Landfrieden wiederholen diese Anordnung. Landfrieden Ottokar's für Oesterreich[8]): *Swer daruber dehaein zol oder dehein ungelt nimpt in dehaein stat oder auf dehaein strazze, uber den sol man rihten sam uber aeinen strazzrauber.* Ebenso die späteren Reichslandfrieden a. 1281, 1287, 1290, 1292 und 1303[9]) und auch LR. Art. 57 und §. 43[10]). Der österreichische Landfrieden Rudolf's I. a. 1276[11]) enthält folgende Bestimmung: *Item auctoritate imperiali tollemus et finaliter irritamus omnes mutas, thelonea, vectigalia, et pedagia, de novo imposita per aquas et per terras, antiquis secundum terrarum consuetudinem ab antiquo hactenus observatam in suo robore duraturis; alioquin contrafaciens se sciat nostra gratia cariturum, et secundum quod nostra providentia dictaverit, puniendum.*

5. Nothzucht. LR. 7 bedroht dieses Verbrechen ebenfalls mit der Strafe nach Landesgewohnheit. Dies ist nach den meisten mittelalterlichen Rechtsquellen die Enthauptung des Nothzüchters[12]), wie auch die österreichischen Stadtrechte allgemein erklären, dass die Nothzucht mit dem Tode zu bestrafen sei; Stadtrechte von Enns a. 1212[13]), von Wien a. 1221, 1244, 1278 und 1340[14]), von Haimburg 1244[15]) und Stadtr. v. Neust. §. 57[16]). Dasselbe verordnet auch der Landfrieden a. 1230[17]). Der Sch.

---

7) M. G. 4, 577.

8) A. f. K. ö. G. 1, 1, 57.

9) M. G. 4; 434, 437, 450, 456, 459 und 482.

10) Nach dem Iglauer Stadtr. §. 94 (Tomaschek D. R. 294) ist die Strafe viel geringer.

11) M. G. 4, 411.

12) S. Sp. 2. 13. 5. Ueber grausamere Strafen s. Grimm, über die Nothnunft an Frauen in Z. f. d. R. 5, 23.

13) A. f. K. ö. G. 10, 97.

14) A. f. K. ö. G. 10; 103, 134, Bischoff Stadtr. 185, Rauch 3, 44.

15) A. f. K. ö. G. 10, 142.

16) Die deutsch Geschriebenen unter diesen Stadtrechten bezeichnen die Enthauptung als die anzuwendende Todesart, so das Haimburger, das Wiener a. 1340 und der deutsche Text des Neustädter Stadtrechts (Würth p. 81 n. 5).

17) M. G. 4, 267 §. 6. Ebenso auch Stadtr. v. Iglau (Tomaschek D. R. 248), Stadtrechte von Prag und von Brünn (Rössler. R. D. 1, 124; 2, 228).

Sp. unterscheidet je nachdem die Genothzüchtigte eine Jungfrau war oder nicht; im letzteren Falle ist der Nothzüchter zu enthaupten (174a, 254, 311), im ersteren hingegen lebendig zu begraben (254, 311). Der baierische Landfrieden a. 1244 und der Straubinger Landfrieden[18]) modificiren dies dahin, dass nicht nur der Nothzüchter einer Jungfrau, sondern auch der einer ehrbaren Frau lebendig begraben werden solle.

S. Sp. 2. 6. 41 fordert, dass die Klage mit Gerüfte erhoben werde, dasselbe sagt auch das Prager Rechtsbuch Art. 88[18a]). In österreichischen Rechtsaufzeichnungen wird dagegen eine Frist zugestanden; das Gerüfte musste nämlich nicht allsogleich erhoben werden, sondern es wurde gestattet, damit durch 14 Tage zu warten. Dies ist der Sinn des Stadtr. v. Neust., wenn es §. 57 cit. heisst: *Si mulier post vim et coactionem suam ad judicium non venerit infra dies quatuordecim querelando, tunc non ulterius audiatur.* Das Brünner Schöffenbuch sagt daher in cap. 488[19]): *Ad terrorem autem oppressorum, quod a dicto scelere sibi caveant, est terminus in hujusmodi querimonii ad dies XIV prolongatus.* Diese vierzehntägige Frist zur Klage findet sich auch in den Wiener Stadtrechten a. 1221, 1244, 1278 und 1340[20]) und im Haimburger Stadtrechte a. 1244[21]). LR. Art. 7 spricht von keiner solchen Frist, LR. §. 6 hingegen räumt eine sonst nirgends vorkommende Frist von einem Monate zur Klageerhebung ein. Dagegen hob eine Sententia a. 1293[22]) alle derartigen zeit-

---

18) A. f. K. ö. G. 1, 1, 50 und 66.

18a) Rössler R. D. 1, 125.

19) Rössler R. D. 2, 228.

20) A. f. K. ö. G. 101, 103 und 134, Bischoff Stadtr. 185, Rauch 3, 44.

21) A. f. K. ö. G. 10, 142.

22) M. G. 4, 460. — Man könnte geneigt sein, hierin den Beweis zu finden, dass das LR. vor 1293 niedergeschrieben worden sei. Es lässt sich nicht läugnen, dass dieser Urtheilspruch als ein Argument dafür angeführt werden kann. Ganz zweifellos wird die Sache dadurch jedoch noch nicht, denn die Entwicklung des Rechts ist bei Weitem nicht immer stätig gewesen, und es kommt mitunter vor, dass kaiserliche Urtheilsprüche ergingen, welche, wenn sie gegen das Landesrecht waren, keine Beachtung fanden. So wird ja auch noch im Wiener Stadtrechte a. 1340 die vierzehntägige Frist zur Klaganstellung in directem Widerspruche mit dem angeführten Urtheile eingeräumt. Ein ähnliches Beispiel der Ungleichmässigkeit der Rechtsentwicklung liegt auch in Folgendem. Frühere Gesetze sprachen sich allgemein dahin aus, dass gemeine Weiber

lichen Beschränkungen der Klagsanbringung auf: *quod mulier vi oppressa temporis lapsu 20, 30, 40, 50 vel 60 annorum nullatenus impeditur, quin iniuriam sue oppressionis coram suo judice valeat exercere — quod nulla constitutio municipalis vel civium ordinacio seu eorum diffinicio in casu superius expresso regali sententie poterit aliquale preiudicium generare.*

In LR. wird ferner das Erheben der Klage mit Geschrei zwar nicht gefordert, aber doch begehrt, dass die vorgebrachten Zeugen das Geschrei gehört haben; denn es ist die Regel, dass nur dann von einer Nothzuchtsklage die Rede sein könne, wenn das Weib bei der Begehung der That geschrien hatte, indem man sonst eine freiwillige Einwilligung in die Beiwohnung annahm[23]). Von den Zeugen, welche zum Beweise der Nothzucht gefordert wurden, heisst es daher meistens, dass sie die Nothzucht gehört haben mussten.

Zum Beweise der Nothzucht werden nach österreichischem Rechte meistens zwei[24]) Männer als Zeugen gefordert. So wohl schon nach dem Ennser Stadtrechte a. 1212[25]), welches von *testimonio duorum* spricht, dann nach den Stadtrechten von Wien a. 1221, 1244, 1278 und 1340[26]) und von Haimburg a. 1244[27]).

---

die Nothzuchtsklage nicht erheben konnten; so die Satzung a. 1192 und die Stadtrechte von Enns a. 1212 und Wien a. 1221 (A. f. K. ö. G. 10; 95, 97, 103). Später machte sich die Rechtsanschauung des Sachsenspiegels (S. Sp. 3. 46. 1, ähnlich Sch. Sp. 311) in Oesterreich geltend, dass auch gemeine Weiber die Nothzuchtsklage anstellen können; Stadtrechte von Wien und Haimburg a. 1244 (A. f. K. ö. G. 10; 134, 142). Das spätere Wiener Recht hingegen kehrte wieder zur älteren Rechtsanschauung zurück, so die Stadtrechte a. 1278 (Bischoff Stadtr. 185) und 1340 (Rauch 3, 44). Damit stimmt auch das Iglauer (Tomaschek D. R. 250), Prager (Rössler R. D. 1, 124) und Brünner Recht (Rössler R. D. 2, 357) überein, während das aus dem 14. Jahrhunderte stammende (Bischoff Stadtr. 205) Stadtr. v. Neust. §. 57 den gemeinen Weibern das Klagerecht wieder ertheilt.

23) Brünner Schöffenbuch (Rössler R. D. 2, 228): *semper cum virgo vel mulier querimoniam vult obtinere, debet specialiter probare clamorem se fecisse. Si enim non clamaverit, sed tacuerit, videbitur voluntarie consensisse.*

24) Nach baierischen Landfrieden (A. f. K. ö. G. 1, 1, 50 und 66) sind vier Zeugen nothwendig.

25) A. f. K. ö. G. 10, 97.

26) A. f. K. ö. G. 10; 103, 134, Bischoff Stadtr. 185, Rauch 3, 44.

27) A. f. K. ö. G. 10, 142.

Nach dem Iglauer Stadtrechte [28]), sowie nach dem Prager [29]) und Brünner Rechte [30]) genügt sogar das Zeugniss eines Mannes, wenn die Nothzucht auf dem Felde geschehen ist. Nach LR. 7 hingegen konnte einer der beiden Zeugen eine Frau sein. Ueber diese Zulassung von Weibern zum Zeugenbeweise s. §. 55.

Gegen einen solchen Beweis wurde regelmässig die Reinigung zugelassen, durch Gottesurtheil, wie in den Stadtrechten von Enns a. 1212 und von Wien a. 1221, oder falls gar kein Beweis erbracht worden ist, durch den Eid; Wiener Stadtrechte a. 1244, 1278, 1340 und Haimburger Stadtrecht a. 1244 [31]). Gegen sieben Zeugen jedoch wird eine Reinigung nicht gestattet, Stadtrechte von Enns a. 1212 und Wien a. 1221 [32]).

Zum Schlusse ist noch zu bemerken, dass nach LR. 7 auch bei der Nothzucht der falsche Ankläger in dieselbe Strafe verfällt, welche der überwiesene Angeklagte zu erleiden gehabt hätte.

§. 37.

6. Münzvergehen. Als solches wird erklärt das Irren der landesherrlichen Münze, LR. §. 36, und das Fälschen landesherrlicher Pfennige, LR. 56. Unter dem Irren der Münze dürfte neben der Münzverfälschung [1]) auch das häufig als strafbar erklärte Besitzen falscher Münze verstanden sein, da dies bei Auffindung einer grösseren Menge als vermuthete Münzverfälschung angesehen wurde [2]). Die Strafe ist nach LR. §. 36 an Leib und Gut, und damit stimmen die beiden Spiegel überein,

---

[28]) Tomaschek D. R. 248.

[29]) Rössler R. D. 1, 124.

[30]) Rössler R. D. 2, 357.

[31]) Nach den angeführten Stellen der Iglauer, Prager und Brünner Rechte sind, falls die Klage allsogleich nach der That mit Spuren der Gewalt geschehen ist, zur Reinigung zwei Zeugen erforderlich, sonst genügt der Alleineid.

[32]) Ebenso das Iglauer Stadtrecht und die Brünner Rechte (Rössler R. D. 2, 228).

[1]) Die Münzverfälschung wird in den meisten Landfriedensgesetzen verboten; Landfrieden Ottokar's (A. f. K. ö. G. 1, 1, 57), Landfrieden a. 1235 §. 9 und die späteren Reichslandfrieden (M. G. 4; 434, 438, 450, 456, 459, 482, 578).

[2]) S. Sp. 2. 26. 2, Sch. Sp. 192 a, Iglauer Stadtrecht §. 13 (Tomaschek D. R. 217), Prager Recht (Rössler R. D. 1, 114). Hälschner St. R. 41.

nach welchen dem Besitzer einer grösseren Menge falscher Münzen die Hand abgeschlagen wird.

Ueberweisung: mit der handhaften That oder durch Zeugen.

7. Handfriedensbruch. Ausser den allgemeinen Friedensbrüchen, als welche alle Ungérichte angesehen wurden [3], gibt es noch Friedensbrüche im engeren Sinne, d. h. Friedensbrüche unter besonderen Umständen. Solche kommen vor [4]: a) wenn ein vom Richter gebotener, b) wenn ein von den Parteien gelobter, und c) wenn ein von der Reichsgesetzgebung gesetzter besonderer Friede gebrochen wird [5]).

Der in den Reichsgesetzen häufig besprochene Handfriedensbruch ist nun der Bruch eines von der Partei beschworenen Friedens. Landfrieden a. 1234 [6]: *Item statuimus, quod si quis treugas datas violaverit, si cum ipso in cuius manum treuge fuerant compromisse, et cum duobus aliis synodalibus hominibus treugas violatas esse convincere potuerit et testari, violator manum perdat.* Der Landfrieden a. 1235 wurde dann in diesem Punkte, wie in so vielem Anderen das Muster für die spätere Gesetzgebung. Seine in §. 3 [7] enthaltene Bestimmung über die Bestrafung des Handfriedensbruches findet sich wörtlich [8] in den meisten [9] folgenden Landfrieden der Reichsgesetzgebung, im Ottokar'schen Landfrieden für Oesterreich [10] und darnach auch in LR. 63. Der

---

[3]) Walter 791.

[4]) Hälschner St. R. 32.

[5]) Landfrieden a. 1230 §. 4 (M. G. 4, 267): *Quicunque contra pacem ordinatam aliquem occiderit, capite plectetur. Si aliquem vulneraverit, manum perdat. Si aliquem percusserit cum sanguinis effusione, 60 solidos iudici componet, et secundum conditionem suam laeso satisfaciet. Si vero res non habuerit de quibus satisfaciat, excorietur.*

[6]) M. G. 4, 301.

[7]) M. G. 4, 575.

[8]) Der einzige Unterschied besteht darin, dass in den Landfrieden a. 1235 und 1281 von des Kaisers Hulden und davon die Rede ist, dass man durch Uebertretung der Verordnung dem Richter und dem Kaiser die Hand schuldig werde, während der Ottokar'sche Landfrieden, das LR., der Landfrieden a. 1287 und alle späteren Landfrieden an die Stelle von Kaiser das Wort „uns" setzen. S. §. 5.

[9]) Alle mit Ausnahme des Regensburger a. 1281 (M. G. 4, 428), dessen §. 30 zwar auch die Bestimmungen des Landfriedens a. 1235, aber mit anderen Worten enthält.

[10]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 56.

Handfriedensbrecher ist nach diesen Bestimmungen in die Acht zu setzen. War dann der Friedensbruch durch ein todeswürdiges Verbrechen (Mord) geschehen, so war eine Lösung nicht möglich, daher der Verbrecher nicht aus der Acht gelassen werden konnte, sondern die Todesstrafe zu gewärtigen hatte [11]; bei minder schweren Verletzungen des Friedens hingegen war durch die Einwilligung des Richters und des Verletzten eine Lösung und damit auch ein aus der Acht Lassen ohne Todesstrafe möglich.

Der Beweis wird durch den Eid des Verletzten, oder (im Falle des Mordes) seines klagenden Verwandten, und mit zwei Zeugen geführt.

In diesen Verordnungen ist auch noch die weitere Bestimmung enthalten, dass der Richter, wenn er den Verletzer des Handfriedens ohne den Willen des Verletzten aus der Acht lässt, zur Strafe die Hand verliert. Diese Anordnung erinnert an S. Sp. 2. 13. 8, wornach der Richter, welcher bei einer Klage um Ungericht das Recht verweigert, derselben Strafe schuldig wird, die der Angeklagte hätte erleiden müssen [12]. Dieselbe Strafe, wie den Richter, trifft dann auch den, vor welchem der Handfrieden gelobt worden ist, wenn er das Zeugniss hierüber verweigert.

8. Einigungen, sei es beschworene oder unbeschworene, zu anderen als erlaubten und gemeinnützigen Zwecken werden in LR. §. 63 ebenfalls bei der Strafe des Landfriedensbruches verboten. Dieses Verbot findet sich für Oesterreich auch im Landfrieden c. 1281 [13]: *Wir binden vnd setzen ouch in diesen aufsatz er sei hoh oder nider, swer der ist, der sich in ein ainunge zu dem andern gesatzt hat mit eiden oder mit gelübden, oder mit brieuen, oder mit widerwette, oder swie die bant heizzen, die von ieman auf ein einunge ergangen sein, daz diuselben gelubde und deuselben bant gar ledich sein, vnd ouch gar auferhaben, so daz nieman mer deheiner einunge zu dem andern gebunden sei, want alle, die in dem Lande sint, die sol zu einander binden diser Lant-*

---

[11]) Wie das von den Friedebrechern im Allgemeinen in S. Sp. 2. 13. 5 und in Sch. Sp. 174 a bestimmt wird. Für den gelobten Frieden s. Sch. Sp. 266.

[12]) Vergl. Iglauer Stadtr. §. 15 und die Anmerkungen dazu bei Tomaschek D. R. 219.

[13]) Kurz Ottokar 2, 190 Nr. X.

fride, so daz sein einen iglichen man genugen sol, Darzu hat iz ouch der Römisch Chunich Rudolf mit vrag vnd mit vrteil erlanget, vnd ervolget, daz alle ainung, vnd alle die bant, die dehein ainung gemachen mochten, füder suln sein vnder herren vnd vnder armen in den Steten vnd in allem dem Lande. Swer sich ouch nu in disem Lantfride mit deheiner slahte gelubde, oder mit deheinen banden zu dem andern satzte, er sei hoh oder nider, den sol der Landesherre für sich gebiethen, mag er sich sein vor ihm niht entreden, nach der Lantherren vrtail oder nach ir rat, so sol man vber in rihten als vber einen man der den Lantfride vnd disen aufsatz zebrochen hat.

Von den österreichischen Stadtrechten verordnet das von Neustadt §. 55 in dieser Beziehung: *Uns geuellet auch wol, daz dev Hantwercher vnd auch dev Arbaitter, als sind Sneider* u. s. w. — *daz dieselber geselschaft vnd pruderschaft der samung vnd de gemain der Stat zu chainem merkchleichen vnd scheinleichem schaden oder vngemach oder peswerung icht wachse oder gedeiche. Ist auer daz dev ainung oder solichev Pruderschaft gemeynen schaden tut vnd pringt der Stat vnd auch den lewten, so schol man sev fuderlazzen gen von den gesworen purgern dez Rates vnd schol da nichtz wider sein* [14]. Für Wien verbietet das Stadtrecht a. 1278 §. 46 [15]: *omnium mechanicorum, carnificium etc. uniones singulas strictius inhibemus, qui vero contrarium fecerint, per judicem civitatis et consules puniantur.* Das Stadtrecht a. 1340 wiederholt dann dieses Verbot, setzt jedoch hinzu [16]: *an die hausgenozzen, vnd die loubenherren, der aynung sol sein, als si von alten fursten ist recht gewesen.* Stadtordnung Rudolf's IV. a. 1361 [17]: *Wir wellen ouch daz — all Zeche, vnd Aynung, die in der Stat, vnd in den Vorsteten ze Wienn, vnder Purgern, Choufleuten, Arbaittern, Hantwerchern da her chomen sein, fürbaz genczleich abeein, vnd nicht mer beleiben, noch behalten werden.*

---

[14]) Deutsche Uebersetzung dieses Stadtr. bei Würth 78.

[15]) Bischoff Stadtr. 193.

[16]) Rauch 3, 54. Vergl. auch das decretum pro sartoribus a. 1340 und die jura lanionum Vindobonensium a. 1350 (Rauch 3, 64 und 67).

[17]) Kurz Rudolf IV. 365 Nr. 12.

§. 38.

9. Wiederholt kommt es in den Reichsgesetzen vor, dass die Beherberung eines geächteten oder übersagten Mannes mit der Strafe, welcher der Beherbergte unterliegt, bedroht wird. Auch soll das Haus des Beherbergers, ja sogar, wenn eine Stadt sich der Beherbergung schuldig gemacht hat, die ganze Stadt zerstört werden.

Hinsichtlich der Geächteten enthält dies die Sententia de feodis et receptatoribus proscriptorum a. 1219 [1]: *Item quesivit et obtinuit, quod quicunque aliquem proscriptum vel banitum postquam a suo iudice fuerit denunciatus et interdictus receperit, et conscilium vel adiutorium dederit, eandem penam in persona, domo, ac rebus aliis pati debet et subire, que ipsi proscripto seu banito de iure debetur.* Landfrieden a. 1235 §. 14 [2]: *Wir setzen und gebietten, das nieman gehalte noch herberge wissentlich deheinen ächter, wer das tůt, wirt er des überwunden als recht ist, er ist in den selben schulden, und sol man über in richten als über einen ächter; entredet er sich mit siben semparen* (al. *scheinper*) *mannen ze den heiligen, das er nicht wisse das er ein ächter war, er sol unschuldig sin. — über den wirt der in gehalten hatt, über den sol man richten als über einen ächter und sol sin huse zerfüren. Ist die stat umgemuret, sy sol der richter brennen* (wenn die Stadt sich der Beherberung schuldig gemacht hat). Aehnlich der Ottokar'sche Landfrieden für Oesterreich [3] und Sch. Sp. 137 c [4]. Der Hauptsache nach übereinstimmend mit dem Landfrieden a. 1235 sind auch die späteren Reichs-Landfrieden [5].

Ueber die Beherbergung des eines Verbrechens überwiesenen (übersagten) Mannes sagt der Landfrieden a. 1287 §. 41 [6]: *Ez sol ouch die lute nieman behalten odir behusen die nu ubirseit sint oder ubirseit werdent die schedelich sint dem lande. Swer sie aber innerthalb ahte tage dar nach so sie ime virbotten*

---

1) M. G. 4, 234. — 2) M. G. 4, 580.

3) A. f. K. ö. G. 1, 1, 58 und 60.

4) Noch strenger sind die baierischen Landfrieden in A. f. K. ö. G. 1, 1, 47 und 65, nach welchen sogar die Familie des Beherbergers bestraft werden kann.

5) M. G. 4; 429, 434, 438, 451, 456, 459, 482.

6) M. G. 4, 452.

werdent[7]) *niht in lieze, der sol den lantfriede gebrochen han und in die vor genanten pene vallen ahte und ban.* Damit stimmen dann auch die Landfrieden a. 1290, 1292 und 1303[8]) überein.

LR. §§. 57 und 62 enthält das Recht der Reichsgesetzgebung; ebenso die speciell österreichischen Landfrieden. Oesterreichischer Landfrieden a. 1276[9]): *Item si convictum legitime coram iudicio de aliquo crimine aliquis in suum domicilium scienter receperit, nisi iuramento potuerit innocentiam declarare, vice rei satisfaciet conquerenti, et nichilominus convictum dimittat sine mora, et iudici penam solvet iuxta terre consuetudinem approbatam.* Landfrieden c. 1281[10]): *Swer die vbersagten Leute, vnd die Leute, die in des Landes ahte sint, behaltet oder haimt auf den sol man varen, als auf einen der den vride zebrochen hat.*

Weniger strenge ist S. Sp. 3. 23, nach welchem für die Beherbergung eines Geächteten blos eine Busse zu bezahlen ist[11]), und die österreichischen Stadtrechte, nach welchen das erste Mal eine Strafe von 10 Pfund zu zahlen und erst das zweite Mal die Person und das Vermögen des Beherbergers verfallen ist. So durchgehends in den Wiener Stadtrechten a. 1221, 1244, 1278 und 1340[12]) und im Haimburger Stadtrechte a. 1244[13]). Das Stadtr. v. Neust. §. 58 bestimmt gar nur, dass, nachdem das erste Mal mit je 10 Talenten bestraft worden ist, das dritte Mal *acrius* zu bestrafen sei.

Die Reinigung, dahin gehend, dass der Angeklagte sagt, er habe nicht gewusst, der Beherbergte sei ein Aechter, erfolgt regelmässig durch den Alleineid. Dies versteht LR. unter seiner Beredung und damit stimmen auch die angeführten Stadtrechte und der Landfrieden a. 1276 überein. Nach dem Landfrieden a. 1235 und den ihm Nachgeschriebenen hingegen sind zur Reinigung sieben Eidgenossen erforderlich.

---

7) Nach dem Landfrieden a. 1230 §. 13 (M. G. 4, 267) verfällt der Beherberger eines Räubers erst nach der dritten richterlichen Mahnung in die Strafe des Räubers.

8) M. G. 4; 451, 456, 459. — 9) M. G. 4, 411.

10) Kurz Ottokar 2, 190 Nr. 10.

11) Die Glosse zum S. Sp. droht jedoch dem Beherberger eines Verfesteten mit der gleichen Strafe des Verfesteten; s. Homeyer S. Sp. 1, 318.

12) A. f. K. ö. G. 10; 103, 134, Bischoff Stadtr. 184, Rauch 3, 43.

13) A. f. K. ö. G. 10, 141.

10. Die Heimsuchung wird in Sch. Sp. 301 I folgendermassen definirt: *Die heimsůchung ist daz wer mit gewaffenter handt yn eynes mannes hauss lauffet, vnd ėynen dar ynn jaget oder er eynen dar ynn vindet dem er will schaden oder schadet, das heysset heimsůchung.* Es ist dies also ein Bruch des Hausfriedens, bestehend in einem bewaffneten Einfalle in ein fremdes Haus [14]). Rücksichtlich der Strafe beruft sich Sch. Sp. auf die Gewohnheit des Landes: *Die bůss ist ettwa ring ettwa swer, yenach des landes gewonheit.* Die Reichsgesetze bedrohen die Heimsuchung mit der Acht und mit einer Geldstrafe. Landfrieden a. 1234 [15]): *Reysam que keymszuche dicitur, si quis commiserit, proscribatur.* Regensburger Landfrieden a. 1281 §. 6 [16]): *Von haymsuchunge. Swer einen edelen man feintlich heimsuchet, wirt er des uberret mit zwein oder mit der (drin?) gewizzen, der sol in der ahte sin. Und hat er im sines gutes niht genomen, so sol er im zehen pfunt fur sin laster geben, und dem rihter fumf pfunt. Nimt aber er im sin gut, daz sol er im gelten mit der zwigult.*

Das LR. hat seinen Art. 54 über die Heimsuchung offenbar aus der Reichsgesetzgebung entnommen. Bei dem Strafansatze ist die Zahl 10 vorherrschend, die Strafe ist jedoch dadurch verschärft, dass die Strafe von 10 Pfund für jeden bewaffneten Mann, welcher bei der Heimsuchung mitgewirkt hat, dem Verletzten zu erlegen ist, und ausserdem hat noch der Richter seinen Wandel nach Landesgewohnheit zu erhalten. Ueber den Beweis enthält LR. nur die eine Bestimmung, dass bei einem Streite über die Zahl der Bewaffneten, welche zur Heimsuchung mitgewirkt haben, der Eid des Geklagten die behauptete geringere Zahl feststellen kann.

Aehnliche Bestimmungen, wie LR. für die edlen Leute, enthalten die Stadtrechte für die Bürger. Nach dem Stadtr. von Enns a. 1212 [17]) ist für die *invasio domus, que in vulgari heimsůche dicitur,* eine Strafe von 10 Talenten, 5 an den Richter und 5 an den Verletzten, zu bezahlen. Die Wiener Stadtrechte a.

---

14) Walter 785. — 15) M. G. 4, 301.

16) M. G. 4, 427. Aehnlich die baierischen Landfrieden in A. f. K. ö. G. 1, 1, 49 und 64.

17) A. f. K. ö. G. 10, 98.

18) A. f. K. ö. G. 10; 103, 135, Bischoff Stadtr. 186, Rauch 3, 45.

1221, 1244, 1278 und 1340[18]), dann das Haimburger a. 1244[19]) setzen eine geringere Strafe fest, nämlich 2 Talente für den Richter und 2 für den Hausherrn, und im Falle einer Verwundung 3 Talente für jeden derselben und ausserdem noch 2 Talente für den Verwundeten. Bei vorbereiteter Heimsuchung in Gesellschaft mit Freunden soll neben dieser Strafe auch noch das Gericht des Herzogs erfolgen, welche Bestimmung die Stadtrechte von Wien a. 1278 und 1340 dahin abändern, dass in einem solchen Falle dem Richter 10 Pfund, dem Verletzten 10 Pfund und zum gemeinen Besten der Stadt weitere 10 Pfund zu zahlen sind[20]).

11. Gewaltthätigkeiten, in LR. §. 61 als offene Gewalt bezeichnet, sind nach Landesgewohnheit zu büssen. In LR. 49 wird eine besondere Art von Gewaltthat mit Strafe bedroht, nämlich das gewaltsame Wiederansichziehen eines unbeweglichen Gutes, das einem Andern im Rechtsstreite abgewonnen und in dessen Besitz derselbe durch das Gericht eingewiesen worden ist. Die Strafe ist das erste und zweite Mal 10 Pfund, wenn der höhere Richter, und 6 Schillinge, wenn der niedere Richter die Besitzeinweisung vorgenommen hat, das dritte Mal die Aechtung als Räuber, aus der man sich nur durch Ersatz des vollen Schadens und Zahlung des Wandels befreien kann.

12. Trotz aller Landfriedensverordnungen sahen die Gesetzgeber doch die Unmöglichkeit ein, allen Fehden[21]) Einhalt zu thun. Sie waren daher bemüht, dieselben theilweise zu regeln, und dazu gehört nun die in vielen Landfrieden vorkommende Anordnung, dass man die Fehde ansagen und vier Tage von der Ansage ab mit der Eröffnung der Feindseligkeiten warten müsse. Diese Bestimmung kommt zuerst im Landfrieden a. 1224 §. 9[22]) vor: *Quicunque alterius inimicus extiterit et ipsum defidare voluerit, tribus diebus antequam nocumenta sibi procuraret denuntiet; alioquin et pacis et fidei violator habebitur.* Dann Landfrieden

---

19) A. f. K. ö. G. 10, 142.

20) Strenger ist das Iglauer Stadtr. §. 69, welches die Todesstrafe androht; Tomaschek D. R. 259. S. daselbst auch die verschiedenen Bestimmungen verwandter Stadtrechte.

21) Ueber den Sinn dieses Wortes s. Hälschner St. R. 20 und Wächter B. 39 ff. und 253 ff.

22) M. G. 4, 267.

a. 1234[23]): *Item statuimus, ut nullus in persona vel in rebus alicui dampnum inferat, nisi prius eum cui dampnum inferre voluerit, ad minus trium dierum et noctium spacio diffidaverit, et tunc uterque pacem ab altero per predictum terminum habebit, alioquin per sententiam proscribatur.* Landfrieden a. 1235 §. 2[24]): *Swer aber sine chlage volfuret, als da geschriben ist, wirt im niht geriht, und můz er durch not sinem viend wider sagen, daz sol er tůn bi tage, und von dem tage so er im widersaget hat, unz an den vierden tag, so ne sol er im deheinen schaden tun, weder an libe noh an gute, so hat er dri tage fride. Derselbe dem da wider saget wirt dern sol och an libe noh an gute unz an den vierden tag, dem der im wider sagt hat, deheinen schaden tůn. An swederm daz gesetzede gebrochen wirt, der sol fur sinen rihter varn, und sol ienen bechlagen derz im getan hat, dem sol der rihter furgebieten selbe oder mit sinem boten. Mag sich der selbe der da angesprochen ist, niht enschuldigen selbe sibende sentbare liute, vor dem rihter, so si er elos und rehtlos ewichliche, also daz er niemer muge wider chomen ze sinem rehte.* Dieser Landfrieden wiederholt demnach die früheren Anordnungen und zeichnet sich vor denselben nur dadurch aus, dass er ein Fehderecht nur im Falle der Rechtsverweigerung anerkennt[25]). Mit dem fridericianischen Landfrieden sind dann auch die späteren Reichslandfrieden gleichlautend[26]), und auch der österreichische Landfrieden Ottokar's[27]) wiederholt nur die fridericianischen Bestimmungen.

Nach allen diesen Gesetzen wird der Dawiderhandelnde als Landfriedensbrecher angesehen und in die Acht erklärt. LR. 64 enthält im Ganzen die Bestimmungen der Reichsgesetze, ist jedoch weniger streng[28]), indem es nur den Ersatz des doppelten Schadens und die Zahlung des Wandels an den Richter als Strafe androht.

13. Das Halten eines fremden Vogtmannes oder Holden wird in LR. §§. 59 und 64 ebenfalls als strafbar erklärt. S. hierüher oben §. 21.

---

23) M. G. 4, 301. — 24) M. G. 4, 574.

25) S. darüber Wächter B. 49 und 253 ff.

26) M. G. 4; 432, 437, 449, 456, 459, 482.

27) A. f. K. ö. G. 1, 1, 56.

28) Ebenso auch die baierischen Landfrieden in A. f. K. ö. G. 1, 1, 54 und 69.

§. 39.

Zum Schlusse mögen noch einige Bestimmungen des Strafrechts hier ihren Platz finden, welche sich nicht auf einzelne Verbrechen beziehen.

1. Die erste hievon ist eine Verordnung, welche sich zuerst im Mainzer Landfrieden a. 1235 [1]) findet, die daraus von den meisten späteren Landfriedensgesetzen wiederholt wird [2]) und auch in LR. 65 und 66 vorkommt.

Darnach wird es mit Strafe bedroht, wenn ein Sohn seinen Vater: 1. von seinem Gute verjagt, gegen ihn mit Brandstiftung oder Raub vorgeht, oder dessen Feinden „mit Eiden oder mit Treuen“ sich zugesellt, wobei als Feinde diejenigen erklärt werden, welche gegen den Vater, sei es auch nur gegen seine Ehre, etwas zu unternehmen beabsichtigen; und 2. wenn er Rathschläge gegen das Leben seines Vaters ertheilt, ihn verwundet oder in Gefangenschaft bringt.

Die Strafe wird verschieden festgesetzt gegen den Sohn und gegen dessen Anstifter oder Mithelfer. Der Sohn verliert im Falle 1. sein ganzes Vermögen (Eigen, Lehen und fahrende Habe) und wird ausserdem noch seinen Eltern gegenüber erbunwürdig [3]), ohne je wieder die Erbfähigkeit erlangen zu können; im Falle 2. wird er ehe- und rechtlos, und es ist ihm die Möglichkeit benommen, sich aus der Acht zu ziehen. Die Anstifter oder Mithelfer, welche Dienstmannen oder Eigenleute des Vaters sind, werden ehe- und rechtlos, ebenfalls ohne der Möglichkeit, sich aus der Acht zu ziehen; doch dürfen diese Mitschuldigen nur dann bestraft werden, wenn auch der Sohn bestraft wird. Andere Mitschuldige hingegen kommen in die Acht und sind aus derselben nur dann zu lassen, wenn sie den Schaden, den der Vater durch ihre Mithilfe erlitten hat, zweifach ersetzen

---

1) M. G. 4, 572.

2) Alle diese Landfrieden haben diese Bestimmung beinahe wörtlich gleichlautend. Die grösste Uebereinstimmung findet sich hiebei zwischen den beiden Landfrieden a. 1281 (M. G. 4, 432 und 436), und dann zwischen denen a. 1290, 1292 und 1303 (M. G. 4; 456, 459 und 481). Im Ottokar'schen Landfrieden fehlt diese Verordnung.

3) Zöpfl RG. 820.

und dem Richter seinen Wandel geben. Auch verlieren sie die Lehen, die sie vom Vater haben [4]).

Hinsichtlich der Ueberweisung heisst es lediglich, dass der Sohn mit zwei unversprochenen Männern zu überweisen sei. Auch wird bestimmt, dass der Richter die Zeugen zur Abgabe ihrer Aussage zwingen könne; sie können sich derselben nur dann entschlagen, wenn sie schwören, dass sie darum nichts wissen.

2. Eine weitere Bestimmung ist die des LR. Art. 67, welche den Grundsatz, dass der Burgherr für die Handlungen seiner Burgleute verantwortlich ist [5]), auf specielle Fälle anwendet. Dieser Artikel ist seiner ganzen Haltung nach höchst wahrscheinlich auch einem Landfrieden entnommen, der uns jedoch nicht bekannt geworden ist. Wohl aber kommen ähnliche Bestimmungen in bekannten Landfriedensgesetzen vor. Landfrieden a. 1156 §. 5 [6]): *Si judex pacis aliquem violatorem clamore populi ad castrum alicuius domini secutus fuerit, dominus idem cuius esse castrum cognoscitur ad faciendum justitiam illum producat; quod si de sua diffisus fuerit innocentia, et ante iudicis conspectum venire formidaverit, si mansionem in castro habeat, dominus eius omnia mobilia sub iuramento iudici repraesentet, et eum de cetero in domo sua tamquam proscriptum non recipiat.* Baierischer Landfrieden a. 1244 [7]): *Si qua domus uel castrum denunciatum fuerit publice super aliqua rapina specialiter exprimi debet quis fecerit, uel quomodo factum sit, tunc dominus domus hunc remouebit qui fecit, decuplo rapinam restituens, uel puniendum ipsum iudici offeret. Si dominus domus extra prouinciam est, domus in qua rapina facta est eiciatur de castro et exuratur.* Dasselbe wiederholt im Straubinger Landfrieden c. 1256 [8]).

LR. 67 enthält nun Folgendes:

a) Wenn von einer Burg aus ein Schaden geschieht und der Herr derselben beweist [9]), es sei dies ohne seinem Wissen und Willen geschehen, so bleibt ihm seine Burg unversehrt, er

---

[4]) S. §. 31. — [5]) Sch. Sp. 16. — [6]) M. G. 4, 102. — [7]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 46. — [8]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 63.

[9]) Nach S. Sp. 2. 72. 2 durch seinen Eid: *Scüldeget man dat hus umme den rof, dat he dar af unde dar up geschin si, dat mut wol untscüldegen des huses herre oder en sin borgere uppe'n hilgen.*

ist jedoch verpflichtet, den Uebelthäter fest zu halten und auszuliefern, und wenn er ihn entkommen lässt, so hat er den Schaden zu ersetzen[10]. War der Herr abwesend, so entfällt natürlich die Nothwendigkeit seiner Verantwortung, dass er von der Sache nichts gewusst habe; es wird daher nur der von ihm mit der Aufsicht über die Burg betraute Burggraf zur Verantwortung gezogen, die Burg bleibt unversehrt und nur das Gezimmer, in welchem die Uebelthat auf der Burg geschehen ist, wird herausgebrochen und vor der Burg verbrannt[11].

b) Ist der Herr selbst der That schuldig, so wird die Burg „übersagt", was der Verfestung des Sachsenspiegels entspricht. Der Beweis ist hier mit sieben Zeugen zu führen, und die Folge davon ist, dass die Burg zerstört wird[12]; nur wenn der Landesherr Gnade walten lässt, wird sich mit dem Schadenersatze an die Beschädigten begnügt. Der Beweis des Schadens wird mit zwei Zeugen geführt.

---

[10]) Dasselbe ist auch nach der richtigen Auslegung in S. Sp. 2. 72. 4 enthalten; s. darüber Homeyer S. Sp. 1 in der Note zu diesem Paragraphen. — Hievon zu unterscheiden ist der Fall, dass ein nicht zur Burg gehöriger Friedensbrecher in dieselbe geflohen ist; hier ist der Herr nach S. Sp. 2. 72. 1 nur verpflichtet, den Richter in seinem Hause nach dem Verbrecher suchen zu lassen, nicht aber, ihn selbst fest zu halten oder auszuliefern.

[11]) Dies erinnert an eine ähnliche Bestimmung in S. Sp. 3. 1. 1.

[12]) Ein Beispiel eines Urtheils über eine Burg, welche dem Eigenthümer wegen Räubereien ab- und dem Reiche zugesprochen wird aus dem Jahre 1288 bei Kurz Ottokar 2, 207 Nr. 22: *Cum iam dudum Castrum Morspach propter varias et iniustas offensas, depredaciones et spolia, de ipso Castro, pro diuersitate temporum violenter illatas transeuntibus, in iniuriam et preiudicium sancte pacis, per sententiam condempnatum, nobis et Imperio rite et rationabiliter sit addictum.* — Vergl. auch §. 10 n. 3.

VII. ABTHEILUNG.

GERICHTSWESEN.

A. GERICHTSVERFASSUNG.

§. 40. 1) Landgerichte[1]). a) Gerichtsverfassung zur Zeit der Babenberger.

Unter den Babenbergischen Fürsten findet sich in den Urkunden als Gericht, welchem die eigentliche Grafengerichtsbarkeit mit dem Blutbanne[2]) zustand:

1. Das Gericht des Herzogs (*placitum ducis*) erwähnt, welches an den drei Dingstätten Neuburg, Tulln und Mautern, abgehalten wurde[3]). Es kommt wenigstens kein Beispiel vor, dass der Herzog in Angelegenheiten Oesterreichs unter der Enns an einer anderen Dingstatt zu Gericht gesessen wäre. Nur eine scheinbare Ausnahme davon ist die Versammlung der Edlen und Ministerialen zu Krems (1171), vor welcher Herzog Heinrich II. Jasomirgott den Streit zwischen dem Stifte Klosterneuburg und Ortolf von Isenþerch wegen eines Lehens zu Celdramendorf schlichtete[4]), denn dies war wohl nicht ein eigentliches *placitum publicum*, sondern mehr eine Zusammenkunft zu einer gütlichen Ausgleichung zwischen den Streittheilen, welche auch durch Vermittlung des Herzogs zu Stande kam. Das *placitum generale* hingegen, welches Herzog Friedrich II. im Jahre 1235

---

[1]) Ein Theil des Folgenden wurde bereits im 36. Bande des A. f. K. ö. G. veröffentlicht.

[2]) Eichhorn 2, 434, Walter 302.

[3]) Beispiele in Meiller Reg. a. 1137, 24 Nr. 1 und 2; a. 1163, 46 Nr. 61; a. 1171, 49 Nr. 78; a. 1203, 90 Nr. 39; a. 1209, 100 Nr. 73 und 74; a. eod. 101 Nr. 75; a. 1217, 119 Nr. 141. Dies wird auch als altes Herkommen bestätigt in dem Schiedsspruche über die durch den Tod Friedrich's des Streitbaren frei gewordenen Passauer Lehen aus dem Jahre 1253 (M. Bo. 28, 2, 374 Nr. 111): *Ipso anno habebit etiam Dux placita provincialia in Mautarn, juxta quod habuit Dux Leopoldus, et secundum consuetudines antiquas et approbatas.*

[4]) Meiller Reg. 50 Nr. 79.

ante castrum Sitzenberge abhielt [5]), war eine Gerichtsversammlung, welcher Friedrich als Herzog von Steiermark, und nicht als Herzog von Oesterreich vorsass, da die darin entschiedene Streitigkeit auf die Advocatie des Klosters Garsten Bezug hatte und Garsten erst in Folge des Theilungsvertrages vom 25. September 1379 [6]) zu Oesterreich kam.

An diesen Gerichtsversammlungen hatte der Herzog den Vorsitz persönlich zu führen, ein Gewohnheitsrecht, welches in der kaiserlichen Constitutio a. 1234 [7]) seinen Ausdruck fand. Es kommt unter den Babenbergern auch kein Beispiel vor, dass das *placitum generale* von Jemandem Ändern, als dem Landesherrn abgehalten worden wäre.

2. Neben dem Herzoge als Richter kommen in Urkunden dieser Zeit auch *judices provinciales* vor, deren Gerichtsbarkeit sich nicht über ganz Oesterreich erstreckte, sondern welchen bestimmte Gerichtsbezirke zugewiesen waren, daher sie auch regelmässig mit dem Namen ihres Bezirkes bezeichnet werden, z. B. *judices provinciales circa Ibs* [8]), *judices provinciales* in Tulln [9]). Ein solcher Landrichter (wenn auch nicht in Oesterreich unter der Enns, sondern ob der Enns, wo ähnliche Einrichtungen bestanden) war auch der in St. Florianer [10]) und Kremsmünsterer Urkunden häufig vorkommende *judex provincialis* Ortolf von Wolchinstorf. Er wird als derjenige Richter bezeichnet, in dessen Bezirke (*provincia*) die Klöster St. Florian [11]) und Kremsmünster [12]) liegen und hatte sein Gericht als Lehen von der Kirche Regensburg und als Afterlehen vom Herzoge; Urk. a. 1217 [13]): *tenebat in feudo* [14]).

---

5) Meiller Reg. 155 Nr. 31. — 6) Rauch 3, 395. — 7) M. G. 4, 301.

8) Meiller Reg. a 1240, 164 Nr. 72.

9) Urkk. a. 1232 (D. et A. 8, 296) und 1243 (Meiller Reg. 176 Nr. 125). S. auch das kais. Diplom für Lilienfeld. a. 1257 bei Lorenz D. G. 1, 455.

10) Meiller Reg. a. 1212, 109 Nr. 100; a. eod. 110 Nr. 104; a. 1213, 111 Nr. 105, a. 1213, 112 Nr. 109.

11) Urk. a. 1212 bei Stülz St. Florian 281 Nr. 46.

12) Meiller Reg. a. 1217, 119 Nr. 141.

13) Urkb. Kremsm. 74 Nr. 57. Dadurch wird die in Berchtold Landesh. 167 ausgesprochene Vermuthung bestätigt.

14) Durch diese Urkk. wird die Behauptung Brunner's (Exemt. 320) widerlegt, dass die österreichischen Herzoge die Grafengerichtsbarkeit nicht weiter gegeben haben. Brunner kann sich hiebei nicht auf das LR. berufen,

§. 41. b) Gerichtsverfassung unter König Ottokar.

Unter Ottokar blieb die Babenbergische Verfassung der Landgerichte den Hauptgrundzügen nach bestehen. Es wird jedoch den geänderten Zeitverhältnissen durch Einfügung einiger neuen Einrichtungen in das alte Gebäude Rechnung getragen.

1. Das oberste Gericht im Lande ist das des Herzogs geblieben. Derselbe führt jedoch nur mehr in besonders wichtigen Fällen den Vorsitz persönlich und überlässt die Gerichtsbarkeit in den übrigen zur herzoglichen Cognition gehörigen Fällen den weiter unten zu erwähnenden Landrichtern. Die Fälle, welche der persönlichen Gerichtsbarkeit des Herzogs vorbehalten bleiben, sind folgende: 1. diejenigen, in welchen es sich um Leib und Eigen von Grafen, Freiherren und herzoglichen Dienstmannen handelt. Landfrieden c. 1251 [1]: *Wir wellen auch und setzen vier Lantrichtaer, zwen enhalb tunowe, zwen dishalb, di suln rihten alle chlag di fur si choment, an uber dienstman leib und aeigen, und lehen.* Hier wird zwar nur von Dienstmannen gesprochen, es ist aber wohl keinem Zweifel unterworfen, dass die höheren Ständeklassen der Grafen und Freiherren nicht schlechter gestellt sein konnten, als die Dienstmannen. In einer Urk. a. 1251 [2] sagt Ottokar, dass in einem Rechtsstreite zwischen dem Abte von Lambach als Kläger und Gundaker von Storchenberg, einem Ministerialen [3], als Geklagten *dictis partibus diem de suo negotio antedicto prefiximus ad Nivvenburch ad placitum generale, quod nos sollempniter duximus celebrandum.* 2. Processe gegen Personen, welchen durch besondere Privilegien das Vorrecht ertheilt war, nur von dem Herzoge in Person gerichtet zu werden. Privilegium für das Stift Heiligenkreuz c. 1265 [4]: *Ottocarus — suis iudicibus prouincialibus per Austriam. — volumus — quatenus omnes causas, querimonias, actiones, que contra predictum abbatem et conuentum de*

welches in Art. 4 (s. insb. n. 9) ausdrücklich von den Grafschaftsgerichten Oesterreichs spricht.

[1] A. f. K. ö. G. 1, 1, 59.

[2] Urkb. o. Enns 3, 178 Nr. 184. Vergl. auch die Stelle bei n. 4.

[3] Meiller Reg. 156 Nr. 39.

[4] D. et A. 11, 164 Nr. 174.

prediis suis a quibuscunque emerserint, relinquentes in iudiciis uestris totaliter indiscussas, discutiendas usque ad nostram presenciam suspendatis, quia commune ius ministerialium huius terre eis fauorabiliter conferentes nec querimoniis respondere, nec aliis astare volumus iudiciis nisi nostris[5]).

Trotz dieses beschränkteren persönlichen Wirkungskreises war es Ottokarn bei dem ausgedehnten Ländergebiete, das er beherrschte, nicht möglich, seine Gerichtssitzungen in Oesterreich immer in Person abzuhalten. Neben dem ständigen Institute der Landrichter für minder wichtige Fälle führte er daher ein ausgedehntes System von Delegationen ein. In zahlreichen Rechtshändeln, welche seiner persönlichen Entscheidung vorbehalten waren, wurden von ihm eine oder mehrere Personen, meistens Landrichter oder andere Amtspersonen (Landmarschälle, Kämmerer u. dgl.), zur Entscheidung des einzelnen Falles delegirt. Gewöhnlich erfolgten diese Delegationen zur Durchführung des ganzen Processes; so z. B. wurden (1259) Otto von Meissau und Otto von Haslau als *judices racionabiliter constituti* zur Entscheidung eines Rechtsstreites zwischen der *nobilis domina* von Eggenburg und dem Ministerialen und Marschall in Oesterreich, Heinrich von Weitra, wegen der durch Letzteren gewaltsam entrissenen Feste Rapotenstein[6]). Albert, Truchsess von Feldsberg, *judex provincialis Austriae*, und Conrad von Wehingen, Marschall von Oesterreich, werden (1267) von Ottokar in einem Streite zwischen dem Grafen von Hardeck und den Brüdern von Ruprechtsdorf zu *compositores et judices* ernannt[7]). Im Jahre 1267 wird von Ottokar dem Grafen Heinrich von Hardeck, dem Albert Truchsess von Feldsberg, *judices provinciales per Austriam*, und dem Kämmerer Otto von Perchtoldsdorf *plena jurisdictio* ertheilt, eine *causa* zwischen dem Kloster Lilienfeld und den Schwestern von Altenburg zu entscheiden[8]). In einem Streite zwischen demselben Kloster und Conrad von Lilienfeld (1268) wird Heinrich Graf von Hardeck, *judex provincialis per Austriam*, von Ottokar (*jussu regis*) zur Entscheidung *deputatus*[9]). Urk. a.

---

[5]) Die Bestätigung dieses Privilegiums durch Herzog Albrecht I. s. §. 42 bei n. 12.

[6]) D. et A. 1, 47 Nr. 44. — [7]) A. f. K. ö. G. 2, 190. — [8]) A. f. K. ö. G. 2, 191. — [9]) A. f. K. ö. G. 2, 193.

1270 [10]), worin Ottokar sagt, einen Streit zwischen St. Lambert und Wichard von Ramstein *fideli nostro Ottoni de Haslowe commiseramus audiendam et finaliter decidendam.* Gerichtsbrief Otto's von Haslau, *judex provincialis per Austriam,* a. 1275 [11]), worin er als Bevollmächtigter und Stellvertreter Königs Ottokar (*ex parte domini nostri regis Bohemie receperimus in mandatis*, und *vicem suam per omnia gerentes*) einen Streit zwischen dem Stifte Heiligenkreuz und den Söhnen Mazellin's entscheidet.

Mitunter erfolgte die Delegation aber auch nur zur Leitung der Untersuchung, während die Endentscheidung dem Könige selbst vorbehalten blieb. So wurde Heinrich von Hardeck von Ottokar (1267) dem Bischofe Conrad von Freisingen als *auditor* gegeben *super suis querimoniis in Austria.* Als solcher führte Heinrich von Hardeck die Untersuchung in dem Rechtsstreite des Bischofs wider Offmia von Pottendorf über das Gut Herrantstein [12]), wovon er das Ergebniss dem Könige zur Entscheidung einzusenden hatte [13]).

Die Orte, an welchen das Herzogsgericht, sowohl unter dem persönlichen Vorsitze des Landesfürsten, als bei erfolgter Delegation gehalten wurde, sind die alten Babenbergischen Dingstätten [14]), Neuburg, Tulln und Mautern. S. den in §. 40 n. 3 angeführten Schiedsspruch a. 1253 über die durch den Tod Friedrich's des Streitbaren frei gewordenen Passauer Lehen. Die bei n. 6 angeführte Entscheidung des Rechtsstreites zwischen der Frau von Eggenburg und Heinrich von Weitra erfolgte *in foro judiciali in Mautarn* und die bei n. 12 erwähnte Untersuchung Heinrich's von Hardeck ebenfalls *in placito generali apud Mautarn.* Es kommt jedoch bereits vor, dass derlei Gerichte auch an anderen Orten, insbesondere in Wien [15]) oder in Krems [16]) abgehalten wurden. Möglich ist, dass hiebei Krems als grösserer Ort statt des benachbarten Mautern gewählt wurde.

---

[10]) Lorenz D. G. 1, 462. — [11]) D. et A. 11, 198 Nr. 215. — [12]) A. f. K. ö. G. 27, 271. — [13]) Meichelbeck 2, 2, 54 Nr. 85.

[14]) Lorenz D. G. 1, 348 n. 1 verwechselt die herzogliche Gerichtsbarkeit mit der Gerichtsbarkeit der neuen Landrichter (s. unten), wenn er von einer Veränderung hinsichtlich des Ortes, wo das Herzogsgericht abgehalten wurde, spricht.

[15]) Die bei n. 7 erwähnte Entscheidung erfolgte zu Wien *ad judicii sessionem.* Ebenso die bei n. 10 angeführte Entscheidung a. 1270.

[16]) So das bei n. 9 angeführte Urtheil.

2. Wie bereits erwähnt, bestellte Ottokar [17]) Landrichter, denen er einen Theil der herzoglichen Gerichtsbarkeit überliess. Die Gründe dieser Neuerung sind bereits angedeutet worden. Sie lagen in der allgemein gefühlten Nothwendigkeit, den Gang der Rechtspflege von der zufälligen Anwesenheit des Landesfürsten unabhängig zu machen und führten gleichzeitig auch in anderen Theilen Deutschlands [18]) zu ähnlichen Einrichtungen [19]).

Die Einführung des Landrichteramtes in diesem Sinne erfolgte gleich nach der Eroberung Oesterreichs durch den Landfrieden c. 1251: *Wir wellen auch und setzen vier Lantrihtaer, zwen enhalb tunowe, zwen dishalb. di suln rihten alle chlag di fur si choment, an uber dienstman leib und aeigen, und lehen. Wirt aber aein dinstman umb grozze schulde bechleit, den sol der lantrihter bringen in den furban, di aeht sol man uns behalten. Uber Rittaer und uber chneht, di unser sint. oder unser dinst man aeigen sint, oder swes si sint, da sol der lantrihter uber rihten, uber leip und uber gût als reht ist.* Ferner: *Wir wellen auch daz zwen lantrihter bei anander sitzen an dem gerihte so si mugen.* Endlich: *Wir wellen auch daz di lantrihtaer Aepten, Probsten, Chlostern, Phaffen und allen geistlichen liuten, reht foderen, alle ir chlage an unsere stat* [20]).

---

[17]) Die erste Einführung von Landrichtern für ganz Oesterreich scheint bereits aus den unruhigen Zeiten des Interregnums vor Ottokar herzurühren. Heinrich von Habsbach wird schon a. 1244 (wenn anders die Jahreszahl richtig ist) urkundlich als *judex provincialis tocius Austriae* bezeichnet (D. et A. 11, 108 Nr. 102).

[18]) Walter 302.

[19]) Das Vorbild aller dieser Einrichtungen war der von Kaiser Friedrich II. im Mainzer Landfrieden a. 1235, §. 15 (M. G. 4, 580) eingesetzte Hofrichter.

[20]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 59 und 60. — Lorenz D. G. 1, 346 findet in diesem Landfrieden auch die Einsetzung eines Hofrichters als Haupt des herzoglichen Gerichts mit 12 Beisitzern aus dem Lande. Diese Annahme, welche mit den niemals von einem Hofrichter sprechenden Urkunden im Widerspruche steht, gründet sich auf den in A. f. K. ö. G. 1, 1 enthaltenen Abdruck des Landfriedens, in welchem (pag. 59) folgende Stelle vorkommt: *Wir haben auch unsern (Rihter?) mit zwelf herren auz dem lande.* Diese Conjectur des Wortes Richter ist durch die, wie es scheint, unzulässige Zusammenziehung dieses Satzes mit dem unmittelbar folgenden (*Wir wellen ouch daz zwen lantrihter* u. s. w.) zu einem Absatze entstanden. Die Ernennung von 12 Gerichtsbeisitzern wäre für die Zeit Ottokar's etwas vollkommen Unerklärliches, da damals noch die Gesammtheit der anwesenden Grafen, Freiherren und Dienstmannen, und nicht etwa nur

Darnach erstreckte sich die Gerichtsbarkeit der Landrichter:

a) auf die Processe gegen Grafen, Freiherren und Dienstmannen, welche nicht gegen deren Leib oder Eigen gerichtet waren; also Streitigkeiten über deren fahrende Habe und Criminalfälle minderer Art. Selbstverständlich waren hievon die einem besonderen Causalgerichte unterliegenden Lehensachen ausgeschlossen.

b) Ueber die rittermässigen Leute, wenn es sich um deren Leib und Gut handelte.

c) Ueber die Geistlichkeit des Landes. Gerichtsbrief a. 1255, worin Heinrich von Habsbach, *Judex a Duce Ottocharo per Austriam constitutus*, einen Streit eines Bürgers von Stein wider das Stift Lambach wegen eines Weingartens am Sutzenberge entscheidet[21].

d) Für den Landrichter galt aber auch der Grundsatz, dass in seiner, des höheren Richters Anwesenheit die Gerichtsbarkeit des niederen Richters suspendirt wurde. Es war nämlich Aufgabe der Landrichter, nebst dem, dass sie einen Theil der eigentlichen herzoglichen Gerichtsbarkeit verwalteten, auch noch im Lande herumzureisen, in den niederen Landgerichten an der Stelle der niederen Landrichter Gerichtstage zu halten und insbesondere die *inquisitio terrae generalis* vorzunehmen. Landfrieden Ottokar's: *Di lantrihter suln vrag haben schedelicher leute, und swer ubersagt wirt, uber den sol man rihten als reht ist*[22]. Diese höchst heilsame Massregel, wornach den höheren Landrichtern das Eingreifen in die Gerichtsbarkeit der niederen Landrichter zum Gesetze gemacht wurde, ist dadurch nothwendig geworden, dass es den niederen Landrichtern häufig an der nöthigen Macht fehlte, um ihre Sprüche zur Geltung zu bringen.

---

ein gewählter Ausschuss derselben das Schöffenamt im Herzogsgerichte versah (s. unten §. 48). Wenn es gestattet ist, eine Conjectur zu machen, so würde ich statt des Wortes Richter das Wort Rath vorschlagen, denn das Vorhandensein eines Rathes Ottokar's aus österreichischen Landesherren ist erwiesen durch die Göttweiher Urk. a. 1264, worin Otto von Meissau, Otto von Haslau, Heinrich von Seefeld, Heinrich von Lichtenstein, Heinrich Truchsess von Lengbach und Wernhardt Preuzl *consiliarii per Austriam* genannt werden (D. et A. 8, 316, Lorenz D. G. 1, 349). Dieser Rath war der Vorgänger des von K. Rudolf I. zur Verwaltung Oesterreichs eingesetzten Rathes (Lichnowsky Gesch. 1, 289).

[21]) Urkb. o. Enns 3, 214 Nr. 219.

[22]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 60.

Die von Ottokar eingesetzten vier Landrichter [23]) sind demnach von den niederen Landgerichten, welche unter Ottokar fortbestanden, wohl zu unterscheiden. Sie hiessen zum Unterschiede von den schlechtweg *judices provinciales* genannten niederen Landrichtern: *judices provinciales per Austriam constituti* [24]), *judices provinciales per Austriam* [25]) oder *judices provinciales Austriae* [26]). Ihre Gerichtsbarkeit erstreckte sich, wie schon die Benennung ausdrückt, über ganz Oesterreich unter der Enns [27]). Der im Ottokar'schen Landfrieden gewählte Ausdruck, dass zwei Richter diesseits und zwei Richter jenseits der Donau zu richten haben, bezieht sich nicht auf die Bildung von vier eigentlichen Gerichtssprengeln, sondern hat nur den Sinn, dass zwei Landrichter das rechte und zwei das linke Donauufer zum Hauptsitze ihrer Thätigkeit und ihrer Bereisungen der niederen Landgerichte zu machen hatten. Von einer strengen Abgrenzung der Bezirke konnte desswegen keine Rede sein, weil ja nach dem unmittelbar folgenden Absatze die Landrichter wo möglich immer zu zweien zu richten hatten, was auch thatsächlich häufig der Fall war [28]).

Die eigentliche herzogliche Gerichtsbarkeit scheint von den Landrichtern an den alten Dingstätten zu Neuburg, Tulln [29]) und Mautern, sowie in dem Letzterem gegenüber liegenden

---

[23]) Lorenz D. G. 1, 346 irrt, wenn er im Widerspruche mit dem Wortlaute des Landfriedens von vier Landgerichten mit je zwei Richtern, was zusammen acht Landrichter wären, spricht.

[24]) Urk. a. 1255 in Urkb. o. Enns 3, 214 Nr. 219.

[25]) Gerichtsbrief a. 1267 (A. f. K. ö. G. 2, 191), Urkk. a. 1268 (Urkb. o. Enns 3, 355 Nr. 378), 1275 (D. et A. 11, 194 Nr. 211 und 199 Nr. 216).

[26]) Urkk. a. 1263 (Meichelbeck 2, 2, 33 Nr. 55), 1264 (Pez Cod. 2, 110 Nr. 196), 1267 (A. f. K. ö. G. 27, 271), 1267 (A. f. K. ö. G. 2, 190).

[27]) Ob auch Oesterreich ob der Enns dazu gehörte, ist zweifelhaft. Ich möchte mich beinahe dafür entscheiden, dass dies nicht der Fall war, weil gleichzeitig auch *judices provinciales Austriae superioris* (Urkk. a. 1264 und 1282 in Kurz Beiträge 2, 558 und Urkb. o. Enns 3, 541 Nr. 588) oder *judices provinciales supra Anasum* (Urk. a. 1282 in Urkb. o. Enns 3, 543 Nr. 590) vorkommen, welche in Oberösterreich eine ähnliche Stellung gehabt zu haben scheinen, wie die *judices provinciales per Austriam* in Unterösterreich.

[28]) Ein Beispiel statt vieler: Urk. a. 1263 in D. et A. 11, 159, Nr. 168.

[29]) Urk. c. 1250 in D. et A. 11, 122 Nr. 117.

Krems [30]) ausgeübt worden zu sein [31]). Zur Ausübung der niederen Landgerichtsbarkeit reisten sie, wie erwähnt, im Lande umher. Landfrieden Ottokar's: *Wir gebiten auch allen den di in dem lantgerihte sint gesezzen, iz sin dinstman, ritter oder chneht, arm oder riche, swa di lantrihter iriu lanttaeidinch hin legen, daz si dar chomen, dem gericht ze helf* [32]). Der Ausdruck Landgericht kann an dieser Stelle nur im Sinne von niederen Landgerichtsprengeln genommen werden, denn der Auftrag, dass alle Insassen, Arme und Reiche, sich zu versammeln haben, kann sich nur auf die weit kleineren Sprengel der niederen Landgerichte beziehen.

3. In gleicher Weise, wie unter den Babenbergern, bestand eine Eintheilung des Landes in mehrere [33]) Sprengel der niederen Land- oder Grafschaftsgerichte, welche theils mit landesfürstlichen Beamten (*judices provinciales*) besetzt, theils lehenweise vergeben waren. Von der ersteren Gattung muss das Landgericht zu Tulln unter Ottokar fortbestanden haben, weil es urkundlich [34]) noch unter den Habsburgern sich vorfindet [35]). Beispiele von lehenweise vergabten Landgerichten in Oesterreich unter der Enns finden sich mehrere in Urkunden. Das Grafschaftsgericht Retz, welches sammt der Grafschaft von Ottokar

---

30) Urk. a. 1255 in Urkb. o. Enns 3, 214 Nr. 219.

31) Doch getraue ich mich nicht, dies mit apodictischer Gewissheit hinzustellen, da zu wenig Urkunden über den Punkt vorliegen.

32) A. f. K. ö. G. 1, 1, 60.

33) Mehrere *judicia provincialia* theils unter, theils ob der Enns werden erwähnt in Urk. Ottokar's für das Kloster Erlaa a. 1262 (Urkb. o. Enns 3, 292 Nr. 309): *quod in Judicio nostro provinciali infra flumen Troyn* (Traun) *et flumen Anasum nullus nostrorum Judicum provincialium in bonis Abbatiae praedictae nullas causas debeat judicare, praeter eas, quae mortis supplicium respiciunt. — Item in provinciali judicio ex ista parte Anasi et in Judicio provinciali alia parte Danubii, quod dicitur in Achlande, et in Judicio inferiori ultra Amsteden universa, quae praemisimus, volumus et mandamus inviolabiliter observari.*

34) S. §. 42 n. 14.

35) Das Gericht des Volchinstorfers in den damals noch zu Steiermark gehörigen Theilen des heutigen Oesterreichs bestand ebenfalls noch zu Ottokar's Zeit. Privilegium für Garsten a. 1254 (Urkb. o. Enns 3, 209 Nr. 215): *In omnibus suis possessionibus nullus ivdicum secularium, sicut in nostris, ivrisdicionem aliquam habeat. — Hoc idem in iudiciis Ortolfi de Wolchenstrof et quorumlibet aliorum — obseruandum.* Dasselbe wiederholt im Privilegium für dieses Kloster a. 1265 (a. a. O. 3, 333 Nr. 358).

und der Babenbergischen Margaretha an Woko von Rosenberg verliehen wurde (1260): *Comitiam in Ratz contulimus cum suo jure, scilicet Patronatum Ecclesiarum de jam dicta Comitia, homines beneficiatos feuda in ea habentes, judicia, Advocatias — jure et titulo feudali*[36]. In der Gegend von Zwettl besassen die Kunringer ein Landgericht; Urk. a. 1251, worin Albero von Kunring die Freiheiten des Klosters Zwettl bestätigt[37]: *Intendimus etiam in hoc ipsius ecclesie libertati vt nullus iudicum in placito generali quod uulgo lantaidinch dicitur audeat presidere sed nostra ibi presentia debent gaudere et hoc tantum semel in anno uidelicet quando necessitas generalem exegerit inquisitionem.* Urk. a. 1255[38], worin Heinrich von Kunring dem Meinhard Tröstel Grundstücke übergibt und von seiner Gerichtsbarkeit eximirt: *Si vero aliquis hominum in prediis habitans memoratis de furto, vel oppressione femine uel homicidio fuerit causatus, super tali causa dictus Meinhardus est taliter requirendus. — Si — debite conuictus fuerit, nostro iudicj assignabitur.* Ferner Urk. a. 1269[39], mittels welcher Heinrich Graf von Hardeck und Heinrich von Kunring dem Frauenkloster zu Meilan gewisse Besitzungen schenken: *cum omni iure proprietatis aduocacie ac iudiciorum — quod nobis — competit, excepto dumtaxat iudicio sanguinis videlicet pro homicidio furto raptuque mulierum quod vtrique nostrum in bonis que ipse contulit — provt sibi de iure competit, remanebit.* Die Grafen von Hardeck hatten mehrere Landgerichte. Eines um Zwettl, vergl. die vorige Urk. und die Urk. a. 1254[40], worin Otto und Conrad Grafen von Play[41] dem Kloster Zwettl die Villa Zwetlern schenken und hinsichtlich der Gerichtsbarkeit auf dieser Villa die Bestimmung treffen: *fur deprehensus ante portam eiusdem uille ut est cinctus nostro iudicio presentetur. Homicidia etiam et scelera quecumque morte digna absque omni dampno ipsorum nostro iudicio et sentenciis subiacebunt.* Ferner gehörte den Hardeckern auch das Landgericht der ehemaligen Grafschaft Peilstein, südlich von Mölk, welche nach dem Aussterben der Grafen von

---

36) Kurz Ottokar 2, 173 Nr. I B. — 37) D. et A. 3, 223. — 38) Urkb. o. Enns 3, 217 Nr. 223. — 39) D. et A. 3, 241. — 40) D. et A. 3, 113.

41) Die Grafen von Hardeck und die von Play sind bekanntlich eine Familie. Hanthaler Recensus arch. Campililiensis 2, 7, Wissgrill Schauplatz des landsässigen u. österr. Adels 4, 94.

Peilstein an Leopold VI. (VII.) gefallen war (1218)[42], und das Provincialgericht zu Scheibbs; Urk. a. 1277[43]): *episcopum — omnibus juribus provinciali judicio in Heybs attinentibus, quibus predecessor ipsius gavisus esse dinoscitur volumus plene et libere congaudere — Ottoni Comiti de Hardeke, qui dictum provinciale judicium una cum judicio in Peilstain a Ducatu Austrie obtinebat in feodum*[44]).

§. 42. c) Gerichtsverfassung unter den ersten Herzogen aus dem Hause Habsburg.

Unter der Habsburgischen Herrschaft wurde Anfangs keine Veränderung in der Verfassung der Gerichte vorgenommen. Die Herzoge Oesterreichs[1]) hielten ihre Landtaidinge persönlich[2]), theils an den alten Dingstätten[3]), theils auch häufig in Wien[4]). Auch das Institut der an der Stelle des Herzogs richtenden Landrichter blieb bestehen[5]), wie insbesondere durch

[42]) Fischer in D. et A. 4, 260.

[43]) Meichelbeck 2, 2, 81 Nr. 134.

[44]) S. auch die Urkk. für Spital am Pyrhn a. 1255 und für Lilienfeld a. 1257 (Lorenz D. G. 1, 446 und 455).

[1]) Rudolf's I. Handlungsweise kann nicht massgebend sein, da er nicht als Herzog, sondern als deutscher König in Oesterreich, u. z. in Wien dem Provincialgerichte vorsass. Urk. a. 1277 (A. f. K. ö. G. 27, 274), Gerichtsbrief a. 1280 (M. Bo. 28, 2, 415 Nr. 316), Urk. a. 1280 (Chmel Geschichtsf. 1, 563). Vergl. auch den Gerichtsbrief a. 1279 in D. et A. 11, 218 Nr. 237.

[2]) Gerichtsbrief Herzogs Friedrich a. 1307, worin über das Eigen eines Edlen, Otto's von Chyaw, geurtheilt wird (Notizenblatt 1851, 12), Urk. a. 1308 (D. et A. 16, 24 Nr. 27).

[3]) Z. B. in Neuburg nach Urkk. a. 1301 (Meiller in Sitzungsber. d. A. 21, 142) und a. 1303 (Meiller a. a. O. und vollständig im Notizenblatt 1851, 318 Nr. 19).

[4]) Gerichtsbriefe Herzogs Albrecht I. a. 1283 (D. et A. 11, 232 Nr. 253), a. eod. (M. Bo. 5, 389) und a. 1285 (D. et A. 6, 156).

[5]) So auch in Oberösterreich; Verordnung Herzogs Albrecht I. a. 1299 (Kurz Ottokar 2, 238 Nr. 38): *Es sol ouch dehain Chleoster, noch dinstman, vmb dehain sein altes aigen, vor nieman ze reht sten, danne vor dem Landes Herren, oder vor sinem Rihter, ez sei danne, daz ein Chleoster in dem Lande, ein guet chouffet, daz e daz vnder Gerihtte geduldet hab ze reht, daz sol man ouch furbaz, nach dem chouffe in dem selben Gerihtte verantwurten* (also reiner Realgerichtsstand). *Swaz aber Grafen, vreyn, oder Dinstman, ouf Chleoster gebnt, da sol*

das häufige Vorkommen von Landrichtern in Oesterreich als Siegelzeugen in Urkunden ausser Zweifel gestellt wird. Neben den schon zu Ottokar's Zeiten vorgekommenen Bezeichnungen *judex provincialis Anstriae*[6]) und *judex provincialis per Austriam*[7]) findet sich nun auch die Benennung *judex generalis Austrie*[8]), welche als ganz gleichbedeutend abwechselnd mit den beiden älteren Bezeichnungen gebraucht wird[9]).

Obwohl es noch immer mehrere Landrichter gab[10]), so wurde doch Ottokar's Verordnung, dass wo möglich immer zwei Richter zusammen Gericht halten sollten, nicht mehr beobachtet. Wenigstens kommt kein Beispiel hievon in den Urkunden vor.

Auch die Competenz des Herzogsgerichts ist dieselbe geblieben, sowie auch kein Grund vorhanden ist, anzunehmen, dass eine Veränderung im Verhältnisse der persönlichen Gerichtsbarkeit des Herzogs zu der Gerichtsbarkeit der höheren Landrichter eingetreten sei[11]). In gleicher Weise wie unter Ottokar finden sich daher auch aus dieser Zeit Privilegien für Klöster, des Inhaltes, dass sie nur vor dem Herzoge in Person

---

nieman hin rihten, danne der Lantrihter, dem daz Landgerihtte beuolhen ist, von dem Landes Herren.

[6]) So bezeichnet wird Otto von Haslau in Urkk. a. 1277, 1282, 1282 (A. f. K. ö. G. 27, 274, Fischer Klostern. 2, 281 Nr. 104, D. et A. 10, 29 Nr. 35), Ulrich von Wolfersdorf in Urk. a. 1300 (D. et A. 3, 281).

[7]) Otto von Haslau a. 1283 (Kurz Ottokar 2, 200 Nr. XVI), Ulrich von Wolfersdorf a. 1297 (D. et A. 3, 400).

[8]) Titulatur Otto's von Haslau in Urkk. a. 1279 (D. et A. 11, 218 Nr. 237 und 219 Nr. 238). In der zweiten Urkunde wird er abwechselnd einmal *judex provincialis* und einmal *judex generalis Austrie* genannt.

[9]) Dies ergibt sich daraus, dass für Otto von Haslau bald die eine, bald die andere Bezeichnung gebraucht wurde. Vergl. die vorhergehenden Noten.

[10]) Als Zeugen in einer Urk. a. 1301 (Notizenblatt 1851, 317 Nr. 4) kommen vor: Graf Berthold von Rabenswalde, Herrmann Marschall von Landenberg, Leutold von Kunring, Stefan von Meissau, Ulrich von Capellen, Albrecht der Stuchs von Trautmannsdorf, Ulrich von Wolfgersdorf, *die ze den zeiten Lant Rihter waren* in Oesterreich. Diese Bezeichnung scheint sich übrigens auf Stefan von Meissau, welcher Marschall war (a. a. O. 318 Nr. 19), und auf Ulrich von Capellen, der *judex provincialis superioris Austrie* war (Kurz Ottokar 2, 200 Nr. 16), nicht zu beziehen, so dass nur die beiden Letzten als Landrichter unter der Enns erscheinen.

[11]) Vergl. Gerichtsbrief Ulrich's von Wolfersdorf a. 1300 (D. et A. 3, 281), worin er *in placito generali* eine Klagsache Otto's von Werdenslag wider das Stift Zwettl entscheidet.

belangt werden dürfen. So für Heiligenkreuz a. 1286 [12]): *Item in causis civilibus dicti Abbas et Conventus coram nobis et non judicibus aliis respondere de justicia debita censentur astricti.* Ebenso a. 1287 für das Frauenkloster St. Nicolaus in Wien [13]): *Item in causis ciuilibus dicta abbatissa et conuentus coram nobis, et non iudicibus aliis respondere de iusticia debita censentur astricte.*

Auch die niederen Landgerichte blieben in der alten Weise bestehen. Einige derselben kommen noch unter denselben Bezeichnungen vor, wie sie zu den Zeiten der Babenberger und Ottokar's bestanden. Für den Fortbestand des herzoglichen Landgerichts Tulln haben wir urkundliche Nachweise aus den Jahren 1277 und 1281. Urk. a. 1277 [14]), worin dem Bischofe von Passau zugesichert wird: *forum Trebensee cum — judicio videlicet causarum civilium et criminalium seu sanguinis — et judiciis quibuscunque, que ad principem terre Austrie pertinebant ibidem — villam in Gaizrukke cum — judicio civili ac criminali ac aliis quibuscunque, que ibidem ad terre principem pertinebant judicium criminale vel sanguinis in S. Ypolito, in Mautaren, in Zeizenmawr, in Chungesteten et alias in bonis et possessionibus ac hominibus ecclesie Pataviensis sitis in Tulne judicio — non obstante, quod idem judicium ad dominum terre Austrie pertinebat.* Stiftungsbrief für das Frauenkloster Tulln a. 1281 [15]): *nullus Judex aut Capitaneus Tulnensis — in conventus bonis — judiciariam aliquam potestatem exercere; sed omnis jurisdictio inspectori et oeconomo reservata est; exceptis delictis sanguinis.* Aus der ersten dieser beiden Urkunden ergibt es sich auch, dass das Bisthum Passau im Besitze eines Landgerichts war, welches aus seinen im Bezirke des herzoglichen Tullner Gerichts gelegenen Besitzungen bestand [16]). Das Bisthum Freisingen erscheint als Gerichtsherr des Provincialgerichts zu Scheibbs, welches früher von den Grafen von Hardeck besessen worden war [17]). In einer Urk. a. 1290 [18]) wird auch ein herzogliches Gericht zu Traiskirchen

---

[12]) Herrgott Mon. 1, 218 Nr. 16. — [13]) D. et A. 11, 317 Nr. 18. — [14]) M. Bo. 28, 2, 409. — [15]) Lambacher 185 Nr. 100.

[16]) Vergl. die Grenzbestimmung des Passauer Landgerichtssprengels zu Zeisenmauer aus dem 14. Jahrhundert im Notizenblatt 1853, 57.

[17]) Urk. a. 1277 oben §. 41 n. 43. Eine Bestätigung dieser Urk. a. 1316 bei Lichnowsky Reg. 362 Nr. 380.

[18]) D. et A. 11, 262 Nr. 292.

erwähnt, welches auch ein Landgericht gewesen sein muss, weil ihm der Blutbann zustand: *tantum in causis sanguinum, que in mortem vel in penam mortis vergunt, tibi ac ceteris nostris iudicibus in hominibus et colonis eorum iudicium est indultum.* A. 1328 [19]) verleiht Herzog Albrecht dem Stifte Heiligenkreuz auf dem *predium Nydensultz Judicium sanguinis et omnium suppliciorum et multarum Penam impon* — (Lücke) *Truncum et Patibulum, vulgariter Stock et Galgen, nuncupatis.* A. 1331 [20]) erhält dasselbe Stift das Gericht zu Haedrestorf bei Poystorf *von dem leben an dem tode, alle sache da ze richten, vnd Stokch vnd Galgen da zehaben,* welches Gericht das Kloster von Markard von Mistelbach gekauft hatte, dann a. 1340 [21]) von Chadolt von Eckartsau dessen Gericht *mit Stoch vnd mit Galgen* zu Baumgarten. In Urk. a. 1346 [22]) erhält das Kloster Gaming auf seinen Gütern von Herzog Albrecht das Landgericht: *judex provincialis, quem Prior et fratres predicti monasterii elegerint, — mortis exercendi judicia in locis et bonis subnotatis — plenariam habeat potestatem. — Insuper idem iudex provincialis in ipsorum judicio provinciali pretorium, cippum, patibulumque habere debebit, tanquam in aliis judiciis provincialibus terre nostre Austrie solitum et consuetudinarium existit.* Ein solches niederes Landgericht wird dann wohl auch dasjenige gewesen sein, welches nach der von Meiller [23]) mitgetheilten Urk. a. 1338 das für die Nonnen von Minnebach competente Gericht war.

Diese Gerichtsverfassung nun, wie sie unter den ersten Habsburgern nach der Abschaffung oder dem Abkommen des gleichzeitigen Vorsitzes mehrerer Landrichter bestand, ist genau dieselbe, welche in LR. vorgetragen wird. Es wird darin von zwei Arten herzoglicher Gerichte gesprochen, welche beide Landgerichte, Landtaidinge genannt werden, LR. 3, 4. Es sind dies:

1. Das Herzogsgericht, bei welchem entweder der Herzog selbst vorsitzt, LR. Artt. 1, 14, §. 91, oder ein Stellvertreter

---

[19]) D. et A. 16, 123 Nr. 120.

[20]) D. et A. 16, 143 Nr. 140.

[21]) D. et A. 16, 176 Nr. 173.

[22]) Steyrer 54. Ebenso Urk. a. 1352 (Steyrer 64): *dedimus eis — judicium provinciale.*

[23]) Sitzungsber. d. A. 21, 143.

desselben, der entweder als oberster Landrichter [24]), LR. §§. 44 und 92, oder als der Richter bezeichnet wird, welcher anstatt des Herzogs richtet, LR. Artt. 4, 49, 70, §. 91. Dieser oberste Landrichter bezieht nach LR. Art. 70 eine Besoldung von 300 Pfund und erhält auch die Schranne, wenn sie abgebrochen wird; die eingehenden Bussen gehören dagegen dem Landesherrn, daher auch der Gerichtsschreiber ein Verzeichniss derselben anzulegen hat. Für das Herzogsgericht bestehen drei Dingstätten, zu Neuburg, Tulln und Mautern, LR. 1, 70, woselbst nicht nur der Landesherr, sondern auch der oberste Landrichter seine Gerichtssitzungen abhielt. Dies ergibt sich aus der Vergleichung von LR. Art. 70 und §. 91. Nach dem LR. können diese Dingstätten auch nicht als Hauptorte verschiedener Bezirke aufgefasst werden, sondern nur als Dingstätten, an welchen ein und dasselbe Gericht abwechselnd gehegt wurde [25]), denn es wird LR. §. 91 ausdrücklich gesagt, dass sie in den Bezirken der niedern Landgerichte gelegen seien.

2. Ausser dem an der Stelle des Herzogs richtenden obersten Landrichter kommen auch untere Landrichter vor, welche in den unteren (auch niederen) Landgerichten richten, LR. 49. Diese werden von dem obersten Landrichter scharf unterschieden, LR. Artt. 4, 49, 70, §. 91, und es werden ihnen eigene Bezirke zugewiesen, LR. 15, 24, welche Landgerichte, LR. 24, oder auch Grafschaften, LR. §. 3, genannt werden.

Die Competenz dieser Gerichte wird auf folgende Weise festgesetzt:

1. Das höhere Gericht ist:

a) das Gericht der Grafen, Freiherren und Dienstmannen, welche nach LR. §. 91 nie vor einem andern Richter zu stehen haben; und zwar gehört hier:

α) vor den Herzog Alles, was das Leben, die Ehre oder das Eigen dieser drei Standesklassen betraf, LR. 1, und nach

---

[24]) Diesem Ausdrucke entsprechend wird auch von einer *obristen Schranne* gesprochen, Urk. a. 1302 in D. et A. 16, 9 Nr. 10.

[25]) A. M. Brunner Exemt. 321. Seine Einwendung, es sei unwahrscheinlich, dass alle Bewohner der Mark Oesterreich neunmal im Jahre das gebotene Ding besuchen mussten, behebt sich dadurch, dass es für die unteren Stände niedere Grafschaftsgerichte gab und nur der Adel des Landes als Beisitzer im Herzogsgerichte erscheinen musste.

einer andern Bestimmung, LR. §. 91, alle Processe gegen Mitglieder dieser Klassen, mit Ausnahme der wegen Uebertretung eines Gebotes des obersten Landrichters, wegen Gewaltthätigkeiten und wegen beweglicher Habe;

β) vor den obersten Landrichter gehören alle übrigen Processe gegen Grafen, Freiherren und Dienstmannen.

b) Angelegenheiten, welche sendmässigen Leuten an das Leben gehen, gehören auch vor den obersten Landrichter, LR. §. 44.

2. Die Competenz der niederen Landgerichte beschränkt sich daher:

a) auf die Gerichtsbarkeit über Sendmässige in Sachen, welche ihnen nicht an das Leben gehen;

b) auf die Gerichtsbarkeit über Mitglieder der unteren Standesklassen, insoferne sie nicht in den Wirkungskreis eines Stadtrichters fällt oder nicht zu der regelmässig dem weltlichen Guts- oder geistlichen Immunitätsherrn zustehenden niederen Gerichtsbarkeit über die Hintersassen des Gutes gehört.

§. 43.

Diese Gerichtsverfassung erlitt die erste durchgreifende Aenderung durch die Einführung des herzoglichen Hofgerichts an der Stelle des bisherigen höheren Landgerichts und als oberstes Gericht in Oesterreich unter der Enns [1]), während in Oesterreich ob der Enns, das von jeher eine getrennte Gerichtsverfassung gehabt zu haben scheint, das früher bestandene Landgericht supra Anasum blieb. In der Theilungsurkunde über die österreichischen Länder a. 1379 [2]) wird zwischen der Hofschranne zu Wien und der Hauptmannschaft ob der Enns unterschieden. Ebenso in einer Urk. a. 1406 [3]): *Item er sol auch das Recht die Hoffschrann, vnd das lanntgericht halten als das von alter her komen ist, damit dem armen, als dem reichen, ain geleiches recht wideruare.* Diese Urkunde bezieht sich auf Ober- und Nieder-

[1]) Zieglauer LR. 106.
[2]) Rauch 3, 396.
[3]) Rauch 3, 457.

österreich, unter dem Landgerichte ist eben das oberösterreichische zu verstehen[4]).

Die Zeit der Einführung des Hofgerichts lässt sich nicht mit Bestimmtheit festsetzen. Die erste Erwähnung eines Hoftaidings kommt in den Jahren 1311 und 1312[5]) vor, doch ist es zweifelhaft, ob das Hofgericht in seiner späteren Bedeutung damals schon bestand, oder ob dies nur die Anfänge einer Entwicklung andeutet, welche erst etwa zwei Jahrzehente später ihren Abschluss fand. Denn erst von beiläufig 1330 an lässt sich das Bestehen des Hofgerichts in seiner späteren Einrichtung nachweisen; dafür jedoch, dass das Hoftaiding in seinem späteren Wirkungskreise schon seit dem ersten Jahrzehent des 14. Jahrhunderts bestand, spricht der Umstand, dass von da ab von einem herzoglichen Landtaidinge keine Spur mehr zu finden ist. Es kommt zwar auch noch nach 1311 ein Landrichter in Oesterreich in der Person des späteren Hofrichters Weichhard von Topel vor[6]), dies beweist aber nichts für das Fortbestehen des früheren Landtaidings, weil der Ausdruck Hofrichter überhaupt erst später üblich wurde und der Richter im Hoftaiding in den ersten Jahren auch nur als Landrichter bezeichnet wird. Weichhard von Topel wenigstens, welcher a. 1329[7]) schon als Hofrichter bezeichnet wird, nennt sich noch a. 1337[8]) als Vorsitzender des Hoftaidings Landrichter in Oesterreich.

In der Einrichtung, in welcher das Hoftaiding seit c. 1330 hervortritt, ist es aber nicht etwa nur ein neuer Name für eine alte Sache, sondern es ist an die Stelle des alten Herzogsgerichts im Landtaiding wirklich eine durchaus veränderte Einrichtung getreten. Abgesehen von der Verschiedenheit der Benennung, äussert sich diese Veränderung darin, dass nun das Wechseln

[4]) Vergl. auch das Privilegium für Passau a. 1372 (M. Bo. 30, 2, 302 Nr. 404), in welchem diesem Bisthume die Gnade gethan wird, *daz die seinen hintz den vnsern ichts ze klagen, oder ze sprechen haben, darumb suellen si das recht von in nemen — es sey vnderhalb der Ens in dem Hoftayding oder ob der Ens in Landtayding.*

[5]) D. et A. 6, 243 und Meiller in Sitzungsber. 21, 142.

[6]) Urkk. a. 1320 (Huber Austria 59 Nr. 10, 60 Nr. 12, Notizenblatt 1853, 45), 1322 (D. et A. 16, 83 Nr. 80), 1324 (Huber Austria 63 Nr. 33, D. et A. 10, 210 Nr. 212).

[7]) Huber Austria 67 Nr. 8.

[8]) D. et A. 18, 210 Nr. 185.

des Ortes, an welchem das Herzogsgericht gehalten wurde, aufhörte, da das Hofgericht seinen ständigen Sitz in Wien hatte [9]; auch findet sich immer nur ein Hofrichter [10], und nie mehr, während früher mehrere mit der Ausübung der herzoglichen Gerichtsbarkeit betraute Landrichter gleichzeitig bestanden. Ein Unterschied scheint auch darin zu liegen, dass während im Landtaiding zuletzt wenigstens auch der Ritterstand erscheint, derselbe vom Beisitze im Hoftaiding im Anfange ausgeschlossen ist [11], und erst später sein Recht, darin zu erscheinen, erkämpft. Auch hört mit den Hoftaidingen die bestimmte Zeit, zu welcher Gericht gehalten wurde (dreimal im Jahre), auf; es ist wenigstens keine Rede mehr davon [12]. Die wichtigste Neuerung aber liegt darin, dass die Persönlichkeit des Herzogs bei den Verhandlungen des Hofgerichts beinahe ganz in den Hintergrund tritt, so dass die Einführung des Hofgerichts auch einen bedeutenden Schritt weiter zur Eximirung des obersten Gerichts in Oesterreich von der persönlichen Anwesenheit des Landesfürsten

---

9) Es kommt kein einziges Beispiel vor, dass das Hofgericht an einem andern Orte abgehalten worden wäre.

10) Aus den Urkunden ergibt sich folgende Reihe der Hofrichter: bis c. 1352 der erste Hofrichter Weichhard von Topel, c. 1359—c. 1371 Berthold von Pergau, c. 1374 Ulrich von Pergau, c. 1383—c. 1390 Marquard von Tirnstein, c. 1394—1408 Albrecht von Ottenstein. Nach 1408 hören die Nachrichten über das Hofgericht selbst und über die Hofrichter auf. Die letzte Kunde hievon enthält eine Urk. a. 1412 (D. et A. 18, 523 Nr. 424), in welcher Herzog Albrecht von *vnserm Hofrichter daselbs* (in Oesterreich) spricht. Huber Geschichte Herzogs Rudolf IV., 158 kennt auch einen Claus von Hus als Hofrichter aus einer Urk. a. 1359, Februar 22., im k. k. geh. Archiv, Diplom. Nr. 864, pag. 147. Von diesem Hofrichter ist sonst durchaus keine Nachricht vorhanden. Er müsste zwischen Weichhard von Topel und Berthold von Pergau das Hofrichteramt bekleidet haben; es frägt sich jedoch, ob dieser Hus wirklich herzoglich österreichischer Hofrichter war. Der Titel Hofrichter allein ist noch nicht entscheidend, da ihn auch häufig blosse Patrimonialrichter des Adels führten. So kommt z. B. in Urk. a. 1310 (D. et A. 3, 474) ein Hofrichter des Grafen von Hardeck vor. Als solche Patrimonialrichter müssen auch folgende aus Urkunden bekannte Hofrichter angesehen werden: der Hofrichter zu Fuchsperg (Urk. a. 1320 in D. et A. 6, 265), der Hofrichter Reimbot (Urk. a. 1328 in D. et A. 6, 246), der Hofrichter Lautwein (Urk. a. 1345 in D. et A. 6, 199), der Hofrichter zu Meissau (Urk. a. 1342 in Huber Austria 1, 73 Nr. 5).

11) Unger Landstände 1, 180.

12) Unger a. a. O.

bildet. Die Herzoge führen zwar mitunter den Vorsitz persönlich, es ist dies jedoch ein sehr seltenes Vorkommniss [13]), und daneben werden unter dem Vorsitze des Hofrichters selbst die wichtigsten, früher dem Landesfürsten ausschliesslich vorbehaltenen Entscheidungen gefällt. Ein genaues Bild der Competenz des Hofgerichts lässt sich zwar nicht geben, so lange nicht das von Schlager [14]) nur auszugsweise veröffentlichte Hoffrohnbuch der Wiener Hofschranne vollständig vorliegt; so viel lässt sich aber durch das schon jetzt bekannt gewordene Urkunden-Material nachweisen, dass der Hofrichter die früher dem Landesfürsten ausschliesslich vorbehaltene Gerichtsbarkeit mit der Gerichtsbarkeit des obersten Landrichters vereinigte. Die Ueberlieferungen des Hoffrohnbuches zeigen, dass unter dem Vorsitze des Hofrichters nicht selten principielle Entscheidungen der Hofschranne zur Fixirung des bestehenden Gerichtsgebrauches und Gewohnheitsrechts erflossen. So a. 1369 [15]): *Ich Perchtolt von Pergaw di Zeit Hofrichter in Osterreich vergich offentleich an dem fronnpuch, Also daz ich sass an dem Rechten in dem Hofftayding ze wien — die Zeit die Lantherren mit veraintem Rat vnd auch von in vor mir verfolget wart, daz fürbas mer ewigleichen in allen Hoftaydingen einem igleichen chlager dem fronn ertailt wird, daz sich der ynner vier Wochen wol bedenkchen mag, waz er dem Antwurter fronn' well* u. s. w. Ferner a. 1371 [16]) und a. 1384 [17]): *da ich Marchert von Türenstain die Zeit Hofrichter in Osterreich saz an dem rechten in dem Hoftayding ze wienn — vor mir zu Eynem rechten erfunden ist, ze Gegenburt meins gnedigen Herrn Hertzog Albrechts in Oesterreich — das ein igleicher antwurter der do gechlagt wirt vmb den Gewalt oder anrecht vnd auch daruber gefronnt wird vnd sich selber darumb awz der fronn nympt damit er auf sein antwurt chompt, sich vmb den Gewalt selb dritter mag awsgereden ob er wil oder gewaygern mag* u. s. w. Bei dieser Satzung war Herzog Albrecht also gegenwärtig, der eigentlich

---

[13]) Gerichtssitzungen a. 1361 und 1376 (Schlager Wiener Sk. 2, 71 und 75). Citationsschreiben Herzogs Wilhelm an den Abt von Formbach a. 1406 (M. Bo. 4, 179): *empfehlen wir dir, dass du nun zu den dritenmal auf nu das nachst künfftig Hoftayding ze Pfingsten, es gefür sich, oder nicht darumb herfür uns chomst.*

[14]) Wiener Sk. 2, 65 ff. — [15]) Schlager Wiener Sk. 2, 70. — [16]) S. die Stelle §. 44 bei n. 19. — [17]) Schlager Wiener Sk. 2, 72.

vorsitzende Richter war aber der Hofrichter. In zahlreichen Gerichtsbriefen erscheinen auch die Hofrichter als Richter über das Eigen von Ministerialen und Edlen des Landes. Gerichtsbrief Weichhard's von Topel a. 1342 über eine Klage des Klosters Mölk wider Rudolf von Lichtenstein wegen einer Gülte von 5 Pfund Pfennige [18]). Urtheilsspruch desselben Hofrichters a. 1347 [19]) zwischen Albero von Kirchling und Otto von Hohenstain um ein Viertel an dem Hause Hohenstain. Gerichtsbrief Ulrich's von Pergau, Hofrichters in Oesterreich, a. 1374 [20]) über die Klage des Abtes zu den Schotten gegen Albert den Stuchs von Trautmannsdorf (einen Ministerialen) *daz von sein vnd seins gescheftz wegen in vnd seinem Goczhaus — ein hold geuangen vnd in einen Turn ze Trawtmansdorff gelegt, vnd dem phenning abgenott sey mit gwalt*, worin dann erkannt wird, man solle dem Abte *der gueter die er gefront hiet vnd auch selb aus der fron genomen hiet, gwaltig machen vnd an die gwer seczczen.* Gerichtsbrief des Hofrichters Marchart von Tiernstain a. 1383 [21]) über die Klage des Probstes zu Heigelwald wider Hans von Schönberg — aus einem Ministerialengeschlechte [22]) — *darumb daz von im und von seines geschefts wegen* der Abt eines Weingartens entwert worden sei, und wornach der Abt an die Gewere der gefronten Güter gesetzt wird. Gerichtsbrief Albrecht's des Ottenstainers, Hofrichters in Oesterreich, a. 1394 [23]) über die Klage des Schottenklosters wider Jörg den Stadler, in deren Verfolg der Abt von den Schotten der ihm gefrohnten Güter des Stadlers gewaltig gemacht und an die Gewer gesetzt wird.

Dass der Hofrichter damit die Gerichtsbarkeit des obersten Landrichters vereinigte, weist ein von Schlager mitgetheilter Urtheilsspruch Weichhard's von Topel a. 1355 wider den Penzen von Geuel über eine bewegliche Sache (ein Stück Vieh) nach, insbesondere aber auch die vielen Urtheilsbriefe über gegen den Clerus in Oesterreich ergangene Sprüche, z. B. a. 1344, 1349, 1350, 1352, 1368, 1374 [25]).

---

[18]) Huber Austria 72 Nr. 4. — [19]) Schlager Wiener Sk. 2, 77. — [20]) D. et A. 18, 352 Nr. 302. — [21]) Notizenblatt 1851, 322.

[22]) Meiller Reg. 68 Nr. 49 und Urk. a. 1293 in D. et A. 21, 72.

[23]) D. et A. 18, 436 Nr. 362. — [24]) Wiener Sk. 2, 77.

[25]) D. et A. 10, 304 Nr. 311, Fischer Klostern. 2, 377 Nr. 165, Huber Austria 1, 78 Nr. 21, D. et A. 16, 286 Nr. 259; 10, 336 Nr. 345 und 456 Nr. 469.

Die unteren Landgerichte bestanden noch weiter fort, nicht nur, wie Meiller[26]) meint, während der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts, sondern vielmehr das ganze 14. Jahrhundert hindurch und noch im 15. Jahrhunderte, so dass sie die Existenz des Hofgerichts[27]) überdauert haben: Das Landgericht der Kunringer bestand fort. In Urk. 1406[28]) ist von einem Landgerichte zu Herzogenburg die Rede, dessen Besitz zwischen dem Abte von Formbach und Otto von Meissau streitig war. Noch a. 1448[29]) kommt ein Landgericht vor, *das emalen gen Wolffstain ist gehandelt worden*, in dessen Districte das Kloster Mölk lag[30]).

Ganz ähnlich waren die Einrichtungen in Oberösterreich, wo ebenfalls neben dem Landrichter supra Anasum, dessen Gerichtsbarkeit sich über das ganze Land erstreckte, noch mehrere Provincialgerichte im Machlande, zu Wildenstein[31]), auf der Feste Udmervelt[32]), zu Hedreinsdorf[33]) u. s. w. fortbestanden. Nach der Unterwerfungsurkunde a. 1361, durch welche die Grafen von Schaumburg sich zu Vasallen Oesterreichs erklärten[34]), besassen die Schaumburger fünf Landgerichte in Oberösterreich: *die Grafen: veriehen — den Pan der grozzen Gerichten vber den tod, in den nachgeschriben vnsern Lantgerichten, die wir selber innehaben, vnnd die ouch ander erber herren von vns cze lehen habent, Daz ist cze merken vberal in dem Lantgericht genant Starchenberger Gericht, da die Stat Wels innegelegen ist. Darnach in dem Lantgericht, das genant in dem Tunawtal, vnd in dem Traungew, das vnsern Vordern vnd vns bei alten czeiten ledig warden ist von weilnt den alten Kapellern, da die Stat Lyncz innegelegen ist. Darnach in dem Lantgericht, genant Weizzenberger gericht, da der Markcht Swans innegelegen ist. Darnach in dem Lantgericht, das Lienhart der Mörspek von vns cze lehen hat. Vnd ouch in dem Lantgericht, das Wolfhart der Pollhaimer von vns cze lehen hat, vnd darüber sunderlichen in der Stat cze Veklaprukk, vnd auf allen andern Stetten, Merkten,*

---

[26]) Sitzungsber. d. A. 21, 142. — [27]) Schlager Wiener Sk. 2, 129. — [28]) M. Bo. 4, 170. — [29]) Huber Austria 1, 120 Nr. 32.

[30]) Vergl. auch Urk. a. 1394 (Urkb. Kremsm. 346 Nr. 325), worin von einem Landgerichte auf dem Moos die Rede ist.

[31]) Hormayr Archiv 1829, 159.

[32]) Notizenblatt 1854, 318, Urk. a. 1355.

[33]) Notizenblatt 1854, 389, Urk. a. 1367.

[34]) Kurz Rudolf IV. 354 Nr. 11.

vnd Dörffern, Leutten, vnd gütern, die die vorgenanten vnser herren von Oesterreich ieczunt habent, allenthalben ob der Ens, si sein ledig, oder versaczt, da wir, die vorgenanten von Schowenberg, cze richten haben vmb den Tod.

§. 44. 2) Stadtrichter.

Zur Zeit des Landesrechts war es schon ganz allgemein, dass die Städte ihre eigenen Stadtgerichte hatten, welche meistens durch Privilegien entstanden waren, wodurch die Städte von der allgemeinen landes- oder gutsherrlichen Gerichtsbarkeit eximirt wurden [1]).

Von den österreichischen Städten wird für Wien ein *judex civitatis* schon im Stadtrechte a. 1221 erwähnt [2]). Haimburg hatte nach dem Stadtrechte a. 1244 ebenfalls einen Stadtrichter [3]), ebenso Tulln nach einer Urk. a. 1270 [4]), Neustadt nach einer Urk. a. 1277 [5]) und St. Pölten nach der §. 51 n. 14 citirten Urk. Klosterneuburg erhielt einen eigenen Richter durch die Urkunde, welche es zu einer Stadt erhob (1298) [6]): *Vnd geben in besunderlich gerichtet ampt vnd ein gerichte, zwaze gehort hin vber in daz gericht ze Nevnburk, swo ez hie dishalb gelegen ist mit gewonlichen recht, eren vnd auch nvtze, also, daz si da bei in einen richter haben, den wir in geben, als andern vnsern Steten, daz ir gerichte avch ledick sei gantz vnd gewaltick ein isleich sache nach ir recht ze richten.* Krems erhielt a. 1305 das Recht von Wien [7]), damit also auch einen eigenen Stadtrichter. Für Eggenburg ist ein Stadtrichter aus dem Erlasse der Herzoge Leopold und Ernst von Oesterreich a. 1409 an Richter, Rath und Bürger dieser Stadt [8]) urkundlich nachweisbar. Von Bruck an der Leitha haben wir Nachrichten über einen Stadtrichter aus

---

1) Die wichtigsten hievon für die österreichischen Städte in Bischoff Stadtr.

2) A. f. K. ö. G. 10, 100. Im Ennser Stadtrechte a. 1212, dem Vorbilde des Wiener Rechts, wird an der entsprechenden Stelle nur von einem *judex* im Allgemeinen gesprochen.

3) A. f. K. ö. G. 10, 138.

4) Lorenz D. G. 1, 467.

5) S. die Stelle bei n. 18.

6) Fischer Klostern. 2, 503 Nr. 210 und A. f. K. ö. G. 7, 313.

7) Rauch 3, 358. — 8) Notizenblatt 1853, 343 ff.

dem Jahre 1463[9]). Baden erhielt einen Stadtrichter bei seiner Erhebung zu einer Stadt (1480)[10]).

Die Gerichtsbarkeit des Stadtrichters erstreckt sich so weit, als der Burgfrieden (nach LR. §. 46 die Ringmauer) reichte; Burgfrieden und Stadtgerichtssprengel sollen ein und dasselbe sein. Stadtrecht von Wien a. 1296[11]): *Ez sol auch der Purchfrid gen an daz ziel, da der stat gerichte hin get, als ez mit alter gewonhait her chomen ist.* In der soeben erwähnten Urk. für Baden heisst es: *derselben richter und rat darin derselben statt Paden, und als der obbestimbt burgfrid weret umb alle sachen, so sich begeben, zurichten haben sollen.* Im Stadtr. v. Neust. §. 92 wird hingegen dem Stadtgerichte eine erweiterte Jurisdiction auch für die Umgegend von Neustadt ertheilt.

Zu der Gerichtsbarkeit des Stadtrichters gehörte nun:

1. Die Gerichtsbarkeit über das innerhalb des Stadtfriedens gelegene Eigen. In LR. 46 heisst es ausdrücklich, dass die Bürger als Geklagte über ihr innerhalb der Ringmauer gelegenes Gut vor den Stadtrichter gehören. Es frägt sich nun, ob Mitglieder höherer Standesklassen, welche Eigen im Stadtbezirke besassen, hinsichtlich desselben ebenfalls der Gerichtsbarkeit des Stadtrichters unterworfen waren. In einigen städtischen Privilegien ist dies ausdrücklich enthalten, so im Privilegium für Klagenfurt a. 1338 §. 1[12]): *Swaz in dem statfried aygens leit, da sol man vor dem stattrichter vmb taydingen vnd rechten vnd nindert anderswa.* Dann im Privilegium für Bruck an der Mur a. 1396 §. 1[13]), wornach der Stadtrichter der alleinige Richter ist *vmb Erbgüetter oder sollch händl, die in Irem purckhfridt ligent, oder bestehend.* Von den niederösterreichischen Stadtrechten weist das Privilegium für Tulln a. 1270[14]) alle Streitigkeiten über das innerhalb des Burgfriedens gelegene Eigen so ausnahmslos dem Stadtrichter zu, dass das Eintreten dieser Gerichtsbarkeit, auch im Falle Adelige im Besitze bürgerlicher Gründe waren, angenommen werden muss: *Item quicumque proprietates site fuerint in conterminis siue in purchfrid prehabite ciuitatis coram iudice et ciuibus eius sentencialiter debent ammitti uel etiam obtineri.*

---

9) A. f. K. ö. G. 10, 392. — 10) Pez Cod. 3, 413 Nr. 279. — 11) Hormayr Wien 2, XLI. — 12) Gengler St. R. 221. — 13) Gengler St. R. 58. — 14) Lorenz D. G. 1, 468.

Die anderen Stadtrechte enthalten hierüber nichts. Vielleicht war dies ein streitiges Terrain, über das Ansichten und Praxis wechselten.

Dafür erstreckte sich die Gerichtsbarkeit des Stadtrichters mitunter auch über Eigen, welches ausserhalb des Burgfriedens lag. Nach dem Wortlaute von LR. §. 46 hätten die Bürger zwar auch wegen des innerhalb der Ringmauer gelegenen Gutes nicht vor dem Stadtrichter, sondern vor dem Landrichter u. s. w. sich zu verantworten, sobald sie ein Nichtbürger klagt; dies würde aber den sämmtlichen städtischen Privilegien widersprechen und es scheint daher, dass sich in diesen Paragraph ein Fehler eingeschlichen habe und dass die Conjectur Meiller's (in seinem Abdrucke der HS. *W*) angenommen werden müsse, wornach der zweite Satz des Paragraphs folgendermassen zu lauten hätte: *Was de burger ausserhalb der Ringkmauer* u. s. w. Mit dieser Emendation würde dann der Sinn der Stelle dahin gehen, dass die Bürger wegen des ausser der Ringmauer gelegenen unbeweglichen Gutes nicht vor den Stadtrichter, sondern vor den Richter gehören, dem das Gut untersteht, sobald ein Aussermann sie klagt. Daraus würde dann der weitere Schluss a contrario folgen, dass, wenn nicht ein Aussermann, sondern ein Bürger einen Bürger wegen eines ausserhalb der Stadt gelegenen Eigens belangt, diese Sache als eine innere Angelegenheit der Stadt zu behandeln und vor den Stadtrichter zu bringen sei. Besonders ausgedehnte Privilegien hatten in dieser Beziehung Wien und Wiener-Neustadt. Nach diesen Privilegien hatte der Stadtrichter über alles ausserhalb des Stadtbezirkes gelegene und Bürgern gehörige Eigen zu urtheilen, ohne Unterschied, ob die Klage von einem Bürger oder von einem ausser der Stadt Gesessenen erhoben wurde [15]). Hievon wird nur für die besonderen Causalgerichtsstände in Lehen- und Weinbergsachen eine Ausnahme gemacht. Privilegium für Wien a. 1278 [16]): *Statuimus etiam, ut nullus judicum seu officialium sublimium vel humilium, provincialium, vel etiam civitatum, aut alii quocunque nomine nuncupentur, contra memoratos cives*

---

[15]) Dasselbe gilt auch nach den Stadtrechten von Iglau (Tomaschek D. R. 197) und Brünn (Rössler R. D. 2, 351).

[16]) Lambacher 158 Nr. 91.

nostros Wiennenses, super causis civilibus vel criminalibus, realibus seu personalibus, sive mixtis, vel possessionibus quibuscunque, judicandi aliquam habeat potestatem. Sed solus judex civitatis Wiennensis, et non alius de omnibus supra dictis quaestionibus, quocunque modo emerserint, habeat judicare. Exceptis vineis, quarum judicium verum montis, magistrum vinearum respicit, et feudis, de quibus feudis dominus judicabit. Salva etiam magistro monetae, et ejus consortibus Wiennensibus, qui Hausgenossen vulgariter nominantur, omni sua jurisdictione, et alia qualibet libertate, salvis etiam juribus aliarum civitatum nostrarum, si cives Wiennenses possessiones vel causas habuerint in eisdem. Das Wiener Stadtrecht a. 1296 [17]) spricht Anfangs dem Stadtrichter eine beschränktere Jurisdiction zu: *Vmbe swelich sache ein purger angesprochen wirt, ez sei vmbe aigen oder vmbe Purchrecht, daz in dem Purch fride leit, der sol daz verantwurten vor dem Statrichter.* An einer andern Stelle wiederholt es aber den Inhalt des Privilegiums a. 1278 mit dem einzigen Unterschiede, dass der letzte Satz, worin die Rechte anderer Stadtgerichte gewahrt werden, ausgelassen wird. Neustädter Privilegium a. 1277 [18]): *Item civis praedictae civitatis de se conquerentibus coram nobis vel suo judice respondebunt.* Stadtr. v. Neust. §. 91: *Statuimus etiam, ut exteriorum sententia civibus non praejudicet, quia ipsi ignorant jura specialia civitatis, sed de ipsis civibus et rebus suis secundum nostra statuta et sententiam civium judicetur. Ipsi etiam per omnes terras nostras non teneantur coram aliquo judice vel officiali vel etiam quocunque domino praeterquam coram nobis et nostris successoribus, videlicet terrarum principibus, vel coram suo judice respondere. Judex autem coram magistro civium vel capitaneo respondebit. Et hoc, sive querimonia de eorum rebus fuerit vel persona, nisi in eodem loco, ubi impetuntur, maleficium, super quo impetuntur, ipsum fuerit perpetratum; sed exceptis vineis et feodis suis, super quibus coram magistro montis vel suo domino respondebunt.*

Gegen diese Privilegien spricht sich jedoch ein Weisthum der Hofschranne a. 1371 [19]) aus: *in dem Hoftayding ze Sand Michels tag di Lantherren mit veraintem Rat der Hofschrann ze*

---

[17]) Hormayr Wien 2, XLI und XLIII.

[18]) Pez Cod. 2, 132 Nr. 222.

[19]) Schlager Wiener Sk. 2, 74.

einem rechten erfunden habent, daz fürbas chain Purger in dez Hertzogen steten allen in dem Land ze Osterreich, vmb der Gewalt noch anrecht noch vmb dhain ander sach in der Hofschrann antwurten sollen noch zurecht sten di selben aygen gericht haben, in iren steten vnd anders nicht pflegen denn ir chaufmanschatz ynnerhalb irer Mawer, aber awzgenomen die Purger gesessen in den vorgenanten steten di auf dem Land gevest sind vnd dorffer vnd gueter vnd holden habent da von herren Rittern vnd chnechten vnd auch andern lewten Gewalt von mag widerfaren di selben Purger schullen sich in der Hofschrann verantwurten.

2. Bei anderen als den auf das Eigen bezüglichen Klagen galt der Grundsatz, dass die Bürger nur vor dem Stadtgerichte geklagt werden konnten, und zwar nicht nur in Civil-, sondern auch in Criminalsachen, denn die Stadtrichter hatten regelmässig[20]) auch den Blutbann. Priv. v. Neustadt a. 1277[21]): *Judex civitatis ab eo, quem terrae praefecerimus, auctoritatem de quolibet maleficio recipiat judicandi.* Priv. für Klosterneuburg a. 1298[22]): *So geb wir in* (den Klosterneuburgern) *Stöck vnd Galgen als ander vnser Stete habent in irm gericht.* Den meisten Städten war hiebei das Vorrecht eingeräumt, dass das Stadtgericht den ausschliesslichen Gerichtsstand für die Bürger bildete, so dass diese vor keinem andern Gerichte belangt werden konnten (*privilegium de non evocando*)[23]). Eine Ausnahme hievon enthält das Stadtr. v. Neust. §. 91, da es gestattet, dass der Neustädter Bürger, welcher in einem fremden Gerichtssprengel eine Missethat begangen hat und in demselben betreten wird, von dem fremden Richter gerichtet werden darf.

Die Gerichtsbarkeit des Stadtrichters erstreckte sich ferner auch auf die Ausübung der höheren (Blut-) Gerichtsbarkeit über die im Stadtbezirke wohnenden Hörigen, wenn sie auch auf einer Immunität sassen, falls nicht ihrem Herrn der Blutbann zustand. Das Stadtgericht hatte also in der Stadt ganz dieselbe Stellung zu den gutsherrlichen Gerichten, wie das niedere Land-

---

[20]) St. Pölten erhielt hingegen nur die niedere Gerichtsbarkeit. Urk. aus dem 13. Jahrh.: *Item si aliquis morte condempnandus in civitate detentus fuerit, judex civitatis ipsum vel* (al. *V*) *testes recipiet judicando, et postea assignabit eum provinciali judici* (Gengler St. R. 411).

[21]) Pez Cod. 2, 132 Nr. 222. — [22]) Fischer Klostern. 2, 503 Nr. 210. — [23]) Würth Stadtr. v. Neust. 31.

gericht in seinem Landbezirke. Spruch Herzogs Albrecht in einem Streite zwischen dem Schottenkloster und dem Wiener Stadtrichter über die Gerichtsbarkeit a. 1375 [24]): *da sprechen wir des ersten, daz vnser Richter der Stat ze Wienn — das Plůt vnd den tod ze richten hat vber des Abts holden vnd sein diener, die im von seinen grvnden dienent, in aller der mazze, als er ander plůt vnd tod richtet in dem Statgericht daselbs ze Wienn.* Spruchbrief Herzogs Albrecht über einen Streit zwischen dem Stifte und der Stadt Klosterneuburg a. 1417 [25]): *das unser richter* (der Stadtrichter) *daselbs — umb alle sachen da völligleich zue verrichten haben solle — ausgenomben umb was sachen die den tott nit anrüerendt jemandt zue sprechen hat zue solchen leuten, die dem brobst* unterstehen — *darumb svlen diselben leut nindert anderswo, als vor dem brobst oder seinen amtunden — zue recht stehen.*

Ausserdem hatten manche Städte das Privilegium, dass ihre Gerichte überhaupt alle Delicte bestrafen durften, welche in ihrem Bezirke begangen wurden. Stadtr. v. Neust. §. 100: *Statuimus etiam et mandamus firmiter observari, ne aliquis captus infra terminos judicii Novae civitatis, sive sit pro homicidio, rapina vel furto, falsitate, incendio aut violentia mulierum vel pro causa alia qualicunque, ad aliud judicium vel praetorium assignetur, sed de eo in praetorio Novae civitatis a judice secundum sententiam civium, ut justum fuerit, judicetur.* Privilegium für Baden a. 1480 oben nach n. 11.

3. Zu Gunsten des Wiener Stadtgerichts wurde sogar ein Theil der geistlichen Gerichtsbarkeit durch eine päpstliche Bulle a. 1399 [26]) für die Bewohner Wiens aufgegeben: *vt nullus ordinarius seu delegatus aut subdelegatus vel alius quicunque executor seu consecutor a sede apostolica deputatus vel deputandus — vos aut aliquem incolam seu habitatorem vestri opidi — nisi in ejus conquerentibus et actoribus seu alicui eorum justitia denegata fuerit super quibuscunque causis bonis juribus actionibus seu rebus alijs vobis ac ipsis incolis habitatoribus et larem fouentibus justis in causam trahere ad judicium euocare possit — indulgemus* [27]).

[24]) D. et A. 18, 360 Nr. 306. — [25]) A. f. K. ö. G. 7, 332.

[26]) A. f. K. ö. G. 3, 219. S. dazu die interessanten Erläuterungen Rössler's ebendaselbst.

[27]) Diese Bulle des 14. Jahrh. contrastirt merkwürdig mit den in neuerer Zeit wieder schärfer hervortretenden Prätensionen des römischen Stuhles.

§. 45. 3) Gerichtsbarkeit des Gutsherrn.

Die niedere Gerichtsbarkeit auf den Gütern der Kirche und des Adels kam im Laufe der Zeit, theils durch ausdrückliche Verleihung, theils auch durch die Gewohnheit, in die Hände der Gutsinhaber, und es bildeten sich dadurch Exemtionen von der allgemeinen landesherrlichen Gerichtsbarkeit [1]). Die Folge einer solchen Exemtion besteht dann darin, dass der landesfürstliche Richter nicht berechtigt ist, auf dem Gebiete der Immunität gerichtliche Handlungen vorzunehmen, besonders placita zu halten, und dass die der Immunität Unterworfenen der Gerichtsbarkeit des Immunitätsherrn unterstehen, also auch nicht zu den Gerichtsversammlungen des landesfürstlichen Richters zu erscheinen haben. Von Letzterem bilden nur die *inquisitiones terrae generales* eine durchgreifende Ausnahme [2]).

Der Rechtszustand, welcher sich für die Immunitäten zur Zeit des LR. gebildet hatte, ist nun folgender:

1. Auf den Gütern der Kirchen und Klöster hatten die Kirchenvorsteher oder Klosteräbte das Immunitätsrecht durch die äusserst zahlreichen Immunitätsprivilegien erlangt, welche sich alle geistlichen Institute nach und nach zu verschaffen gewusst hatten. Es würde zu weit führen, hier auch nur mit einiger Vollständigkeit diese Privilegien für die österreichischen Kirchen und Klöster zu verzeichnen; für die Babenberger Zeit sind die meisten in Meiller's Regesten enthalten. Die Grafen, Freiherren und Dienstmannen hingegen erwarben das Recht der niederen Gerichtsbarkeit weniger durch Privilegien, als durch die Gewohnheit. In LR. 46 wird dasselbe für alle Güter des Adels ohne Ausnahme anerkannt [3]).

Diese Gerichtsherren waren dabei nicht ganz unabhängig, denn in den meisten Exemtionsurkunden wird für den Fall der Rechtsverweigerung die Berechtigung vorbehalten, sich an den landesherrlichen Richter zu wenden. Urk. a. 1264 der Grafen

---

[1]) Unger Gvf. 241 ff., Eichhorn 2, 444, Brunner Exemt.

[2]) S. hierüber §. 51.

[3]) Dorfgerichte des Adels erwähnt in Urkk. a. 1292 und 1306 (D. et A. 3, 306 und 259).

von Schaunberg für Wilhering[4]): *Si autem dictus Abbas de hominibus vel possessionibus ecclesie dicte attinentibus alicui justiciam facere negauerit diffinite, quod racionabiliter probari possit, judex noster eidem faciet justicie complementum.* Urk. a. 1288 für Ranshofen[5]): *Si autem — iusticia denegata fuerit, tunc iidem coram judice competente suas poterint prosequi actiones.* Urk. a. 1297 für Nieder-Altaich[6]): *Si autem ecclesie provisores negligerent, vel non vellent aliquod eorum, que ipsos respiciunt, judicare, hoc ipsum supplebunt nostri judices judicandi*[7]).

2. Der Gerichtsbarkeit des Immunitätsherrn sind nach dem Ausdrucke der meisten Immunitätsprivilegien die *praedia* und *homines* der Immunität unterworfen, Urkk. a. 1192, 1240, 1241, 1256, 1273[8]).

Es gehören also vor seine Gerichtsbarkeit:

a) alle dinglichen Klagen über die in der Immunität gelegenen unbeweglichen Güter, LR. §. 46. Urk. a. 1212[9]): *Volumus enim, ut ipsa Ecclesie predia et omnes cause, que in ipsis emerserint, ab omni iurisdictione seculari tam integre sint exempta, ut de ipsis soli preposito et eius officialibus liceat cognoscere et de cognitis diffinire;* —

b) unterstehen seiner Gerichtsbarkeit die sämmtlichen in der Immunität sitzenden Hintersassen[10]). In den Immunitätsprivilegien werden ausdrücklich alle Klassen bäuerlicher Hintersassen, Censualen, Colonen und Eigenleute, genannt. Urkk. a. 1158, 1209, 1212, 1290[11]). Diese Leute sind in allen Civilsachen und in den nicht zur höheren Gerichtsbarkeit gehörigen (s. Nr. 3 dieses §.) Strafsachen vor dem Immunitätsrichter zu

---

4) Urkb. o. Enns 3, 326 Nr. 350.

5) M. Bo. 3, 348. — 6) M. Bo. 15, 26 Nr. 18.

7) S. auch Urkk. a. 1273, 1277 (Meichelbeck 2, 2, 67 Nr. 105 und 82 Nr. 137), 1299 (D. et A. 1, 283 Nr. 117).

8) Urkb. o. Enns 2, 433 Nr. 297, Meiller Reg. 161 Nr. 56 und 167 Nr. 86, Urkb. o. Enns 3, 225 Nr. 234, Meichelbeck 2, 2, 67 Nr. 105.

9) Urkb. o. Enns 2, 547 Nr. 378.

10) Brunner Exemt. 378. Banntaiding von Kottes (V. O. M. B.) a. 1322—40 §. 9 (Kaltenbäck RB. 2, 3): *Alle die gesezzen sind auf des Gotshaws aygen die gehörent in des gotshaws lantgericht vnd pantädinch.*

11) Hormayr Wien 1, XVI Nr. 15, Kurz Albrecht IV. 459 Nr. 15 (s. die Stelle §. 21 n. 2), Urkb. o. Enns 2, 547 Nr. 378, D. et A. 11, 262 Nr. 292.

belangen [12]. Urk. a. 1213 für St. Florian [13]: *Alias vero quascunque causas siue peccuniarias siue prediales siue in persona siue in dampna, bannos videlicet, pugnarum expurgationes omnesque obuentiones, scilicet Losvnge, Vbervanch, Gavmlos, nocturnos dolos in personis suis et prediis, officiales ecclesie iuditiali ordine exequantur.* Urk. a. 1265 für Garsten [14]: *nolentes, quod homines eiusdem Ecclesie in aliquibus locis, que uulgariter dingestat nuncupatur, conueniri debeant aliter, quam presenti pagina est expressum, set coram judicio ipsius abbatis debent tantummodo comparere.* Urk. a. 1287 für das Schottenkloster in Wien [15]: *quod nulli de colonis, mancipiis aut aliis attinentibus — Abbati — coram nobis aut nostris iudicibus debeant conueniri, nisi in causis sanguinis.* Dasselbe spricht auch LR. §. 46 aus, wenn es sagt, dass nur, wenn Jemand den Tod verdient hat, er von dem Gutsherrn auszuliefern sei, so dass er also in den übrigen Fällen vor dessen Richter gehört.

Von dieser Zuweisung der Gerichtsbarkeit über die Immunitäts-Insassen an den Immunitätsherrn wurde auch in dem Falle keine Ausnahme gemacht, wenn ein Auswärtiger gegen einen Immunitäts-Insassen klagte, denn bei solchen Streitigkeiten galt regelmässig der Grundsatz: *actor sequitur forum rei* [16]. In der Bestätigung der oben bei n. 13 angeführten St. Florianer Urk. [17] wird der oben abgedruckte Absatz wiederholt und es folgt darauf: *ita, ut actor semper forum rei sequatur, id est si homo extraneus de homine ecclesie conqueri habeat a preposito suisque officialibus iudicium expetat.* Urk. a. 1279 für Erlach [18]: *Item si homo residens in possessione dictae ecclesiae vulneraverit hominem in judicio provinciali, laesus laesorem sui solummodo coram abbatissa dicta et ejusdem judice debite causabit.* Urk. a. 1285 [19]: *Sane si aliquis hospitum vel externorum actionem seu querimoniam habuerit contra homines praedicti Domini nostri Episcopi, officialis seu Castellanus ipsius habebit cognoscere ac judicare in casibus ad Dominum nostrum Episcopum pertinentibus.*

---

12) Brunner Exemt. 379 und die daselbst angeführten Stellen.

13) Urkb. o. Enns 2, 563 Nr. 386 A.

14) Urkb. o. Enns 3, 333 Nr. 358.

15) Hormayr Wien 1, XCVII Nr. 38. Wiederholt a. 1314 in D. et A. 18, 143 Nr. 123.

16) Brunner Exemt. 383. — 17) Urkb. o. Enns 2, 569 Nr. 387. — 18) Pez Cod. 2, 140 Nr. 228. — 19) Meichelbeck 2, 2, 121 Nr. 186.

c) Endlich wurden auch Rechtshändel zwischen dem Immunitätsherrn und seinen Hintersassen als eine innere Angelegenheit der Immunität behandelt, sie gehörten daher ebenfalls vor das Immunitätsgericht[20]). Urk. a. 1288 für Ranshofen[21]): *Quod coloni sive homines ecclesiae — super omnibus questionibus suis, quas contra bona sive predia ipsius ecclesie habuerint, primo et principaliter coram eodem preposito et conventu in Ranshofen suas actiones debeant instaurare.*

3. Dem Immunitätsherrn stand in der Regel, d. i. wenn ihm nicht gleichzeitig auch das Landgericht übertragen war, nur die niedere Gerichtsbarkeit zu. Die Bezeichnung der Delicte, welche, als zur höheren Gerichtsbarkeit gehörig, der Cognition des Landrichters überlassen bleiben mussten, ist verschieden in den verschiedenen Immunitätsurkunden[22]). Gewöhnlich heisst es, dass dem Landrichter das Gericht über die todeswürdigen Verbrechen überlassen bleibe, LR. 46[23]), wo dann meistens Diebstahl, Mord und Nothzucht besonders hervorgehoben werden; Urkk. a. 1243, 1255, 1256, 1264, 1269, 1283, 1293, 1324 und Banntaiding von Stratzdorf (1348) §. 30[24]). Aber selbst bei der Ergreifung todeswürdiger Verbrecher darf das Immunitätsrecht nicht verletzt werden; der Landrichter hat daher nur das Recht, von dem Immunitätsherrn die Auslieferung des Verbrechers zu verlangen. Urk. f. Erlach a. 1245[25]): *Item inhibemus districte, quod nullus judicum provincialium per omnes saepedictae ecclesiae possessiones detineat aliquem ullo modo, nisi prius postulata*

---

20) Aus demselben Grunde, aus welchem Lehensstreitigkeiten zwischen Lehensherrn und Vasallen vor das Lehengericht gehörten. Eichhorn 2, 447.

21) M. Bo. 3, 348.

22) Brunner Exemt. 384.

23) Banntaiding von Landfriedstetten a. 1371 §. 18 (Kaltenbäck RB. 1, 554). — Unger Gvf. 346 bezieht LR. Art. 46 nur auf Fremde und meint, es werde darin nur gesagt, dass der Immunitätsherr Fremde ausliefern müsse. Nach dem Wortlaute aber: *auf des gut er gesessen ist*, ist nicht zu bezweifeln, dass die Auslieferung auch des Immunitätsbewohners bei todeswürdigen Verbrechen verlangt werden konnte. Mit dieser Auslegung harmoniren dann auch die für die geistlichen Gutsherren gegebenen Privilegien.

24) A. f. K. ö. G. 1, 1, 30, Urkb. o. Enns 3, 217 Nr. 223, Fischer Klostern. 2, 236 Nr. 74, D. et A. 3, 178 und 242, M. Bo. 5, 386, Stülz Wilhering 566 Nr. 90, Pez Cod. 3, 10 Nr. 12, Kaltenbäck RB. 2, 91.

25) Pez Cod. 2, 140 Nr. 228.

iusticia a judice Abbatissae saepedictae de eo, quem volebat detinere. Dem Landrichter gebührte auch nur die Person des Verbrechers, ohne dass er berechtigt gewesen wäre, dessen Güter in Anspruch zu nehmen. Der gewöhnliche Ausdruck hiefür ist, dass ihm der Verbrecher nur wie er mit dem Gürtel umfangen ist, d. h. nur er und die durch den Gürtel umfangenen Kleider (*cingulotenus*), auszuliefern sei: *cum vestitu suo cingulo conprehenso*[26], *sicut cingulum vestes claudit*[27], oder *cum vestibus, quas cingulo clausas habet*[28].

Die Auslieferung hatte erst dann zu geschehen, wenn der Angeklagte vor dem Immunitätsrichter des Verbrechens überwiesen worden war. Der Immunitätsrichter sprach hierauf das Urtheil über die Schuld und überlieferte den Ueberwiesenen dem Blutrichter zur Ausführung der Sentenz. Urk. a. 1195[29]: *Quod si fur uel raptum faciens aut latro in possessionibus ipsorum deprehensus conuictus fuerit, ad proximum locum, quo malefactores plectuntur, sicut est cingulo cinctus puniendus tradatur.* Ebenso Urkk. a. 1240[30] und 1255[31]. Urk. a. 1262 für Erlaa[32]: *Item si aliquis judex provincialis aliquem hominem ecclesie — aliquam habuerit actionem, debet ab advocato abbatisse — exigere justitiam, et si coram advocato convictus fuerit, secundum quod cingulo praecinctus fuerit provinciali judici assignetur.* Ebenso Urkk. a. 1264 und 1279[33]. Manche Privilegien sagen daher ausdrücklich, dass der Immunitätsrichter das Endurtheil zu fällen habe, und dass der Inhaber der Blutgerichtsbarkeit nur der Vollstrecker dieses Urtheiles sei. So das Privilegium für St. Paul im Lavantthale a. 1211[34]: *damnendi ad mortem per vestrum iudicem — teneantur nostris* (des Herzogs) *judicibus, tanquam sententie executoribus presentari.* Urk. Königs Ottokar für Garsten a. 1254[35]: *reus mortis post diffinitiuam sententiam coram ivdice abbatis prolatam — nostro*

---

26) Urk. a. 1187 in D. et A. 11, 16 Nr. 12.
27) Urkk. a. 1192 (Urkb. o. Enns 2, 433 Nr. 297 und 440 Nr. 300 B).
28) Urkk. a. 1254, 1275 (Urkb. o. Enns 3, 209 Nr. 215 und 430 Nr. 468).
29) D. et A. 8, 279 Nr. 18.
30) Urkb. o. Enns 3, 93 Nr. 88.
31) S. §. 41 n. 38.
32) Pez Cod. 2, 108 Nr. 191.
33) D. et A. 3, 178 und Pez Cod. 2, 140 Nr. 228.
34) A. f. K. ö. G. 6, 305.
35) Urkb. o. Enns 3, 209 Nr. 215. Bestätigung a. 1265 a. a. O. 333 Nr. 358.

ivdicio sine contradictione qualibet assignetur. In einer Urk. a. 1327[36]) heisst es dem entsprechend, dass vor dem Immunitätsrichter eine ordentliche Klage (*quaerimonia*) erhoben werden müsse.

§. 46. 4) Das Lehengericht. 5) Das Berggericht.

Das Lehengericht. Zur Zeit des LR. ist der besondere Causalgerichtsstand des Lehengerichts schon fest begründet[1]), LR. §. 46 und die §. 44 bei n. 16, 17 und 18 angeführten Stadtrechtsprivilegien. Die Competenz dieses Gerichts erstreckte sich nach LR. 28 auf alle lehenrechtlichen[2]) Streitigkeiten zwischen Lehensherrn und Vasallen[3]) und zwischen Vasallen unter einander[4]).

Im Gegensatze zu anderen Gerichten hatte das Lehengericht keine bestimmte Dingstätte[5]), und es wurde daher jedesmal der Ort angesagt, wo es gehalten werden sollte. Nach LR. 28 musste dies auf dem Eigen des Herrn sein[6]).

Das Berggericht ist eine speciell österreichische Erscheinung. Es bildet den Causalgerichtsstand für Weinbergsangelegenheiten[7]), und wird als solcher auch in LR. §. 46 anerkannt. Die oben erwähnten Stadtrechtsprivilegien setzen dasselbe daher in gleiche Linie mit dem Lehengerichte, indem sie auch die Weinbergsstreitigkeiten von der Gerichtsbarkeit des Stadtrichters ausnehmen.

---

36) Duellius, Fridericus Pulcher 85 Nr. 9.

1) Ueber die Entstehung s. Eichhorn 2, 448.

2) Vergl. Homeyer S. Sp. 2, 2, 563.

3) Rechtsspruch Königs Rudolf a. 1290 in M. G. 4, 455.

4) Beispiel eines Lehenprocesses in einer Urk. c. 1252 (M. Bo. 29, 2, 403 Nr. 45).

5) Homeyer S. Sp. 2, 2, 578.

6) Vergl. S. Sp. Leh. R. 65. 4 und Homeyer S. Sp. 2, 2, 584.

7) Mit dem Bergregale, wie Berchtold Landesh. 193 n. 24 vermuthet, hatte dieses Gericht durchaus nichts zu thun.

§. 47. 6) Urtheilsfinder.

Wie bei allen deutschen Gerichten dieser Periode hatte auch in Oesterreich der Richter nur den Vorsitz und die Leitung der Gerichtsversammlung [1], der Ausspruch selbst war nicht seine Sache [2], sondern die der Urtheiler oder Urtheilsfinder [3].

Für die Urtheiler ist in LR. der Grundsatz der Standesgleichheit ausgesprochen, so dass in wichtigeren Angelegenheiten nur dem Stande nach höher oder gleich Gestellte Urtheiler sein konnten [4]. Als solche wichtige Angelegenheiten werden in allen deutschen Rechtsquellen nebst den Lehensachen jene Sachen erklärt, welche an Leben, Ehre oder Eigen gehen, LR. §. 8, S. Sp. 2. 12. 2. Sch. Sp. 278 spricht nur von Sachen, die an den Leib oder die Ehre gehen; das Eigen scheint jedoch hier nur zufälliger Weise ausgelassen worden zu sein, da im Eingange der Stelle gesagt wird: *die mvgen drier dinge vber vrie lvte nvt gezvg sin,* und das dritte Ding eben nur das Eigen sein kann, und weil in der entsprechenden Stelle des Deutschenspiegels [5] auch vom Eigen die Rede ist.

Ein Punkt ist hier zweifelhaft. Es frägt sich nämlich, ob zur Zeit des LR. die Dienstmannen sich in der Scala der Stände schon so weit emporgeschwungen hatten, dass sie in der Eigenschaft als Urtheiler für pares der Grafen und Freiherren gehalten wurden. Ausser Oesterreich wurden sie in dieser Beziehung nicht für ebenbürtig angesehen [6] und erst viel später schwangen sie sich zu gleicher Stellung mit dem freien Adel empor [7]. Für Oesterreich enthält LR. §. 52 eine Norm, aus der jedoch nur Vermuthungen geschöpft werden können, da die Stelle offenbar stark corrumpirt ist. Darnach scheint es, dass das LR. die Dienstmannen berechtigte, über alles im Lande befindliche Eigen auch

---

[1] Maurer Gvf. 118. — [2] S. Sp. 3. 30. 2. — [3] Maurer Gvf. 99.

[4] S. Sp. 3. 65. 1 führt es als eine Besonderheit der sächsischen Mark an, dass Jeder, *den man an sime rechte nicht bescelden ne mach,* über den Andern Urtheil finden könne. Dies war also nur speciell sächsisches Recht, welches sich in der österreichischen Mark nicht findet (Brunner Exemt. 324).

[5] D. Sp. 229.

[6] S. Sp. 2. 12. 2, 3. 19, Sch. Sp. 64, 278. Fürth Min. 95.

[7] Fürth Min. 171.

der Grafen und Freiherren Urtheiler zu sein, woraus hervorginge, dass sie in Angelegenheiten, welche das Leben oder die Ehre von Grafen oder Freiherren betrafen, nicht Urtheiler sein durften. Vielleicht ist damit der Entwicklungsgang angedeutet, den das Recht in diesem Punkte nahm. Es wäre nämlich möglich, dass die Dienstmannen, welche ursprünglich in Sachen, welche an das Leben, die Ehre oder das Eigen eines Mitgliedes der höheren Stände gingen, nicht Urtheiler sein konnten, zuerst das Recht erlangten, über Eigen von Grafen und Freiherren urtheilen zu dürfen, und erst späterhin denselben in allen Punkten gleichgestellt wurden.

Wegen des Grundsatzes der Standesgleichheit waren die Urtheiler in den einzelnen Gerichten regelmässig Standesgenossen derjenigen, über welche diesen Gerichten die Gerichtsbarkeit zustand.

1. Bei dem herzoglichen Gerichte erscheinen schon zur Zeit der Babenberger die Grafen, Freiherren und Ministerialen als Urtheiler. A. 1163 wird zwischen dem Stifte Klosterneuburg und Chalhoch von Tulbing ein Gütertausch geschlossen: *coram duce et optimatibus austrie* [8]). Ebenso erfolgt a. 1171 die Resignation eines Gutes *agente duce multis coram nobilibus et ipsius ducis ministerialibus* [9]). A. 1209 Dotirung des Klosters Lilienfeld im placitum des Herzogs *coram ministerialibus nostris (ducis)* [10]). An allen diesen Stellen werden die Edlen Oesterreichs zwar nicht geradezu als Urtheiler erwähnt, sondern nur als Zeugen gerichtlicher Geschäfte; zwischen den einzelnen Functionen des Herzogsgerichts bestand jedoch keine strenge Scheidung, so dass eben die anwesenden Urtheiler regelmässig auch als Solennitätszeugen verwendet wurden. Für die spätere Zeit haben wir ausdrückliche Aussprüche. So erklärt Ottokar a. 1251 [11]), er werde einen Rechtsstreit über die Advocatie von Lambach entscheiden in einem *placitum generale, quod nos sollempniter duximus celebrandum presentibus ministerialibus avstrie vniuersis.* In einem Urtheilsbriefe a. 1280 [12]) werden Grafen, Edle und Ministerialen als Urtheiler bezeichnet, in einem Urtheile Herzogs Friedrich a. 1307 [13]) nur im Allgemeinen die Landherren.

---

8) Fischer Klostern. 2, 517 Nr. 104. — 9) Fischer Klostern. 2, 65 Nr. 118. — 10) Meiller Reg. 100 Nr. 74 und 101 Nr. 75. — 11) Urkb. o. Enns 3, 178 Nr. 184. — 12) Chmel Geschichtsf. 1, 563. — 13) Notizenblatt 1851, 12.

Die Grafen, Edlen und Ministerialen sind auch Urtheiler in dem Gerichte des obersten Landrichters. Urk. a. 1267, wornach in der §. 41 bei n. 8 erwähnten Streitsache die bestellten Richter nach Wien kommen *cum terre nobilibus* um die Sache *in curia ducis ad judicii sessionem* zu entscheiden. Die §. 41 bei n. 9 erwähnte Entscheidung a. 1268 erfolgt *plurium ministerialium stipatus assessu diebus ad hoc secundum consuetudinem deputatis partibusque hic inde aggregatis.* Urtheilsbrief a. 1279 [16]), worin der *judex generalis Austrie,* Otto von Haslau, eine Entscheidung fällt *per legalem sentenciam nobilium.*

Ziemlich früh erscheinen auch die Rittermässigen als Urtheiler im Herzogsgerichte. Im Landfrieden c. 1281, welchen die Städte, Ritter und Knappen Oesterreichs dem Könige Rudolf beschwören [17]), wird die Bestimmung getroffen: *Swer der ist der mit den Lantherren vnd mit vns den Steten Rittern vnd Chnappen nicht envert, swenn iz der Landesherre an in vodert, auf des schaden der den vride hat zebrochen, dem sol der Landesherre für sich gebieten, vnd sol daz rihten gegen einem dienstmanne nach der Lantherren rat, gegen den Steten vnd gegen rittern vnd den Chnappen, nach der Herren rat, die des Landes rat gesworen habent, vnd nach der Stet, der Ritter vnd der Chnappen rat, als man danne enein wirt.* Hier sind also die Rittermässigen auch Beisitzer des herzoglichen Gerichts, freilich nur in Angelegenheiten ihrer Standesgenossen. Im Jahre 1283 wird unter dem Vorsitze Königs Albrecht ein Rechtsspruch (*sententialiter*) gefällt, dass Prälaten ihre Güter ohne Einwilligung ihrer Convente nicht verkaufen oder vergeben dürfen, und dieser Ausspruch erfolgt von den anwesenden Ministerialen und *milites* [18]). Wenn daher in einem Urtheilsbriefe Herzogs Albrecht a. 1283 [19]) von einer *sententia ministerialium et aliorum fidelium* die Rede ist, so sind unter *alii fideles* Ritterbürtige zu verstehen, die in diesem Falle zu urtheilen berechtigt waren, weil es sich um eine Sache des Clerus, nämlich des Abtes zu Heiligenkreuz handelte.

Bei dem spätern herzoglichen Hofgerichte werden die Urtheiler als „die Landherren“ bezeichnet, dies sind also nur die Grafen, Freiherren und Ministerialen. Urtheilsbriefe a. 1339, 1344,

---

[16]) D. et A. 11, 218 Nr. 237. — [17]) Kurz Ottokar 2, 190 Nr. X. — [18]) M. Bo. 5, 389. — [19]) D. et A. 11, 232 Nr. 253.

1349, 1350, 1352, 1374, 1383[20]). Die Rittermässigen waren demnach Anfangs ohne allen Zweifel von dem Beisitze im Hofgerichte ausgeschlossen[21]), es gelang ihnen aber auch hier, sich im Laufe der Zeit einzudrängen, so dass Herzog Wilhelm a. 1406, als er eine Ordnung des Hoftaidings traf, dies bereits als altes Recht anerkannte[22]). Gerade diese förmliche Anerkennung des Rechts der Rittermässigen auf den Beisitz im Hoftaiding scheint jedoch eine Reaction des höheren Adels hervorgerufen zu haben. Es entstand ein Streit, zu dessen Durchführung die Landherren in ein Bündniss traten, welchem sich ein Bündniss der Ritterschaft entgegenstellte. Beide Parteien compromittirten auf den Ausspruch der Herzoge Ernst und Leopold[23]). Diese beiden Schiedsrichter konnten jedoch nicht einig werden und es gab daher Jeder seinen Ausspruch abgesondert; während nämlich Herzog Ernst[24]) die endliche Entscheidung bis zur Grossjährigkeit Herzogs Albrecht aufschieben wollte, entschied Herzog Leopold, als Vormund Albrecht's, allsogleich[25]) zu Gunsten der Ritter und Knechte: *Darnach sprechen wir von der besetzung wegen, vnser, vnd des egenant vnsers Vettern hofschrann in Osterreich, daz hinfur alltzeit dieselbe hofschrann, vnd das hoftaiding desselben landes in Osterreich der denn gewaltig ist, mit herren Rittern vnd knechten besetzt sull werden, die das Recht, in derselben hofschrann miteinander ertailen, vnd sprechen vngeuerleich.* Dabei ist es denn auch geblieben, die Rittermässigen besetzten fortan die herzoglichen Gerichte und erscheinen auch nach dem Aufhören des Hoftaidings als Beisitzer des spätern Landrechts[26]).

2. Urtheiler in den österreichischen Stadtgerichten sind überall die Bürger der Städte. Urk. für Tulln, s. §. 44 bei n. 14. Stadtr. v. Neust. §. 11: *si evaserit per civium sententiam;* §. 45:

---

20) D. et A. 10, 273 Nr. 281 und 304 Nr. 311, Fischer Klostern. 2, 377 Nr. 165, Huber Austria 1, 78 Nr. 21, D. et A. 10, 336 Nr. 345 und 456 Nr. 469; 18, 352 Nr. 302, Notizenblatt 1851, 322.

21) Darin liegt auch ein weiterer Unterschied zwischen dem herzoglichen Landtaiding und dem Hoftaiding in seiner ersten Einrichtung.

22) Schlager Wiener Sk. 2, 142.

23) Die hierüber von den Landherren ausgestellte Urk. s. bei Rauch 3, 470.

24) Urk. vom 7. Juni 1408 bei Rauch 3, 477.

25) Urk. vom 13. Juni 1408 bei Rauch 3, 480.

26) Schlager Wiener Sk. 2, 132.

judex assumptis quibusdam civibus — poterit judicare; §. 75: *coram judice et civibus;* §. 100: *a judice secundum sententiam civium — judicetur.* Urk. a. 1362[27]): *supradicti cives wiennenses — teneantur et debeant reddere iusticie complementum.* Gerichtsbrief des Stadtrichters zu Klosterneuburg a. 1306[28]): *do chom er fur mich vnde fur die erberen pvriger in dev schran.*

§. 48.

Es bleibt noch die Frage zu erörtern, ob es zur Zeit des LR. besondere Schöffen gab, welche aus den Gerichtspflichtigen gewählt wurden, oder ob der ganze Umstand, alle Anwesenden und zum Gerichtsbesuche Berechtigten, das Urtheil fand. Im grössten Theile Deutschlands galt damals das Letztere[1]), und nur dort, wo Karl des Grossen Schöffenverfassung Eingang gefunden hatte[2]), wurden die Urtheile durch aus dem Umstand genommene Schöffen gefunden. In Oesterreich wurden die Urtheile auch von dem ganzen Umstande gefunden. Dies ergibt sich daraus, dass in den Urtheilsbriefen stets gesagt wird, das Urtheil sei von den Landherren, von den Bürgern[3]) u. s. w. gefällt worden, ohne dass mit einer Silbe darauf hingewiesen wird, dass aus den Anwesenden Schöffen zur Urtheilssprechung ausgewählt worden seien. Einige Andeutungen der Quellen sprechen auch direct gegen die Annahme besonderer Schöffen. Eine Urkunde Königs Ottokar a. 1251[4]) sagt ausdrücklich, es werde geurtheilt werden *presentibus ministerialibus avstrie vniuersis.* In zwei Gerichtsbriefen a. 1283 und 1285[5]) heisst es: *fuit communi ministerialium et aliorum fidelium nostrorum tam assi-*

---

27) Rauch 3, 93. — 28) D. et A. 10, 105 Nr. 112.

1) Maurer Gvf. 110. Für Lehengerichte ausdrücklich ausgesprochen in Sch. Sp. Leh. R. 115b.

2) Maurer Gvf. 114.

3) So insbesondere auch das Stadtr. v. Neust. nach obigen Stellen. Würth Stadtr. v. Neust. 24 irrt, wenn er im Neustädter Stadtrecht ein besonderes Institut der Schöffen findet. Die *cives jurati,* welche §§. 109 und 112 vorkommen, sind nicht Schöffen, sondern die Mitglieder des Stadtrathes, welchen die Gerichtsbarkeit über die Juden übertragen wird.

4) Urkb. o. Enns 3, 178 Nr. 184.

5) D. et A. 11, 232 Nr. 253 und 6, 157.

dentium quam astantium sententia diffinitum, und *per communem sentenciam nobilium et sapientum ac fide dignorum virorum nobis astancium et assidencium in iudicio et placito nostro generali.* Hier schöpfen also nicht blos die Sitzenden, sondern auch die Uebrigen, welche keinen Sitzplatz gefunden, also der ganze Umstand[6]), das Urtheil[7]). Urtheil des Linzer Gerichts a. 1280[8]): *per communem sententiam omnibus, qui aderant, applaudentibus.*

§. 49. 7) Schreiber, Gewaltbote, Scheinbote.

Nebst dem Richter und den Urtheilern kommen in LR. noch folgende, im gerichtlichen Verfahren intervenirende Personen vor:

1. Der Schreiber, welcher die schriftlichen Urkunden über die stattgehabten Verhandlungen, die so häufig vorkommenden Urtheilsbriefe, niederzuschreiben und auch sonstige Schreibgeschäfte des Gerichts zu besorgen hatte[1]). Dem obersten Landrichter insbesondere sass stets ein Schreiber des Herzogs zur Seite, der die dem Herzoge zufallenden Bussen und Wandel zu verzeichnen hatte, LR. 70.

2. Der Gewaltbote (Frohnbote). Die Functionen desselben[2]) bestanden in der Besorgung der Ladungen, in der Unterstützung des Richters bei Handhabung der äusseren Ordnung des Gerichts und hauptsächlich in der Vollstreckung der gefällten Urtheile[3]). Ihm wird daher nach LR. Art. 18 und §. 90[4]) das streitige Gut eingeantwortet, und er hat auch die Auspfändungen vorzunehmen, LR. §. 90[5]).

3. Scheinboten. Von den verschiedenen Vertretern, welche eine Partei vor Gericht haben konnte[6]), wird nur eine

---

[6]) Ueber den Unterschied zwischen sitzenden und stehenden Urtheilern s. Maurer Gvf. 171.

[7]) Nach einem Urtheilsbriefe a. 1171 (Fischer Klostern. 2, 62 Nr. 117) wird das Urtheil geschöpft *a domino duce et a circumstantibus.*

[8]) Urkb. o. Enns 3, 520 Nr. 561.

[1]) Maurer Gvf. 142. — [2]) Maurer Gvf. 137. — [3]) Zöpfl RG. 883.

[4]) Vergl. S. Sp. 2. 41, Sch. Sp. 206.

[5]) Vergl. S. Sp. 1. 53. 3, 3. 56. 2, Sch. Sp. 81.

[6]) S. darüber Maurer Gvf. 123 ff. und Homeyer Richtst. 420 ff.

Art erwähnt, nämlich der Scheinbote[7]) in LR. 50. Bei den Gerichtssitzungen musste die einzelne Partei oft lange warten, bis sie vorkam; so musste z. B. der Geklagte, wenn der Kläger nicht erschien, den ganzen Tag bis zum Abend warten. Da geschah es nun häufig, dass die Partei sich für kurze Zeit entfernte und in der Nähe des Gerichts aufhielt. Um in einem solchen Falle nicht contumacirt zu werden, bestellte sie einen Scheinboten, dessen Aufgabe darin bestand, dass er bei dem Aufrufe der Partei erklärte, sie sei in der Nähe, und sie herbeiholte. Auf diese Weise wird wenigstens seine Thätigkeit in LR. 50 geschildert[8]).

B. GERICHTSVERFAHREN.

§. 50. 1) Zeit der Gerichte.

Die in regelmässigen Zeiträumen abzuhaltenden Gerichte, für welche daher eine besondere Ankündigung nicht nothwendig war (ungebotene Gerichte), fanden meistens dreimal im Jahre statt[1]). Es ist dies eine Bestimmung, welche schon in den Spiegeln vorkommt[2]); im S. Sp. in der Form, dass daselbst[3]) verordnet wird, das Grafending solle über je 18 Wochen sein. Drei ungebotene Gerichtstage im Jahre hatten auch die meisten gutsherrlichen Gerichte Oesterreichs. Urk. des Probstes zu Klosterneuburg für seine Unterthanen in Eipoltau a. 1266[4]): *Ceterum promittimus eisdem, quod in tribus placitis que in sepedicta villa ter in anno et non ultra celebrare tenemur* etc. Ebenso Urk. a. 1355

---

[7]) In einigen Texten des Richtst. kommt dieser Ausdruck, jedoch in der Schreibweise *sinnebote* vor. Richtst. 7, bei Homeyer 111 n. 10 und 386. Ebenso in der Weichbildglosse bei Homeyer Richtst. 403.

[8]) In einem andern Sinne wird „Scheinbote“ gebraucht in Urk. a. 1438 in D. et A. 23, 270 Nr. 216.

[1]) Maurer Gvf. 156, Homeyer Richtst. 427, Walter 698.

[2]) Sch. Sp. 358.

[3]) S. Sp. 1. 2. 2, 3. 61. 1. Stobbe, Gerichtsverfassung des S. Sp. in Z. f. d. R. 15, 94.

[4]) Fischer Klostern. 2, 255 Nr. 86.

des Jans von Mannswörth[5]) und Urk. a. 1358[6]), worin Jans der Tuers von Rawchenekk und seine Frau ein rechtes Aigen zu Getzendorf *vnd daz pantaydinge der drew im Jar sint* an Klosterneuburg verkauft. Bei den Vogteigerichten kommt dasselbe vor. Urk. Herzogs Friedrich II. für den Abt von Nieder-Altaich a. 1243[7]), worin dem *defensor* des Klosters auf der *villa Abstorf* befohlen wird, *ut sit contentus — tribus placitis in anno, in quibus solummodo discutiat que pacem violant.* Urk. a. eod.[8]), worin rücksichtlich derselben *villa* gesagt wird: *Insuper in tribus placitis Aduocatus habebit in dicta villa cum XXIIII. equitaturis pernoctationes singulas ter in anno.* Ebenso Schiedsspruch a. 1274, Urk. a. 1308 und Banntaidinge von Kottes (1322—1340) §. 1 und Stratzdorf (1348) §. 3[9]).

Für das Herzogsgericht enthält LR. 1 eine etwas abweichende Anordnung. Darnach sollen die herzoglichen Landgerichte über sechs Wochen, somit neunmal im Jahre stattfinden. Diese Verordnung hält die Mitte zwischen den dem gewöhnlichen Grafending nachgebildeten dreimaligen Gerichtssitzungen und zwischen der Anordnung in S. Sp. 3. 65. 1, dass der Markgraf alle sechs Wochen Gericht zu halten habe. Die Aehnlichkeit mit dem Grafending besteht darin, dass auf jede einzelne der drei Malstätten zu Neuburg, Tulln und Mautern doch nur je drei Taidinge im Jahre fielen; sieht man dagegen von der Verschiedenheit des Ortes, wo Gericht gehalten wurde, ab, so traf das LR. ganz dieselbe Anordnung, welche für die sächsischen Markgrafen galt[10]).

Neben diesen ungebotenen Gerichten wurden aber in den Zwischenzeiten auch noch gebotene Gerichtstage gehalten, bei welchen nicht alle Dingpflichtigen zu erscheinen hatten[11]) und die meistens nur zur Austragung von Angelegenheiten bestimmt waren, mit welchen man im ungebotenen Ding nicht fertig

---

5) D. et A. 10, 365 Nr. 374. — 6) Fischer Klostern. 2, 283 Nr. 163. — 7) A. f. K. ö. G. 1, 1, 28. — 8) A. f. K. ö. G. 1, 1, 29.

9) Pez Cod. 3, 16 Nr. 20, D. et A. 10, 111 Nr. 121 und Kaltenbäck RB. 2, 3 und 89. — Ausnahmsweise kommt es jedoch auch vor, dass nur zweimal im Jahre Gericht zu halten war, so im Banntaiding von Landfriedstetten a. 1371 §. 2 (Kaltenbäck RB. 1, 553).

10) Brunner Exemt. 321.

11) Maurer Gvf. 155.

geworden war. Das Lehengericht kennt nur gebotene Gerichtstage [12]), da bei demselben die Zeit, wann Gericht gehalten wurde, ebenso unbestimmt war, wie der Ort des Gerichts [13]).

§. 51. 2) Klage oder Rüge.

Den Anstoss zum gerichtlichen Verfahren bildet in der Regel eine Klage, LR. 15. Diese konnte entweder eine bürgerliche Klage sein, um Schuld oder Schaden, oder eine peinliche Klage, bei der es sich um die Bestrafung eines Schuldigen handelte [1]). Im letzten Falle klagte entweder der Verletzte oder, im Falle der Tödtung, einer seiner Verwandten [2]), LR. 63. Zur Erhebung einer, sei es peinlichen, sei es bürgerlichen Klage konnte aber Niemand gezwungen werden [3]) und nur, wenn eine Klage einmal erhoben war, bestand eine Verpflichtung zur Fortsetzung derselben. Insbesondere verboten die Stadtrechte die sogenannte *halsone*, d. h. eine Abfindung zwischen Kläger und Geklagten nach überreichter Klage. Das Verbot dieser Abfindung erklärt sich daraus, dass dadurch der Richter um die Gerichtsgefälle gebracht wurde, welche von dem Verletzer an ihn zu bezahlen waren. Stadtr. v. Enns 1212 [4]): *Preterea si aliquis faciat querimoniam de alio et ille, qui conqueritur, postea uelit dissimulare, occultam faciens compositionem, que in uulgari dicitur halsone, iudex debet eum cogere, ut querimoniam suam prosequatur.* Ebenso die Stadtrechte v. Wien a. 1221, 1244, 1278 [5]) und v. Haimburg a. 1244 [6]). Das Stadtr. v. Wien a. 1340 weicht in dieser Bestimmung von den älteren Stadtrechten ab [7]), indem es zwar das Verbot der *halsone* wiederholt, dem Richter aber auch gestattet, im Falle die Klage verschwiegen wird, seinen Wandel zu nehmen, somit also schon in der Weise des späteren Inquisitions-Processes [8]) eine Verurtheilung (wenigstens zur Zahlung des Wandels) ohne klägerischem Begehren zulässt: *Wolt aber*

12) Walter 743. — 13) S. §. 46.

1) Homeyer Richtst. 439. — 2) Maurer Gvf. 151. — 3) S. Sp. 1. 62. 1, Richtst. 33. 5. — 4) A. f. K. ö. G. 10, 98.

5) A. f. K. ö. G. 10, 104 und 135, Bischoff Stadtr. 187.

6) A. f. K. ö. G. 10, 142. — 7) Rauch 3, 46. — 8) Würth Stadtr. v. Neust. 42 n. 1.

ieman die chlag verswigen, so mag der Richtter darnach, nach seinem wandel chlagen. Ob aber ieman chlagt, vber den andern, vnd da der chlagt, die chlag, vber sehen wolde, vnd lazzen, oder ob er von dem schuldigen, heimlich svenung nimt, nach der chlag, daz da haisset halsuen, so sol in der Richtter, dartzü twingen, daz er seiner chlag nach volge, Wil aber er nicht nach volgen, so geb dem Richtter daz wandel, daz der schuldig sol geben.

Abgesehen von der weiter unten zu erwähnenden Ausnahme des Frageverfahrens war es dem Richter strenge verboten, ein Verfahren ohne vorausgegangene Klage einzuleiten; daher heisst es auch in der Satzung für die nach Oesterreich handelnden Regensburger Bürger a. 1192 [9]: *si uero is, qui lesus est, defuerit, nulli alii super hoc respondebit.* Auch LR. 15 gebietet dem Richter, nur über eine Klage zu richten, und verbietet ihm, ein Frageverfahren einzuleiten. Dasselbe enthalten auch die österreichischen Stadtrechte. Stadtr. v. Enns 1212 [10]: *Item statuimus, quod iudex non iudicet quemquam, nisi ille sit presens, qui deponat querimoniam super illum uel nisi iudex testibus probare possit talibus, qui non sint homines uel subditi sui, quod antea aliquis ei deposuerit querimoniam super illum.* Ebenso Stadtr. v. Wien 1221, 1244, 1278 und v. Haimburg a. 1244 [11]. Das Stadtr. v. Wien a. 1340 [12] verändert die Bestimmung einigermassen: *Wir hoben ouch gesatzt, daz der Richtter gegen einem igleichem manne, ninder anderswo sol richtten, danne in der Purger schranne, vnd daz der chlager ze gegenwort sei, der auf in chlag, Vnd sol der Richtter nieman vor der chlag, di in der Schranne nicht ist geschehen notten oder twingen, in seinem Hous oder anderswo, vnd sol ouch nieman ze wandel sagen, danne als vil daz recht, in der Schranne ertailt.* Hauptsächlich wird aber den Landrichtern gegenüber den Immunitätsherren aufgetragen, nur über eine Klage gegen einen Immunitäts-Unterthanen vorzugehen; ein Verbot, das um so strenger und häufiger eingeschärft werden musste, als die Gerichtsgefälle häufige Uebertretungen desselben von Seite der Landrichter veranlassen mochten. Bestätigungsbrief der Freiheiten von Zwettl

---

9) A. f. K. ö. G. 10, 94. — 10) A. f. K. ö. G. 10, 98.
11) A. f. K. ö. G. 10, 104 und 135, Bischoff Stadtr. 186, A. f. K. ö. G. 10, 142.
12) Rauch 3, 45.

durch Albero von Kunring a. 1251 [13]): *volumus preter hec vt nullus iudicum lucri execrabilis occasione uel per se uel per suos fautores contra homines ecclesie prefate testimonium perpetrati criminis inducat nisi ille qui talis criminis accusator fuerit coram iudicio uoluerit comparere.* Rechtsbrief für St. Pölten aus dem 13. Jahrh. [14]): *Item Iudex prouincialis sine conquerente nullum debet facere detinerj per iudicem ciuitatis.*

Ausnahmsweise konnte ein Rüge- oder Frageverfahren eingeleitet werden, bei welchem eine Bestrafung ohne vorausgegangene Klage möglich und gestattet war. Die ersten Spuren dieses Verfahrens finden sich im 13. Jahrhunderte [15]). Nach LR. war dasselbe in einigen Fällen und in beschränkter Weise zulässig. Die Beschränkungen, unter welchen eine Frage eingeleitet werden konnte, waren folgende:

1. sie konnte nur auf Befehl des Landesherrn erfolgen und auch von diesem nur nach Rath der Landherren angeordnet werden, LR. 15; —

2. sie bezog sich nur auf gewisse Verbrechen, nach LR. 17 auf Strassenraub, Mord und Diebstahl und „andere böse Dinge", worunter nach der Zusammenstellung mit den drei ausdrücklich hervorgehobenen Verbrechen zu schliessen, überhaupt todeswürdige Verbrechen zu verstehen sind.

3. Als ein weiteres Erforderniss wird bezeichnet, dass das im Frageverfahren zu richtende Verbrechen *auf laugen* stehe. Die Bedeutung dieses Erfordernisses ist nicht ganz klar. Vielleicht will damit gesagt sein, dass nur solche Verbrechen im Frageverfahren zu richten seien, welche durch den Reinigungseid abgeläugnet werden konnten, während für solche, bei denen dies z. B. wegen Ergreifung auf handhafter That nicht der Fall war, das ordentliche Verfahren als genügend angesehen wurde.

Das Frageverfahren hatte einen doppelten Zweck [16]): 1. alle ungestraft gebliebenen Verbrechen zur Strafe zu bringen, LR. 17, und 2. das Ausbleiben der Dingpflichtigen zu rügen, LR. 15, daher es auch *inquisitio terrae generalis* heisst.

---

13) D. et A. 3, 223. Wiederholt in der Bestätigung der Zwettler Privilegien durch Königin Margaretha a. 1264 (D. et A. 3, 178).

14) M. Bo. 28, 2, 85 Nr. 65. — 15) Maurer Gvf. 152.

16) S. Sp. 1. 2. 4, Richtst. 1. 3 und 4. Homeyer Richtst. 414.

Ueber das Vorgehen bei dem Frageverfahren enthält LR. nur wenige Andeutungen. Darnach sollte es sechs Wochen vorher in den Gerichten, auf den Märkten und in den Pfarren verkündet werden. Den Vorsitz bei der Untersuchung führte der Landesherr, oder gewöhnlich ein Landrichter. Landfrieden Ottokar's c. 1251 [17]). Nach der in §. 41 bei n. 37 citirten Urk. für Zwettl a. 1251 hat der Kunringer, welcher das Landgericht daselbst besass, die *inquisitio generalis* abzuhalten. Ob dann hiebei gar keine Klage erhoben, oder ob formell ein Kläger bestellt wurde, etwa wie der Bauermeister nach sächsischem Landrechte [18]), oder der Schultheiss oder Frohnbote nach verschiedenen Stadtrechten [19]), ist aus den vorliegenden Quellen nicht ersichtlich.

Eine Beschreibung des ganzen Vorganges bei der *inquisitio terrae generalis* enthält die Contin. Claustron. V. ad a. 1390 [20]): *Fuit in Austria unum geramen, hoc est consilium secretum, ita quod convocaverunt nobiles et villanos superiores ad unum locum, et in illo loco oportebat eos iurare ad sancta sanctorum, quod quilibet eorum vellet dicere meram veritatem super quo interrogaretur: utrum nobilem vel laicum aut aliquem alium sciret, qui esset spoliator aut fur et inutilis hominibus, ut narraret ipsis ad exstirpandum tales malos homines; et quilibet fuit seorsum interrogatus ad iuramentum suum, et tunc quamplures fuerunt interfecti, nobiles et laici.* Andere Nachrichten über stattgehabte Generaluntersuchungen kommen vor in der Contin. Mellicensis ad a. 1402 [24]): *Hoc eciam anno was das gerewen in Austria, et quedam castra depopulata sunt et destructa.* Dann im Kalendarium Zwetlense ad a. 1403 [22]): *Eodem anno facta est susurracio, id est gerewn in Austria, ubi multi nobiles et ignobiles suspensi et decolati sunt et multa castra destructa sunt.*

---

17) S. die Stelle §. 41 bei n. 22.
18) S. Sp. 1. 2. 4.
19) Walter 794, Maurer Gvf. 151 ff.
20) M. G. 11, 736.
21) M. G. 11, 515.
22) M. G. 11, 696.

§. 52. 3) Verhandlung.

Damit über eine Klage verhandelt werden konnte, musste [1]) zunächst die Vorladung des Geklagten [2]), das Fürgebot [3]), erfolgen, LR. 50 [4]).

Ueber das Verfahren bei Erscheinen beider Theile gibt uns das LR. gar keine Anhaltspunkte; es ist jedoch nicht zu bezweifeln, dass es ebenso wie im übrigen Deutschland mittels Urtheilen vor sich ging, so nämlich, dass jeder einzelne Punkt durch Urtheil festgestellt und darauf wieder weitere Fragen und weitere Urtheile gegründet wurden [5]). Beispiele, dass auf diese Weise vorgegangen wurde, finden sich in einem Urtheilsbriefe Herzogs Heinrich II. von Oesterreich a. 1170 [6]) und in einem Urtheilsbriefe des Richters zu Klosterneuburg a. 1306 [7]).

Für den Fall des Ausbleibens eines Theiles enthält das LR. folgende Bestimmungen:

1. Bei Ausbleiben des Klägers musste der Geklagte vom Anfange bis zum Ende der Gerichtssitzung warten [8]) und der Erhebung der Klage gewärtig sein, LR. 50. Wenn der Kläger dann nicht kam und seine Klage nicht vollführte, so war dem Geklagten über die Klage Ruhe zu ertheilen. Dieses Nichtvollführen der Klage war aber nur vorhanden, wenn der Kläger dreimal ausblieb [9]), wodurch er nach dem Ausdrucke des Sch. Sp. das verlor, worum er geklagt hat [10]).

---

1) Die Fälle, in welchen eine Vorladung nicht nöthig war, s. bei Maurer Gvf. 207. Spruch Königs Rudolf I. a. 1280 (Urkb. o. Enns 3, 521 Nr. 562), worin ein Urtheil für nichtig erklärt wird, weil die Citation dem Geklagten nicht zugekommen war.

2) Maurer Gvf. 202.

3) Sch. Sp. 269, 314 I.

4) Beispiel eines Citationsschreibens des Landrichters Otto von Haslau in A. f. K. ö. G. 27, 274.

5) S. hierüber besonders Homeyer Richtst. 430.

6) Fischer Klostern. 2, 62 Nr. 117.

7) D. et A. 10, 105 Nr. 112.

8) Maurer Gvf. 210.

9) Sch. Sp. 113 a, 314 I. — Richtst. 20 A. 1 nach der Analogie des Ausbleibens des Geklagten in S. Sp. 3. 39. 3.

10) Maurer Gvf. 209. Ueber den Fall, wenn der Kläger nur bei einem Termine ausblieb, s. Sch. Sp. Leh. R. 115 b und Vet. Auct. 2. 20.

2. Bei Ausbleiben des Geklagten musste ebenfalls mit der Verurtheilung bis an das Ende des Dings[11]) oder bis zum Untergang der Sonne[12]) gewartet werden, da dem Geklagten bis dahin immer die Möglichkeit blieb, zu erscheinen. Hier sind jedoch zwei Fälle zu unterscheiden[13]):

a) Wenn der Geklagte an der Handhaft ergriffen worden war und es ihm dann gelang, zu entrinnen, so konnte gleich nach seinem ersten Nichterscheinen vor Gericht die Acht ausgesprochen werden[14]). Dies wird in LR. 2 angedeutet, da daselbst beim Ergreifen auf handhafter That von einem dreimaligen Vorladen keine Rede ist. Man könnte darin eine Besonderheit des LR. finden, dass während S. Sp.[15]) fordert, dass die Klage nicht übernächtig geworden sei, das LR. dies nicht ausdrücklich begehrt. Diese Differenz ist jedoch nur eine scheinbare, da es zu jeder handhaften That gehört, dass sie nicht übernächtig geworden ist. Der Begriff der handhaften That liegt nämlich, wie Plank[16]) trefflich ausführt, darin, dass die That selbst vor das Gericht gebracht wird, so dass sie gleichsam vor den Augen der Gerichtsversammlung vor sich geht, indem die Begehung des Verbrechens, die Verfolgung des Verbrechers und dessen Bringen vor Gericht gleichsam nur als eine fortgesetzte Handlung angesehen wurde; daher auch, sobald diese unmittelbare Folge durch die Uebernächtigkeit der That unterbrochen war, von einer Handhaft nicht mehr gesprochen werden konnte.

b) War der Geklagte nicht an der Handhaft ergriffen worden, oder handelte es sich überhaupt nicht um eine Criminalsache, so musste in beiden Fällen[17]) eine dreimalige Ladung fruchtlos erfolgt sein, bevor zu einer Verurtheilung des Geklag-

---

11) Richtst. 7, Homeyer Richtst. 111 n. 10 und 385, Maurer Gvf. 207.

12) Sch. Sp. Leh. R. 115b.

13) Beide Fälle werden angedeutet in Stadtr. v. Wien 1221, 1244 (A. f. K. ö. G. 10, 100 und 131) und v. Haimburg a. 1244 (A. f. K. ö. G. 10, 138). Die späteren Stadtr. v. Neust. §. 1 und v. Wien a. 1278 (Bischoff Stadtr. 178) und 1340 (Rauch 3, 37) lassen an der betreffenden Stelle die Erwähnung des einmaligen Citirens aus.

14) S. Sp. 1. 70. 3, Richtst. 33. 10. Zöpfl Bamberger R. 138.

15) Und darnach Bamberger R.; Zöpfl a. a. O. 137.

16) Recht zur Beweisführung in Z. f. d. R. 10, 225.

17) Maurer Gvf. 223 ff., Zöpfl RG. 891.

ten geschritten werden konnte [18]), LR. 3 und 18. Urk. Herzogs Leopold a. 1207 [19]), das Stift Heiligenkreuz habe *in tribus placitis meis querimoniam* erhoben wider Adelheid Dumo in einer Civilsache; *ad hec, cum in quarto placito responsura foret egoque finalem super his daturus essem sententiam* etc. Urtheilsbrief des Amtmannes zu den Schotten a. 1376 [20]), worin über eine Klage wegen verschiedener Aecker durch Urtheil festgesetzt wird: *in* (dem Geklagten) *solt des egenanten meines herren* (des Abtes zu den Schotten) *amptmann ze Intzestorf ze wizzen tun ze drin viertzehen tägen nach des Lanndes recht vnd si zu dem rechten laden, ob si die aekcher verantwurten wolten.* Citationsschreiben Herzogs Wilhelm a. 1406 s. §. 43 n. 13. Dieselbe Rechtsregel enthalten auch die österreichischen Stadtrechte; Stadtr. v. Enns 1212, v. Wien 1221, 1244, 1278 und 1340, Stadtr. v. Haimburg 1244 [21]) und Stadtr. v. Neust. §. 1.

Die Folge des Ausbleibens bei dem dritten placitum war in Civilsachen, dass der Geklagte als überwunden angesehen wurde [22]); nie konnte jedoch in einer solchen Sache die Acht ausgesprochen werden [23]). In Criminalsachen hingegen erfolgte die Acht, ebenso wie im Falle a) schon über die erste Vorladung, LR. 3 [24]).

3. Rechtfertigung des Ausbleibens. Von den nachtheiligen Folgen des Ausbleibens konnte Kläger, LR. 51, wie Geklagter [25]) sich dadurch befreien, dass er bewies, er sei durch echte Noth am Erscheinen vor Gericht gehindert gewesen [26]). Als Fälle der echten Noth erklärt S. Sp. 2. 7. Gefängniss, Krankheit, Gottesdienst ausser Land und Reichsdienst, wozu Sch. Sp. 30 noch den Herrendienst und jede Art Gottesdienst hinzu-

---

18) S. Sp. 1. 63. 5, 1. 67, 1. 70. 2, 3. 39. 3, Richtst. 7. 2 und 33. 3, Sch. Sp. 101, 107, 113a, 358, Sch. Sp. Leh. R. 115b. S. auch Stadtr. v. Passau a. 1225 in M. Bo. 28, 2, 308 Nr. 77.

19) D. et A. 11, 37 Nr. 29.

20) D. et A. 18, 362 Nr. 308.

21) A. f. K. ö. G. 10; 96, 100, 132, Bischoff Stadtr. 178, Rauch 3, 37, A. f. K. ö. G. 10, 138.

22) S. Sp. 3. 39. 3, Sch. Sp. 102a. Maurer Gvf. 216.

23) S. Sp. 1. 68. 1, Sch. Sp. 107: *vmbe gulte, da sol man nieman vmbe ehten.*

24) S. Sp. 1. 67. 2, Sch. Sp. 101, 358, Richtst. 33. 6.

25) Maurer Gvf. 219.

26) Sch. Sp. 113a.

rechnet[27]). Zum Beweise der echten Noth genügt nach S. Sp. 2. 7, dass sie von dem Boten des Ausgebliebenen bewiesen (nach Homeyer's Abdruck *besceneget*) werde. Sch. Sp. 139 und LR. 3 erklären, der Beweis könne durch einen eigenen Mann oder Dienstmann oder durch Standesgenossen des Ausgebliebenen geliefert werden; unter den Letzteren hebt Sch. Sp. besonders Verwandte hervor. Urk. a. 1298[28]), worin an das Nichterscheinen an dem bestimmten Gerichtstage nachtheilige Folgen geknüpft werden, *ez bered danne ehaft not für in ein sin mach oder sin aigen man an gevärde, so sol man auch im ein andern takch geben darnach vber 14 tag.*

War die echte Noth vorüber, so hatte der Ausgebliebene am nächsten Gerichtstage zu erscheinen[29]). Nach österreichischem Rechte (LR. 3 und die Stelle bei n. 28) wurde hiezu über 14 Tage ein Gerichtstag angesetzt.

4. Ziehen aus der Acht und Folgen der Acht. Mit dem ersten Achtspruche hatte der Geächtete bereits Leben und Gut verwirkt, und wenn er gefangen vor Gericht gebracht wurde, so war seine Strafe der Tod[30]). Hiezu fordert S. Sp. auch noch, dass der Geklagte vom Kläger überwiesen wurde, so dass also nach dieser Rechtsquelle die Folge der ersten Acht eigentlich nur darin bestand, dass der Geklagte das Recht auf den Reinigungseid verlor[31]). Nach den meisten süddeutschen Quellen hingegen war ein weiterer Beweis gegen den gefangen vor Gericht gebrachten Aechter nicht mehr nöthig[32]); so auch nach LR. 3, welches zu den nachtheiligen Folgen des Ausbleibens auch die rechnet, dass der Geklagte alles dessen schuldig erkannt wird, wesswegen er geklagt worden ist.

Stellte sich der Geächtete innerhalb sechs Wochen freiwillig vor Gericht[33]), so konnte er sich noch dadurch aus der Acht ziehen, dass er schwor, er sei bereit, durch drei Taidinge zu Recht zu stehen, ausser ihn irre ehafte Noth, LR. 3 und

---

27) Die Weichbildglosse (Homeyer Richtst. 403) erklärt die Sorge um die treue Nahrung auch als einen Fall der echten Noth.

28) Kurz Ottokar 2, 225 Nr. 34.

29) S. Sp. 2. 7. — 30) S. Sp. 1. 68. 5, 3. 63. 3.

31) S. Sp. 1. 66. 2, 1. 68. 5, 3. 39. 4, 3. 63. 3, 3. 88. 3, Richtst. 35. 6.

32) Maurer Gvf. 217.

33) S. Sp. 3. 34. 1, Sch. Sp. 103 b.

Stadtr. v. Neust. 3. Hiezu fordern die Rechtsbücher[34]), dass der Geklagte, um ungefangen zu bleiben, Bürgen für sein Erscheinen stelle. Hatte sich der Geächtete auf diese Weise aus der Acht gezogen, so wurde er dann so behandelt, als wäre er nie in der Acht gewesen, er hatte also auch sein Recht nicht verloren und war demnach berechtigt, zum Reinigungseide zugelassen zu werden[35]).

Zog sich aber der Geächtete nicht aus der Acht, so erfolgte nach sechs Wochen der zweite, definitive Achtspruch. Im nördlichen Deutschland wird der erste von dem zweiten Achtspruche auch sprachlich unterschieden, und ersterer die Verfestung, und nur der zweite die Acht genannt[36]); in süddeutschen Rechtsquellen hingegen wird für beide Sprüche nur der eine Ausdruck Acht gebraucht, so auch LR. und Sch. Sp. 103b. Eine Ausnahme enthält Ottokar's österreichischer Landfrieden[37]): *aein dinstman — sol der lantrihter bringen in den furban, di aeht sol man uns behalten. Furban* ist hier die norddeutsche Verfestung, *aeht* der definitive Achtspruch. Der zweite Achtspruch konnte nach LR. 3 gegen Dienstmannen, und wohl auch gegen höhere Adelsklassen, nur von Kaiser und Reich erfolgen. LR. wiederholt hier den oben abgedruckten Rechtssatz des Ottokar'schen Landfriedens mit der Abweichung, dass während im Landfrieden nur von König Ottokar die Rede ist, in LR. das deutsche Reich an dessen Stelle gesetzt wird.

Die Folge des zweiten, definitiven Achtspruches ist die Echt- und Rechtlosigkeit[38]). Erstere besteht in dem Verluste aller politischen und Privatrechte, also auch des ganzen Vermögens und der Familienrechte, so dass der Geächtete ungestraft getödtet werden konnte[39]). Rechtlosigkeit hingegen heisst so viel wie Eidlosigkeit[40]) und besteht in der Unfähigkeit, in

---

[34]) S. Sp. 2. 4. 1 und 2, Richtst. 34. 2, Sch. Sp. 107.

[35]) S. Sp. 1. 68. 5, 2. 4. 1, 2. 63. 2, 3. 63. 3, Richtst. 34. 1.

[36]) Zöpfl RG. 955. — [37]) A. f. K. ö. G. 1, 1, 59.

[38]) S. Sp. 1. 38. 2, Sch. Sp. 43, Zöpfl RG. 969. Darüber, ob die Echtlosigkeit auch als selbständiges Strafmittel bei gewissen Verbrechen vorkomme, oder ob sie immer nur als Folge der Acht eintrete, sind die Meinungen getheilt. S. Walter 765, Zöpfl RG. 970, Beseler P. R. 1, 318, Budde R. 107, Hälschner St. R. 33 und Hillebrand b. E. 2.

[39]) Zöpfl RG. 969, Beseler P. R. 1, 318, Budde R. 106, Hillebrand b. E. 7.

[40]) Zöpfl a. a. O.

irgend einer Weise, sei es als Zeuge, sei es als Partei, einen Eid abzulegen, also hauptsächlich in der Unfähigkeit zum Reinigungseide [41]).

Auch aus der zweiten Acht war es möglich sich zu ziehen, jedoch nur, wenn man dem Kläger allen Schaden abthat und dem Richter den Wandel zahlte, LR. 3. Letzteres hatte auch dann jedenfalls zu geschehen, wenn der Geklagte sich über sechs Wochen nicht aus der Acht gezogen hatte, sollte auch der zweite Achtspruch noch nicht erfolgt sein, LR. 4. Die Höhe des Wandels wird hier in den höheren Landgerichten auf 10 Pfund, und in den niederen Gerichten auf 6 Schillinge festgesetzt [42]).

§. 53. 4) Urtheil, Appellation und Execution.

Das Verfahren bei Schöpfung des Urtheils ist dasselbe, wie in den übrigen Theilen Deutschlands [1]). Auf die Frage des Richters [2]), die er an einen Urtheiler richtet, spricht dieser das Urtheil aus (er findet es) [3]), worauf die übrigen Urtheiler ihre Meinungen abgeben. Stimmen sie dem ersten Urtheiler bei, so heisst dies dem Urtheile folgen, LR. §§. 8. 52 [4]).

Nach den Rechtsbüchern ist ein geschöpftes Urtheil endgültig [5]) trotz der Möglichkeit des Urtheilscheltens, da es zur eigentlichen Perfection des Urtheils gehörte, dass es nicht allsogleich gescholten wurde. Es frägt sich übrigens noch, ob dieses Urtheilschelten, wie S. Sp., oder Widerwerfen, wie Sch. Sp. es nennt [6]), welches regelmässig von einem Urtheiler ausging, auch von Seite einer Partei erfolgen konnte [7]).

---

41) Die verschiedenen Ansichten hierüber bei Budde R. 1 ff. und Hillebrand b. E. 12 n. 18.

42) Nach der const. contra incendiarios a. 1187 (M. G. 4. 183) war es, um aus der Acht zu kommen, eine Bedingung: dem Kläger *satisfacere* und durch ein Jahr die Grenzen des Reiches zu meiden.

1) Maurer Gvf. 227. — 2) Zöpfl RG. 894.

3) S. Sp. 2. 12, Sch. Sp. 116, 117, 172.

4) Sch. Sp. 116b, 172. Verschiedene Stellen darüber bei Zöpfl RG. 895 n. 95.

5) Maurer Gvf. 241.

6) S. Sp. 2. 12, Richtst. 49, 50, Sch. Sp. 116b, 117a.

7) Die einzige Stelle, welche letzteres andeutet, ist S. Sp. 2. 12. 15. Zöpfl. RG. 898 spricht sich dahin aus, dass die Parteien dies nicht können;

In österreichischen [8]) Rechtsquellen findet sich ein „Geding" an den höheren Richter, welches von einer Partei ausgeht, LR. 1, und das daher auch geradezu mit Appellation übersetzt wird, so in der lateinischen Ausgabe des Stadtr. v. Neust. §. 113 [9]). Grafen, Freiherren und Dienstmannen hatten das Recht, vom Urtheile des Landesherrn an das Reich zu dingen; ein Recht, welches den Steiermärkern in der Urk. a. 1186, womit Steiermark an Oesterreich übertragen wurde [10]), ausdrücklich gewährleistet worden ist [10]): *Quod si spreta equitate clementer gubernare despexerit, sed quasi tyrannus in nostros se erexerit, appellandi et adeundi imperatoris curiam, et pretendendi per hoc priuilegium suam coram principibus iustitiam irrefragabilem habeant licentiam.* Der Vorgang bei diesem Dingen an das Reich entspricht beiläufig dem Verfahren beim Urtheilschelten nach den Spiegeln. Hier wurden nämlich dem Urtheilfinder und dem Schelter zwei Boten vom Richter beigegeben, welche sich zum höheren Richter zu begeben und das Urtheil innerhalb sechs Wochen, nachdem es vom höheren Richter gesprochen worden war, in das niedere Gericht zurückzubringen hatten [11]). In ähnlicher Weise bestimmt LR. 1, dass die dingende Partei das Urtheil sechs Wochen, nachdem sie in das Land zurückgekommen ist, zurückzubringen habe.

Von den niederen Landrichtern scheint es eine Appellation an den Herzog gegeben zu haben, doch haben wir hierüber nur geringe Andeutungen [12]).

Unter den österreichischen Stadtrechten verbietet Stadtr. v. Neust. §. 113 jede Appellation gegen Urtheile des Stadtrichters: *nec — contra causam per judicem et antea judicatam aliqua*

Eichhorn 2, 724 hingegen hält das Urtheilschelten für ein Recht sowohl der Schöffen, als auch der Parteien eben nur wegen der angeführten Stelle des S. Sp.

[8]) Ebenso auch in anderen süddeutschen Ländern, insbesondere in Baiern. Passauer Urtheilsbrief aus dem 13. Jahrhunderte (Urkb. o. Enns 3, 191 Nr. 200): *Der vrtail dinget der frauwen vorspreche anz Riche.* Münchner Stadtr. a. 1347 §. 310 (Auer, das Stadtrecht von München).

[9]) §. 113 dieses Stadtr. vergl. mit dem deutschen Text bei Würth 109 n. 1.

[10]) Muchar, Geschichte des Herzogthums Steiermark 4. Anh.

[11]) S. Sp. 2. 12. 4 a. E., Richtst. 49. 5, Sch. Sp. 114 a. Walter 739.

[12]) In einer Urk. a. 1340 (Notizenblatt 1851, 341) kommt vor, dass ein Graf von Schaumberg ein Urtheil vom Hauptmanne ob der Enns an Herzog Albrecht gedingt hat.

appellatio admittatur. Das Privilegium für Tulln a. 1270 [13]) hingegen kennt eine Appellation vom Stadtrichter an den Herzog (König Ottokar) oder die Provincialrichter: *Item si forte ab aliquo pro summa ad curiam regiam uel etiam ad prouinciales iudices appelletur, eadem inquam sententia a superioribus delegata, debet ciuibus et iudici in prenotate ciuitatis pretorio presentari.* Für Wien bestimmt das Privilegium a. 1278 [14]), dass von dem Stadtrichter und dem Münzmeister an den Rath der Stadt gedingt werden solle: *Dar nach so geben wir vnd bestaeten ewichleich voh vnserr chayserlicher maechtichait. vnsern lieben getrewn Purgern ze Wyenn di genad vmb swelichlay chlag sach oder vrtail gedingt wirt fur vnsern Statrichter. oder fur vnsern Munezmaister — daz solich dingung vor dhainem menschen welicherlay wirdichait er sey oder welicherlay ampts er sey geschehen schol vnd dhain chraft der Stetichait haben schol, Nur ez wert gedinget fur di Ratgeben. Wer aber*, heisst es weiter, *daz di dingung vnd Vrtail den Ratgeben ze prait vnd ze vinster wer. So schullen di Ratgeben vber daz selben dingen, vnd Vrtail vns vodern.* Stadtr. 1296 [15]) wiederholt dasselbe, jedoch mit dem Zusatze, dass, falls der Rath die vor ihn gelangte Sache nicht in einem Monate zu Ende führt: *so mach der chlagär, oder der antwurtär denne wol an vns dingen, vnd sol daz dingen denne von vns zerlöset werden, oder swer an vnserre stat ist.* Anzuführen ist hier auch, dass die Judensatzungen Kaisers Friedrich II. a. 1238 [16]) den Juden das Recht der Appellation an den Kaiser einräumen.

Ueber das Executionsverfahren enthält LR. nur Weniges. Gelegentlich, LR. §. 90, wird erwähnt, dass die Auspfändungen durch den Frohnboten geschehen sollen. Eine ausführliche Bestimmung kommt in LR. 18 über die Immobilar-Execution vor. Bei dem Executionsverfahren gegen Immobilien bestand bekanntlich ein Unterschied zwichen dem gewöhnlichen und dem Contumacialverfahren [17]). Wenn der wegen einer unbeweglichen Sache Geklagte durch drei Taidinge nicht erschien, so erfolgte nach S. Sp. 1. 70. 1 am vierten Taiding die Einweisung in den Besitz, durch die der Kläger die juristische Gewere und den Besitz der Sache zur custodia erlangte [18]); diese Vertheilung wurde jedoch

---

[13]) Lorenz D. G. 1, 468. — [14]) Rauch 3, 9. — [15]) Hormayr Wien 2, XLVI.
[16]) A. f. K. ö. G. 10, 128.
[17]) Albrecht Gew. 39 ff., Maurer Gvf. 247.
[18]) Albrecht Gew. 40.

erst nach Jahr und Tag zu einer definitiven [19]), während im gewöhnlichen Verfahren die Vertheilung allsogleich definitiv war [20]). Nach österreichischem Rechte erfolgte auch eine derartige Einweisung, und zwar durch den Frohnboten, LR. §. 90 [21]); vor derselben nahm aber der Richter das Gut durch 14 Tage in seine Frohngewalt und erst, wenn der Geklagte es während dieser Zeit nicht ausnahm, geschah die Einweisung des Klägers in den Besitz, LR. 18 und damit übereinstimmend Stadtr. v. Neust. §. 50: *Si autem pro haereditate (vmb erb) fuerit quaestio, tunc in domum possidentis eam citatio fiat trina.* §. 51: *Quodsi nec tunc possessor comparuerit, illa haereditas potestati judicis attrahatur, qui per dies quatuordecim hanc perseveret.* Stadtr. v. Wien a. 1435 [22]): *Chumb ain man den man anspricht dar vber nicht fur an den vierden tadingen, so sol man das purckrecht oder das perckrecht ertailen auf ir peder recht in frongewalt zu vierczehen tagen.*

§. 54. 5) Der Beweis. a) Beweismittel.

Das LR. kennt alle Beweismittel des deutschen Rechts, den Alleineid, den Eid mit Eidhelfern und Zeugen, die gerichtliche Wahrnehmung, Urkunden und das Gottesurtheil.

1. Der Alleineid. Die Anwendung des Alleineides, welcher sich als eine in besonders feierlicher Form gegebene Bestätigung der factischen Angaben einer Partei durch sie selbst charakterisirt [1]), beruht theils auf dem im deutschen Charakter liegenden Glauben an die Wahrhaftigkeit des Manneswortes [2]),

---

[19]) S. Sp. 1. 70. 1, Sch. Sp. 206. Passauer Stadtr. a. 1225 (M. Bo. 28, 2, 308 Nr. 77): *Si debitor domum habuerit in civitate et creditori suo debitum illud solvere detardat si super hoc legittime citatus in judicio comparere neglexerit judex creditori domum creditoris pro proprio assignabit; et si debitor infra annum non redimat domum, de cetero nemini super eadem domo creditor debeat respondere. Si vero debitor medio tempore mutuum quod accepit velit reddere creditori, domum que sibi obligata fuerat non audeat creditor denegare.*

[20]) S. Sp. 2. 41. 2.

[21]) Nach einer Urk. aus dem 12. Jahrh. in Meiller Reg. 40 Nr. 40 durch den *praeco provinciae*, nach Urk. a. 1265 in D. et A. 1, 64 Nr. 64 durch den *nuntius* des Richters.

[22]) Rauch 3, 197.

[1]) Planck Bewf. 230. — [2]) Jolly Bew. 10, Walter 702.

theils aber auch auf dem Rechtssatze, dass jeder unbescholtene Mann verlangen kann, dass seinem Worte auch ohne weiteren Beweis Glauben geschenkt werde [3]).

Die Fälle, in welchen das LR. den Alleineid kennt, sollen weiter unten, wo von der Anwendung der Beweismittel die Rede ist, besprochen werden. Ueber die Form des Eides enthält LR. 47 die Angabe, dass er von einer Frau mit zwei Fingern auf ihrer Brust abzulegen ist. Diese Form kommt schon in der Lex Alam. Tit. LVI. 2 vor: *Tunc liceat illi mulieri jurare per pectus suum — hoc dicunt Alamanni nast ahit.* Zöpfl [4]) denkt hiebei an *nast* = Haarnest der Frauen und diese Erklärung des Wortes findet ihre theilweise Bestätigung darin, dass auch nach Sch. Sp. 20 und damit übereinstimmend nach dem Wiener Stadtrechte a. 1435 [5]) die Frau den Eid auf ihre beiden Brüste und ihre beiden Zöpfe abzulegen hat.

§. 55.

2. Eidhelfer und Zeugen. Der Unterschied zwischen Eidhelfern und Zeugen besteht darin, dass, während die Aussage des Eidhelfers sich auf die Wahrhaftigkeit des von der Partei geschworenen Eides bezieht, der Zeugeneid hingegen die Wahrheit einer streitigen Thatsache direct bestätigt [1]). Der Zeuge bestätigt also eine Thatsache auf Grund eigenen Wissens, während der Eidhelfer sich nur darüber ausspricht, dass er den von der Partei abgelegten Eid für wahr halte. Daher auch die überall gleichmässig vorkommende Formel [2]) des Eidhelfer-Eides, der von der Partei abgeschworene Eid sei: „rein und unmein“ [3]). Besonders deutlich tritt der Unterschied zwischen beiden Gattungen von Personen im Stadtr. v. Iglau §. 68 [4]) hervor: *wer abir vmb ainen totslag beclagt wirt vnd wil sich des vnschuldik machen, das mak er thun, selbsibende mit frummen mannen sal er*

[3]) Planck Bewf. 206. Vergl. S. Sp. 1. 18. 1 und 2.
[4]) RG. 598 n. 4.
[5]) Rauch 3, 206. S. die Stelle §. 24 bei n. 14.
[1]) Homeyer Richtst. 457, Planck Bewf. 209, Walter 703.
[2]) S. die Stellen bei Homeyer Richtst. 468.
[3]) S. Sp. 3. 88. 3. — [4]) Tomaschek D. R. 263.

sich vnschuldik machen doch in sotaner weise: der beclagte sal sweren, das er vnschuldik sei, die andern drey schullen sweren, das sy seine vnschult gesehen haben, di leczsten drey schullen sweren, das die andern viere recht gesworen haben. Hier wird der Eid der Partei sowohl durch Zeugen, als auch durch Eidhelfer unterstützt; erstere bestätigen, dass sie die Unschuld des Geklagten gesehen haben, d. h. aus eigener Erfahrung wissen, dass er den Todtschlag nicht begangen habe, letztere bestätigen, dass der von der Partei und den Zeugen abgeschworene Eid kein falscher sei. Hiebei die Sonderbarkeit, dass auch der Zeugeneid durch Eidhelfer unterstützt wird [5]).

Zeugen und Eidhelfer werden schon seit den ältesten Zeiten [6]) neben einander angewendet; im Laufe der Zeit traten jedoch die Eidhelfer immer mehr in den Hintergrund, während der Zeugenbeweis häufigere Anwendung fand, bis die Eidhelfer zum Theile, aber nicht allein, auch in Folge der Reception des römischen Rechts [7]) gänzlich verschwanden. Dieser Umschwung fand eben zur Zeit der Rechtsbücher statt und trägt viel zu der Schwierigkeit einer allseitig genügenden Erklärung des mittelalterlichen Beweisrechts bei. Die Uebergangsperiode charakterisirt sich auch in Gestaltungen, welche zwischen den Zeugen und Eidhelfern in der Mitte stehen [8]). Es ist daher auch bei der Erklärung einer jeden mittelalterlichen Rechtsquelle besonders schwierig, die Zeugen von den Eidhelfern zu unterscheiden,

---

[5]) Dasselbe findet sich im Freiberger Stadtrechte nach der bei Homeyer Richtst. 468 n. *) citirten Stelle.

[6]) Die Ansicht Planck's (Bewf. 210) und Jolly's (Bew. 29), dass die Zeugen erst in späterer Zeit aus den Eidhelfern hervorgegangen seien, muss nach den von Homeyer (Richtst. 462 ff.) gelieferten Nachweisen aufgegeben werden.

[7]) Planck Bewf. 317.

[8]) Planck Bewf. 213 und 214. Vergl. auch Jolly Bew. 48. Was Homeyer Richtst. 461 dagegen sagt, scheint mir nicht genügend. Planck hat nicht behauptet, dass Zeugen und Eidhelfer im S. Sp. zusammenfallen, sondern dass neben den Eidhelfern und Zeugen noch eine Mittelstufe zwischen beiden sich gebildet habe. Homeyer gibt zu, dass es im sächsischen Rechte Zeugen gebe, welche „über das blosse Sehen und Hören hinaus bekunden, was sie von der Thatsache glauben“ und nennt dieselben germanische Zeugen. Dass diese Gattung von Zeugen den Eidhelfern um ein Bedeutendes näher gerückt sind, lässt sich doch nicht läugnen und Homeyer selbst räumt an einem andern Orte (S. Sp. 2, 2, 599) auch einen Unterschied zwischen diesen beiden Zeugengattungen ein.

zumal da die Benennung für beide in manchen Rechtsquellen, wie z. B. auch in LR., ein und dieselbe ist[9]).

a) Eidhelfer. In LR. kommen Eidhelfer in folgenden Fällen vor: in LR. 5, wenn es heisst, dass der unbesprochene Mann sich aus 21 seiner Genossen bereden soll[10]); in LR. 8 und 67, wornach der wegen Mord, Strassenraub oder Diebstahl Angeklagte, so wie das Haus, von dem ein Schaden geschehen ist, durch die Aussage von sieben, d. h. wohl des Klägers und sechs Anderer, übersagt wird, endlich in LR. 69, wornach man Jemanden mit sieben seines Eides widertreiben soll.

Dass in diesen Mitschwörenden Eidhelfer zu sehen sind, ist am zweifellosesten im ersten Falle, da hier der Angeklagte aus 21 vom Richter benannten Genossen sich bereden soll, was jeden Gedanken an Zeugen ausschliesst. Ganz dasselbe gilt aber wohl auch von den übrigen Fällen, denn sechs ist die gewöhnliche Zahl für die Eidhelfer[12]) und es wäre auch die Ueberweisung der Verbrecher beinahe zur Unmöglichkeit gemacht worden, wenn man in jedem Falle sieben Personen gefordert hätte, welche aus eigener Erfahrung von der Begehung des Verbrechens Wissenschaft hatten[12]).

In einem Privilegium Carl's IV. für Salzburg a. 1366[13]) heisst es daher auch von den sieben Gezeugen, welche einen Dieb überführen, dass ihre Aussage wörtlich folgendermassen lauten solle: *Ich sag auf mein aid das mir war gewissen ist das N. der da gegenburtig vor dem rechten stat lanndt vnd lewt schedlich ist mit dewbe als ver das man zu recht von jm richten sol vnd wo N. das laugent des bin ich Kristan des richters zeugen vnd des gerichtz alz recht ist.* Diese Gezeugen sagen nicht aus, dass der Angeklagte gestohlen habe, sondern nur, dass er ein schädlicher und diebischer Mensch sei, sind also Eidhelfer.

b) Zeugen kommen vor: 1. In LR. 16. Darnach müssen diejenigen, welche bei dem Frageverfahren Jemanden eines Verbrechens beschuldigen, als eigentliche Zeugen auftreten, denn sie müssen eidlich aussagen, was ihnen kund und zu wissen ist.

---

9) Homeyer Richtst. 458. Rechtsquellen, welche beide Gattungen dem Namen nach unterscheiden ebendas. 466.

10) S. Sp. 2. 22. 4. — 11) Planck Bewf. 211. — 12) Jolly Bew. 19.

13) Senkenberg Visiones div. 194 Nr. 7.

Wenn man diesen Art. für sich nimmt, könnte man geneigt sein, darin die allgemeine Bestimmung zu finden, dass überhaupt ein Jeder, welcher gegen einen Anderen aussagt, aus eigener Erfahrung sprechen müsse, dass demnach Eidhelfer überhaupt unzulässig seien. Diese Auffassung würde aber gegen den übrigen Inhalt des LR. sprechen, welches gezeigter Massen auch Eidhelfer kennt; Art. 16 kann daher nur in Verbindung mit dem unmittelbar vorausgehenden und dem nachfolgenden Art. aufgefasst werden, so dass er sich einzig und allein auf das Frageverfahren bezieht. 2. Zeugen sind auch in den zahlreichen Fällen zu sehen, in welchen nach LR. die Ueberweisung des Geklagten durch den Kläger mittels zweier Personen erfolgt, so bei der Nothzucht, LR. 7, bei dem Bruche des Hausfriedens, LR. 63, und bei den Vergehen der *filii contra patrem*, LR. 65 und 66. 3. Zeugen sind endlich auch diejenigen, welche anstatt des Richters das vor Gericht Geschehene nachweisen sollen, LR. 7 und 8, und ebenso dürften auch die in LR. 34 vorkommenden Hausgenossen für Zeugen zu halten sein.

c) In der Mitte zwischen Zeugen und Eidhelfern stehen diejenigen, bei welchen nur vorausgesetzt wird, dass sie vermöge ihrer besonderen Verhältnisse eigene Kenntniss von der Sache haben, ohne dass dies als unumgängliches Erforderniss angesehen wird. Solche sind 1. die in LR. 27 und 37 vorkommenden Personen, welche die Ersitzung eines Eigens oder Lehens bestätigen sollen; 2. gehören hieher aber auch die Fälle, in welchen der Beweis durch die Umsessen geliefert wird[14]. Auf diese Weise ist nämlich zu erweisen: der Stand der Mutter, LR. 22, die Frage, ob ein Gut Eigen oder Leibgedinge ist, LR. 24, der Adel eines Kämpfers, LR. 53, und die ehehafte Noth nach LR. 20. LR. 53 heisst es zwar, die Umsessen sollen aussagen, was ihnen um den Adel kund und zu wissen ist; trotz dieser auf Zeugen hindeutenden Formel können aber hierin doch keine eigentlichen Zeugen gesehen werden, weil eben Zustandsrechte nicht durch specielle Facta erweisbar sind und die Umsessen doch nur im Allgemeinen aussagen können, dass der Kämpfer für adelig gehalten werde, dass er eine adelige Lebensweise, einen adeligen Namen führe u. s. w.

---

[14]) Planck Bewf. 214.

Nothwendige Eigenschaften der Zeugen und Eidhelfer. Um als Zeuge oder Eidhelfer verwendet werden zu können, sind gewisse Eigenschaften erforderlich [15]):

1. **Standesgleichheit.** Es ist ein Grundsatz des älteren deutschen Rechts, dass nur Standesgenossen oder Mitglieder höherer Stände gegen Jemanden zeugen oder gegen ihn Eidhelfer sein können [16]). Später wurde man weniger strenge [17]) und so kommt es, dass der Grundsatz der Standesgleichheit in LR. nicht mehr vollkommen durchgeführt erscheint. Die Standesgleichheit der Zeugen oder Eidhelfer wird gefordert in LR. 5. 16. 66. 69 [18]); in anderen Fällen hingegen heisst es blos, der Ueberweisende müsse unversprochen sein, LR. 7. 8. 27. 63. 65 und 67. Dass in diesen Artt. das Erforderniss der Standesgleichheit geflissentlich ausgelassen wurde, ergibt sich daraus, dass LR. an mehreren dieser Stellen von seiner Vorlage abgewichen ist. Während nämlich der fridericianische Landfrieden a. 1235 den Beweis des Handfriedens durch den Richter *mit zwein andern sentbaren mannen* fordert, hat LR. statt *sentbar* das Wort unversprochen eingeschaltet. Dasselbe gilt von LR. 65, wo auch dem Worte *sentbar* des fridericianischen Landfriedens das Wort unversprochen substituirt worden ist.

Im Lehenverfahren wurden dem entsprechend Vasallen als Zeugen gefordert und Lehenunfähige von der Zeugenschaft ausgeschlossen [19]). Dasselbe fordert auch LR. 34 und 37.

2. Weiters wird von den Zeugen und Eidhelfern Unbescholtenheit gefordert, sowohl in S. Sp. [20]), als auch in LR. In Letzterem wird für die Unbescholtenheit der Zeugen regelmässig der Ausdruck unversprochen [21]) gebraucht, LR. 8. 27. 37. 63. 66. 67. 69.

---

15) Für Zeugen, welche diese Eigenschaften haben, kommt in Urkk. der Ausdruck *testes omni exceptioni majores* vor, Urkk. c. 1250 und a. 1255 (D. et A. 1, 24 Nr. 20 und 37 Nr. 33).

16) S. Sp. 3. 19, Sch. Sp. 278, Landfrieden a. 1235, §. 1 (M. G. 4, 572).

17) Walter 490.

18) S. auch die §. 19 bei n. 29 abgedruckte Stelle des Privilegiums a. 1278.

19) S. Sp. Leh. R. 2. 2; 71. 20, 22, 23; 77.

20) S. Sp. 2. 36. 4, 3. 28. 1, 3. 70. 1, Richtst. 32. 8.

21) Budde R. 149. — Zöpfl RG. 955 n. 16 sieht in unversprochenen Leuten, wohl zu weit gehend, solche, welche nicht in der Acht sind.

Regensburger Landfrieden a. 1281, §. 11 [22]): *Ez schol niman dehein geziuch verwerfen, der in unversprochen man.*

Um einen nicht unbescholtenen Zeugen oder Eidhelfer von der Zeugenschaft auszuschliessen, hatte der Gegner des Zeugenführers das Rechtsmittel des Widertreibens, LR. 69. Dies war eine Art von Gewissensvertretung, darin bestehend, dass man durch den Siebnereid Jemanden eines falschen Eides überwies und dadurch seine Zeugenschaft zu Nichte machte. Das Widertreiben konnte nicht nur nach abgeschworenem falschen Eide geschehen, sondern auch vor dem Eidschwure, und Letzteres ging nach LR. dann an, wenn man nachwies, dass der Zeuge oder Eidhelfer schon früher einmal meineidig geworden sei, woraus also hervorgeht, dass Jeder, der einen Meineid geschworen hat, unfähig zum Zeugnisse wurde. Ganz dieselben Grundsätze über das Widertreiben enthält auch Stadtr. v. Neust. §. 35: *Ist, daz ainer ainen von seinem aid oder nach dem geswornen aid widertreibt, der schol devselbe puzze an allen dingen leiden fur dem widertreiber vnd auch gen dem Richter.* In gleicher Weise sagt das Wiener Stadtrechtsbuch a. 1435 [23]): *Wer ainen mann wider treiben wil in der schrann der sol das auch zu stet pringen Thuet er des nicht So mag er furbas nicht erczeugenn Vnd ist ener ledig Es mag auch vmb wider treiben nyemandt gedingen auff der schranne Wann da mit wurd es betagt Vnd wurd ener ledig Es geschech dann ausgenemlich ir baider gerichte Wer ainen zeugen wider treiben wil der sol das thuen zu stätt mit sibenn mannen Vnd wirt er dann vberchomen das er falsch gesagt habe So sol er dulden die puess die dy purger ausgeseczt haben mit rat Vnd die auch geschriben stend an ir hanntfest.* Dasselbe Stadtrechtsbuch sagt dann auch: *nicht zeug mag gesein — mainaydswerer ob sy des vor gericht erczeugt sein* [24]).

3. In der Regel konnten nur Männer Zeugen sein, was noch im Wiener Stadtrechtsbuche a. 1435 [25]) ausgesprochen wird: *Vnd kain weib mag gezeug gesein dann vmb eelich sach die wir her nach nennen.* Ausnahmsweise wurde aber auch schon früher in einigen Fällen das Zeugniss von Frauen gestattet [26]). LR. 7

22) M. G. 4, 427.

23) Rauch 3, 213. — 24) Rauch 3, 211. 25) Rauch 3, 211.

26) So schon in einem besonderen Falle S. Sp. I. 33.

gestattet, den Beweis der Nothzucht mit einem Manne und einer Frau zu führen und weicht hierin von den meisten älteren österreichischen Stadtrechten ab, welche ausdrücklich Männer als Zeugen verlangen, so die Stadtrechte v. Wien a. 1221, 1244, 1278 und 1340 und das Haimburger Stadtr. a. 1244 [27]. Uebereinstimmend mit LR. ist nur das Stadtr. v. Neust. §. 57, welches auch unter den zwei Zeugen eine Frau zulässt [28].

§. 56.

3. Die gerichtliche Wahrnehmung. Es ist ein Princip des ältesten deutschen Rechts, dass das, was vor Gericht geschehen ist, durch das Gericht bewiesen werden kann. Dies gilt nicht nur von dem, was vor Gericht noch leiblich bewiesen werden kann [1], sondern auch von dem, was früher vor Gericht geschehen ist.

S. Sp. fordert, dass das früher vor Gericht Geschehene durch den Richter und sechs andere Leute bewiesen werde [2], und nur wenn der Richter sich weigert, das Zeugniss abzugeben, kann seine Aussage durch die Bestätigung anderer Zeugen supplirt werden [3]. Dem entsprechen auch die meisten österreichischen Stadtrechte, wenn sie zum Beweise der geschehenen gerichtlichen Aechtung den Schwur des Richters selbstsieben fordern, wie die Stadtrechte von Wien a. 1221, 1244, 1278 und 1340 und das Haimburger a. 1244 [4]. In gleicher Weise fordert

---

27) A. f. K. ö. G. 10, 103 und 134, Bischoff Stadtr. 185, Rauch 3, 44, A. f. K. ö. G. 10, 142.

28) Daraus kann jedoch nicht mit Zöpfl RG. 176 n. 3 auf ein späteres Entstehen des LR. geschlossen werden, da auch andere ältere Rechte bei der Nothzucht den Beweis durch eine Frau zulassen (Zieglauer LR. 78); so das Altprager Stadtrecht a. 1269, §. 32 (Rössler, Ueber die Bedeutung der Geschichte des Rechts 13), das Kärnthnerische Landrecht a. 1338 (Archiv d. hist. Vereins f. Kärnthen 3, 56) und auch das Magdeburger Recht aus der Mitte des 13. Jahrhunderts (Gaupp, Das alte Magdeburger und Hallische Recht 222 §. 13).

1) Ueber die Anwendung dieses Grundsatzes bei der handhaften That s. Planck Bewf. 225 und Homeyer Richtst. 478.

2) S. Sp. 1. 8. 1, 3. 28. 2.

3) S. Sp. 2. 22. 2, 3. 25 1.

4) A. f. K. ö. G. 10, 103 und 134, Bischoff Stadtr. 185, Rauch 3, 44, A. f. K. ö. G. 10, 141.

das Stadtrecht von Enns in der §. 51 bei n. 10 citirten Stelle, dass die Ueberreichung einer Klage vor Gericht durch den Richter mit Zeugen erwiesen werden solle. Nach LR. 7 und 8 hingegen genügt das Zeugniss zweier Biederleute, welche bei einem früheren gerichtlichen Vorgange anwesend waren.

4. Urkunden. Dieses Beweismittel, welches in S. Sp. noch sehr wenig berücksichtigt[5]) und das erst in Sch. Sp.[6]) ausführlicher erwähnt wird, kommt in LR. nur an einer Stelle, Art. 42, in der Anwendung vor, dass die Art der Investitur durch Handfesten erwiesen werden solle.

5. Das Gottesurtheil. Von den Gottesurtheilen kommt in LR. ein Einziges vor, der gerichtliche Zweikampf. Es ist bekannt, dass vorzugsweise im 12. und 13. Jahrhunderte das allgemeine Streben obwaltete, die gerichtlichen Zweikämpfe möglichst zu beseitigen[7]). Das Ergebniss davon war theils die gänzliche Abschaffung, theils die Beschränkung des Zweikampfes. In den österreichischen Ländern erfolgte die Abschaffung dieses Beweismittels zuerst für die Steiermark. Urk. a. 1186[8]): *Lis exorta uel altercatio super quolibet negocio, inter Stirenses non campione, sed probabilium et certarum personarum credibili dirimatur testimonio.* Dieses Recht wurde den Steirern auch von Kaiser Friedrich II. a. 1237 und von König Rudolf I. a. 1277 bestätigt[9]): *Si inter styrienses quaestionem contingat oriri, duellum locum non habeat, vel probatio per campionem, ubi testes idonei producentur, secundum quorum testimonium quaestio dirimatur.* In Kärnthen geschah die Abschaffung a. 1338[10]): *das wir nich wollen, das dhainerlay Kampfe fürbas in unsern Lande zu Karndten von iemands erthailt werde, oder beschehn. — Haben wir gesetz, geordnet, und gebotten, so fer ainer unehrlichen gethad, oder Sache gezügen wird, davon ein Kämpff möcht aufgestanden sein, dass sich der mit seinem aide, und mit einem andern seines genossen ayde bereden soll, das er derselben sache, und ungethad unschuldig sey, und soll er dann*

---

[5]) S. Sp. 3. 34. 1. — [6]) Sch. Sp. 159, 313 II, 323a, 369 I.

[7]) Unger Zw. 48.

[8]) Muchar, Geschichte Steiermarks 4, Anh.

[9]) Die beiden in diesem Punkte gleich lautenden Urkk. in Landhandveste des Herzogthums Steyer 10b und in Schrötter Abhdlgn. 3, 19.

[10]) Steyrer 122. Im Salzburgischen kommen noch a. 1366 Zweikämpfe vor, s. die Urk. bei Senkenberg Visiones diversae 194 Nr. 7.

damit der sache, der er gezügens ist, billig ledig sein, und soll der, der ihm der boshait gezügen hat, offenlich sich vor gericht erkennen, das er ihm umb dieselbe sache und gethad unrecht, und unbillich angesagt hab.

Hauptsächlich waren es die Städte, welche in Oesterreich, wie im übrigen Deutschland [11]), bemüht waren, für ihre Bürger die gerichtlichen Zweikämpfe zu beschränken. Wien erhielt a. 1237 ein Privilegium von Kaiser Friedrich II. [12]), worin die Bestimmung getroffen wird: *de duello uero, si quis ciuis impetitur, si septima manu honestarum personarum expurgare se poterit, eum ab impetitione duelli decernimus absolutum.* Dies wird dann wiederholt in den Wiener Privilegien a. 1247 und 1278 und im Albertinischen Stadtrechte a. 1296 [13]). Ganz dasselbe verordnet Kaisers Friedrich II. goldene Bulle für Wiener-Neustadt a. 1237 [14]), indem sie die oben abgedruckten Worte des Wiener Privilegiums aus demselben Jahre wörtlich wiedergibt. Nach allen diesen Verordnungen war der Zweikampf noch immer zulässig, sobald die Reinigung nicht selbstsieben erfolgte. Nach dem späteren Privilegium für die Neustadt a. 1277 [15]) genügte jedoch, mit Ausnahme einiger Verbrechen, die Reinigung durch den Alleineid, um sich von der Verpflichtung zu Kampfe zu befreien: *Praeterea nullus civium civitatis praedictae duello potest impeti; si impetitur, juramento proprio se poterit expurgare, excepto laesae majestatis et proditae patriae crimine vel traditae civitatis, in quo se juramento non poterit expurgare.*

In LR. kommt der Zweikampf noch als ein Beweismittel des Adels und der Rittermässigen vor; er wird jedoch nur unter gewissen Beschränkungen gestattet, nämlich:

1. Nach S. Sp. ist nur der Schöffenbarfreie berechtigt, den Schöffenbarfreien mit Kampf anzusprechen [16]), nach dem Grund-

[11]) S. Unger Zw. 65, Tomaschek D. R. 278, Walter 714. Das Kaiserr. 4 c. 1 stellt es als ein allgemeines Vorrecht der Reichsbürger hin, dass sie frei vom Kampfe sind: *Auch hat sie der kaiser des kamphes gefriet sunderlich — durch daz ein gelibet starker boser man des riches burger icht betwinge mit keinerlei sache, daz er im icht wölflich aberdrewet sin gut.* Hieher gehört auch die sententia de defensione a periculo duellionis Königs Rudolf I. a. 1290 (M. G. 4, 455).

[12]) A. f. K. ö. G. 10, 126.

[13]) Hormayr Wien 2 XXIV Nr. 50 und XL Nr. 55 und Rauch 3, 5.

[14]) Hormayr Archiv 1828, 313.

[15]) Pez Cod. 2, 132 Nr. 222. — [16]) S. Sp. 1. 51. 4.

satze, dass man mit niedriger Geborenen nicht kämpfen müsse [17]). Dieselbe Bestimmung enthält Sch. Sp., nur mit dem Unterschiede, dass darin statt der Schöffenbarfreien die Semperfreien genannt werden [18]). In LR. 12 findet sich die entsprechende Bestimmung, dass nur Rittermässige kämpfen dürfen, welcher Satz schon in der const. a. 1156, §. 10 [19]) vorkommt: *Si miles adversum militem pro pace violata aut aliqua capitali causa duellum committere voluerit, facultas pugnandi ei non concedatur, nisi probare possit, quod antiquitus ipse cum parentibus suis natione legitimus miles existat.*

2. Ein gewisses jugendliches oder höheres Alter [20]), sowie auch Gebrechlichkeit des Körpers befreite von der Verpflichtung zum Kampfe, LR. 9 und 10.

3. Der Kampf konnte nur vor dem Landesherrn stattfinden, LR. 14.

4. Sobald ein Kampf angeordnet war, mussten beide Theile wetten [21]), d. h. entweder durch Erlag einer Geldsumme beim Richter, oder durch Bürgschaft Sicherheit dafür leisten, dass sie dem Duelle nicht entweichen werden [22]), LR. 13 und 14.

§. 57. b) Anwendung der Beweismittel.

Der deutsche Beweis war einseitig, so dass, wenn einer Partei der Beweis zugesprochen wurde, damit die Sache abgethan und das Ergebniss jedenfalls entscheidend [1]), ein Gegenbeweis aber in der Regel nicht zulässig war [2]). Die Beweismittel bestanden meistens nur in Eiden der Partei, ihrer Verwandten oder ihrer Standesgenossen und der Beweis war daher gewöhnlich leicht herzustellen, so dass mit der Zuweisung desselben der Process schon beinahe gewonnen war [3]). Deswegen und weil damit auch jeder Beweis des Gegners abgeschnitten war, sah man es als einen Vortheil an, wenn man zum Beweise zugelassen wurde [4]). Hinsichtlich der Frage nun, welcher Partei der

---

[17]) S. Sp. 1. 63. 3, 3. 65. 1. — [18]) Sch. Sp. 79 II und III, 253 c. — [19]) M. G. 4, 103. — [20]) S. darüber §§. 25 und 26. — [21]) S. Sp. 1. 65. 1, Sch. Sp. 79 II A.
[22]) S. darüber Tomaschek D. R. 276.

[1]) Homeyer Richtst. 482, Jolly Bew. 27.
[2]) Jolly Bew. 51. — [3]) Tomaschek D. R. 144. — [4]) Homeyer Richtst. 482.

Beweis zuzusprechen ist, wird von Homeyer[5]) folgender oberster Grundsatz des mittelalterlichen deutschen Rechts hingestellt: „Wer einer ihn schuldig machenden Handlung geziehen wird, mag derselben eher entgehen, als dass man ihn überführe, und: wer etwas als seinen Zustand oder sein Gut festhalten will, ist dazu näher, als sein Gegner es ihm abzugewinnen.“ Diese Theorie der Spiegel findet sich in ihren Hauptgrundzügen auch in LR.; sie ist darin jedoch schon mannigfach durch neuere Anschauungen durchbrochen.

I. Beweisrecht des Vertheidigers. 1. Schuldfälle.

A. Der Grundsatz, dass auf dem Gebiete des Strafrechts die Reinigung des Angeklagten dem Beweise des Anklägers vorgeht, bildet die Hauptgrundlage der ganzen strafrechtlichen Beweistheorie. Die Fälle, in welchen hievon abgewichen wird, können nur als Ausnahmen angesehen werden. Den hervorgehobenen Grundsatz enthält LR. 5, worin[6]) es heisst, dass der Richter den Angeschuldigten nicht überführen, sondern dass er ihm 21 seiner Genossen benennen solle, aus denen sich der Geklagte die Eidhelfer wählt, um mit ihnen seine Unschuld zu beschwören. Derselbe Grundsatz wird auch in den österreichischen Stadtrechten ausgesprochen; für Verbrechen jeder Art in den Wiener Stadtrechten a. 1278 und 1340[7]) und im Stadtr. v. Neust. §§. 4 und 5; für einzelne Verbrechen, und zwar für Tödtungen in den Wiener Stadtrechten a. 1221, 1244, 1278 und im Haimburger a. 1244[8]), für Verwundungen in den Stadtrechten von Enns 1212, Wien 1221, 1244 und 1278, und Haimburg 1244[9]), für Schläge in den Stadtrechten von Enns 1212, Wien 1221, 1244, 1278 und 1340, und Haimburg 1244[10]), endlich für Heimsuchungen in den sämmtlichen letzterwähnten Stadtrechten[11]).

---

[5]) Richtst. 485. S. auch Planck Bewf. 229, Jolly Bew. 4.

[6]) Würth Stadtr. v. Neust. 59. Zieglauer LR. 83 hat diese Stelle ganz missverstanden.

[7]) Bischoff Stadtr. 178, Rauch 3, 38.

[8]) A. f. K. ö. G. 10, 100 und 131, Bischoff Stadtr. 178, A. f. K. ö. G. 10, 138.

[9]) A. f. K. ö. G. 10; 97, 102, 133, Bischoff Stadtr. 182, A. f. K. ö. G. 10, 140.

[10]) A. f. K. ö. G. 10; 97, 102, 133, Bischoff Stadtr. 183, Rauch 3, 42, A. f. K. ö. G. 10, 141.

[11]) A. f. K. ö. G. 10; 98, 103, 135, Bischoff Stadtr. 186, Rauch 3, 45, A. f. K. ö. G. 10, 142.

Dabei war aber die Reinigung schon einigermassen erschwert.

Während man nach dem Rechte des S. Sp. sich durch seinen alleinigen Eid reinigen konnte [12]), werden jetzt dazu Eidhelfer gefordert. Verschreibung Leutolt's von Chunring an Herzog Albrecht a. 1296 [13]): *Waer — daz man mich deheiner schulden zige, daz niht ein Lantgewizzen wer vmb die selbe inziht sol mich min herre oder sinev chint besenden vnd ob min herre oder sinev chint min beredvnge vmb sogtan inziht niht nemen wellent von mir ainem so sol ich mich bereden selb fvnft miner hovsgenozzen mit vnsern aiden.* Nach dem Stadtr. v. Neust. genügt der Alleineid nur dann, wenn der Kläger nicht die Uebersiebnung anbot; war dies aber der Fall, so konnte nach §. 5 die Reinigung nur mehr selbstsieben erfolgen. In LR. 5 werden auch mehrere Eidhelfer gefordert, jedoch wird keine bestimmte Zahl angegeben; in den Stadtrechten wird 6, 4 und 2 als die erforderliche Zahl der Eidhelfer bezeichnet, wobei die Zahl 4 vorherrscht. Ein solcher Fünfereid kommt vor für Verbrechen überhaupt im Stadtr. v. Wien a. 1278 [14]), für Tödtungen in Stadtr. v. Neust. §. 5, für Verwundungen in den Stadtrechten von Wien a. 1221 und 1244 und von Haimburg a. 1244 [15]), für Heimsuchungen in den Stadtr. v. Wien a. 1221, 1244, 1278, 1340 und v. Haimburg a. 1244 [16]). Einen Dreiereid kennt das Stadtrecht von Enns a. 1212 [17]) bei der Heimsuchung, und die §. 43 bei n. 17 abgedruckte Stelle des Hoffrohnbuches bei Gewaltthätigkeiten.

Eine weitere Erschwerung lag darin, dass der Angeklagte keine ganz freie Wahl hatte, sondern dass ihm eine bestimmte Anzahl benannt wurde, aus der er sich die Eidhelfer auszuwählen hatte. Diese Beschränkung der Wahlfreiheit findet sich auch [18]) in LR. 5 und in einigen österreichischen Stadtrechten. So verordnet das Wiener Stadtrecht a. 1278 [19]) als allgemeine Regel, dass der Richter 20 Leute, 10 Professionsgenossen oder Nachbaren des Geklagten und 10 Andere auswählen solle, aus

---

12) Homeyer Richtst. 489, Richtst. 40. 4.

13) Lichnowsky Reg. 287. — 14) Bischoff Stadtr. 179.

15) A. f. K. ö. G. 10; 102, 133, 140.

16) A. f. K. ö. G. 10; 104, 135, Bischoff Stadtr. 186, Rauch 3, 45, A. f. K. ö. G. 10, 142.

17) A. f. K. ö. G. 10, 98. — 18) Walter 704. — 19) Bischoff Stadtr. 179.

welchen der Geklagte seine vier Eidhelfer nehmen müsse. Dasselbe Verfahren wird nur für Verwundungen normirt in den Stadtrechten von Wien 1221 und 1244 und von Haimburg 1244[20]).

Die Reinigung hatte auch den Vorzug, wenn der Geklagte die That nicht vollkommen in Abrede stellte, sondern nur einzelne Momente, welche ihre Strafbarkeit begründen[21]). So z. B.:

1. Wenn der Beherberger eines Aechters sich dahin ausredet, er habe nicht gewusst, dass der Beherbergte ein Geächteter sei, so ist er nach LR. 57 zur Reinigung, und zwar durch seinen Alleineid[22]) zuzulassen. Dasselbe verordnen auch die Wiener Stadtrechte 1221, 1244, 1278 und 1340[23]), das Stadtr. v. Haimburg 1244[24]) und v. Neust. §. 58.

2. Eine gleiche Bestimmung enthält LR. 67 für den Fall, dass der Herr eines festen Hauses behauptet, er habe von dem Frevel, der vom Hause aus verübt worden ist, nichts gewusst.

3. Der unter diese Kathegorie gehörige Hauptfall kommt bei der Nothwehr vor, wenn der Geklagte die Tödtung oder Verwundung zugesteht, aber Nothwehr behauptet, wo ihm dann ebenfalls die Reinigung gestattet wird. Die Zahl der Schwörenden wird verschieden angegeben. Nach dem Sch. Sp. 233 genügt der Alleineid; das Stadtrecht v. Enns 1212[25]) begehrt beim Morde die Reinigung mit sechs *domestici* und bei Verwundungen, je nachdem die That am Tage, in der Nacht oder am Felde erfolgt ist, mit 6, 2 oder 1 Eidhelfer. Stadtr. v. Wien 1221[26]) gestattet die Reinigung bei der Tödtung aus Nothwehr nur durch ein Gottesurtheil und bei Verwundungen mit Eidhelfern; nach Stadtr. Wien 1244 und Haimburg 1244[27]) genügen in beiden Fällen Eidhelfer. Stadtr. v. Neust. §. 6 endlich verordnet die Reinigung wegen Nothwehr bei der Tödtung mit vier, bei Verwundungen mit zwei Eidhelfern.

B. Der Reinigung wird auch der Vorzug eingeräumt, wenn man sich entschuldigen will, dass man angeblichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. So hat der Geächtete durch

---

20) A. f. K. ö. G. 10; 102, 133, 140.

21) Planck Bewf. 221. — 22) S. Sp. 3. 23, Sch. Sp. 137 c.

23) A. f. K. ö. G. 10; 103, 134, Bischoff Stadtr. 184, Rauch 3, 43.

24) A. f. K. ö. G. 10, 141. — 25) A. f. K. ö. G. 10, 96 f. — 26) A. f. K. ö. G. 10, 100. — 27) A. f. K. ö. G. 10, 132 und 139.

seinen Eid zu erweisen, dass ihm die Taidinge, bei welchen er zu erscheinen hatte, nicht kundgemacht worden seien, LR. 3 und Stadtr. v. Neust. §. 3[28]). Die echte Noth ist nach Richtst. 27. 3 ebenfalls durch den Alleineid zu beweisen; nach LR. 3 hingegen durch Genossen und Eigenleute, nach LR. 20 durch die Umsessen.

2. Andere als Schuldfälle.

Als solche erscheinen in LR., da nach demselben Statusrechte auf eine andere, später zu erwähnende Art zu beweisen sind, eigentlich nur die Fälle, in welchen es sich um die Herausgabe von Sachen handelt, und hier hat der den Beweis zu führen, rücksichtlich sich zu reinigen, welcher sein Recht an der Sache bewahren will, also der Besitzende[29]). Dies kommt auch bei der Verjährung vor. Wer für ein Gut in seinem Besitze, das von Jemandem Andern angesprochen wird, die Verjährung behauptet, hat das Beweisrecht[30]) und kann die Verjährung sowohl von Eigen als von Lehen nach LR. 27 und 37 durch zwei unversprochene Genossen des Eigens oder Lehens erweisen. Nach LR. 47 kann auch die Frau ihre Morgengabe, und zwar durch ihren Alleineid behalten[31]). Dass hier der Alleineid genügt, ist ein besonderer Vorzug der Morgengabe, da sonst auf dem Gebiete des Sachenrechts gewöhnlich mehrere Eidhelfer gefordert werden[32]).

§. 58.

II. Beweisrecht des Angreifers.

Dem Angreifer gebührte der Beweis in der Regel nur bei fehlender Vertheidigung, also insbesondere auch wenn er gegen den Ausgebliebenen die Acht aussprechen lassen wollte, wo er den Beweis mit dem Siebnereid zu führen hatte[1]), LR. Artt. 8 und 67.

---

[28]) Vergl. Richtst. 34. 1. — [29]) Homeyer Richtst. 491 ff.

[30]) Sch. Sp. 56. — [31]) S. Sp. 1. 20. 9.

[32]) Planck Bewf. 222. Ueber eine besondere in LR. 34 enthaltene Anordnung bei der Beweisführung auf dem Gebiete des Lehenrechts s. §. 30.

[1]) S. Sp. 1. 66. 1, Stadtr. v. Neust. §. 1.

Ausnahmsweise konnte aber auch bei vorhandener Vertheidigung dem Angreifer der Vorzug im Beweise gegeben werden:

1. Dieser Vorzug gebührte demselben von jeher, wenn er im Stande war, seine Behauptung mit dem Gerichte zu beweisen [2]), da diese Beweisart jeder anderen vorging. Als eine Art gerichtlicher Wahrnehmung galt insbesondere der Beweis durch die Handhaft [3]), welchen auch LR. 56 kennt, ohne die Zahl der Ueberweisenden anzugeben. Nach S. Sp. 1. 66. 1 hatte in diesem Falle die Ueberweisung durch den Siebnereid zu erfolgen, nach Sch. Sp. 100 c je nach der Schwere des Verbrechens durch den Siebner- oder Dreiereid. Von den österreichischen Stadtrechten verlangen die älteren auch den Siebnereid, so Stadtr. v. Wien 1221 [4]); die jüngeren, welche überhaupt den Angreifer mehr begünstigen, begnügen sich mit zwei Eidhelfern, so die Stadtrechte v. Wien 1244, 1278 und 1340 und v. Haimburg 1244 [5]) und Stadtr. v. Neust. §. 1.

2. Im späteren Rechte kommt es immer häufiger vor, dass der Anklage, insbesondere in peinlichen Fällen, sobald sie durch Zeugen unterstützt ist, der Vorzug vor der Vertheidigung eingeräumt wird. S. Sp. kennt dies noch nicht [6]), erst in späteren Rechtsquellen entwickelte sich dieser Uebergang von der blos formellen älteren Beweistheorie zu der mehr materiellen des neueren Rechts [7]). Es ist dies eine Entwicklung, welche erst durch die Reception des römischen Rechts ihren Abschluss fand und die verschiedensten Uebergangsstadien durchlief [8]), bis man zuletzt dahin kam, den Eid des Geklagten in peinlichen Fällen überall auszuschliessen, wo der Kläger mit Zeugen schwören konnte, dass er die That selbst gesehen und gehört hatte. Eine besondere Begünstigung fand diese Bevorzugung der Anklage durch die Reichsgesetzgebung. Const. a. 1187 [9]) führte zuerst die Uebersiebnung gegen Mordbrenner ein. Const. a. 1230 §. 14 [10]) liess sodann den übel Beleumundeten nur unter besonderen Vorsichten zur Reinigung zu. In den späteren Reichs-

---

[2]) Planck Bewf. 225. — [3]) S. §. 52. — [4]) A. f. K. ö. G. 10, 100.

[5]) A. f. K. ö. G. 10, 132, Bischoff Stadtr. 179, Rauch 3, 39, A. f. K. ö. G. 10, 139. — [6]) Walter 800. — [7]) Planck Bewf. 301.

[8]) Albrecht, dissert. de probat. 1, §. 25—31.

[9]) M. G. 4, 183. — [10]) M. G. 4, 268.

gesetzen wird beim Handfriedensbruche und bei den Vergehungen der Söhne gegen ihre Väter [11]) dem Angreifer der Vorzug ertheilt [12]) und daraus gingen diese Bestimmungen auch in das LR. Artt. 63, 65 und 66 über.

Aus dem österreichischen Provincialrechte entnahm LR. einen solchen Vorzug der Anklage bei dem Verbrechen der Nothzucht, und gestattete die Ueberweisung wegen dieses Verbrechens, ohne eine Reinigung dagegen zuzulassen, LR. 7. Die Stadtrechte von Enns 1212 und Wien 1221 [13]) enthalten diese Bestimmung in der Weise, dass, sobald der Angreifer sieben Eidhelfer hatte, gar keine Reinigung zulässig war, während, falls er nur mit zwei Mitschwörern auftrat, dagegen noch ein Gottesurtheil gestattet wurde. Die Stadtrechte von Wien 1244, 1278 und 1340, von Haimburg 1244 [14]) und von Neustadt §. 57 hingegen gestatten schon dann keine Reinigung mehr, wenn auch nur zwei glaubwürdige Zeugen vorhanden sind.

3. Ein Vorzug des Angreifers kommt nach LR. auch in einem Lehenrechtsfalle vor. Wenn zwei um ein Lehen streiten und Jeder behauptet, es von einem andern Herrn zu haben, so hat jeder Vasall seinen angeblichen Herrn aufzufordern, ihm Gewähr zu leisten und mit ihm vor Gericht zu erscheinen [15]). Nach LR. 32 hatte dann jeder Vasall mit seinem Herrn gemeinschaftlich das Lehen zu verantworten, was ganz in der Ordnung ist, da erst beide zusammen das Lehen nach aussen zu vertreten im Stande sind [16]). Wenn nun in einem solchen Falle der Lehensherr es dem Vasallen abläugnete, dass er ihm diese Gewähr zu leisten habe, so konnte der Vasall nach LR. 32 den Herrn durch seinen Alleineid dieser Verpflichtung überweisen. Darin liegt ein offenbarer Vorzug des Angreifers, da in einem solchen Streite wegen Gewährleistung der Vasall der Angreifer, der Lehensherr aber der Vertheidiger ist, welchem alles das, was er in Folge der Gewährleistung hergeben oder thun muss, abgewonnen werden will.

---

[11]) S. die Stellen in §§. 37 und 39.

[12]) Damit übereinstimmend Sch. Sp. 42. 99. 174 a.

[13]) A. f. K. ö. G. 10, 97 und 103.

[14]) A. f. K. ö. G. 10, 134, Bischoff Stadtr. 185, Rauch 3, 44, A. f. K. ö. G. 10, 142. — [15]) Planck Bewf. 281. — [16]) Homeyer S. Sp. 2, 2, 399.

§. 59.

III. Gemeinschaftlicher Beweis.

Wenn beide Streittheile sich gleich standen, so dass man eigentlich nicht wusste, wen man als den Angegriffenen anzusehen habe, so kam es vor, dass man beide gleichzeitig zum Beweise zuliess, so dass der Beweis dann sowohl zu Gunsten des Einen als des Andern ausfallen konnte. Dies geschah, sobald die Umsessen über die Thatsache befragt wurden [1]), eine Beweisart, welche in LR. in zweifacher Anwendung vorkommt:

1. Zustandsrechte wurden nach dem Rechte des S. Sp. durch den Beweis des Angegriffenen festgestellt, so dass z. B. der Mann näher daran war, sein Recht zu beweisen [2]), sein Recht mit Zeugen zu behalten [3]) oder seine Freiheit zu beweisen [4]). LR. Artt. 22 und 53 weicht nun hievon ab durch die Anordnung dass, wenn es sich darum handelt, Zustandsrechte eines Menschen festzustellen, darüber die Umsessen befragt und aufgefordert werden sollen, zu sagen, was ihnen kund und zu wissen sei [5]).

2. Auf dem Gebiete des Sachenrechts kommt dasselbe in LR. 24 vor [6]), wornach in einem Streite um ein Gut, welches von der einen Seite als Leibgeding, von der andern Seite als Eigenthum angesprochen wird, der Beweis durch die Umsessen zu liefern ist.

---

1) Homeyer Richtst. 498. — 2) Richtst. 24. 2.
3) S. Sp. 3. 28. 1. — 4) S. Sp. 3. 32. 5.
5) Homeyer Richtst. 498 n. *).
6) Vergl. Richtst. 26. 5, Homeyer Richtst. 497 und S. Sp. 2, 2, 620.

III. ABSCHNITT.

Das österreichische Landesrecht.

A. DIE AUSGABE.

Die Lanndsrecht[1].

[2] Das sind die recht[3] nach gewonhait des lanndes bei herczog Lewpolten[4] von Osterreich.

Artikel 1.

[1] Daz dhain lanndes herre[2] sol dhain taiding[3] haben, nůr[4] über sechs wochen und nicht darhinder, und sullen auch[5] die taiding sein nůr ze[6] Newnburg[7] ze Tůln[8] und ze Mauttarn[9]. So sol[10] dhain graff noch freie[11] noch dienstman, die ze[12] recht zu dem lannd gehorent, weder auf ir leib noch[13] auf ir[14] er[15] noch auf[16] ir[17] aigen ze recht steen[18] nůr[19] in offner schrann vor dem[20] lanndes herren[21]. Wil aber im[22] der[23] lanndes herre[24] unrecht tůn, so sol er wol mit recht dingen an das reich und davon[25] sein recht pringen, als im ertailt wirt, und sol[26] auch

---

1) Ueberschrift in *H*. 2) Diese Einleitungsworte fehlen ganz in *W*. In *P* lauten sie: Hienach ist geschriben landrecht ze Osterreich nach alter gewonhait. 3) *S* rechten. 4) *L* Leupoldenn, *S* Lewpoldum.

1) *W fh.* Wir seczen vnd gebieten. 2) D. d. l. h.] *P* ain yeder landsfurst. 3) *HD* taidinge. || l. h. s. d. t.] *L* taiding sol dhain landes herre. 4) *L* uncz, *P* wan. 5) *f. W.* 6) n. z.] *S* dacz. 7) *S fh.* vnd. 8) *L* Tullen, *P* Tulen, *WD* Tulln. 9) *SP* Mauttaren, *W* Mautarn, *D* Mautern. 10) *W fh.* auch. 11) *D* freyherr. 12) *f. L.* 13) *P* oder. 14) a. i.] *f. S.* 15) *SPW* ere. 16) *f. S.* 17) *f. SW.* 18) *L* sein. 19) *f. P.* 20) *LS* des, *W* den. 21) l. h.] *P* landsfursten, *W* lantherren. 22) *f. L.* 23) *L* des. 24) l. h.] *P* landsfurst. 25) *S* dauor, *W* dafür. 26) *f. W.*

das geding wider pringen in[27] sechs wochen, in irre dann eehafft not, das er wol mit seinem aid bestetten mag[28] nach der eehafften not[29]. Wann er[30] zu dem[31] lannde kůmpt, so sol er vor dem lanndes herren[32] und vor[33] seinen[34] hausgenossen in offner schrann antwurten über[35] sechs wochen und nicht darhinder, als[36] recht ist nach gewonhait des lanndes[37].

Artikel 2.

Es sol auch der[1] lanndes herre[2] dhainen dienstman nicht[3] übersagen umb[4] was er tůt[5]. Er sol über in richten nach des lanndes gewonhait, als recht ist. Begreift er in an der hannthafft, so sol er über in richten mit dem tode. Entrinnet er im, so sol er[6] in in die echt tůn, und nach der echt so[7] sol er in[8] beclagen[9] vor dem reiche, und sol man[10] vor dem reiche urtail über in tůn, als im ertailt wirt, und sol im sein er[11] und sein[12] recht niemant benemen[13], wenn[14] das reich, wann si von dem reiche[15] des lanndes herren[16] lehen sind, davon sol der Chaiser und das reich die leczten urtail über in[17] geben[18].

Artikel 3.

So sol auch der lanndes herre[1], noch dhain richter[2] dhainen unbesprochen[3] man und der ein[4] gesessen[5] man[6] ist umb dhain inczicht nicht[7] aufhaben. Er sol in vordern[8] in der schrann nach lanndes gewonhait, als recht ist. Kůmpt er dann nicht für an dem[9] vierden taiding, so sol er alles des[10] schuldig sein, da in der richter umb gevordert[11] hat, und sol in darnach ze echt[12] tůn. Ist aber, daz er fürkůmpt[13] und wil sich aus der echt

---

27) *L* inner. 28) *W fh.* so er wider chümpt. 29) das er wol — eehafften not.] *f. S.* || Wil aber im — eehafften not.] *f. D.* 30) *S fh.* denn. 31) *f. P.* 32) l. h.] *P* landsfursten. 33) *f. S.* 34) *P* seinem. 35) *P* in. 36) *S fh.* es. 37) *S fh.* in Ostereich.

1) *W* des. || a. d.] *L* dhain. 2) l. h.] *P* landsfurst. 3) *f. S.* 4) *f. P.* 5) *f. S.* 6) s. s. e.] *L* er sol. 7) *f. P.* 8) in die echt — sol er in] *f. D.* 9) *D* belangen. 10) *f. L.* 11) *LSW* ere. 12) *S* seine. 13) *L* nemen. 14) *W* nůr. 15) w. s. v. d. r.] *f. P.* 16) l. h.] *P* landsfursten. 17) *f. S.* 18) *W fh.* damit im sein ere und sein recht benomen wirt.

1) l. h.] *P* landsfurst. 2) *HD fh.* der. 3) *L* vngesprochen, *S* vnuersprochen. 4) *f. W.* 5) e. g.] *L* eingesessen. 6) *f. W.* 7) *f. L.* 8) *L* fragen. 9) f. a. d.] *L* vor den. 10) *W* das. 11) *L* angevardert. 12) z. e.] *D* recht. || i. d. z. e.] *S* im darnach recht. 13) *LH* vorkůmpt.

sweren, so [14] sol in der richter aus der echt lassen [15], und sol er des sweren, daz er dem, der in ze echt [16] hat pracht, ze recht stee [17] drei taiding nach einander [18], es sei dann, daz [19] in [20] eehafft [21] not irre [22], des in [23] sein aigen man oder sein hausgenoss [24] wol bereden mag [25] vor dem richter in der schrann. Nach der eehafften not [26] sol er ze recht [27] steen im [28] nagsten [29] lanndtaiding über vierczehen tag und nicht darhinder [30]. Ist [31], daz er dann [32] nicht antwurt, so sol in der richter an der stund ze echt tůn, und sol in nimmer [33] daraus [34] lassen, er tůe [35] dem clager ee allen [36] seinen schaden ab, darumb [37] er in ze echt [38] hat gepracht, und geb dem richter die [39] wanndel, die nach der schuld [40] recht sind, darumb [41] er beclagt ist, und nach des lanndes gewonhait [42].

Artikel 4.

Swert er sich aus der echt [1] hinder sechs wochen, so sol er dhainem [2] richter nicht [3] wanndels geben noch [4] schuldig sein [5]. Ist aber er über sechs wochen in der echt, so sol er denn [6] dem [7] lanndes [8] herren oder dem [9] richter [10], der an seiner stat richtet [11], zehen phund ze wanndel geben, und den undern [12] lanndgerichten [13] sechs schilling [14].

---

14) wil s. a. d. e. s. s.] *W* gicht, das im die taiding nicht kund sei getan, darumb er in der echt ist vnd sein sol, des sol er sich bereden mit seinem aid vnd. 15) *S fh.* er tue dem klager seinen schaden. 16) *D* recht. 17) *S* stell. 18) er des sweren — nach einander.] *W* da drew taiding antwurten nach einander, des ersten mit dem richter in die schrann vnd des lesten mit im daraus. 19) *f. L.* 20) *f. W.* 21) *W* erhaft. 22) *D* were. 23) *f. W.* 24) *LSP* hausgenossen. 25) *W* mügen. 26) *L fh.* so. ‖ s. N. d. e. n.] *HD* schrann nach der ehafte not, und. 27) *D* acht. 28) *S* zu dem, *P* des. 29) i. n.] *L* nach den. 30) *S* herhinder. 31) *S fh.* aber, *P fh.* dann. 32) *f. S.* 33) *LD fh.* mer. 34) *L* darvber. 35) *L fh.* dann. 36) e. a.] *f. S.* 37) *L* darvber. 38) *P* recht. 39) *S* sein. 40) *L fh.* dann. 41) *L* darvber vnd. 42) Nach der eehafften — Ende d. Art.] *f. W.*

1) S. e. s. a. d. e.] *W* Wenn er sich aus der echt swert. 2) *W* dem. 3) *f. S, W* kains. 4) g. n.] *f. W.* 5) n. s. s.] *f. L.* 6) e. d.] *f. L.* 7) *LS* des. 8) *f. HLPD.* 9) *L* des. 10) *L fh.* oder. 11) *LS* siczt. 12) d. u.] *L* vnder den andern. 13) d. u. l.] *S* in dem vnder landgerichte. 14) denn dem lanndes — Ende d. Art.] *W* dem richter wanndl geben nach des landes gebonhait, als recht ist, dem landesherren zehen phund ze wandl, und in den graffscheften dem lantrichter sechs schilling.

Artikel 5.

So[1] sol auch der[2] lanndes herre[3] noch dhain richter auf dhainen[4] unbesprochen[5] man nicht[6] erczeugen, was im gen seinen leben[7] oder[8] gen seinen eren[9] gee[10]. Man sol im nennen[11] ain und[12] zwainczig[13] seiner genossen[14] und seiner übergenossen, und sol sich[15] daraus bereden nach[16] lanndes[17] gewonhait, als recht ist.

Artikel 6.

Wer den andern tötet an recht, da gehoret ain tod wider[1] den andern, ain glid wider das ander, er leg es dann mit gůt oder mit pet[2] ab[3], und geb[4] dem richter die[5] wanndel nach[6] lanndes gewonhait.

Artikel 7.

Welich fraw ain notnuft[1] clagt, mag si das[2] erczeugen[3] mit ainem unversprochen[4] man und[5] mit ainer unversprochen[6] frawen, die die notnuft[7] gesehen habent, oder das geschrai gehort habent, man sol[8] ir richten nach[9] lanndes gewonhait, als recht ist[10]. Ist aber, daz er[11] die notnuft[12] gepüzzet vor[13] dem richter, in des gericht es[14] geschehen ist, mag er das pringen mit dem richter, vor dem es geschehen ist[15], oder mit pidern[16] leuten[17], die dabei gewesen sind, des sol er fürbas wol[18] ge-

---

1) *S* Es. 2) *LS* des, *W* kain. 3) l. h.] *P* landsfurst. 4) *HD* einen. 5) *L* vngesprochen, *S* vnuersprochen. 6) *W fh.* pringen noch. 7) *W* leib. 8) *L* vnd. 9) g. s. e.] *S* an sein ere. 10) *HD* gen mag. 11) *LSWD* nemen. 12) a. u.] *f. SP.* 13) *HD fh.* man. 14) *W* vmbsessen. 15) *f. W.* 16) *SW fh.* des. 17) übergenossen — lanndes] *f. L.*

1) *S* gengen. 2) *W* gepet. 3) *W* schaltet den Satz: und ain gelt (gelit) w. d. a., an dieser Stelle ein. 4) *f. L.* 5) *W* drew. 6) *SW fh.* des.

1) *HD* notdurfft. 2) *W* die notdurft. 3) *W fh.* ze ministen. 4) *W* vnbesprochen. 5) *P* oder. 6) *W* vnbesprochen. 7) *HD* notdurfft. 8) m. s.] *W* so sol man. 9) *SW fh.* des. 10) *W fh.* Ist aber, das si die notdnuft ein gancz monad versweigt, also das si ir nicht klagt, vnd doch ledig frei vnd vngefangen ist, so sol man ir klag nicht hörn vnd fürwas nicht richten. Ist aber, das si můtwillicleichen beschreit ainen man, der der notdnuft vnschuldig ist vnd der si gegen im nicht pringen mag, so sol si des gerichts vnd der puss schuldig sein, vnd sol auch das gericht leiden, das der geliten müst haben, vber den si geclagt hett. 11) *W* kain man. 12) *HD* notdurfft. 13) *f. W.* 14) *f. L, P fh.* da. 15) mag er — geschehen ist.] *f. D.* 16) *L* piderben. 17) p. l.] *SP* piderlewten. 18) *f. L.*

niessen an seinem recht [19], und wer auch di notnuft [20] gepüzzet, das ensol im [21] fürbas gen dem gericht noch an seinen eren [22] dhain schad [23] sein [24].

Artikel 8 [1].

Wer ain strasraub [2], oder ain [3] mort, oder ain [4] diep [5] gepüzzet vor gericht, oder da ainer mit siben [6] wirt [7] übersagt, wen [8] man des mit zwain unversprochen mannen überczeugen mag, da sol man über richten [9] nach [10] lanndes gewonhait.

Artikel 9 [1].

Es [2] sol auch ain iegleich [3] man des kamphes wol waigern mit recht [4], der hinder vier und zwainczig iaren ist, und sol sein [5] auch [6] wol mit recht [7] waigern, der über sechczig iar [8] ist.

Artikel 10.

Es sol auch [1] niemant kamphes waigern durch krankhait oder [2] gepresten [3] seins leibs. Hat er mit derselben [4] krankhait die tat begangen, darumb man in den kamph anspricht, er sol sich bereden mit dem [5] leib, damit er die tat begangen hat [6].

Artikel 11.

Spricht man aber iemant kamphs [1] an umb ain getat [2], die er mit gesundem leib getan [3] hat, ist dem [4] des [5] leibes abge-

---

19) s. r.] *S* seinen rechten. 20) *HD* notdurfft. 21) e. i.] *P* er nu. 22) n. a. s. e.] *f. S.* 23) *S fh.* nicht. 24) in des gericht — Ende d. Art.] *W* vnd der clagerin, der sol des furbas nicht engelten gen kainerslacht richter an dem gut, noch an den ern, noch an seim recht.

1) *S* hat als Ueberschrift dieses Art.: von den strazrawern vnd von dyeben vnd auch von mordern, wie man uber si richten sol nach ir tät. 2) *HD* strasraubt. || a. s.] *S* einen strazrawber. 3) *f. L.* 4) *f. W.* 5) *L* deuf, *W* dewp. 6) *L fh.* man. 7) *f. HD.* 8) *HW* wenn. 9) *W fh.* als recht ist. 10) *SW fh.* des.

1) Ueberschriften des Art.: *S* Von dem Champh, *P* Von chemphen. 2) *W* So. 3) *S* yeder. 4) m. r.] *f. S.* 5) *f. S.* 6) *LSW fh.* der. 7) m. r.] *f. W.* 8) *HD fh.* alt.

1) *f. W.* 2) *SW fh.* durch. 3) *L* prestens, *P* geprechen. 4) *HD* der. 5) *P* seinem. 6) b. h.] *f. L.* || darumb man — b. h.] *f. W.*

1) *HD* kamph, *S* einen kamph. 2) *HD* getöd, *SP* tat. || Spricht man — getat] *f. L.* 3) *W* pegangen. 4) *L* denn. 5) *f. W.*

gangen nach der getat[6], und er si begie[7], der sol des kamphes wol[8] waigern mit recht.

Artikel 12.

Es sol auch niemant nindert[1] kamph vechten[2], denn der rittermessig ist.

Artikel 13.

Wer ainen kamph verwettet, der sol darumb seczen seins aigens[1] sechs eeschilling[2], und ist ain eeschilling fünfczehen[3] phennig[4]. Das aigen sol er dem richter seczen und[5] das[6] aigen des gerichts geczeug sein, daz er des kamphs[7] verwettet hab. Ist aber, daz er davon[8] entweichet, so ist er dem richter und dem clager[9] alles des schuldig, des[10] man gegen im gesprochen hat und sol in darnach ze echt[11] tůn.

Artikel 14.

Wer des aigens nicht hat, der sol den kamph verpurgeln, daz er dem gerichte nicht[1] entweich und sol der kamph vor niemant geschehen nůr[2] vor dem[3] lanndes herren[4].

Artikel 15.

[1]Es sol der lanndes herre[2] dhain frag[3] haben, wann das ist nicht recht. Irre[4] iemant[5] icht[6], der sol das[7] clagen in offner schrann mit vorsprechen, und sol man denn[8] das[9] richten als recht ist und[10] nach des[11] lanndes gewonhait. Er mag aber wol nach rat der herren in dem lannde ain frag haben auf schedleich leut, davon das lannd gerainigt werd. Wenn

---

6) *HD* getöd, *LSW* tat. 7) *L* gie. 8) *f. P.*

1) *H* yndert, *S* den, *W* anders. 2) *D* rechten.

1) *L* gucz. 2) *L* schilling, *D fh.* phennig. 3) *HP fh.* schilling. 4) und ist — phennig] *f. D.* 5) *PW fh.* sol. 6) *P* dasselb. 7) d. k.] *SPW* den kamph. 8) *S* von denn, *D* davor. 9) d. c.] *HPD* den clagern. 10) *PW* das. 11) z. e.] *W* zerecht.

1) *HLS* icht. 2) *W* wann denn. 3) *HLD* des, *f. W.* 4) l. h.] *P* landsfursten.

1) *L fh.* Swen man da czerat wirt. 2) l. h.] *P* landsfurst. 3) *HPD* fragen. 4) *L* Enpristet, *SP* Wer, *W* Werde. 5) *L* ainem. 6) *P fh.* tuet. 7) *f. S.* 8) *P* dem. 9) d. d.] *f. W.* 10) *f. W.* 11) *f. HLPD.*

man des ze rat [12] wirt, so sol auch die frag sein über sechs wochen und nicht darhinder, und sol man [13] auch die [14] künden in den lanndgerichten [15], vor den [16] pharren [17] und [18] auf den merkten, also daz alles das darköm [19], das [20] aigen rukche hab, und wer darüber nicht darkůmpt [21], den sol man dafür haben, daz er das gericht [22] flieche und nicht fur recht getürre [23], man bered in dann, daz in [24] eehafft [25] not irre [26].

Artikel 16.

Es sol auch [1] niemant gen dem andern sagen, er swer ee [2] ainen aid und sag denn bei dem aid, daz im [3] kund und gewissen sei, und [4] sol auch niemant gen dem [5] andern sagen, er sei [6] sein [7] hausgenoss oder sein [8] übergenoss [9] und sol die sag [10] offenbar geschehen.

Artikel 17.

Es sol auch [1] die frag über niemant geschehen [2] nůr [3] auf [4] strasraub [5] und [6] auf mort und auf diep [7] und auf die ding, das [8] pös ding haissent und die auf laugen steent. Was aber der man offenleich tůt und des an laugen steet [9], das sol man in der schrann richten nach gewonhait des lanndes als recht ist [10].

Artikel 18.

Es sol auch niemant dhain aigen verantwurten nůr [1] an dem vierden taiding. Kůmpt der antwurter [2] nicht für, so sol es der richter ziehen [3] in [4] frongewalt und wenn es der antwurter wil ausnemen in vierczehen [5] tagen, so sol es im der rich-

---

12) *L* rait. 13) *f. SW.* 14) *W fh.* frag. 15) d. l.] *SW* dem landgericht. 16) v. d.] *S* vnd von. 17) *HD* pfarrern, *L* pharrer. 18) *f. W.* 19) merkten — darköm] *L* lekker schol man das alles chunt tun. 20) *f. HD.* 21) *LW* kumbt. 22) *W* gerücht. 23) *L* turre, *P* getuet, *D* getrawe. || r. g.] *S* rechten kömen tür. 24) *f. S.* 25) *W* erhaft. 26) *D* were. || d. i. n. i.] *L* ehaft not.

1) *f. W.* 2) *f. W.* || e. s. e.] *HLSPD* er sei sein hausgenoss swer er (*LP* ee). 3) *W fh.* da. 4) *P fh.* es. 5) g. d.] *W* auf den. 6) *LW fh.* denn. 7) *f. L.* 8) *f. W.* 9) *S* vberhawzgenozz. 10) *PW* frag.

1) *f. W.* 2) Es sol — geschehen] *f. L.* 3) *W* wann. 4) *SP* über. 5) *S* strazrawber. 6) *f. P.* 7) *W* dewp. 8) *P* dy. 9) Was aber — steet] *f. S.* 10) a. r. i.] *f. S.*

1) *W* wann. 2) *W* verantwurter. 3) *H* inzeihen, *D* zuziechen. 4) *L* an. 5) *S* funftzehen.

ter [6] ausgeben, daz er es verantwurt [7] nach des [8] lanndes gewonhait als recht ist. Ist aber es in des richter [9] gewalt über vierczehen tag, so sol er es dem [10] clager ausgeben und sol es [11] versprechen und verantwurten als recht ist nach des [12] lanndes gewonhait [13].

Artikel 19.

Es [1] sol auch niemant dhaines aigens erb sein und auch kauffen, er sei des aigens hausgenoss.

Artikel 20.

Wo zwai geswistreid aigen mit einander habent, ist [1], daz sie paide geswistreid [2] kind [3] gewinnent, so verkauffet ir [4] iegleichs sein aigen wol mit recht [5] an des andern geswistreid hannt [6]. Das aber [7] nicht kind hat, das mag sein aigen nicht verkauffen an des geswistreid hannt [8], das da kind hat [9], si habent dann ee [10] mit fürczicht [11] getailet oder es twing dann eehafft [12] not, das es [13] wol vor [14] dem lanndrichter [15] beweren mag mit seinen umbsessen. [16] Das geswistreid, das da kind hat, [17] verkauffet sein aigen wol an des [18] geswistreid hannt, das da nicht [19] kind [20] hat [21].

Artikel 21.

[1] Wer ain [2] aigen [3] kauffet [4], der tůt damit was er wil und geit es wem er wil [5] inner [6] iar und [7] tag [8]. Behaltet er es

---

6) e. i. d. r.] *L* er es dem clager. 7) d. e. e. v.] *L* vnd sol es versprechen vnd verantwurtten. 8) *f. HLD.* 9) *f. L.* 10) *f. L.* 11) *L fh.* dem. 12) *f. SP.* 13) als recht ist. Ist aber — Ende d. Art.] *f. W.*

1) *W* So.

1) *f. L.* 2) aigen — geswistreid] *f. D.* 3) *HD fh.* miteinander, *P fh.* miteinander vngetailt. 4) *HPD* ain. 5) m. r.] *f. L.* 6) *W fh.* das es kainer fürczicht bedarf. 7) *P* da. 8) Das aber — hannt] *f. HLSD.* 9) das mag — hat] *f. P.* 10) *W* vor. 11) *L fh.* mit ein ander. 12) *W* erhaft. 13) *S* er. 14) *W* von. 15) *P* landtgericht. 16) Das folgende bis z. Ende d. Art.] *f. P.* 17) *L fh.* das. 18) *HLD* der. 19) *f. HD.* 20) *S* kinder. 21) d. d. n. k. h.] *f. L.*

1) *W fh.* Wir seczen und gepietn. 2) *f. S.* 3) *W fh.* oder ain gut. 4) In *W* lautet der Art. von hier an: oder den sust anerstirbt, das der mit verkauffen vnd mit geben damit tůe an seiner erben hand, was er welle. 5) u. g. e. w. e. w.] *f. WD.* 6) *S* in. 7) *f. D, HD fh.* inner. 8) *HD fh.* wenn er wil.

aber [9] über iar und tag, das er es niemant geit noch damit getût, so mag er es fürbas niemant geben an seiner kind hannt, wann es auf seine kind erben sol, als ander sein gût, das in [10] anerbet [11] von seinen vordern. Es sei weib oder man, das ain aigen anerstirbet [12], das geit er in iar und in tag wem er wil [13]. Behaltet [14] er es aber [15] über [16] iar und tag [17], so mag er es niemant geben noch icht [18] damit getûn, dann mit anderm seinem gût [19], das in von seinen vordern anerbt, und wer [20] das gût erbet [21], da erbet auch dasselb anerstorben [22] gût an.

Artikel 22 [1].

[2]Wo zween mit einander [3] kriegent umb ainen aigen man, und ieder [4] gicht [5], er sei sein, da sol man umb fragen die umbsessen, wes die mûter sei gewesen, und wem [6] die mûter werd gesait, des [7] sein [8] auch derselben [9] kind.

Artikel 23.

Es sol [1] niemant dem andern seinen aigen man vorhaben, der doch seines rechten herren nicht enlaugent. Antwurt er in [2] dem [3] herren nicht wider, so sol er in vordern mit dem richter. Geit er im in [4] darüber [5] nicht wider, so sol er geben dem herren zehen phund [6] und dem richter fünf phund [7] und sol der richter dem herren das gût [8] intwingen [9]. Laugent aber der aigen man, daz er [10] des herren [11] sei, der nach im claget, so sol [12] im iener [13], der in gevestent [14] hat [15], verantwurten vor ainem rechten [16] richter. Ob aber in der [17] zeit der aigen man seinem rechten herren widervert, des er da [18] laugent, daz er sein [19] herre icht [20] sei,

---

9) *f. LS.* 10) *S* man. 11) *S* erbet. 12) *LS* anstirbt. 13) Behaltet er — er wil] *f. HPD.* 14) *D* Bezahlet. 15) *f. P.* 16) *f. S.* 17) *S fh.* vnd hin vber. 18) *f. LS, HPD* nicht. 19) d. m. a. s. g.] *f. L.* 20) *LP* wem. 21) u. w. d. g. e.] *f. S.* 22) d. a.] das gestarbn.

1) Die veränderte Fassung dieses Art. in *W* s. S. 267 §. 20. 2) *S fh.* vnd. 3) m. e.] *f. S.* 4) *LP* ietweder. 5) *S* spricht. 6) *S fh.* auch. 7) *S* ez, *P* da. 8) *S* sei. 9) *LP* dieselben.

1) *S fh.* auch. 2) *f. W.* 3) *SW fh.* rechten. 4) *f. S.* 5) *f. S.* 6) *P fh.* phennig. 7) *P fh.* phennig. 8) *f. P.* 9) *LS* inbringen. 10) *HD* es. 11) *W fh.* nicht. 12) *f. L.* 13) *LSW* ainer. 14) *LP* gesessent, *W* ingesessent. 15) *f. W.* 16) *f. W.* 17) *S* derselben. 18) *f. HD.* 19) *S fh.* rechter. 20) *SWD* nicht.

und denn noch[21] nicht vertaidingt ist noch verrichtet umb in und in der herre begreiffet, wo er im widervert[22], der mag in wol vahen, daz[23] er des nicht engilt gen[24] dem richter[25].

Artikel 24[1].

Wo[2] ainer gen dem andern claget umb[3] leibgeding und der antwurter gicht, es sei sein aigen, in welchem lanndgericht das gût gelegen ist[4], da sol der richter die umbsessen umb[5] fragen. Ist, daz si sagent, ob es leibgeding oder aigen sei, so sol es der richter dann richten nach[6] lanndes gewonhait als recht ist.

Artikel 25.

Es sei man oder weib, der leibgeding hat, verkumert[1] er das an der[2] erben hannt, mügen si in des[3] überczeugen[4] als recht ist nach[5] lanndes gewonhait, so hat er alles sein leibgeding verloren, sein[6] sei vil oder wenig.

Artikel 26.

Wer ain konen nimpt und kind bei ir[1] gewinnet, was der[2] bei der[3] frawen hat oder gewinnet, das ist der kind, so der vater nicht enist[4]. Ist aber, daz die mûter tod geleit, und der vater ain ander konen[5] nimpt und bei der[6] auch[7] kind gewinnet, dieselben kind[8] sullen nicht erben[9] auf das[10] gût[11], das er ee[12] gewunnen hat, das der vordern kind ist, es sei aigen oder lehen[13], er mache es dann den andern kinden. Was er auch gûtes gewinnet bei der andern konen[14], das sol erben auf derselben[15] frawen kind, es sei aigen oder lehen, und nicht auf die vordern kind, er mache es dann den vordern[16] kinden[17].

---

21) d. n.] *P* darnach. 22) des er da laugent — widervert] *f. L.* 23) *L* des. 24) *f. P.* 25) *W* gericht.

1) Ueberschrift in *P:* Leibgedings recht. 2) *HD* Da, *P* Was. 3) *L* vber, *W* auf. 4) *L* sei. 5) *f. SD.* 6) *SW fh.* des.

1) *L* verschult. 2) *f. HD.* 3) i. d.] *L* das. 4) *W* vberfaren. 5) *W fh.* des. 6) *LW* es.

1) *W* der. || b. i.] *S* dobey. 2) *L fh.* den, *P* er. 3) *W* derselben. 4) n. e.] *L* stirbet. 5) *L* weip. 6) b. d.] *S* dopey. 7) *f. W.* 8) *S* ander kinder. 9) s. n. e.] *S* erben nicht. 10) *S fh.* selb. 11) *f. L.* 12) *f. HPD* 13) *HD fh.* und nicht auf die andern kind. 14) *W* frawn. 15) a. d.] *HD* diser, *L* der. 16) *f. W*, *LS* andern. 17) Was er auch — kinden] *f. HPD.*

Welch tail aber [18] under [19] der zwaier hannt kinden [20] absturbe [21], die weil ir vater lebt, so ist das recht, was der vater [22] hat aigen oder lehen, daz das auf die kind erbe, die da lebent, und ist [23], daz er da [24] stirbet an gescheſſt, was er varundes [25] gûtes lat [26], da [27] sol niemant dhain recht zu [28] haben, wann sein hausfraw [29].

Artikel 27.

Wer ain aigen in nucz und in gewer hat unversprochen dreissig iar [1] ain iar und ain [2] tag [3], das er [4] erczeugen [5] mag mit zwain unversprochen mannen, die des [6] hausgenossen [7] sind, der das aigen hat, der sol das [8] fürbas wol gerübet [9] haben [10].

Artikel 28 [1].

Welch herre mit seinem man [2] lehenrechten wil, der sol im [3] tag geben über sechs wochen und nicht darhinder, und sol im die [4] täg geben in dem lannd auf sein aigen gût [5], und sol da mit im [6] rechten [7] nach [8] lanndes gewonhait als recht ist [9]. Wil aber der herre zwischen seinen mannen rechten [10], das [11] baidenthalben von im lehen ist, so sol er in [12] tag geben über vierczehen tag und nicht darhinder und sol denn [13] darnach [14] rechten [15] nach [16] lanndes gewonhait [17] als recht ist [18].

Artikel 29.

Welch herre [1] manschafft hat [2], die lehen von im [3] habent, und [4] der herre abstirbt [5], die [6] sullen [7] ir lehen nicht verlie-

---

18) *W fh.* der. 19) *f. D.* 20) *f. HSPD.* 21) *HPD* abstirbet, *S* stirbet. || Welch tail — absturbe] *f. L.* 22) *W fh.* darauf. 23) u. i.] *S* ist aber. 24) *f. LSP.* 25) *HD* vor des. 26) *HD* hat. 27) *D* des. 28) *S* an. 29) und ist — hausfraw.] *f. W.*

1) *LP fh.* vnd. 2) *f. P.* 3) a. i. u. a. t.] *HD* und ain iar und doch, *W* vnd tag. 4) *W fh.* es. 5) *LS* weczeugen. 6) *f. L, S fh.* selben. 7) *HD* mannes genoss. 8) *f. W, HD* es. 9) *PW* berübt. 10) *W* beleiben.

1) Ueberschrift in *P*: Lechenrecht des landes ze osterreich ist hie nach geschriben. 2) s. m.] *LW* seinen mannen. 3) *PW* ainen. 4) i. d.] *W* den. 5) *f. LSW.* 6) *W* in. 7) *W* lehenrechten. 8) *W fh.* des. 9) *f. L.* 10) *LSP* richten, *W* lehenrechten. 11) *L* da es. 12) *HLPD* im, *LW fh.* baiden. 13) *f. S.* 14) *f. W.* 15) *LSPW* richten. 16) *W fh.* des. 17) *S fh.* ze Oesterreich. 18) *L fh.* vnd sol da niemant vrtail vber gewen, den sein man.

1) *HD* herren. 2) *HD* habent. 3) *HD* in. 4) hat, die — und] *L* lehen hat, wenne. 5) *L* stirbt, *S* aberstirbt. 6) *L* so. 7) *L fh.* die.

sen [8] gen seinen kinden. Si geben dann [9] tag als recht ist [10] nach gewonhait des lanndes über sechs wochen und nicht darhinder, und geben im [11] der täg drei, und sullen auch die täg nach einander geben in demselben iar und der vater abgestorben ist, und sullen auch die täg gepieten auf den merkten [12] und vor den pharren [13] an iegleichem ende, da si da [14] manschafft habent. Wer darüber zu den [15] tägen [16] nicht enkůmpt und es nach des herren tode [17] veriaret, da sullen sich die herren wol [18] mit recht zucziehen, er bered sich dann, daz im die täg [19] nicht zu recht sein [20] kunt getan.

Artikel 30.

Wann aber die manschafft [1] nach des vater tod von dem sůn die lehen [2] emphangen hat, und derselb man, der das [3] lehen emphangen hat [4], abstirbt, desselben [5] sůn [6] sol der herre nicht täg geben, er sol [7] seines vater lehen nachvarn an denselben [8] herren, davon sein vater die lehen emphangen hat. Veriaret [9] er aber das nach seines vater tod, da sol sich der herre wol mit recht zucziehen. Gicht dann [10] der man, daz im der herre hab unrecht getan, des sol im der herre täg geben für seine man [11], und sol damit [12] lehenrechten nach gewonhait des lanndes.

Artikel 31 [1].

Wer ainen [2] anspricht umb [3] ain [4] lehen, des er seinen herren hat und seinen gewer, wil im der herre [5] des [6] nicht gelauben, daz er sein herre und sein [7] gewer nicht [8] sull sein [9], so sol im es [10] der man bestetigen [11] mit seinem aid, und sol der herre dann sein gewer sein.

---

8) *LSW* veriaren. 9) *L* den, *W* denn in. 10) a. r. i.] *L* aller erst. 11) *SD* in. 12) *S* gemerkten. 13) *SD* pharrern. 14) *f. SWD.* 15) *f. HD.* 16) d. t.] *W* dem tag. 17) *f. HD.* || d. h. t.] *LS* dem herren, *P* des vater tod. 18) *f. L.* 19) *W* clag. 20) *HWD* sei.

1) *L fh.* die, *W fh.* der. || d. m.] *P* der man der. 2) *L* mannen. || d. l.] *f. S.* 3) *LS* die. 4) und derselb — hat] *f. W.* 5) *W* derselb. 6) *HSWD fh.* so. 7) *S fh.* aber. 8) a. d.] *S* vnd demselben. 9) *L* Versaumet. 10) *S* aber. 11) *L* mannen. 12) *L* da.

1) *f. W.* 2) *f. S.* || W. a.] *L* Swen man. 3) *P* vber. 4) *f. S.* 5) *f. S.* 6) *f. L.* 7) u. s.] *S* noch. 8) *f. P.* 9) n. s. s.] *L* sei. 10) *f. HD.* || i. e.] *P* das. 11) *L* westaten, das er in westetiget.

Artikel 32[1].

Wenn der herre[2] den man bestettet, daz er in bestetigt[3] mit seinem aid, daz er sein gewer sull sein, und von seinen ungenaden darumb[4] sein gewer nicht sein wil[5], wie getanen schaden der man[6] des[7] nimpt auf seinen lehen, das sol im der herre erstatten. Kůmpt aber[8] der herre für[9], und verantwurt das gůt mit seinem man[10], wirt im das gůt darüber[11] anbehabt, so ist der herre dem man[12] nichts gepunden, wann alsvil so[13] es an seinen genaden steet.

Artikel 33.

Es sol auch[1] dhain man[2] seinem herren[3], von dem er zu[4] lehen hat, ain gůt[5] hingeben für purkrecht noch für[6] anders nicht, er tůe es dann mit seines herren hannt, oder er[7] leg es dann dem herren zu pessrung. Tůt er es[8] darüber nicht[9], so sol im[10] der herre gepieten zu drien vierczehen tagen, daz er[11] im das gůt erlöse[12] und ledige[13]. Ist[14], daz er es[15] dem herren darüber nicht erlöset noch[16] ledigt[17], so ist[18] dem herren das gůt ledig worden und sol sich mit recht darczu ziehen.

Artikel 34.

Wer ain gůt hat[1] in nucz und in gewer und im der herre des laugent, daz er dasselb gůt von im[2] icht[3] hab, hat der man mer lehen von dem herren, so sol er dasselb gůt behalten[4] mit seinem[5] aid zu[6] andern seinen[7] lehen. Hat aber er nicht mer[8] von dem herren, wann[9] das gůt, des[10] im der herre nicht gicht, so sol er es bewern mit seinen hausgenossen.

---

1) *f. W.* 2) *L fh.* denne. 3) *L* gestetet. || herre — bestetigt] *P* man gegen seinen herren also bestättet. 4) *LSP* darüber. 5) *f. HLSD.* 6) d. m.] *L* er. 7) *f. S.* 8) *f. S.* 9) h. f.] *f. S.* 10) s. m.] *L* seinen mannen. 11) *f. S.* 12) *f. LSD.* 13) *SP* als.

1) *f. L.* 2) *LP fh.* von. 3) s. h.] *f. S.* 4) *L* da. 5) *W fh.* dasselb gut. 6) p. n. f.] *f. HD.* 7) *f. L.* 8) *L fh.* dann, *W* des. 9) *f. P.* 10) *f. L.* 11) *L* der man. 12) *L* los. 13) *W* erledige. 14) *S fh.* aber. 15) *f. S.* 16) *S* vnd. 17) *HD* zeledigt, *W* erledigt. 18) *W fh.* denn.

1) *f. L.* 2) *f. W.* 3) *LSD* nicht. 4) *W* behaben. 5) *P* dem. 6) *L fh.* dem. 7) a. s.] *H* anderm seinem. 8) *f. W*, *S fh.* lehen. 9) *LS* denn. 10) *L* das.

Artikel 35 [1].

So [2] sol ain iegleich herre gen [3] seinen [4] man wol [5] erczeugen das er im ze purklehen [6] leihet, wenn er von der purg vert [7], daz es [8] dem herren [9] ledig sei.

Artikel 36 [1].

Und wo ain herre ainen man behauset auf ainem gůt, daz er im davon [2] dienen sol, wenn er von dem [3] gůt vert, so mag der herre wol erczeugen [4], daz das gůt von im [5] lehen [6] sei, wo im der man des laugent.

Artikel 37.

Wer [1] ain recht lehen [2] in stiller gewer hat [3] unversprochen zwelif iar und ainen [4] tag, mag er das beweren mit zwain unversprochen mannen, die sein hausgenossen sind, das sol er [5] fürbas [6] berübet [7] haben an alle ansprach [8].

Artikel 38.

[1] Als ain man sein [2] lehen emphahet von seinem herren, das ist recht, daz er dem herren darnach [3] swer ainen aid, daz er im getrew sei und sein frumen fürdern well [4].

Artikel 39.

Als ain man [1] seinen [2] herren raubet [3] oder prenet oder [4] im an [5] sein er redt, und sich der man des nicht bereden mag als recht ist nach des [6] lanndes gewonhait, er sei auf des herren schaden gewesen [7], so sind dem herren die lehen zu recht ledig worden.

---

1) *f. W.* 2) *L* Es. 3) *HD* dem. 4) *S* einem. 5) *f. S.* 6) *L* purkrecht. 7) p. v.] *f. HD.* 8) *L* er. 9) e. d. h.] *S* im der herr.

1) *f. W.* 2) *L* von. || d. e. i. d.] *P* da e. i. von. 3) *f. HD.* 4) *S* ergen. 5) *S fh.* zu. 6) *LP* ledig.

1) *W* Es sei man oder weib, der. 2) *W fh.* hat, vnd hat er das. 3) *f. W.* 4) *f. W.* 5) *f. W.* 6) *f. S.* 7) *L* vngeruet. 8) *P* sprach.

1) *S fh.* vnd. 2) *P* ein, *W* seine. 3) *f. W.* 4) *f. HD.* || f. w.] *LP* fürder, *W* fürdern, als man sol seinem herren.

1) A. a. m.] *W* Wer darüber. 2) *HD* seinem. 3) *S* weraubt. 4) *L fh.* er. 5) *W* auf. 6) *f. HL.* 7) *S* gangen.

Artikel 40.

Es ist auch recht, wo der herre seinen [1] man [2] angreiffet, wie [3] er im gewalt oder unrecht tůt, so sol der man zu dem herren reiten [4] und sol in [5] genaden und rechtens manen [6], daz er im seinen schaden abtůe [7], den er von im oder von seinen schulden [8] genomen hat oder emphangen. Wo der herre des nicht tůt, wo denn der man des zu phande [9] kůmpt [10], daz er seinen schaden widertůt [11], daran pricht [12] er nicht seinen aid noch [13] sein trew [14], und sind auch seine lehen nicht [15] ledig worden.

Artikel 41.

Es ensol [1] niemant dhain [2] volg [3] haben [4] nach rechtem lehen, nůr [5] ain sentmessig man und [6] ain erbburger [7], der sein recht wol herpracht hat.

Artikel 42.

So sol auch dhain fraw dhain [1] volg [2] nicht [3] haben, nůr ze ainer [4] hannt nach rechtem lehen. Welichs aber [5] abstirbt [6] die fraw, die das lehen emphangen hat, oder der man, der das lehen gelihen hat [7], so ist das lehen ledig, man ding ir [8] es dann aus gen dem [9] herren [10] mit lebentigen zeugen [11] oder mit hanntvesten [12].

Artikel 43.

Es hat [1] dhain fraw [2] lehenshannt. Wenn si abstirbt, so ist auch das [3] lehen ledig den erben [4], die ander ir aigens recht [5] erben sind.

---

1) *L* den. 2) h. s. m.] *S* man seinen herren. 3) *W* an wew. 4) *W* kömen. 5) *f. W.* 6) *W* ermanen. 7) *L* ableg. 8) s. s.] *W* den seinen. 9) z. p.] *S* phandes. 10) p. k.] *W* hannt mag kömen. 11) den er von im — widertůt] *f. L.* 12) *f. D.* 13) *S* oder. 14) s. a. n. s. t.] *W* sein trew noch sein aid, den er geswarn hat. 15) *f. S.*

1) *LSW fh.* auch. 2) *L* in lehen recht. 3) *HD* falsch, *W* volgen, *S fh.* nicht. 4) *f. LD.* 5) *P* dann, *W* wann. 6) *S* oder, *W fh.* der. 7) *LP* erber burger, *W* erber burger ist von seinen vodern, oder.

1) *f. S.* 2) *HD* falsch. 3) *f. LS.* 4) n. z. a.] *W* wann ze end. 5) *f. P.* 6) *W* stirbt. 7) oder der — hat] *f. W.* 8) *f. L.* 9) g. d.] *L* an die. 10) g. d. h.] *f. P.* 11) *S* geczeugen. 12) man ding — hanntvesten] *W* es sei dann mit hantuesten oder mit geluben ausgenomen.

1) *W fh.* auch. 2) h. d. f.] *S* habent kain frawen. 3) *L* die. 4) d. e.] *f. HPD.* 5) *f. L.*

Artikel 44.

Ist, daz sich ain edel man [1] verheirat, davon seinen mannen [2], die lehen von im habent [3], ir lehen [4] genidert werdent [5], als der herre abgestirbet, der [6] die heirat getan hat, ist es desselben [7] herren [8] lehen, so sullen sein man irer trew ledig sein gen seinen kinden und sullen irem recht [9] nachvaren an den [10] herren, von dem [11] es diser herre [12] gehabt hat, und sullen es davon [13] emphahen als recht ist. Hat aber der herre erben, die das lehen mit im [14] ungetailet [15] habent und die [16] ir recht mit nichte genidert [17] habent [18], da sullen die man ir lehen ze recht [19] emphahen. Ist es aber aigen, so sullen si es haben von den, die des aigens hausgenossen sind [20] und die des aigens nagsten erben sind [21] und [22] ir recht mit nichte genidert [23] habent.

Artikel 45.

Wenn ain lanndes herre [1] hervart gepeut durch des lanndes not, so sol ain iegleich man varen mit seinem herren, des behauster man er ist. Welch sentmessig man [2] dahaim [3] beleibet, der sol dem herren, von dem [4] er [5] lehen hat und der die [6] hervart vert, allen [7] den zins halben [8] geben, den das gůt [9] das [10] iar über gelten [11] mag, der auf dem gůt ist, das von dem herren [12] lehen [13] ist. Ist aber [14] ain burger [15] oder ain pawer [16], die sullen im den [17] zins gar [18] geben, den es das iar vergelten mag, und welch herre die [19] hervart nicht envert, dem sullen seine [20] man dhain herstewer nicht [21] geben.

---

1) e. m.] *P* lehenherre. 2) s. m.] *L* sein man. 3) d. l. v. i. h.] *S* lehen kömen sind, vnd. 4) *S fh.* douon. || i. l.] *f. P.* 5) *W* haben. 6) *S fh.* do. 7) *P* des. 8) *f. W.* 9) i. r.] *L* iren rechten. 10) a. d.] *W* gegen dem. 11) v. d.] *L* vnd dauon, *SW* douon. 12) *S fh.* zu lehen. 13) *f. HD.* || es diser herre — davon] *f. L.* 14) m. i.] *f. W.* || d. l. m. i.] *HD* mit dem lehen, *L* mit im das erib. 15) *L* getailet. 16) *f. S.* 17) *D* geaendert. 18) die ir recht — habent] *f. L.* 19) *P fh.* von. 20) *f. S.* 21) und die — sind] *f. LW.* 22) *P fh.* die. 23) *D* geaendert.

1) l. h.] *L* herr des landes, *SD* lantherr, *P* landtfurst. 2) *f. HPD.* 3) *LW* hiehaim. 4) v. d.] *S* douon. 5) *HPD fh.* zu. 6) *f. L.* 7) *H* allain. 8) *f. S.* 9) d. g.] *f. L.* 10) *W* ain. 11) ü. g.] *LPW* vergelten. || d. i. ü. g.] *S* vergelten. 12) *SP fh.* zu. 13) h. l.] *P* lechenherren. 14) *LW fh.* er. 15) *W fh.* der nicht lehenmessig ist. 16) *LPW* gepawer. 17) *f. L, P* denselben. 18) *f. S.* 19) *HPD* der. 20) s. s.] *L* sol sein. 21) *f. HD.*

Artikel 46 [1].

Es sol [2] dhain lanndrichter [3] auf dhaines grafen gůt, auf dhaines freien gůt, noch [4] auf dhaines dienstmans gůt, die ze recht zu dem lannd gehorent, ob si es in urbar habent, ob si es verlihen habent [5], ob si es in vogtai habent [6], nicht [7] ze schaffen [8] haben [9]. Ist aber auf dem vorgenanten gůt iemant, der den tod verdienet [10] hat, den sol der lanndrichter an den herren vordern auf des gůt er [11] gesessen ist, und sol in davon [12] gewinnen als recht ist nach gewonhait des [13] lanndes, und sol dem herren das gůt lassen und [14] er [15] über den man richten.

Artikel 47.

Auch sol [1] ain iegleich fraw ir morgengab behaben [2] mit [3] irem aid auf iren prüsten [4], und sol die haben nach [5] lanndes gewonhait als recht ist. Und sol auch vor gericht [6] nicht anders [7] sweren [8], noch dhain aid tůn, dann [9] auf iren prüsten [10] mit iren zwain vingern.

Artikel 48 [1].

Es [2] sol auch niemant dhainen muntman [3] haben, und [4] wer si darüber hat, der sol si lassen, wenn er des ermanet [5] wirt von seinem rechten herren, oder er můs dem herren geben fünf phund [6], und sol der richter dem herren das gůt intwingen und sol auch [7] dannoch den muntman ledigen.

---

1) *f. W.* 2) *S fh.* auch. 3) *L* lanndes herre. 4) *f. LS.* 5) o. s. e. v. h.] *L* es sei verliehen. 6) ob si es in urbar — vogtai habent] *HD* es sey in vrbar, haben sy es verlihen, so izz in vogtey haben, *S* es sey in vrbar, ez sey verlihen gut, es sei vogtei, *P* es sei in vrbar, oder ob si es habent verlihen, auch ob si es in vogtei habent. 7) *P* nichts. 8) *P fh.* sullen. 9) *f. HL.* 10) *L* verschuldet. 11) *S* do er auf. 12) *S* dovor. 13) *f. S.* 14) *LS fh.* sol. 15) *S* auch.

1) A. s.] *W* Es sol auch. 2) *L* pehalten, *P* haben. 3) *S* pey. 4) *W* prüstlein. 5) *W fh.* des. 6) *L* recht. 7) *f. D.* 8) *f. W.* 9) *W* nůr. 10) *W* prüstlein.

1) Die veränderte Fassung dieses Art. in *W* s. S. 273 §. 64. 2) *f. HD, SP* So. 3) d. m.] *H* .... man, *L* einen vorsprechen, *D* man. 4) *f. L.* 5) *S* gemanet. 6) *L fh.* phennig. 7) richter — sol auch] *f. L.*

Artikel 49[1].

Wer[2] ain gût mit recht behabet in offner schrann, und[3] wirt er des mit des gerichts[4] poten gewaltig gemacht, und wirt er des[5] darnach[6] zwir entwert mit gewalt, ist es vor dem[7] lanndes herren[8] oder vor[9] dem richter, der an des lanndes herren[10] stat siczet, so sol er nach iegleichem gewalt[11] zehen phund geben. Zu dem dritten mal, so er den gewalt tût, so sol man in[12] ze echt tûn als ainen rauber und sol in nimmer aus der echt lassen, er tûe[13] dem clager ee allen seinen schaden ab, den er von seinem gewalt[14] genomen hat, den er mit seinem[15] aid bestetten mag, und geb dem richter die wanndel, die recht sein[16] nach der echt und nach des lanndes gewonhait. Ist es[17] aber in den undern lanndgerichten[18], so sol er nach iegleichem gewalt sechs schilling[19] geben ze wanndel. So er den gewalt zu dem dritten mal tût, so sol man in ze echt tûn als ainen rauber und sol in nimmer aus der echt lassen, er tûe[20] ee[21] dem clager allen seinen schaden ab, den er beweren mag, als davor[22] geschriben ist[23].

Artikel 50.

Es ist[1] recht[2] nach gewonhait des lanndes, wer ain clag gen[3] im wais und dem[4] mit[5] recht fürgepoten[6] wirt, der sol mit dem richter des ersten[7] in die schrann und des leczten mit im da[8] wider[9] aus, wenn in der clager anspreche[10], daz er im dann[11] antwurt als recht ist[12]. Mûs aber er[13] aus der schrann durch genötigs[14] seines[15] geschefftes, so sol er[16] darin[17] haben

---

1) *f. W.* 2) *P* Der. 3) *f. S.* 4) *LS* richter. 5) *S* es. || mit des gerichts — des] *f. D.* 6) *S* dannoch. 7) v. d.] *L* von des. 8) *S fh* wehabt. || l. h.] *P* landsfursten. 9) *L* von. 10) l. h.] *P* landsfursten. 11) n. i. g.] *S* zu igleicher vart. 12) *S fh.* auch. 13) *L fh.* denn. 14) s. g.] *S* seinen schulden. 15) *HD* dem. 16) d. r. s.] *S* als recht ist. 17) *L* er. 18) d. u. l.] *L* dem nidern lantgericht, *S* dem vndern landgericht. 19) *P fh.* phennig. 20) *f. P.* 21) *f. D.* 22) *LP* vor. 23) *L fh.* Also habent die nidern gericht den gewalt cze rechten, alls geleicher weis alls vorgeschriben stet. || So er den — geschriben ist.] *f. S.*

1) *W fh.* auch. 2) *f. S.* 3) *S* hincz. 4) *P* denn. 5) d. m.] *HD* mit dem. 6) *P* fuergeladen. 7) d. e.] *f. W.* 8) d. l. m. i. d.] *S* zu lest. 9) *f. LW.* 10) w. i. d. c. a.] *L* sein der clager so er in anspricht. 11) *f. LSW.* 12) *f. W.* 13) *f. D*, *P* der. 14) *L* notdurft, *S* not. 15) *f. W.* 16) *f. W.* 17) *PW* dann, *D* dann in.

seinen [18] scheinpoten [19], der [20] das offen vor dem richter und gen dem clager, daz er da [21] sei und daz er well antwurten [22] als recht ist [23]. So sol der richter und der clager sein peiten, uncz in der pot hinfür pringet. Wo des nicht geschech, was dann mit recht davor [24] behabet wirt, das sol niemant widertailen, er bered sich dann, daz im dhain fürpot [25] komen sei.

Artikel 51.

Es sei weib oder man, da [1] aines auf das ander clagt als lang, daz si in [2] fürpringet [3] mit fürpot [4] und mit [5] recht, daz er antwurten mûs vor dem richter, und ist [6], daz der clager [7] sein recht [8] nicht [9] volfürt, so sol dem antwurter über dieselben clag rûbe ertailet werden umb was er gen [10] im ze sprechen hat, in [11] bered dann der [12] clager, daz in [13] eehafft [14] not geirret hab, daz er sein clag und sein recht nicht volfürt hat [15].

Artikel 52.

Wenn vater und mûter iren [1] kinden absterbent [2], was die gûts iren kinden lassent in nucz und in [3] gewer, das sullen si [4] mit [5] rûbe haben vor aller ansprach [6], uncz daz [7] si koment zu iren iaren, der knecht hincz vierczehen iaren, die iunkfraw [8] hincz zwelif iaren. Nach den iaren sullen si antwurten als recht ist nach [9] lanndes gewonhait wer gen in icht [10] ze sprechen hat [11]. Wil auch die iunkfraw icht bestetten ires aigens, das hat nicht crafft, uncz [12] daz [13] si ainen konman nimpt [14]. Leget [15] si aber ainen man zu ir, was si dann lobet, das hat crafft [16].

---

18) *W* sechs. 19) *L* poten. 20) *W* die. 21) *L fh.* pei. 22) d. e. w. a.] *HPD* das well verantwurten. 23) a. r. i.] *f. W.* 24) *L* denn da. 25) *SW fh.* nicht.

1) *L* das. 2) *f. HPD*, *L* ir. 3) *S* bringet. 4) *W* fürgepote. 5) *f. D.* 6) *HD* ee, *S fh.* das. 7) *W fh.* sein clag vnd. 8) *S* klag. 9) *W fh.* fürpring noch. 10) *W* zu. 11) *P* sich. 12) i. b. d. d.] *LSW* man bered dann den. 13) d. i.] *W fh.* des. 14) *W* erhaft. 15) daz in eehafft — volfürt hat] *S* so das er sein klag vnd sein recht vor ehafter not nicht volfüren müg.

1) m. i.] *W* den. 2) *L* ab gent mit dem töd, *P* sterbent. 3) *f. HPD.* 4) *W* die. 5) *S* in. 6) v. a. a.] *f. W.* 7) *f. W.* 8) *L* maid. ‖ d. i.] *S* der dyern. 9) *S fh.* des. 10) *f. S.* 11) Nach den — sprechen hat] *f. W.* 12) *L* hincz. 13) *f. S.* 14) *SP* gewinnet. 15) *LS* Lat. 16) der knecht hincz — Ende d. Art.] *W* vnd sind die iar also, dem knecht virczehen iar und der iunkfrawn zwelif iar, und was man mit den besteten sol, da sol man gewishait vmb nemen, vncz die kind zu irn iaren koment, der knecht als vorgeschriben ist, vnd vncz das die iunkfraw vogtper wirdet.

Artikel 53[1].

Wo[2] ain man gen dem andern kemphlich[3] spricht, oder spricht[4] auf seinen leib oder auf sein er oder auf sein[5] aigen, und der antwurter gicht[6], er sei sein hausgenoss nicht, das well er zeugen[7], wie[8] er sol, und der clager hinwider gicht[9], er sei sein hausgenoss wol, das well er erczeugen, wie er sol, daz der clager da[10] sein edel erczeuget, das ist nicht recht, daz der antwurter dann dem[11] clager sein edel aberczeuget, das ist auch nicht recht[12]. Man sol ir umbsessen darumb[13] fragen, die nagsten und[14] die pesten, und die ir hausgenossen sind, daz die[15] sweren und sagen bei dem[16] aide, was in umb ir edel künt und ze[17] wissen[18] sei, und richt[19] dann nach der[20] sag als recht ist nach des[21] lanndes gewonhait.

Artikel 54.

Welch edel man seinen hausgenossen oder seinen[1] übergenossen[2] haimsücht, der sol im geben für[3] ainen iegleichen werleichen man zehen phund phennig[4], fünf phund zu dem haus und fünf phund von dem haus[5]. Ist aber, daz der[6] clager des gicht, daz maniger man da gewesen sei[7] auf seinen schaden, dann der antwurter gicht, so sol der antwurter bestetten mit[8] seinem aid, wie maniger man auf seinem schaden gewesen sei, und sol dann[9] das pessern als vor geschriben ist[10], und dem richter die wanndel geben als recht ist[11] nach[12] lanndes gewonhait.

Artikel 55.

Ist[1], daz der lanndes herre[2] sein hausgenossen wil angreiffen von[3] gewalt oder von[4] übermut, so sol im weder[5] graff

1) *f. S.* 2) *P* So. 3) *f. HD.* 4) o. s.] *f. W.* 5) *W fh.* güt oder. 6) *HP* spricht. || oder spricht — gicht] *f. L.* 7) *LP* erczeugen. || e. z.] *W* pringen. 8) *W* als. 9) *P* spricht. 10) *f. W.* 11) d. d. a. d. d.] *L* es antwurt dann der. 12) daz der antwurter — nicht recht] *f. P.* 13) L darvber. 14) *f. P.* 15) *W* si. 16) *L* iren. 17) *f. P.* 18) u. z. w.] *f. HD, LW* vnd gewissen. 19) *f. L.* 20) *L* ir. 21) *f. P.*

1) *f. L.* 2) *S* uberhauzgenossen. 3) *S* vmb. 4) *f. LSW.* 5) u. f. p. v. d. h.] *f. L.* || fünf phund zu — von dem haus] *S* zu dem haus fünf phunt, zu dem haus als vil. 6) *f. W.* 7) d. m. m. d. g. s.] *W* da sei meinger man gewesen. 8) *W* bei. 9) *f. L, P* man. 10) *W* stet. 11) und dem richter — ist] *f. L.* 12) *SW fh.* des.

1) *L fh.* das. 2) l. h.] *P* landsfurst. 3) w. a. v.] *S* angreift mit. 4) *S* mit. 5) *f. L.*

noch freie[6] noch dienstman nicht helffen noch niemant in dem lannd an[7] sein aigen leut und an[8] die er piten[9] mag und erkauffen mag[10] mit seinem gût. Wil aber in sein hausgenoss angreiffen mit gewalt und mit[11] unrecht, so sullen im alle, die in dem lannd sind, das lannd[12] helffen ze weren und das gemerkch, als verr und als[13] si[14] leib und gût gewerėt.

Artikel 56.

So[1] sol auch niemant phennig slahen[2] auf[3] des lanndes herren[4], damit im die münss[5] gefelschet werde. Wer es darüber[6] tût, da[7] sol man über richten, als über ainen felscher, den man[8] des[9] mit der hannthafft[10] überkůmpt[11] und mit der lannd[12] gewissen[13].

Artikel 57.

Es ensol auch niemant weder[1] auf wasser noch auf lannd dhain[2] maut[3] nemen in ainem rechten gesworen[4] lanndfride, wann wo[5] man ze recht mauten sol, es sei dann[6], daz im es der[7] lanndes herre[8] erlaub. Wer es darüber tût, da[9] sol man hincz[10] richten als gen[11] ainem strasrauber.

Artikel 58.

So ensol auch niemant dhain[1] haus noch dhain[2] purg pawen[3] an des lanndes herren[4] gunst und an sein[5] urlaub. Er mag aber wol[6] auf sein[7] aigen[8] auf ebner[9] erd pawen, was er wil, das[10] zwair gaden hoch ist, an[11] umbgeund[12] wer und[13]

---

6) *D* freiherr. 7) *W* wann. 8) *f. W.* 9) *W* erpieten. 10) *f. W.* || u. e. m.] *f. S.* 11) *f. D.* 12) d. l.] *f. W.* 13) u. a.] *f. L.* 14) u. a. s.] *SW* als sein.

1) *L* Es. 2) *f. S.* 3) *W* nach. 4) *L* erde, *W fh.* münss. || l. h.] *P* landsfursten wan. 5) *D fh.* nicht. || i. d. m.] *W* si. 6) *P* aber. 7) *P* das. 8) *S* yemant. 9) *f. L.* 10) *HWD* lanndschafft. 11) *L* pegriffen wirt. 12) *W* leut. 13) *W fh.* Wer die munss hindert und irret, und ir nicht fürdert, als er zu recht sol, der sol dem landes herren seinen schaden pessern und abtûn, als der můnss recht ist.

1) *f. HPD.* 2) *f. L.* 3) *S fh.* haben noch. || d. m.] *W* newe maut legen noch. 4) *f. S.* 5) *P* da. || w. w.] *LSW* an da (*L* das). 6) *f. L.* 7) *LS* des. 8) l. h.] landsfurst. 9) *L* das. 10) *f. L*, *P* hin, *SW* gegen. 11) *S* hincz.

1) *W fh.* edele. 2) *f. LP.* || n. d.] *W* oder. 3) *S* haben. 4) l. h.] *P* landsfursten. 5) a. s.] *f. S.* 6) *f. W.* || a. w.] *L* auch. 7) *W fh.* news. 8) *LS fh.* und. 9) *L* erb. 10) *f. W.* 11) *HLD* ain. 12) *W* umbgeng. 13) *f. HPD.*

an [14] zinnen, und ain [15] graben darumb [16] newn [17] schüch weit und siben schüch tieff [18] und nicht mer, im erlaub es [19] dann der [20] lanndes herre [21].

Artikel 59.

Wo [1] erben sind, die mit einander vogtai habent ungetailet [2], da [3] ist [4] das recht nach gewonhait des lanndes, daz der eltist unter den [5] erben sol die vogtai haben. Er sol aber andern seinen [6] erben die [7] vogtai ewentewren [8] mit anderm gût [9].

Artikel 60 [1].

Es ist recht nach [2] lanndes gewonhait, daz aller der [3] gotshewser vogt den gotshewsern, das ir vogtai ist, also behaltent, daz uns dhain clag von in köm und die vogt den gotshewsern [4] vor [5] sein und si schermen auf ir vogtai, als es wol stee nach got und als [6] si unser huld [7] damit behaltent [8], und [9] sich [10] an der gotshewser gût [11], das [12] ir vogtai ist [13], also behaltent, daz uns dhain clag von in [14] köm [15]. Wer des [16] nicht tût [17], kůmpt uns des [18] clag [19], das well wir richten als recht ist und so vestikleich, daz wir daran [20] niemants schonen wellen, wann wer sein vogtai selb beraubet [21], die er pilleich schermen solt, der hat die [22] mit recht verloren.

Artikel 61.

Es ist [1] pilleich, wer der gotshewser vogtai gût [2] raubet [3] oder prenet dem vogt ze laid, daz er den schaden selb dritt [4] gelt [5] und daz [6] dem gotshaus, des das urbar ist, die zwai tail werdent, und dem vogt das drittail.

---

14) *L* ain. 15) *HSD* an, *P* mit. 16) *P* die. 17) *L* gen vier. 18) *P fh.* sind. 19) *f. L.* 20) *L* des. 21) l. h.] *P* landsfurst.

1) *P* da. 2) *f. L.* 3) *LSP* das, *W* so. 4) *D fh.* es. 5) d. e. u. d.] *HD* er erb ist vnd, *S* das eltist den. 6) a. s.] *L* den. 7) *L* dieselb. 8) *HPD* entweren, *L* widerlegen, *S* mittailen. 9) a. g.] *S* ander gult.

1) Ueberschrift des Art. in *L*: Von der chloster vogteu. 2) *W fh.* des. 3) *f. LS.* 4) das ir — gotshewsern] *f. LSW.* 5) *L fh.* süllen. 6) *f. S.* 7) *W* herr. 8) *L* wellent pehalten. 9) *L* das si. 10) *f. W.* 11) *L* gueter. 12) *S* do. 13) d. i. v. i.] *L* der sy vogt sind. 14) *S* im nicht. 15) und sich an — köm] *f. HPD.* 16) *f. W.* 17) *L fh.* vnd. 18) *S* die. 19) u. d. c.] *W* und clagt. 20) *f. S.* 21) *LSW* raubet. 22) *L fh.* da.

1) *L fh.* auch. 2) v. g.] *HPD* güt vogtei, *L* guter. 3) *SW* berawbet. 4) s. d.] *P* driualtikleich. 5) *W* engelt. 6) *f. HPD.*

Artikel 62.

Es sol auch die vogtai[1] niemant haben, nůr[2] ain unvermanter[3] dienstman.

Artikel 63.

Es ist recht nach gewonhait des[1] lanndes, an wem der hanntfrid[2] zeprochen wirt[3], erczeuget er das auf den heiligen vor dem richter mit dem, der den[4] hanntfrid[5] gemacht hat oder emphangen, und[6] mit[7] zwain unversprochen mannen, die ir recht behalten habent, daz der frid an im zeprochen sei, der richter sol ienen[8] ze echt tůn, der den frid zeprochen[9] hat, und sol in nimmer[10] aus der echt lassen[11] an des clager willen, oder der richter verleuset die hannt darumb. Ist aber[12], daz er den frid also[13] pricht, daz er ainen ze tod slecht, so sol seiner[14] mag ainer clagen umb denselben[15] todslag, und sol es auch bereden[16] als vor[17] gesprochen ist[18]. Und wenn er das beredt hat[19], so sol er von[20] echt[21] nimmer[22] komen, wann mit dem tod und sol[23] eelos[24] und rechtlos[25] sein immer mer[26]. Wil aber der[27] den frid gemacht hat oder emphangen im nicht bestetten[28] des rechten, daz der frid an im zeprochen sei, dem sol der richter gepiten[29] bei unsern hulden, daz er im seines rechten helff, oder daz[30] er sein nicht enwisse[31]. Des swer er auf den[32] heiligen. Lat er das durch furcht[33], durch magschafft[34] oder[35] durch dhainer slacht ding[36], er ist uns und[37] dem richter seiner hannt[38] schuldig.

Artikel 64.

Wer dem andern seinen dienst widersagt[1], daz er[2] sein[3] veint well sein, der sol nach dem widerpot vor im an angst

---

1) *L fh.* anders. 2) *LW* wann. 3) *W* vermanter.

1) *f. LS.* 2) *SP* landfrid. 3) *L fh.* vnd. 4) *f. S.* || d. d.] *f. L.* 5) *LP* lantfrid. 6) *f. LW.* 7) *f. D*, *W* von. 8) *LS* in. 9) sei, der — zeprochen] *f. D.* 10) *S fh.* mer. 11) *L* tun. 12) *S fh.* das. 13) *f. L.* 14) *HD* vnd. || s. s.] *f. L.* 15) *W* den. 16) *S* wewaren. || a. b.] *L* ausreden. 17) *LSW* davor. 18) g. i.] *LW* geschriben ist (*W* stet). 19) b. h.] *S* wewart. 20) *LS fh.* der. 21) *L fh.* in. 22) *S fh.* mer. 23) er von echt — sol] *f. D.* 24) *LW* erlos. 25) *S fh.* fürbas. 26) *f. S*, *L* und ymer, *W fh.* die weil vnd er lebt auf erdreich. 27) *PW fh.* der. 28) *HSPD* gestatten, *W* gesten. 29) *L* verpieten, *S* pieten. 30) *f. L.* 31) *W* erczeug. || s. n. e.] *L* im nicht entweiche. 32) *HD* sein. 33) d. f.] *f. PW.* 34) d. m.] *f. L.* || Lat er — magschafft] *HD* ... das durch dhain geschefft, *S* und des nicht las durch magschaft. 35) *S* noch. 36) *S fh.* oder. 37) u. u.] *S* von. 38) *W* hab.

1) *L fh.* das ist. 2) *f. HD.* 3) *f. P.*

sein und an schaden uncz an den vierden tag. So sol auch der[4] das widerpot getan hat an schaden beleiben uncz an den vierden tag. Wer die[5] recht[6] pricht, der sol dem andern seinen schaden abtûn[7] mit zwispilde und sol dem richter die wanndel geben, die recht sein[8] nach[9] lanndes recht und[10] gewonhait.

Artikel 65.

Es ist[1] recht nach[2] lanndes gewonhait, welch sûn seinen vater von seiner purg[3] oder von anderem seinem gût verstosset[4] oder[5] prenet[6] oder raubet oder zu seines vater veinten sich kert[7] mit aiden oder mit trewen, das auf seines vater er get[8] oder auf sein[9] verderbnuss[10], überkûmpt in des sein[11] vater[12] mit zwain unversprochen mannen, dem sûn sei widertailet[13] aigen und lehen und varundes gût und alles des gûts, des[14] er[15] von[16] vater und[17] von[18] mûter erb solt sein[19] ewikleich, also daz im der richter noch der vater nicht wider[20] gehelffen mag, daz er zu demselben gût dhain recht[21] nimmer mer[22] gewinnen müg[23].

Artikel 66.

Welch sûn an[1] seines vater leib ratet[2] oder[3] in[4] freveleich angreiffet mit wunden oder mit venknuss oder in[5] in ain[6] pant[7] leit, das venknuss haisset, wirt er des überczeuget vor seinem richter, als vor[8] geschriben ist[9], derselb[10] sol sein eelos[11] und rechtlos ewikleich, also daz im der vater nimmer mer[12] mit[13] dhainer slacht ding wider[14] gehelffen mag. Alle die, die[15] der vater ze zeug[16] nennet[17] vor dem richter über alle die[18] sach[19], die hie vor geschriben stent[20], die sullen des[21] nicht über wer-

---

4) *P fh.* der. 5) *LW* dise. 6) d. r.] *S.* das. 7) *S* ablegen. 8) d. r. s.] *S* als recht ist. 9) *SW fh.* des. 10) r. u.] *f. LSW.*

1) *LD fh.* auch. 2) *SW fh.* des. 3) v. s. p.] *L* wurget. 4) *LW* stosset. 5) *f. HPD.* 6) *S* verbrenet. 7) s. k.] *HD* siechter, *LSPW* sichert. 8) s. v. e. g.] *HPD* seinen vater erget. 9) o. a. s.] *S* vnd. 10) *L* verderben. 11) *HD* der. 12) *W fh.* vor seim richter. 13) s. s. w.] *S* sullen si wider tailen. 14) *P* das. || d. g. d.] *L* das güt, das. 15) *W fh.* in. 16) *W fh.* seim. 17) *HD* oder. 18) *W fh.* seiner. 19) *f. D.* 20) *f. HPD.* 21) *f. L.* 22) *f. HL.* 23) m. g. m.] *S* hab.

1) *L* auf. 2) *HLPD* redt, *S* reit. 3) *HL* der, *S* und. 4) *f. S.* 5) *f. LSD.* 6) *f. S*, *L* dhain. 7) i. i. a. p.] *W* an in chain. 8) *SPW* davor. 9) *SPW* stet. 10) *W* der. 11) *LW* erlos. 12) *f. S.* 13) *f. LP.* 14) *f. S.* 15) *f. LS.* 16) z. z.] *S* geczeug, *P* zu geczeug. 17) *LSW* nimpt. 18) *f. S.* 19) *HD* slacht. 20) *LSW* sind. 21) *f. HLSPD.*

den durch magschafft noch durch dhainer slacht[22] ding[23], si gesten dem vater[24] der[25] warhait. Der des nicht tûn wil[26], den sol der richter darczu[27] twingen[28], es ensei [29], daz er vor dem richter swer auf den heiligen, daz er darumb nicht[30] enwisse. Hat der vater[31] dienstman, oder ist es[32] so[33], daz er[34] aigen leut hat[35], von der rat, oder[36] von der[37] helff der sûn diser ding aines[38] tût oder aines[39] getan hat[40] wider den vater, die hie[41] oben[42] geschriben stent[43], erczeuget das der vater[44] vor seinem richter[45] auf si mit iren[46] genossen oder mit[47] übergenossen, als da[48] vor geschriben stet, die sind eelos[49] und rechtlos ewikleich, also daz si nimmer mer[50] wider[51] komen[52] zu irem recht. Der vater mag aber nicht auf die leut bereden, si sein dienstman oder aigen leut, mit disen dingen, daz si eelos[53] und[54] rechtlos[55] beleiben, er hab es dann ee beredet[56] auf den sûn. Aller slacht ander leut, die des vater[57] dienstman noch[58] aigen leut nicht ensind[59], mit der rat und[60] mit der helff der sûn wider den vater der ding[61] aines tût oder aines[62] getan hat, die hie[63] vor geschriben stent[64], überczeuget si der vater des vor seinem richter in des gericht[65] es[66] geschehen ist, so sol er dieselben[67] in die[68] echt tûn und sol si[69] daraus nimmer[70] lassen, si gelten[71] dem vater ee[72] seinen[73] schaden[74] zwifalt[75], den er von ir helff genomen hat, und dem[76] richter sein recht nach[77] lanndes gewonhait. Habent si aber lehen von dem vater, das sol im von in[78] ledig sein, also daz er es in nimmer mer geleihen sol[79], si erkauffen[80] es dann mit irem gût.

---

22) d. s.] *SW* chainerlay. 23) *S fh.* oder. 24) *D fh.* und. 25) g. d. v. d.] *L* stent d. v. die. 26) t. w.] *W* tût. 27) *L fh.* notten vnd. 28) *D* bringen. 29) *LSW* sei dann. 30) *W* nichts. 31) *HD fh.* ainen. 32) *f. PW.* 33) *f. LP.* 34) i. e. s. d. e.] *f. S.* 35) *f. S.* 36) *S* und. 37) v. d.] *f. P.* 38) d. d. a.] *S* disen ding. 39) *f. P.* 40) o. a. g. h.] *f. W.* 41) *f. W*, *S* da. 42) *LS* vor. 43) *LSW* sind. 44) die hie oben — vater] *f. D.* 45) v. s. r.] *f. W.* 46) *L* irem. 47) *f. P*, *L fh.* irem, *SW fh.* iren. 48) *f. W.* 49) *LW* erlos. 50) *f. S.* 51) *f. SW.* 52) *LSW fh.* mugen. 53) *LW* erlos. 54) *P* oder. 55) *S fh.* ewichleich. 56) *S* wewaret. 57) *W* andern. 58) *W* oder. 59) die des vater — ensind] *f. L.* 60) *f. S.* 61) d. d.] *f. SW.* 62) *f. P*, *W* kains. 63) *f. W.* 64) *LSW* sind. 65) *W* gewalt. 66) *S* das. 67) *L* die schuldigen. 68) i. d.] *W* ze. 69) s. s.] *f. S.* 70) *L* nicht, *W fh.* mer. 71) *S fh.* denn. 72) *f. HD.* 73) *L* sein hab vnd. 74) *W fh.* mit. 75) *f. L*, *S* mit czwispil. 76) *HD* der. 77) *W fh.* des. 78) i. v. i.] *S* von im. 79) g. s.] *S* geleich. 80) *S* chauffen.

Artikel 67.

Welch herre ain purg hat oder ain[1] haus, und da[2] er[3] seinen[4] purkgrafen aufseczet[5], und der[6] icht[7] tůt, davon die purg oder das[8] haus gerüget[9] wirt, also[10] daz dem lannd[11] schaden[12] darin[13] geschehen sei, es sei[14] bei tag oder bei nacht, ist aber[15], daz der herre sein purg oder sein haus[16] bereden mag, daz es[17] an sein geschefft und unwissen[18] darin[19] geschehen sei, nach des lanndes gewonhait als recht ist, er geneusset sein an seinem[20] haus. Mag aber der herre den begreiffen, der den schaden getan hat, den sol er[21] dem richter[22] antwurten und sol sein haus von[23] dem richter an schaden beleiben. Ist aber, daz er im entweichet, daz er in dem gericht[24] nicht geantwurten mag, so sol er den schaden gelten und widerkeren[25] und sol sein haus aber an schaden beleiben. Ist aber[26] der herre aus dem lannd gevaren[27] in gots dienst oder in seines herren dienst[28] oder in sein selbs gescheft, und daz sein purkgraf dhainen[29] schaden tůt in[30] seiner[31] purg, das wider das lannd oder[32] das[33] gericht ist, so sol der lanndrichter mit den umbsessen für das haus varen. Entweichet im der purkgraf davon[34], so sol er in ze echt tůn und sol das geczimer, da der schad in geschehen ist, aus dem haus prechen und sol es[35] für das haus[36] tragen und sol darüber richten[37] mit dem fewr. Begreiffet er in, so[38] sol er über in richten als recht ist[39] nach[40] lanndes gewonhait. Ist aber der herre selb in dem haus gesessen[41] und wil des[42] nicht understeen, es geschech dem lannde[43] schaden[44] darin, es sei bei tag oder bei nacht, man sol über das[45] richten nach[46] lanndes[47] gewonhait als recht ist. Ist aber, daz das haus

1) *HD* sein. 2) *HD fh.* sol. 3) d. e.] *f. S.* 4) *W* ain. 5) *HD* aufsetzen, *S* darauf secz. 6) *S* er, *HSD fh.* des, *L fh.* es. 7) *S* nicht, *W* ichts. 8) d. p. o. d.] *S* sein. 9) *W* berüget. 10) *f. HPD.* 11) d. l.] *L* den lewten. 12) *f. HLPD.* 13) *S* dauon, *W* dann. 14) e. s.] *f. L.* 15) *f. L.* 16) o. s. h.] *f. L.* 17) *f. L.* 18) *SP* wissen. 19) *f. P.* 20) *S* dem. 21) *S* man. 22) d. r.] *L* in das gericht. 23) *LSW* vor. 24) *LW* richter. 25) *LSW* widergeben. 26) *S fh.* das. 27) *S fh.* ist. 28) o. i. s. h. d.] *f. W.* 29) *f. W*, *S* einen. 30) *S* auz. 31) i. s.] *L* von der. 32) *LW fh.* wider. 33) *f. S.* 34) *W* von dann. 35) *W fh.* fürbas. 36) f. d. h.] *S* daraus. 37) *L fh.* nach gewanhait des landes. 38) *f. S.* 39) a. r. i.] *f. L.* 40) *W fh.* des. 41) *L* gewesen. 42) *L* das, *SP* es. 43) d. l.] *L* den lewten. 44) *f. S.* 45) *LSW fh.* haus. 46) *LPW fh.* des. 47) *f. S.*

wirt übersaget mit siben, so sol man über es [48] richten mit fewr und mit prechen, also daz ain [49] stain bei dem andern nicht enlige [50], und sol im der lanndes herre [51] das haus nimmer mer erlauben ze pawen, es geschech dann nach [52] der lanndherren rat, also daz dem lannd fürbas dhain schad davon [53] geschech. Ist, daz der lanndes herre [54] nicht über das haus richt durch des herren lieb, des das haus [55] ist, so mag ein iegleich man [56] seinen schaden wol beweren, der im in dem [57] haus geschicht, mit zwain unversprochen mannen, daz das haus fürbas niemant bereden mag. Ist, daz dem haus dhain haimsüchen geschicht, des ensol niemant engelten gen dem gericht und gen dem herren, des das haus ist, wann es übersagt [58] ist und [59] sein recht [60] benomen [61] ist [62].

Artikel 68.

Es [1] ensol [2] dhain edel man dhain [3] maut nicht geben weder auf wasser noch auf lannd. Was er in seinem haus essen oder [4] trinkchen wil, das sol er umb den [5] lanndes herren [6] dienen mit seinem schilt.

Artikel 69.

Wo [1] ain man vor gericht [2] zeug [3] wil sein und ain unversprochen man [4] ist, den [5] sol man seines aids [6] nicht widertreiben [7]. Swert er [8] darüber maines [9] und wil darnach aber [10] zeug [11] sein oder iemant [12] sprechen gen seinen leib [13] oder gen seinen eren, den [14] sol man [15] ze [16] recht [17] widertreiben mit siben unversprochen mannen, die [18] sein hausgenossen oder sein [19] übergenossen sein, und sol auch [20] die an seinem rukche haben, damit er in widertreiben wil.

---

48) *L* das haws. 49) *L* dhain. 50) *LS* peleibe. 51) l. h.] *P* landsfurst. 52) *L* mit. 53) *S fh.* icht. 54) l. h.] *P* landsfurst. 55) *L fh.* da. 56) i. m.] *S* igleicher. 57) *HSPD* das. 58) *P* versagt. 59) *S fh.* im. 60) *LP fh.* auch. 61) *L* genomen. 62) Ist aber, daz das haus wirt — benomen ist] *f. W.*

1) *HD* Des, *W* So. 2) *W fh.* auch. 3) *f. W.* 4) *P* und. 5) *LW* des. 6) l. h.] *HD* lanntherren, *P* landsfursten. || d. l. h.] *S* die lantherren.

1) *P* So. 2) *LS* recht. 3) *W* gezeug. 4) u. m.] *S* vorsprech. 5) *W* des. 6) *L* aygens. 7) *P* vndertreiben. 8) *PW fh.* aber. 9) *f. L*, *S* manaid. 10) *f. W*, *L* wider. 11) *W* gezeug. 12) *HD* nyemant. 13) *L* weip. 14) *L* die. 15) *HD* nyemant. 16) *f. HLSD.* 17) z. r.] *P* rechtens. 18) *W* si. 19) *f. D.* || o. s.] *P* vnd. 20) *f. S.*

Artikel 70[1].

Und wann der lanndes herre[2] ainen[3] richter seczet an sein stat, dem sol er ze dem[4] iar ze[5] kost geben drewhundert phund und sol des lanndes herren[6] schreiber an des richter seitten siczen und[7] schreiben die wanndel und die püss[8], die da[9] ertailet wirt, und sol der schreiber[10] dem lanndes herren[11] fürpringen und sol der lanndes herre[12] damit tůn, was an seinen genaden ist. Und sol[13] ain iegleich richter[14] ze Newnburg[15] ze Tůln und[16] ze Mauttarn[17] ain schramn machen, die zehen phund kost, und sol man dem richter die phennig abslahen und[18] wann der richter von der schrann geet, so sol der richter[19] die schrann tůn[20], wo er[21] wil[22].

B. DIPLOMATISCH GETREUER ABDRUCK DER WIENER HANDSCHRIFT.

WIr ſeczen vnd gepieten. Das kain landes herre ſol kain taiding haben nůr v̊ber Sechs wochen vnd nicht darhinder vnd ſüllen die taiding ſein nůr zu Newnburg ze Tulln vnd ze Mautarn So ſol auch kain Graf noch freye noch dinstman die zu Recht zu dem land gehőrnt Weder auf Ir leib noch auf ir ere noch auf Aigen ze Recht ſteen nur in offner ſchrann vor den lantherren. Wil aber Im der landes herr vnrecht tůn So ſol er wol mit Recht dingen an das Reiche Vnd dafür ſein Recht pringen als Im ertailt wirt vnd auch daz gedinge wider pringen in Sechs wochen in Irre dann ehafft not das er wol mit ſeinem Aide beſtêten mag ſo er wider chůmpt nach der ehafften not Wenn er zu dem land kůmbt So ſol er vor dem lanndes herren §. 1.

1) Die veränderte Fassung des Art. in *W* s. S. 278 §§. 91 und 92. 2) l. h.] *P* landsfurst. 3) *P fh.* zu. 4) *S* einem. || z. d.] *D* ieden. || e. z. d.] *L* man cze ainem. 5) *f. L.* 6) l. h.] *P* landsfursten. || d. l. h.] *L* ein. 7) *S fh.* sol. 8) u. d. p.] *f. L.* 9) *L fh.* nach der püzz. 10) d. s.] *L* es. 11) l. h.] *P* landsfursten. 12) l. h.] *P* landsfurst. || u. s. d. l. h.] *L* der sol. 13) *L fh.* auch. 14) *L fh.* ez sei. 15) *L fh.* oder. 16) *L* oder. 17) *S* Mawtarn. 18) ain schrann — und] *f. L.* 19) d. r.] *LS* er. 20) r. d. s. t.] *L* das taiding pietten. 21) *S fh.* hin. 22) richter ze Newnburg — er wil] *f. P.* || In *L* folgt als Schlusssatz: das püch ist geschriben warden Anno MCCCCXV.

vnd vor ſeinen hauſgenoſſen in offner ſchrann antwurten v̈ber Sechs wochen vnd nicht dahinder als Recht iſt nach gebonhait des lanndes

§. 2. Es ſol auch des landes herre kainen dinstman nicht vber ſagen vmb was er tůt Er ſol v̂ber In Richten nach des landes gewonhait als Recht iſt begreufft er In an der hannthafft So ſol er v̂ber In Richten mit dem tode entrint er Im So ſol er in In die Echt tůn. vnd nach der Echt ſo ſol er In beklagen vor dem Reiche Vnd ſol man vor dem Reiche v̂ber In vrtail tůn alls Im ertailt wirt Vnd ſol Im ſein ere vnd ſein Recht nyemand benemen nůr das Reiche Wann Si von dem Reich des lanndes herren lehen ſind Dauon ſol der Chaiser vnd das Reiche die leczſt Vrtail v̂ber In geben damit Im ſein ere vnd ſein Recht benomen

§. 3. wirt So ſol auch der lanndes herre noch kain Richter kainen vnbeſprochen man vnd der geſeſſen iſt vmb kain Inczicht nicht aufhaben Er ſol In vordern in der ſchrann nach lanndes gebonhait alls Recht iſt Chůmbt er dann nicht fůr an dem virden taiding So ſol er alles das ſchuldig ſein da In der Richter vmb gefodert hat. Vnd ſol in darnach ze êcht tůn Iſt aber das er

Fol. 259. fůrkumbt vnd gicht das Im die taiding nicht kund ſei getan | Darumb er in der êcht iſt vnd ſein ſol des ſol er ſich bereden mit ſeinem Aid vnd ſol In der Richter aus der êcht laſſen vnd ſol da drew taiding antwurten nacheinander Deſerſten mit dem Richter in die ſchrann vnd des leſten mit Im darauſ. Es ſei dann das erhaft not Irre des ſein aigen man oder ſein Hauſgenoſs wol in der ſchrann bereden můgen vor dem Richter wenn er ſich aus der êcht Swert hinder Sechs wochen ſo ſol er dem Richter kains wanndls ſchuldig ſein Iſt er aber v̈ber Sechs wochen in der êcht So ſol er dem Richter wanndl geben nach des landes gebonhait als Recht iſt Dem landeſherren zehen phunt zewandl vnd in den Grafffcheften dem lant-Richter Sechs ſchil-

§. 4. ling So ſol auch kain landeſherre noch kain Richter auf kain vnbeſprochen man nicht pringen noch erczeugen was Im gen ſeinen leib gee oder gen ſeinen eren. man ſol Im nemen ain vnd zwainczig ſeiner vmbſeſſen vnd ſeiner genoſſen vnd ſeiner v̂ber genoſſen vnd ſol daraus bereden nach des lands gewonhait als Recht iſt

§. 5. Wer den andern töt an Recht do gehort ein tod wider den anderen er leg es dann mit gůt oder mit gepet ab Vnd ain gelt

wider das ander vnd geb dem Richter drew wanndl nach gebonhait des lands

Welich fraw ain notnuft klagt mag ſi die notdurft erczeugen ze miniſten mit aim vmbeſprochen man vnd mit ainer vnbeſprochen frauen die die notdnuft geſechen haben oder das geſchrai gehort habent ſo ſol man Ir richtn nach des landes gebonhait als Recht iſt Iſt aber aber das Si die notdnuft ein gancz monad verſweigt Alſo das Si Ir nicht klagt vnd doch ledig frei vnd vngefangen iſt ſo ſol man ir klag nicht hőrn vnd fűrwas nicht Richten Iſt aber das Si műtwillicleichen beſchreit ainen man der der notdnuft vnſchuldig iſt vnd der ſi gegen Im nicht pringen mag So ſol ſi des gerichts vnd der puſs ſchuldig ſein vnd ſol auch das gericht leiden das der geliten műſt haben vber den ſi geclagt hett Iſt aber das kain man die notdnuft gepűſſet dem Richter vnd der clagerin der ſol des furbas nicht engelten gen kainerſlacht Richter an dem gut noch an den ern noch an ſeim Recht | §. 6. Fol. 259 b.

Wer ain ſtraſraub oder ain mord oder dewp gepűſſet vor Gericht oder da ainer mit ſiben wirt v̊berſait wenn man des v̈berczeugen mag mit zwain vnuerſprochen manen da ſol man v̊ber Richten als Recht iſt nach des landes gewonhait Es ſol auch kain man gen dem andern kain vrtail geben noch kain volig tűn er ſei ſein hauſgenoſſe oder ſein v̈ber genoſſe das Im an ſein leben oder an ſein ern oder an ſein aigen oder an ſein lehen §. 7. §. 8.

So ſol auch ein Ieglich man des kamph wol wagern mit Recht der hinder vir vnd zwainczig Iarn iſt vnd ſol ſein der auch wol waigern mit der v̊ber Sechczig Iar iſt Es ſol niemands kemphes waigern durch krankait oder durch gepreſten ſeins leibs hat er mit des ſelben krankait die tat pegangen (hät) Spricht man aber iemant kemphen vmb ain getat die er mit geſunden leib pegangen hat iſt dem leibs abgegangen nach der tat vnd ers begie der ſol des kamphs wol waigern mit Recht §. 9. §. 10. §. 11.

Es ſol auch niemant anders kemph vechten dann der rittermeſſig iſt wer ain kamph verwellet der ſol darumb ſeczen ſeins aigens ſechs eſchilling vnd iſt ain eſchiling XV d das aigen ſol er dem Richter ſeczen vnd ſol das aigen des gerichts geczeug ſein das er den kamph verwetlet habe Iſt aber das er dauon entweichet ſo iſt er dem Richter vnd dem clager alles des ſchul- §. 12.

dig das man gen Im gesprochen hat vnd sol in darnach zericht tůn wer des aigens nicht enhat der sol den kamph verpurglen das er dem gericht nicht entweich vnd sol der kamph vor Niemand geschehen wann denn[1]) vor landes herren

§. 13. Es sol auch nieman kain aigen verantwurten wann an den virden taidingen kumpt der verantwurter nicht fůr so sol es der Richter ziehen in vron gewalt vnd wenn es der antwurter wil aufnemen in XIIII tagen so sol es Im der Richter aufgeben das ers verantwurt nach des landes gewonhait

§. 14. So sol auch niement kains aigens erbe sein vnd auch kauffen er sei des aigens hausgenosse

§. 15. Wo zwai geswistret aigen mit einander haben Ist das si baide geswistreid kind gewinend So verkauft Ir yegleichs sein aigen wol mit Recht an der andern geswistret hand das es kainer fürczicht bedarf das aber nicht kind hat das mag sein aigen

Fol. 260. nicht verkaufen | an des geswistred hand das da kind hat Si habn dann vor mit fürczicht getailt oder es twing dann erhaft not das es wol von dem lantrichter bewêrn mag mit seinen vmbsessen das geswistreid das da kind hat verkauft wol sein aigen an des geswistreid hands das da nicht kind hat

§. 16. Wir seczen vnd gepietn Wer ain aigen oder ain gut kauffet oder den sust anerstirbt Das der mit verkauffen vnd mit geben damit tůe an seiner erben hand was er welle

§. 17. Wer ain kan nimpt vnd kind bey der gewinnt Was der bei derselben frawen hat oder gewinnet das ist der kind So der vater nicht enist Ist aber das die můter tod geleit vnd der vater ain ander chan nympt vnd pey der kind gewinnet dieselben kind sullen nicht erben auf das gůt das er ee gewunnen hat das der vodern kind ist es sei aigen lechen er mach es dann den andern kinden Was er auch gůts gewinnet bei der andern frawn das sol erben auf derselben frawn kind es sei aigen oder lehen vnd nicht auf die vodern kind er mach es dann den kinden Welich tail aber der vnder der zwair hande kinden absturbe die beil ir vater lebte so ist das Recht was der vater darauf hat aigen oder lehen das das auf die kind erbe die da lebent

---

[1]) Die Handschrift hat „dem", man sieht jedoch, dass der letzte Strich des zweiten n ausradirt worden ist.

Wer ain aigen in nucz vnd in gewer hat vnuerſprochen §. 18.
dreiſſig Iar vnd tag das er es erczeugen mag mit zwain vnuerſprochen manen die des hauſgenoſſe ſind der das aigen hat der ſol fürbas wol berůbt beleiben

Es ſol niemant dem andern ſeinen aigen man vorhaben §. 19.
der doch ſeins rechten herren nicht enlaugent geantwurtet (er) dem rechten herren nicht wider ſo ſol er in vordern mit dem Richter geit er In Im darüber nicht wider ſo ſol er geben dem herren X t vnd dem Richter V t vnd ſol der Richter dem herrn das gůt intwingen laugent aber der aigen man Daȝ er des herren nicht ſey der nach Im clagt ſo ſol Im ainer der in ingeſeſſent verantwurten vor aim Richter ob er in der zeit der aigen man ſeinen Rechten herren wider vert des er da laugent das er ſein herre nicht ſei vnd dannoch nicht | vertaidingt iſt noch Fol. 260 b.
verrichtet vmb in vnd in der herr begreifet Wo er Im widerfert der mag In wol vachen das er des nicht entgiltet gegen dem gericht

Wo Iemant kriegt vmb ain aigen man er ſei ſein oder ob §. 20.
der aigen man ſelber laugent das er ſein nicht enſey den ſol man beſtellen vnd vmb fragen ſeiner nagſten můter mage in wie getaner gewerſchafft die her komen ſein da ſol er auch eingehorn mag man diſſer ſeiner nagſten mage nicht gehaben ſo frag man die die nagſten vnd die peſten vmbſaczen wie er herkomen ſei darnach richt man als Recht iſt

Es ſei man oder weib der leibgeding hat verkummert er §. 21.
das an der erben hand mügen ſy (In) des v̈ber farn als recht iſt nach gewonhait des landes So hat er alles ſein leibgeding verlorn es ſei vil oder wenig

Wo ainer gegen dem andern klagt auf leibgeding vnd der §. 22.
antwurter gicht es ſei ſein aigen in welhem landgericht das gůt gelegen iſt da ſol der Richter die vmbſeſſen vmb fragen ist das Si ſagent ob es leibgeding oder aigen ſei ſo ſol es der richter dann Richten nach des landes gebanhait als Recht iſt

Wellich (herr) mit ſeinen mannen lechen rechten wil der §. 23.
ſol ain tag geben vber ſechs wochen vnd nicht darhinder vnd ſol den goi geben in dem land auf ſein aigen vnd ſol da mit In lehenrechten nach gewonhait des landes als Recht iſt Wil aber der herr zwiſchen ſeinen Mannen lehenrechten das baidenthalben von In lehen iſt So ſol er In baiden tagen geben

vber XIIII tag vnd nicht darhinder vnd ſol dann Richten nach gebonhait des landes als Recht iſt

§. 24. Welich Herr manſchafft hab Die lehen von Im haben vnd der Herr abſtirbt die ſůllen Ir lechen nicht verjaren gen ſeinen kinden Si geben denn tag in als Recht iſt nach gewonhait des landes vber VI wochen vnd nicht darhinder vnd geben im der têg drei vnd ſullen auch die tåg nacheinander geben in demſelben Iar vnd der vater aberſtarben iſt vnd ſüllen die têge auch gepieten auf den merkten vnd for den pharren an yeglich ende da ſi manhaft haben Wer darůber zu dem tag nicht kůmpt vnd es noch des herren tote veriaret da ſüllen ſich die herren
Fol. 261. wol mit recht zucziechen er bered ſich dann das Im | die clag nicht zerecht kunt ſei getan wann aber die manhaft der nach des vaters tode von dem Sun die lehen enphangen hat abſtirbet derſelb Sun ſo ſol der herre nicht têg geben Er ſol ſeins vater lehen nach varn an denſelben herren dauon ſein vater enphangen hat die- lechen verjaret aber er das nach ſeins vater tod da ſol ſich der herr wol mit recht zucziechen gicht dann der man das Im der herr hab vnrecht getan des ſol Im der herr teg geben für ſein Man vnd ſol da mit lechen-Rechten nach gewonhait des landes

§. 25. Iſt das ſich ein edl man verheirat dauon ſeinen Mannen die lehen von Im habent Ir lechen genidert haben als der herr abgeſtirbt der die heirat getan hat iſt es deſſelben lehen So ſullen ſein manen Irer trew ledig ſein gegen ſeinen kinden vnd ſůllen Irm Recht nach varn gegen dem herrn dauon es diſſer herr gehabt hat vnd ſüllen es dauon enphahen als Recht iſt hat aber der herr erben die das lehen vngetailt haben vnd die ir Recht mit nicht genidert haben da ſüllen die man zerecht Ir lehen enphahen Iſt es aber aigen ſo ſüllen Sew es haben von den die des aigens hauſgenoſſen ſind vnd Ir recht mit nichte
§. 26. genidert habent Es hat auch kain fraw lehens hant wann ſi abſtirbt ſo iſt auch das lehen ledig den erben die ander Irs aigens
§. 27. recht erben ſind Es ſol auch niemant kain volgen haben nach rechtem lehen Wann ain ſentmeſſiger man vnd der ain erber burger iſt von ſeinen vodern oder der wol ſein recht herpracht hat

§. 28. Es ſei man oder weib der ain recht lehen hat vnd hat er das in ſtiller gewer vnuerſprochens zwelif Iar und tag mag er das bewêrn mit zwaim vnuerſprochen mannen die ſein hauſge-

noſſen ſind das ſol fürbas berûbt haben an alle anſprach. Es ſol auch kain man ſeinen Herrn von dem er hat zu lehen ein gût dasſelb gut hingewen für purkrecht noch für anders nicht er tue es dann mit ſeines Herrn hannd oder er leges dann dem Herren zu peſſrung tût er des nicht darûber ſo ſol Im der herr gebieten zu drein virczehen tagen das er Im das gût erlöſe vnd erledige Iſt das ers daruber nicht dem Herrn erloſte noch er | erledigt ſo iſt denn das gut (dem) herren ledig worden vnd ſol ſich mit Recht dar zu ziechen §.29. Fol. 261 b.

Wann ein landſherr heruart gepeutet durch des landes not ſo ſol ain iegleich man varenn mit ſeim herren des behauſter man er iſt welich ſentmêſſig man hiehaim beleibt der ſol dem herren von dem er lehen hat vnd der die heruart vert allen den zins halben geben den das gût ain Iar vergelten mag der auf dem gût iſt Das von dem herren lehen iſt Iſt aber er ain purger der nicht lehenmeſſig iſt oder ain gabner die ſüllen Im den zins gar geben den es das Iar vergelten mag vnd welich herr die heruart nicht enuert dem ſullen ſein man kain herſtewr nicht geben §.30.

Wer ain gût in nucz vnd in gewer hat vnd der herr Im des laugent das er daſſelb gût von icht hab hat der man mer lehen von dem herren ſo ſol er daſſelb gût behaben mit ſeim aid zu andern ſeinen lehenn hat aber er nicht von dem herren dann das gût das Im der herre nicht engicht So ſol er es beweren mit ſeinen hauſgenoſſen Es ſol auch ain iegliche fraw Ir margengab behaben mit Irm aid auf Irn prüſtlein vnd ſol die haben nach des lands gewonhait als Recht iſt vnd ſol auch vor gericht nicht anders noch kain aid tûn (nur) auf Irn prüſtlein mit Irnn zwain vingern §.31. §.32.

Als ain man ſeine lehen emphacht von ſeinem herren das iſt recht das er dem herren ſwere ain aid das er Im getrew ſei vnd ſeinen frumen fürdern als man ſol ſeinem herren Wer darüber ſeinen herrn raubet oder prenet oder Im auf ſein er Redt vnd ſich der man des nicht bereden mag als Recht iſt nach gewonhait des lands Er ſei auf des herren ſchaden gebeſen ſo ſind dem Herren die lehen zu Recht ledig warden Es iſt auch recht wo der herr ſein man angreuft an wew er Im gewalt oder vnrecht tût ſo ſol der man zu dem herren kômen vnd ſol gnaden vnd Rechtens ermanen das er Im ſein ſchaden abtûe den (er) §.33. §.34. §.35.

von Im oder von den ſeinen genomen hat oder emphangen wo der herr des nicht entue wo dann der man des zehannd mag kömen das er ſeinen ſchaden wider tůt daran pricht er nicht ſein trew noch ſein aid den ergeſwarn hat, vnd ſind auch ſeine
Fol. 262. lehen nicht ledig warden |

§. 36. Wir wellen vnd gepiten das dem landeſherren niemant ſein
§. 37. můnſs irre wer es tůt der ſol das pueſſen mit leib vnd gut wir ſeczen vnd gepieten das kain Richter fűrbas kain pűeſſe nicht nem von niemant der Ee kain inczicht auf Im gehabt hat das
§. 38. hab wir ablaſſen von vnſerm kunigkleichen gebalt Wir ſeczen vnd gepiten wo ain deup oder ain Rauber mit der hanthaft vber wunden wirt wer die hanthaft mit ſeinem rechten behab dem ſol man ſej antwurten iſt iemant da des ſi ſei So ſol ſich der Richter darczu ziehen

§. 39. Wir ſeczen vnd gepieten das Iemant dem andern neher pau denn vber ain Raſt wo das geſchehen iſt die ſol man prechen

§. 40. Wir wellen vnd gepieten das Iemant ein prukch oder veſt pawe er hab vmb die veſt XXX t gelts vnd ſol auch pauen gar
§. 41. an der lantleut ſchaden Wir ſeczen vnd gepieten das kain landeſherr Iemant kain veſt erlawb zepauen an der lanthern Rat
§. 42. Wir ſeczen vnd gepieten das kain Richter mit wiſſen kain vnrecht gericht tűe vnd auch kain vnrecht wandl nem

§. 43. Wir wellen vnd gepiten das kain Mauter noch kain zolner kain vnrecht maut noch zol nem wer das daruber tůt vber den ſol man Richten als vber ain rauber

§. 44. Wir ſeczen vnd gepieten das kain Richter vber kain ſentmeſſigen man nicht richt vmb kain todſlag oder vmb ander ſach dew Im an ſein leben gee wann der obriſt lantrichter tůt aber ain ſentmeſſig man ain deuphait oder ain ander poſlich ding ſo ſol ain yeder Richter wol vber In Richten

§. 45. Wir ſeczen vnd gepieten das der lanndeſherr die herren von dem land nicht dringe zeuarn her v̈ber das gemerkch er tűe es dann mit gůt oder mit pete wann dicz lande ain recht march iſt

§. 46. Wir ſeczen vnd gepieten veſtigcleich bei vnſern hulden das kain ſtattrichter nicht furbas Richten ſűlle dann Inerhalb der Rinkchmaur Was die burger Inerhalb der Ringkmaur • aigen lehens purkrchts vnd perkchrechts haben ſprêch ſew yemand · an der auſerhalb geſeſſen iſt So ſullen ſew antwurten

vor dem lant-Richter oder vor dem pergmaiſter oder vor dem herren des daz aigen iſt | Fol. 262 b.

Wir ſeczen vnd gepieten das man vberal in dem land haben ſol ainen meczen ain emer ain ellen vnd ain gelôt §.47.

Wir ſeczen vnd gepieten Hab ain dinſtman Ritter oder chnappen oder ain epurger ain aigen oder ain lehen oder ain ander gût in ſeiner gewer das ſol Im der landeſherr vnd nyemand ander nemen an Recht man ſol aber in mit Rechten tegen vnd mit furpot laden vnd ſol Ims mit Recht anbehaben §.48.

Wir ſeczen vnd gepieten das yemant kain kirchen zu wer ſecze oder Richt nur gar auf dem markche wo ſi zu wer ſind gericht da ſol man die wer zuprechen §.49.

Wir wellen vnd gepieten bei leib vnd bei gût das furbas kain gewer kain aigen nicht kauffe §.50. Wir ſeczen vnd gepieten das Iemant auf ſein vogtare nicht ſeczen ſüllen kain vnrecht nûcz wann alls bei alten zeiten iſt gebeſen §.51.

Wir ſeczen vnd gepieten das die dinſtman des landes wol vrtail vnd volgen mugen getun vmb alles das aigen das in diſem land iſt Es ſei der Biſchof der Äbt der Brôbſt der grauen der frein oder der graffſchaft füllen bei Ir alter gewonhait beleiben. §.52.
Wir ſeczenn vnd gepieten das kain vberſaiter man kain gericht beſtee §.53. Wir ſeczen vnd gepieten veſtigcleichen bey vnſern hulden das alle die Ritter vnd knappen die zu dem land gehoren oder die Biſchof angehorent oder andre gotzheuſer oder die herren von dem land die zwainczig phunt gelts haben iglicher fürbas ain verdakchts Ros vnd gancze wappen haben dem lannde zu wer vnd zu ern Vnd wer XV t gelts hat oder zehen oder darhinder habe, der ſol fürbas ainen ledigen hengſt vnd ain darf geſchire haben oder ain ſper der anders nicht enhat vnd welich Ritter oder knecht von ... ſter krankhait ſeins leibs ſo ſiech ſei das er dem land zehilf nicht geuarn mag der ſol doch ſein Ros vnd ſein harnaſch haben vnd ſein not geſchiecht ſo ſol er ſeinen Sun oder ſeiner mag ain vertigen an ſeiner ſtat Wer das nicht entût dem ſol niemant kain Recht tûn was er zeklagen hat vnd ſol man allen leuten die hincz Im icht ze ſprechen haben volles Recht | tûn vnd ſol von den andern geſundert ſein Fol. 263. darûber ſol er gebenn XX t d zewandl dem, dem er zu hilf ſolt kömen ſein zu der pues ſol man In twingen §.54. Wir ſeczen vnd gepieten das iemant der zu der ſamnunge vert da man das land §.55.

wern ſol dem anderm auf ſeim gůt nicht nemen dann fůter den Roſſen vnd eſſen vnd trinken zu dem mal ob ers vindet vnd ſol auch ſein tagwaid nicht kůrczer machen dann vir meil In irre dann erhaft not wer daruber in andern dorffern icht nimpt oder da er da leit, das ſol der marſchalich in dem heruart richten oder wo man Ims clagt hincz Im als hincz aim rauber es ſei dann das er ſichs bered geit man Im aber gůtlich des er zu dem mal bedarf da da er hinkůmbt ſo ſol er niemant haiſſen
§.56. nemen Der ſacz vmb Ros vnd harnaſch ſol geſchechen ſein zu den nagſten Sumwenten die nu koment Wer ſein dann nicht enhalt der ſol büeſſen alls vorgeſacz iſt

§.57. Wir ſeczen vnd gepieten Wer ain Ächter wiſſennlich oder ain v̊berſaiten man behaltet des haus ſol der lant-Richter vnd der marſchalich gar verprenen Beczalt er In vnwiſſund ſo gehort
§.58. ſein beredung darůber Wir ſeczen vnd gepieten was pürg oder veſten in zwainczig Iarn gepaut ſein das man die preche

§.59. Wir ſeczen vnd gepieten das yemand des andern holden oder vogtman ze knecht an ſich ziech oder nem Wo das geſchechen iſt das verpiet wir bey vnſern hulden wer des nicht tůt der ſol dem Richter X t d geben vnd dem herren V t d

§.60. Wir ſeczen vnd gepieten das yegleich gericht bey ſeim Recht peleib alls es her iſt kömen vnd yegleich aigen bei ſeim Recht alls man es herpracht hat

§.61. Wir ſeczen vnd gepieten wo in dem land ain offner gebalt geſchiecht oder da ainer den andern offennlich beraubt dem ſol der lant-Richter gepieten das er zehof kom vnd antwurt vmb den gewalt chumbt er nicht So ſol der lant-Richter vnd der marſchalich mit der lantherren hilf die ſi dar zue wellen auf dieſelben ſchaden Reitten vnd in darzue pringen das er fürbas ſogetanen gewalt haſſe vnd das dem gepeſſert werd dem er den
Fol. 263 b. gewalt hat getan nach des landes gewonhait |

§.62. Wir wellen vnd verpieten das niemand ainen vberſaiten man behalt wer es darůber tůt den ſol man haben an Iens ſtat der da v̊berſait iſt

§.63. Wir ſeczen vnd gepieten das yemand Er ſei hoch oder nyder kain ainygung icht habe noch mit aiden beſame icht ſweren an das den leuten vnd dem lande gůt ſei vnd nuczper gemaincleich vnd wer es darůber tůt die ſol man für verwerrer des lands vnd frids haben

Wir feczen vnd gepieten das iemand kain muntman habe §.64.
Wer es daruber tůt der fol dem Richter V t d geben vnd fol
der muntman feim rechten hern půffen darnach als an feinen
genaden ift Es ift auch Recht nach gewonhait des lands wer §.65.
ain clag gegen Im weift vnd dem mit Recht fůrgepoten wirt der
fol mit dem richter in die fchrann vnd des leczten daraus mit
Im wann In der clager anfpricht das er Im antwurte als recht
mus aber er aus der Schrann durch notigs gefchefte So fol
dann haben fechs fcheinboten die das offen vor dem Richter
vnd gegen dem clager das er dafei vnd das er welle antwurten
So fol fein der Richter vnd der clager peiten vncz in der pot
hinfür pringt wo des nicht gefchech was dann da vor mit Recht
behabt wirt das fol niemant wider tailen er bered fich dann
das Im kain fürpot nicht komen fei Es fei weib oder man da §.66.
ains auf das ander clagt als lang das Sy in fůrpringt mit fůr-
gepote vnd mit Recht das er antwurten můes vor dem Richter
vnd ift das der clager fein clag vnd fein Recht nicht fürpring
noch volfůrte So fol dem antwurter vber diefelben clag růewe
ertailt werden vmb was er zu Im ze fprechen hat man bered
dann den clager das In des erhaft not gejrret hab das er fein
clag vnd fein Recht nicht volfůrt habe Wo ain man gegen dem §.67.
andern kemphlich fpricht auf fein leib oder auf fein gůt oder
aigen oder auf fein ere vnd der antwurter gich er fei fein hauf-
genoffe nicht das welle pringen als er fulle vnd der clager hin-
wider gicht er fei fein haufgenoffe wol das welle er erczeugen
wie er fůlle das der clager fein edl erczeuge das ift nicht recht
das der antwurter denn dem clager fein edl aberczeuge das ift
auch nicht recht man fol ir vmbfeffen darumb fragen die nagften
vnd die peften vnd die ir haufgenoffe find das Si fweren vnd
fagen bei dem aid was In vmb Ir edl kund vnd gewiffen fei | Fol. 264.
vnd richt dann nach der fage als Recht ift nach gewonhait des §.68.
lannds welich man edel fein haufgenoffe oder fein vbergenoffe
haimbfuecht der fol Im geben für ain yeglichen werlichen man
zehen phunt funf phund zu dem haus vnd fünf phund von dem
haus Ift aber das clager des gicht da fei meinger man gewefen
auf feinen fchaden denn der antwurter gicht So fol der antwurter
befteten bei feinem aid wie manig man auf feim fchaden ge-
wefen fey vnd fol das peffern dann als vorgefchriben ftet vnd dem
Richter die wanndl geben alls Recht ift nach gewonhait des lands

§. 69. Es ſol der landeſherr kain frag haben wann das iſt nicht Recht werde yemand icht der ſol das clagen in offner Schrann mit vorſprechen vnd ſol man Richten als recht iſt nach des landes gewonhait Er mag aber wol nach rat der herren in dem lande ain frag haben auch ſchedleich leut dauon das lannd gerainigt werd Wann man des zerat wirt So ſol auch die frag ſein v̂ber Sechs wochen vnd nicht dahinder vnd ſol auch die frag künden in dem Lantgericht vor den pharren auf den mêrkten alſo das alles das darkam das aigen ruche habe vnd wer daruber nicht kümbt den ſol man dafur haben das er das Gerücht flieche vnd nicht für Recht getar man bered In dann das In
§. 70. erhaft not Irre Es ſol niemand gegen dem andern ſagen er ſwer ainen aid vnd ſag dann bei dem aide Das Im da kund vnd gewiſſen ſei vnd ſol auch niemand auf den andern ſagen er ſey dann ſein hauſgenoſs oder vbergenoſs vnd ſol die frag
§. 71. offenbar geſchehen. Es ſol die frag vber niemand geſchehen wann auf Straſſraub vnd auf mord vnd auf dewp vnd auf dew ding das pöſe ding haiſſent vnd die auf laugen ſtend Was aber der man offennlich tût vnd des an laugen ſtet das ſol man in
§. 72. der Schrann Richten als Recht iſt nach landeſgewonhait Iſt das der landeſherr ſein hauſgenoſſe wil an greuffen von gewalt oder von vbermut ſo ſol Im weder graf noch frey noch dinſtman nicht helffen noch niemand in dem land wann ſein aigen leut vnd die er erpiten mag vnd verkauffen mit ſeim Gût Wil aber In ſein hauſgenoſſe angreuffen mit gebalt vnd mit vnrecht ſo ſûllen Im alle die in dem lannd ſind helfen zewern vnd das gemerkch als
§. 73. verr als ſein leib vnd gût wert So ſol auch niemant phenig ſlachen
Fol. 264 b. nach des lannd | eſherren munnſs damit ſi geſelſchet werde wer es darûber tût da ſol man vber richten als vber ain velſcher den man des mit der lantſchaft vberkombt vnd mit der leut
§. 74. gewiſſen Wer die mûnſs hindert vnd irret vnd ir nicht fürdert als er zu Recht ſol der ſol dem landeſherren ſeinen ſchaden
§. 75. peſſern vnd abtûn als der mûnſs recht iſt Es ſol auch niemant weder auf waſſer noch auf land newe maut legen noch nemen in aim rechten geſworen landfrid an da man zu Recht mauten ſol es ſey dann das Ims der landeſherr erlaub Wer es daruber
§. 76. tût da ſol man gegen richten als gen aim Straſrauber So ſol auch niemand kain edele haus oder pürg pawn an des landſherrn gunſt vnd an ſein vrlaub er mag aber auf ſein news aigen auf

ewner erd paun was erwil zwair gaden hoch ist an vmb geng wer vnd an zimen vnd ain graben darvmb newn schůech weit vnd Siben schuech tewff vnd nicht mer Im erlaub es dann der landesherre Wenn vater vnd den kinden abstirbet was die guts §. 77.
Irn kinden lassent in nucz vnd in gewer die sullen das haben mit růe vncz Si komen zu Irn Iarn vnd sind die Iar also dem knecht virczehen Iar vnd der Iunkfrawn zwelif Iar vnd was man mit den besteten sol da sol man gewishait vmb nemen vncz die kind zu Irn Iaren koment der knech als vorgeschriben ist vnd vns das die Iunkfrawe vogtper wirdet Wo erben sind die §. 78.
mit einander habent vogtei vngetailt so ist das Recht nach gewonhait des lands das der eltist vndter den erben sol die vogtey habenn er sol aber andern sein erben die vogtey ewentewren mit anderm gůt Es ist recht nach des landes gewonhait das §. 79.
aller der gotsheusser vogt den gotsheusern vor sein vnd si schermen auf ir vogtey als es wol ste nach got vnd als sew vnser herr damit behalten vnd anderr gotsheuser gůt das Ir vogtey ist also behalten das uns kain klag von In köm wer nicht tůt kumpt vnd clagt das wellen wir richten als Recht ist vnd so vestigcleich das wir daran niemands schanen wellen wann wer sein vogtei selb raubt die er pillich schermen solt der hat die mit recht verlorn Es ist pillich wer der gotsheuser vogtey gůt §. 80.
beraubt oder prennet dem vogt zelaid das er den schaden selb driten gelt vnd das dem Gotshaus des das ůber ist die zwai tail werden vnd dem vogt das dritail Es sol auch die vogtey nie- §. 81.
mant haben wann ein vermanter dinstman | Fol. 265.

Es ist recht nach gewonhait des lannds an wen der hannt- §. 82.
frid ze brochen wirt erczeug er das auf den heiligen vor dem Richter mit dem der den hantfrid gemacht hat oder enphangen von zwain vnuersprochen manen die Ir recht behalten habent das der frid an Im zeprochen sey der Richter sol ienen ze ȇcht tůn der den frid zeprochen hat vnd sol in nimer aus der ȇcht lassen an des clager willen oder der Richter verleust die hannd darumb Item aber das er den frid pricht also das er ainen zu tod slecht so sol seiner mage ainer clagen vmb den todslag vnd sol es auch bereden als da vor geschriben stet vnd wann es das beret hat So sol er von acht Imer kȏmen wann mit dem tod vnd sol erlos vnd Recht los sein Imer mer die weil vnd er lebt auf erdreich Wil aber der der den frid gemacht hat oder

enphangen Im nicht geſten des Rechten das der frid an In zeprochen ſey dem ſol der Richter gepieten bei vnſern hulden das er Im ſeins rechten helfe oder das er ſein nicht erczeug, des ſwer er auf den heiligen lat er das durch magſchaft oder durch kainerſlacht ding er iſt vns vnd dem Richter ſeiner hab ſchuldig

§. 83. Wer den andern ſeinen dinſten widerſait das er ſein veind wil ſein der ſol nach dem widergepot vor Im an angſt ſein vnd an ſchaden vncz an den virden tag So ſol auch der das widergepot getan hat an ſchaden beleiben vncz an den virden tag wer diſe recht pricht der ſol dem andern ſein ſchaden abtůn mit zwiſpild vnd ſol dem Richter die wandl geben die Recht ſind nach

§. 84. gewanhait des lands Es iſt recht nach gewonhait des lands welich ſun ſeinen vater von ſeiner pürg oder von anderm ſeinem gut ſtoſſet oder prenet oder rawbet oder zu ſeins vater veinten ſichert mit aiden oder mit trewen das auf ſeins vater ere get oder auf ſein verderbnüs vberkumpt In des ſein vater vor ſeim Richter mit zwain vnuerſprochen mannen dem Sun ſein widertail aigen vnd lehen vnd varundgůt vnd ales des guts des er in von ſeim vater vnd von ſeiner muter erben ſolt ſein ewigcleich Alſo daz Im der Richter noch der vater nicht wider gehelfen mag das er zu demſelben gůt kain Recht nimermer gewinen muge welich Sun an ſeins vater leib ratet oder In freuelich angreift mit wunden oder mit venknüſſe oder an In chain leit das venknuſs haiſſet. wirt er des v̊ber zeugt vor ſeim Richter als da vor geſchriben ſtet der ſol ſein erlos vnd rechtlos ewigcleich

Fol. 265 b. Alſo das Im | der vater nimermer mit kainerlaiſlacht ding wyder gehelfen mag alle die die der vater zezeug niembt vor dem Richter vber alle die ſach die hie vorgeſchriben ſind, die ſullen des nicht v̊ber werden durch magſchaft noch durch kainerlay ding ſy geſten dem vater der warhait der des nicht tůt den ſol der Richter dar zue twingen Es ſey denn das er vor dem Richter ſwer auf den heilligen das er darumb nichts wiſs

§. 85. Hat der vater dinſtman oder iſt ſo das er aigen leut hat von dem Rat oder von der hilfe der Sun diſer ding ains tůt wider den vater die oben geſchriben ſind erczeugt der vater das auf ſew mit Irn genoſſen oder mit Irn v̈bergenoſſen als vorgeſchriben ſtet die ſind erlos vnd recht los ewigcleich alſo das ſi nimermer komen mugen zu Irm Rechte der vater mag aber nicht auf die leut bereden ſy ſein dinſt man oder aigenleut mit

difen dingen das fy erlos vnd rechtlos (beleiben) er hab es dann Ee beret auf den Sun allerflacht ander leut die des andern dinftman oder aigen leut nicht enfind mit der Rat vnd mit der hilffe der fun wider den vater ains tůt oder kains getan hat die vor gefchriben find vberzeuget fy der vater des vor feim Richter in des gewalt es gefchehen ift So fol er diefelben ze echt tůen vnd fol fi nimermer daraus laffen Sy gelten dem vater ee feinen fchaden mit zwiualdt den er von Ir hilffe genomen hat vnd dem Richter fein Recht nach des lannds gewonhait Habent aber Si lechen von dem vater das fol Im von in ledig fein allfo das er es In nimermer leichen fol fy erkauffen es dann mit irm gut

Welich Herr ain purg hat oder ain haus vnd da er ain purk- §. 86.
graffen auf feczet vnd der ichts tůt dauon die purg oder daz haus berüget wirt alfo das dem lant fchaden dann gefchehen fei es fei bei tag oder bei nacht, ift aber das der herr fein pürg oder fein haus bereden mag das es an fein gefchefft vnd vnwiffen darjn gefchehen fey nach des lands gewonhait als Recht ift er geneufft fein an feim haus Mag aber der herr den begreuffen der den fchaden hat getan den fol er dem Richter antwurten vnd fol fein haus vor dem Richter an fchaden beleiben Ift aber das er In entweicht das er in dem Richter nicht antwurten mag fo fol er den fchaden gelten vnd wider gewen vnd Fol. 266.
fol fein haus aber an fchaden beleiben | Ift aber der herr aufs dem land geuarn in gotfdinft oder in fein felbs gefchefft vnd das fein purgkgraf fchaden tůt in feiner purg das wider das land oder wider das Gricht ift So fol der lantrichter mit den vmb fefen für das haus varn entweichet in der purkgraf von dann fo fol er In ze echt tůen vnd fol das geczimer da der fchad in gefchehen ift aus dem haus prechen vnd fol er fürbas für das haus tragen vnd fol darůber Richten mit fewr begreuft er In So fol er v̊ber in Richten als recht ift nach des lands gewonhait Ift aber der herr felb in dem haus gefeffen vnd wil des nicht vnderften es gefchech dem land fchaden darin es fey bey tag oder bey nacht man fol vber das haus richten nach gewonhait des lands als Recht ift

So fol auch kain edlman nicht maut geben weder auf §. 87.
waffer noch auf land Was er in feim haus effen oder trinken wil das fol er vmb des landefherren dienen mit feinem fchilt

So fol auf kain fraue kain volge nicht haben wann zeend hand §. 88.

nach rechten lehen Welichs aber ſtirbet die fraw die das lehen enphangen hat ſo iſt das lechen ledig es ſei dann mit hantueſten oder mit geluben ausgenomen

§. 89. Wo ein man vor gericht geczeug wil ſein vnd ain vnuerſprochen man iſt des ſol man ſeins aids nicht wider treiben ſwert er aber darůber in ains vnd wil darnach geczewg ſein oder iemand ſprechen gen ſeinem leib oder gen ſeinen eren den ſol man zerecht widertreiben mit Siben vnuerſprochen manen Si ſein hauſgenoſſen oder ſein v̊bergenoſſen ſein vnd ſol auch die an

§. 90. ſeim rukken haben damit er In widertreiben wil So ſol auch niemant in dem lantgericht hocher wanndl gewen dann dem lantrichter LX d vnd ſeim waltpoten ob der yemant pfant geantwurtet oder guts gewaltig machet XII d tůt aber yemant (ain)

§. 91. vreuel oder ainen gewalt ſo ſol er VI ſ zewanndl gewen Es iſt auch recht wann ein lanndſherr ein landgericht ſeczet nach rat ſeiner landherren das er denn geb III C t d das er koſt mügt gehaben zu den taidingen ſo ſol auch alle die půſs vnd die wanndl die da er tailt werdent anſchreiben vnd ſol ſy für den

Fol. 266 b. landſherren pringen vnd ſol damit tůn was | er welle vnd ſol der auch derſelb lant-Richter weder gen grauen noch gen freien gen dinſtman nůr vmb gewalt vnd vmb ſein gepot vnd vmb varendgůt nicht richten was ander clag iſt die ſol der landſherr richten zerecht

§. 92. An welich ding ſtat der landſherr oder der Richter der an ſeiner ſtat ſiczet richten wil da ſol Im der lant-Richter an dem end ain ſchrann machen die zehen phund koſten ſol vnd wann man auch denn von dem gericht get So ſol der obriſt land-Richter damit ſchaffen was In gůt dunket

VERZEICHNISS DER IN ABGEKÜRZTER FORM CITIRTEN QUELLEN UND SCHRIFTSTELLER.

A. f. K. ö. G. — Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen. Herausg. von der k. Akademie der Wissenschaften. Wien 1848—1866.

Albrecht Gew. — Die Gewere. Königsberg 1828.

Berchtold Landesh. — Die Landeshoheit Oesterreichs nach den echten und unechten Freiheitsbriefen. München 1862.

Beseler E. V. — Die Lehre v. d. Erbverträgen, 3 Thle. Göttingen 1835 ff.

Beseler P. R. — System des gemeinen deutschen Privatrechts, 3 Thle. Leipzig 1847 ff.

Bischoff Stadtr. — Oesterreichische Stadtrechte und Privilegien. Wien 1857.

Bluntschli P. R. — Deutsches Privatrecht, 2. Aufl. München 1860.

Böhmer Reg. — Regesta imperii. Frankfurt 1831 ff.

Brunner Exemt. — Das gerichtliche Exemtionsrecht der Babenberger, im 47. Band der Sitzungsber. d. A. S. 315 ff.

Budde R. — Ueber Rechtlosigkeit, Ehrlosigkeit und Echtlosigkeit. Bonn 1842.

Chmel Geschichtsf. — Der österreichische Geschichtsforscher, 2 Thle. Wien 1838 ff.

D. et A. — Fontes rerum austriacarum, herausg. von der k. Akademie, 2. Abth. Diplomataria et acta. Wien 1849—1866.

D. Sp. — Der Spiegel deutscher Leute, herausgegeben von Ficker. Innsbruck 1859.

Eichhorn. — Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, 5. Ausg. 1843.

Ficker Heerschild. — Vom Heerschilde. Innsbruck 1862.

Fischer Klostern. — Merkwürdige Schicksale des Stiftes und der Stadt Kloster-Neuburg, 2 Thle. Wien 1815.

Fürth Min. — Die Ministerialen. Köln 1836.

Gengler St. R. — Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. Erlangen 1852.

Göhrum Eb. — Geschichtliche Darstellung der Lehre v. der Ebenbürtigkeit, 2 Thle. Tübingen 1846.

Görlitzer Leh. R. — Das in Homeyer, Sachsenspiegel 2, 2, 177 ff. abgedruckte Rechtsbuch.

Hälschner St. R. — Geschichte des Strafrechts. 1855.

Herrgott Mon. — Monumenta augustae domus Austriacae, 4 Thle. 1750 ff.

Hillebrand b. E. — Ueber die bürgerliche Ehre nach den deutschen Rechtsbüchern des Mittelalters. Giessen 1844.

Homeyer Richtst. — Der Richtsteig Landrechts nebst Cautela und Premis. Berlin 1857.

Homeyer S. Sp. — Sachsenspiegel, 1. Thl. 3. Ausg. Berlin 1861, 2. Thl. 1. u. 2. Abth. 1. Ausg. Berlin 1842 ff.

Hormayr Archiv. — Archiv für Geographie, Geschichte u. s. w. Wien 1810—1836.

Hormayr Wien. — Wien, seine Geschicke und seine Denkwürdigkeiten, 9 Thle. Wien 1823 ff.

Huber Austria. — Austria ex archivis Mellicensibus illustrata. Leipzig 1722.

Hüllmann Stände. — Geschichte des Ursprungs der Stände, 2. Ausg. Berlin 1830.

Jolly Bew. — Das Beweisverfahren nach dem Sachsenspiegel. Heidelberg 1846.

Kaiserr. — Das kleine Kaiserrecht, herausg. von Endemann. Cassel 1846.

Kaltenbäck R. B. — Die österreichischen Rechtsbücher des M. A. 2 Thle. Wien 1846 und 1847.

Kraut V. — Die Vormundschaft nach den Grundsätzen des deutschen Rechts, 3 Thle. Göttingen 1835—1859.

Kurz Albrecht IV. — Oesterreich unter Herzog Albrecht IV., 2 Thle. Linz 1830.

Kurz Beiträge. — Beiträge zur Geschichte des Landes ob der Enns, 4 Thle. Linz 1805.

Kurz Friedrich d. Schöne. — Oesterreich unter Friedrich dem Schönen, Linz 1818.

Kurz Ottokar. — Oesterreich unter den Königen Ottokar und Albrecht I., 2 Thle. Linz 1816.

Kurz Rudolf IV. — Oesterreich unter Herzog Rudolf IV. Linz 1821.

Lambacher. — Oesterreichisches Interregnum. Wien 1773.

Lichnowsky Gesch. — Geschichte des Hauses Habsburg, 8 Thle. Wien 1836 ff.

Lichnowsky Reg. — Die als Anhang zu dessen Gesch. herausgegebenen Regesten.

Lorenz D. G. — Deutsche Geschichte im 13. und 14. Jahrhundert, 2 Thle. Wien 1864 ff.

Ludewig Rel. Man. — Reliquiae manuscriptorum omnis aevi, 12 Thle. Frankfurt 1720—1741.

Maurer Gvf. — Geschichte des altgermanischen, besonders altbayerischen Gerichtsverfahrens. Heidelberg 1824.

M. Bo. — Monumenta Boica. München 1763—1849.

M. G. — Monumenta Germaniae historica, 17 Thle. Hannover 1826—1863.

Meichelbeck. — Historia Frisingensis, 2 Thle. Augsburg 1725—1729.

Meiller Reg. — Regesten zur Geschichte der Markgrafen und Herzoge Oesterreichs aus dem Hause Babenberg. Wien 1850.

Mittermaier. — Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts, 7. Aufl., 2 Thle. Regensburg 1847.

Notizenblatt. — Beilage zum Archive f. K. österr. Gesch., 8 Thle. Wien 1851—1858.

Pez Cod. — Codex diplomaticus, 6. Band von dessen Thesaurus anecdotorum. Augsburg 1729.

Pez Scr. — Scriptores rerum Austriacarum, 3 Thle. Leipzig 1721 ff.

Planck Bewf. — Das Recht zur Beweisführung in Z. f. d. R. 10.

Rauch. — Rerum Austriacarum scriptores, 3 Thle. Wien 1743 ff.

Richtst. — Der Richtseig Landrechts, herausg. v. Homeyer. Berlin 1857.

Richtst. Leh. R. — Der Richtsteig Lehenrechts in Homeyer S. Sp. 2, 2.

Rive V. — Geschichte der deutschen Vormundschaft, 2 Thle. Braunschweig 1862, 1866.

Rössler R. D. — Deutsche Rechtsdenkmäler aus Böhmen und Mähren, 2 Thle. Prag 1845, 1853.

Schlager Wiener Sk. — Wiener Skizzen aus dem Mittelalter, 5 Thle. Wien 1836 ff.

Schrötter Abhdlgn. — Abhandlungen aus dem österreichischen Staatsrechte, 3 Thle. Wien 1762 ff.

Sch. Sp. und Sch. Sp. Leh. R. — Der Schwabenspiegel, herausg. von Lassberg. Tübingen 1840.

S. Distinctionen. — Das Rechtsbuch nach Distinctionen, herausg. v. Ortloff. Jena 1836.

Siegel E. — Das deutsche Erbrecht. Heidelberg 1853.

Sitzungsber. d. A. — Sitzungsberichte der philosophisch-historischen Klasse der k. Akademie. Wien 1848—1866.

S. Sp. und S. Sp. Leh. R. — Der Sachsenspiegel in Homeyer S. Sp. 1 u. 2.

Stadtr. v. Neust. — Das Stadtrecht von Wiener-Neustadt, herausg. von Würth. Wien 1846.

Steyrer. — Commentarii pro historia Alberti II. ducis Austriae. Leipzig 1725.

Stülz St. Florian. — Geschichte des regulirten Chorherren-Stiftes St. Florian. Linz 1835.

Stülz Wilhering. — Geschichte des Cisterzienzer-Klosters Wilhering. Linz 1840.

Sydow E. — Darstellung des Erbrechts nach den Grundsätzen des Sachsenspiegels. Berlin 1828.

Tomaschek D. R. — Deutsches Recht in Oesterreich im 13. Jahrhundert. Wien 1859.

Unger Gvf. — Die altdeutsche Gerichtsverfassung. Göttingen 1842.

Unger Landstände. — Geschichte der deutschen Landstände, 2 Thle. Hannover 1844.

Unger Zw. — Der gerichtliche Zweikampf. 1847.

Urkb. Kremsmünster. — Urkundenbuch des Stiftes Kremsmünster. Wien 1852.

Urkb. o. Enns — Urkundenbuch des Landes ob der Enns, 3 Thle. Wien 1852—1862.

Vet. auct. — Vetus auctor in Homeyer S. Sp. 2, 1.

Wächter B. — Beiträge zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte des deutschen Strafrechts. Tübingen 1845.

Walter. — Deutsche Rechtsgeschichte, 2. Ausg. 1857.

Z. f. d. R. — Zeitschrift für deutsches Recht, 20 Thle. Leipzig 1839—1861.

Zieglauer L.R. — Ueber die Zeit der Entstehung des sogenannten ältesten österreichischen Landrechtes, im 21. Band der Sitzungsber. d. A. S. 71 ff.

Zöpfl Bamberger R. — Das alte Bamberger Recht als Quelle der Carolina. Heidelberg 1839.

Zöpfl R. A. — Alterthümer des deutschen Reichs und Rechts, 3 Thle. Stuttgart 1860 ff.

Zöpfl R. G. — Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Aufl. Stuttgart 1858.

BERICHTIGUNGEN.

Seite 5 nach Zeile 4 von oben ist einzuschalten: 13. Fol. 59[a] — 59[b]. Zwei Tagweiser.
„ 5 Zeile 5 von oben: 14. anstatt 13.
„ 13 Zeile 3 von unten: 62 anstatt 60.
„ 20 Zeile 19 von oben: ů wurde beibehalten, anstatt ú wurde beibehalten.
„ 78 Zeile 16 von oben sind die Worte: „selbstverständlich auch" auszulassen.
„ 96 Zeile 20 von oben: Art. 22 anstatt Art. 23.
„ 126 Zeile 4 von oben: §. 33 anstatt §. 36.
„ 139 Zeile 6 von oben: LR. 20 anstatt LR. 26.
„ 179 Zeile 3 von oben: §. 92 anstatt §. 91.
„ 187 Zeile 16 von oben: LR. §. 46 anstatt LR. 46.
„ 194 Zeile 13 von oben: LR. Art. 46 anstatt LR. §. 46.
„ 214 Zeile 19 von oben: LR. 2 anstatt LR. 3.
„ 222 Zeile 13 von oben: Handfriedens anstatt Hausfriedens.
„ 231 Zeile 9 von oben: LR. §. 57 anstatt LR. 57.
„ 234 Zeile 11 und 16 von unten: LR. 34 anstatt LR. 32.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Universitäts-Buchdruckerei.



